

||||||| BUNDESKONGRESS IN NÜRNBERG, 6.-8.12.2013 |||||

# MORGEN LINKS *leben*

**BESCHLUSSBUCH**

**BUNDESKONGRESS DER  
JUNGSOZIALISTINNEN 2013**

## **Impressum**

**Herausgeber:**

Jusos in der SPD  
Willy-Brandt-Haus  
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die  
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

**Satz und Layout:**



**KoKoS**

**Das KonferenzKoordinationsSystem**  
KoKoS 2.3, © 2013 Fabian Parsch

# Bundeskongress, 6.-8.12.2013

## A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.	6
-----	----------------	---	---

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand	Berufliche Weiterbildung	22
B 10	Saarland	Politischer Streik	29
B 13	Bremen	U25-Sondersanktionen abschaffen	32

## C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand	Berufliche Ausbildung	34
C 2	Nordrhein-Westfalen	Inklusion – Von Anfang an dabei sein	44

## D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

D 1	Berlin	Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!	52
D 3	Braunschweig	Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!	60

## E Europa, Frieden & Internationales

E 1	Bundesvorstand	Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014	65
E 7	Bayern	TTIP – so nicht!	72
E 10	Hannover	Kein Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr !	73
E 19	Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz	Die Fesseln der	74

## F Feminismus, Gleichstellung & Gender

F 2	Berlin	Trans*rechte sind Menschenrechte!	82
F 4	Baden-Württemberg	Konservative Familienbilder aufbrechen - Moderne Familienpolitik gestalten!	91
F 6	Sachsen-Anhalt	Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen	93

**G Generationen, Rente, Soziales & Gesundheit**

---

G 1	Nordrhein-Westfalen	Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik	95
G 3	Weser-Ems	Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten	98

---

**N Netzpolitik, Datenschutz, Inneres & Justiz**

---

N 1	Bayern	Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen	102
N 2	Berlin	Konsequenzen aus dem NSA-Skandal	108
N 6	Sachsen	Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten	112

---

**S Sonstiges**

---

S 7	Schleswig-Holstein	Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!	115
-----	--------------------	---	-----

---

**W Wirtschaft, Finanzmärkte & Kapitalismuskritik**

---

W 1	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand	Europäische Steuerpolitik	118
W 3	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand	Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und vereinfachen	122

---

**INI Initiativanträge**

---

INI 2	Sachsen, Bayern, Berlin, Bremen, NRW, Rheinland- Pfalz, Saarland, Hannover, Weser-Ems, Braunschweig, Thüringen	Zukunft gestalten geht anders!	127
INI 4	Bundesvorstand	Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014 - Heraus zum 8. März!	132

---

# Bundeskongress, 6.-8.12.2013

## **A**      **Arbeitsprogramm**

<b>A 1</b>	Bundesvorstand Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.	<b>6</b>
------------	---	----------

---

**Titel** Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm  
der Jusos 2013 - 2015.

**Antragsteller** Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.

1

### 2 **1. Prolog: Wie Wir leben wollen?**

3

4 Eine gerechte Gesellschaft bedeutet für uns, in einer Welt zu leben, in der jeder Mensch sich  
5 frei entfalten kann, beste Bildung genießt, und einen erfüllenden Beruf ausüben kann, der  
6 genug Zeit für Familie, Ehrenamt und Selbstentfaltung bietet. Haus- und Erwerbsarbeit wird  
7 dabei gerecht insbesondere zwischen Männern und Frauen aufgeteilt. Dabei wird für  
8 Erwerbsarbeit ein  
9 gerechter Lohn gezahlt. Privat lebt jede und jeder nach seinen Vorstellungen, man kann sich  
10 stets weiterentwickeln und verändern. Wir leben in Einklang mit unserer Umwelt und unseren  
11 Nachbarn. Wir wünschen uns, dass Europa und die Welt zusammenwächst und Frieden ist. Das  
12 ist für uns der demokratische Sozialismus. Das dieses Idealbild noch nicht für alle  
13 Menschen verwirklicht ist, ist klar. Doch wir werden nicht aufgeben für unsere Ideale zu  
14 kämpfen, zu streiten. Unser Ziel ist es, das kapitalistische System zu überwinden. Damit wir  
15 endlich morgen links leben.

16

### 17 **2. Analyse: Die Krise des Kapitalismus**

18

#### 19 **a. Vier Jahre Stillstand in Deutschland und Rückschritt in Europa**

20

21 In den letzten Jahren tobte in Europa eine der schwersten Wirtschaftskrisen der  
22 Nachkriegsgeschichte, in Deutschland herrscht aber nach wie vor der Eindruck, davon nicht  
23 betroffen zu sein. Die Rettung von Banken und Finanzmärkten hat in Europa viele  
24 Volkswirtschaften überfordert und gepaart mit den strukturellen Ungleichgewichten in Europa an  
25 den Rand des Bankrott geführt. Der einzige Ausweg war die Hilfe für andere Euro-Länder, die  
26 aber nur zu drakonischen Bedingungen erteilt wurde. In Europa herrscht der Sparwahn, die  
27 Konjunktur kommt nicht in Tritt. Die von Deutschland dominierte Europapolitik bietet keine  
28 Aussicht auf Besserung. In Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so hoch wie noch nie, in den  
29 besonders hart betroffenen Länder wie Griechenland und Spanien fehlt für mehr als die Hälfte  
30 der jungen Menscheneine Zukunftsperspektive. Ohne einen neuen Ansatz für eine langfristig  
31 tragbare Wirtschafts- und Sozialordnung in Europa wird die Krise weiter andauern und auch  
32 Deutschland mit hineinziehen. Momentan kann der wirtschaftliche Einbruch noch mit Exporten  
33 nach Nordamerika und Ostasien kompensiert werden, aber auch in diesen Regionen ist die  
34 wirtschaftliche Situation fragil. Viele unserer Ansprüche an Europa, ein solidarisches  
35 Miteinander, demokratischere Entscheidungsprozesse oder Investitionen Bildung und  
36 Infrastruktur haben sich in den vergangenen Krisenjahren zum schlechteren entwickelt.

37

38 Insbesondere im Wahlkampf wurde immer wieder betont, wie gut Deutschland dastehe. Dies

39 gibt die Realität aber nur zu einem Teil wieder, denn die Gesellschaft driftet auch in  
40 Deutschland immer weiter auseinander. Wenn auch durch den Export getragen neue  
41 Arbeitsplätze entstehen, entsprechen sie doch viel zu oft nicht unserer Vorstellung von „Guter  
42 Arbeit“. Lohndumping, Werkverträge, Zeit- und Leiharbeit greifen immer weiter um sich und  
43 prekarisieren den Arbeitsmarkt. Davon sind insbesondere junge Menschen betroffen. Für sie  
44 bieten solche Beschäftigungsverhältnisse keine Grundlage für den Aufbau der  
45 existenzsichernden Zukunft. In einigen Bereichen ist sogar jede Errungenschaft des Kampfes  
46 für ArbeitnehmerInnenrechte verschwunden und man kann eher von Sklaven-, als von  
47 Erwerbsarbeit sprechen. Bisher fehlt der Politik der Wille und den Gewerkschaften die Kraft,  
48 diese Missstände anzugehen. Gleichzeitig wächst in Deutschland aber auch der Reichtum  
49 weiter. Die Grenzen innerhalb der Gesellschaft werden nicht nur immer höher, sondern treten  
50 auch immer deutlicher zutage. Im alltäglichen Leben wird dies zum Beispiel bei der  
51 Ausdifferenzierung von Wohnquartieren, der zunehmenden Entstehung von privaten  
52 Bildungseinrichtungen oder auch die Verweigerung der Reichsten an der Beteiligung der  
53 Finanzierung der Solidarsysteme deutlich.

54  
55 Alle Reformen der letzten Jahrzehnte erfolgten mit, bzw. durch die SPD. Diese hatten einige  
56 Folgen, die nicht hinzunehmen sind. Auch die nun von der SPD beschlossenen  
57 Nachbesserungen reichen nicht aus, um die Sozialsysteme tragfähig zu machen. Die heutige  
58 Arbeitsmarktpolitik setzt fast ausschließlich auf das Einfordern von Engagement und Druck auf  
59 das Individuum, ohne die notwendige Förderung zu leisten. Im Gesundheitsbereich herrscht ein  
60 Zweiklassensystem bei dem der Leistungskatalog für gesetzlich Versicherte weiter schmilzt und  
61 die Belastung für ArbeitnehmerInnen und Patienten steigen. Durch die derzeitige Aufstellung  
62 des Rentensystems drohen Armutsrenten und ein so niedriges Niveau, dass die Zweifel am  
63 Generationenvertrag weiter wachsen. Die Pflegeversicherung ist unterfinanziert und deckt denn  
64 schnell wachsenden Bedarf bei weitem nicht mehr ab.

65  
66 Der Sozialstaatsanspruch geht heute aber über die bloße Absicherung von Notsituationen  
67 hinaus. Repressive Sanktionssysteme – wie mit dem sogenannten Hartz IV-Gesetz eingeführt –  
68 widerspricht ihm gänzlich. Gerade bei Bildung, Kinderbetreuung oder kulturellen Angeboten hat  
69 es jedoch nur  
70 schleichende Fortschritte gegeben. Die Bereitstellung solcher Angebote obliegt zumeist den  
71 Kommunen und gerade denen fehlt das Geld um öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten.  
72 Die Schuldenbremse verhindert den Handlungsspielraum für Bund und Länder und sorgt dafür,  
73 dass wichtige Investitionen in Infrastruktur nicht getätigt werden können. Ganz besonders  
74 deutlich wird dies bei der Energiewende, wobei deren Umsetzung nicht nur an fehlenden  
75 finanziellen Mittel hakt, sondern auch an der miserablen politischen Gestaltung und fehlender  
76 öffentlicher Akzeptanz einzelner Projekte.

77

## 78 **b. Stockende gesellschaftliche Erneuerung und Versagen der Sicherheitsorgane**

79

80 Von einer Gesellschaft, die allen Menschen frei und selbstbestimmt ermöglicht, ihren eigenen  
81 Lebensentwurf zu verwirklichen sind wir nach wie vor weit entfernt. Beim Thema Gleichstellung  
82 von Frauen hat sich in den letzten Jahren kaum etwas bewegt. Noch immer verdienen Frauen  
83 ca. 22% weniger als ihre männlichen Kollegen, noch immer sind Frauen kaum in Aufsichtsräten  
84 und Vorständen repräsentiert, noch immer arbeiten Frauen häufiger unter prekären  
85 Verhältnissen, noch immer wird Familienarbeit fast ausschließlich von Frauen geleistet. Und mit  
86 dem Betreuungsgeld setzte schwarz-gelb ihrem Gesellschaftsbild von vorgestern die Krone auf.  
87 Überholte Rollenvorstellungen engen alle Menschen in ihrer individuellen Lebensgestaltung ein.  
88 Auch für die Gleichstellung von homosexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen  
89 besteht nach wie vor deutlicher Handlungsbedarf. Diskriminierungserfahrungen gehören zum  
90 Alltag und auch bei gesetzlichen Regelungen sind homosexuelle Menschen weiterhin schlechter  
91 gestellt. Die vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen Anpassungen können nicht darüber  
92 hinwegtäuschen, dass nach wie vor eine eklatante Benachteiligung von homosexuellen Paaren  
93 stattfindet, zum Beispiel im Steuerrecht und im Adoptionsrecht.

94

95 Zu einem freien und selbstbestimmten Leben gehört ein Leben ohne Angst. Nach der  
96 Aufdeckung der Verbrechen, die der Nationalsozialistische Untergrund begangen hat, und den  
97 quälenden Antworten, die der NSU-Untersuchungsausschuss hervorbringt, muss dies in den  
98 Ohren von Menschen mit Migrationshintergrund wie Hohn klingen. Neonazis wurden strukturell  
99 und finanziell unterstützt, die Gefahr von rechts kontinuierlich verharmlost. Hinzu kommen

100 Staatsorgane, die Opfer und ihre Freunde und Familien jahrelang diffamiert und mit  
101 ungerechtfertigten Anklagen konfrontiert haben. Es war die Rede von Türken-Mafia oder  
102 Drogenkriminalität, worin sich die Opfer verstrickt hätten sollen. Das zeigt auch: Rassismus in  
103 Deutschland ist kein Randphänomen, das an den sogenannten "rechten Rand" der Gesellschaft  
104 verschoben werden kann. Er ist tief in der Mitte der Gesellschaft verankert und hat Struktur  
105 sowie Methode. Der Kampf gegen das Extremismusdogma muss fortgesetzt werden.

106

107 Fehlendes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz sind nicht nur eine  
108 Konsequenz aus den Aufdeckungen im Rahmen des NSU-Untersuchungsausschusses,  
109 sondern auch aus den Enthüllungen von Edward Snowden über die flächendeckende  
110 Überwachung unserer Kommunikationsverbindungen. Diese haben einen massiven Angriff auf  
111 unsere Grundrechte offenbart. Die Enthüllungen haben deutlich gemacht, dass staatliche  
112 Geheimdienste in einem ungeheuren Umfang in grundrechtsrelevanten Bereichen aktiv sind  
113 und dabei in keiner Weise demokratisch kontrolliert werden. Ein riesiger Teilbereich des Staates  
114 ist somit nicht demokratisch legitimiert. Mit dem Wegschauen und Achselzucken muss nun  
115 endlich Schluss sein!

116

### 117 **c. Kampf um neuen Hegemonien im globalen Kapitalismus**

118

119 In den letzten beiden Jahren haben die Weiterentwicklung und das oftmalige Scheitern der  
120 Demokratiebewegungen in der Arabischen Welt die globale Landschaft am augenfälligsten  
121 geprägt. Die anfängliche Freude über die Umwälzung autoritärer Regime ist in vielen Ländern in  
122 eine regressive Tendenz umgeschlagen: entweder hin zu neuen Autokratien vielfach  
123 islamistischer Prägung oder in gewaltsame Bürgerkriege. Allen voran in Syrien zeugen über  
124 hunderttausend Tote und Millionen Flüchtlinge vom blutigen Kampf um die Vorherrschaft in einer  
125 neuen Phase der Weltgeschichte. Das Scheitern der sogenannten Internationalen  
126 Gemeinschaft und ihrer gegenwärtigen Institutionen, am klarsten dokumentiert im  
127 völkerrechtlichen Tabubruch eines grausamen Giftgaseinsatzes, verbunden mit den  
128 monatelangen Unklarheiten über die friedensstiftende Rolle UN, hat die Welt an den Rande  
129 einer unilateralen militärischen Intervention gebracht. Gerade als es besonders gebraucht  
130 wurde, bewies das derzeitige kollektive Sicherheitssystem erneut seine anachronistische und  
131 ineffiziente Struktur.

132

133 In den UN haben die Schwellenländer keine angemessene Vertretung. Hingegen sind die  
134 großen Schwellen- und spät industrialisierten Länder mittlerweile wichtige Akteure in der  
135 globalen Klimapolitik, Finanzpolitik oder als auch neue Geberländer in der internationalen  
136 Entwicklungszusammenarbeit. Der Übergang vom Hegemonialkartell der G8 zum neuen  
137 Hegemon der G20 stellt exemplarisch die klassischen Nord-Süd-Verhältnisse in Frage. An  
138 deren Stelle tritt ein erneuertes Modell von Zentrum und Peripherie im kapitalistischen  
139 Weltsystem. Dieser Aufstieg vieler Schwellenländer geht oft mit innergesellschaftlichen sozio-  
140 ökonomischen und politischen Verwerfungen einher, die in den letzten Jahren zu heftigen  
141 sozialen Protesten geführt haben, etwa in Brasilien oder der Türkei. Die Veränderung des  
142 kapitalistischen Weltsystems und die Neuordnung der Hegemoniefrage führt keinesfalls  
143 zwangsläufig zu einer Demokratisierung und gerechteren Verteilung, eröffnet aber  
144 Möglichkeitsräume für eine wirkmächtige Politik der internationalen Solidarität.

145

146 Mit all diesen Problemen und Entwicklungen werden wir Jusos uns weiter auseinandersetzen  
147 indem wir diese Themen medial in der Öffentlichkeit begleiten und gleichzeitig innerhalb der  
148 Partei unsere Inhalte und Standpunkte platzieren, damit die Jusos auch außerhalb ihrer  
149 zentralen Arbeitsthemen in der Öffentlichkeit und eignen Partei wahrgenommen werden. In  
150 den nächsten zwei Jahren stellen jedoch die folgenden Herausforderungen die zentralen  
151 Ansatzpunkte unserer Arbeit dar:

152

### 153 **d. Zerstörung der Ökosysteme und Konzentration der Energieversorgung**

154

155 Die Begrenztheit der Rohstoffe und Erhaltung von Atmosphäre, Meere und Böden bilden den  
156 ökologischen Rahmen unserer Produktionsmöglichkeiten. Dieser Rahmen ist gestaltbar und  
157 erweiterbar, aber nicht unendlich. Die zunehmende Verknappung zentraler fossiler Ressourcen  
158 wird global und vor allem regional zu Engpässen und Preissteigerungen führen. Das  
159 Produktionsmaximum leicht verfügbaren Öls („Peak Oil“) wird unsere fossil geprägte  
160 Gesellschaft (Produktion, Wohnen, Mobilität) massiv verändern. Das zentrale ökologische

161 Problem ist jedoch die Erschöpfung der Tragfähigkeit der natürlichen Senken, d.h. Atmosphäre,  
162 Böden, Ozeane. Der Klimawandel, der Verlust an Biodiversität, die Übersäuerung der Meere  
163 und Stickstoffüberschüsse der Böden gefährden die Erdsystemprozesse und verändern sie  
164 dauerhaft und teilweise irreversibel. Diese ökologischen Herausforderungen fordern schleuniges  
165 und weitreichendes Umsteuern.

166

167 Gleichzeitig ist die Weltgesellschaft vielfach von wachsenden Ungleichheiten und einer  
168 Polarisierung der Einkommensverteilung geprägt. Auch die zunehmenden internationalen  
169 ökonomischen Verflechtungen und die damit einhergehende Globalisierung haben die  
170 wachsende globale Ungleichheit und die persistente Armut nicht eindämmen können. Der  
171 Freihandelsfetisch der WTO sicherte in erster Linie die Eigentumsrechte und Interessen  
172 international agierender Konzerne. Der Energiebedarf der Industriestaaten ist in den letzten  
173 Jahren nicht gesunken, sondern noch gestiegen. Gleichzeitig benötigen Entwicklungs- und  
174 Schwellenländer immer mehr Energie, um ihren wachsenden Bedarf zu decken. Vor allem  
175 reiche Staaten versuchen daher, ihre Versorgung sicherzustellen und in den  
176 energieversorgungsbedingten Konflikten die Handlungshoheit zu behalten.

177

178 Objektive ökologische Handlungszwänge haben verbunden mit dem Druck fortschrittlicher  
179 sozialer und politischer Kräfte in Deutschland und weltweit zu einem beginnenden Umsteuern in  
180 der Energieproduktion und -versorgung geführt: der Energiewende. Doch der Wechsel im  
181 bestehenden System bringt hohe Investitionskosten mit sich. Energiegroßkonzerne ziehen ihre  
182 Macht und somit auch ihren Profit aus dem bestehenden Energieproduktionssystem und sind  
183 entsprechend hartnäckig. VerbraucherInnen werden durch dieses System und die fehlenden  
184 Alternativen in Abhängigkeit getrieben.

185

#### 186 **e. Prekarisierung und Erosion des Normalarbeitsverhältnisses**

187

188 Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt.  
189 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und das Normalarbeitsverhältnis sind unter Druck  
190 geraten. So genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse aber auch die Ausgliederung  
191 zahlreicher Tätigkeiten in Werkverträge greifen um sich. Ausbildungs- und Erwerbsbiographien  
192 „zersplittern“ immer stärker. Das alte Modell der Betriebszugehörigkeit von der Lehre bis zur  
193 Rente wird zur Ausnahme. Mit der Deregulierung von Leiharbeit und der Förderung von  
194 geringfügigen Arbeitsverhältnissen ist in Deutschland ein staatlich geförderter und  
195 subventionierter Niedriglohnsektor geschaffen worden. Die Veränderungen auf dem  
196 Arbeitsmarkt sind dabei so gravierend, dass bestehende Regulierungssysteme und  
197 Schutzmechanismen in vielen Branchen an ihre Grenzen geraten. Das Flächentarifsystem ist  
198 unter Druck und das System einer regulierenden Sozialpartnerschaft in zentralen Bereichen von  
199 Arbeitgeberseite aufgekündigt.

200

201 Immer mehr lang erkämpfte Mitbestimmungsrechte geraten unter Druck. Betriebliche Solidarität  
202 nimmt unter dem Eindruck von zersplitterten Erwerbsbiographien und zunehmend  
203 konkurrierenden Tarifgruppen immer weiter ab.

204

#### 205 **f. Die Widersprüche der Europäischen Integration**

206

207 Seit dem Heidelberger Programm von 1925 zählen die „Vereinigten Staaten von Europa“ zum  
208 programmatischen Kernbestand der SPD. In der heutigen Situation aber rächt sich, dass die  
209 gesellschaftlichen Linke nicht hart genug an einer überzeugenden Erzählung über die Zukunft  
210 der Europäischen Union gearbeitet hat. Das hat einerseits die aus der Banken- und Finanzkrise  
211 hervorgegangene Krise in der Eurozone gezeigt, die von den  
212 Neoliberalen und Konservativen zur Schuldenkrise umgedichtet wurde. Andererseits ist es nicht  
213 hinreichend gelungen, den Wert eines offenen Europas der Freizügigkeit zu begründen, als  
214 Konservative und Nationalisten Schengen einschränken und die Grenzen wieder hochziehen  
215 wollten. Die SPD will die Krise mit einem solidarischen Europa überwinden, weiß aber noch  
216 nicht hinreichend, welche Rechte dieses haben soll, wie es funktionieren soll und was wir ihm  
217 anvertrauen. Diese Visionslosigkeit stützt den Status Quo in der EU: eine strukturell liberale  
218 Konstruktion, die die abhängig Beschäftigten der Mitgliedsstaaten zueinander in  
219 Dumpingkonkurrenz stellt und Kapitalbesitzende und Vermögende schützt.

220

### 221 **3. SPD und Jusos heute**

222

### 223 **3.1. Die SPD nach den Bundestagswahlen 2013**

224

225 Die Bundestagswahl 2013 war für die SPD ein Misserfolg. Die Opposition der SPD gegen vier  
226 Jahre schwarz-gelbe Politik zugunsten Weniger gegen die Interessen Vieler in diesem Land und  
227 einem Großteil der EU-Mitgliedsstaaten war nicht hinreichend erkennbar.

228

229 In den letzten vier Jahren ist es auch dank uns Jusos gelungen, die programmatische und  
230 inhaltliche Erneuerung in der SPD anzustoßen. Die Bundestagswahl zeigt: die SPD wurde  
231 vor allem aufgrund ihres Programms und ihrer Positionen gewählt. Deshalb ist es unerlässlich,  
232 die SPD auch weiterhin auf ihr Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit einzustehen zu  
233 verpflichten, und ihre Programmatik dahingehend weiterzuentwickeln.

234

235 Das Ergebnis zeigt aber auch: die SPD konnte die verlorene Glaubwürdigkeit, auch bei unseren  
236 früheren StammwählerInnen, noch nicht zurückgewinnen. Kurz gesagt: man glaubt uns nicht,  
237 was wir sagen. Und es fehlt das dauerhafte Zutrauen der Menschen, dass die SPD die von  
238 vielen Menschen unterstützte Programmatik unter Druck von Lobbyinteressen und unter Druck  
239 des politischen Gegners auch verlässlich umsetzt. Dieser Mangel an Glaubwürdigkeit ist eine  
240 Spätfolge der Agenda-Periode und der Großen Koalition von 2005-09.

241

242 Zudem mangelt es der SPD an einer glaubwürdigen Machtperspektive jenseits der Union. Die  
243 SPD ist zum zweiten Mal hintereinander ohne realistische Machtperspektive in eine  
244 Wahlauseinandersetzung gegangen – und hat zum zweiten Mal krachend verloren. Wir  
245 begrüßen deshalb, dass im Beschluss des Bundesparteitags im November auch die Linkspartei  
246 als möglicher Partner für künftige Regierungsbildungen genannt worden ist. Niemals wieder darf  
247 sich die SPD

248 bereits im Vorfeld die Möglichkeit verbauen, eine Mehrheit jenseits der Union zu nutzen. Die  
249 fraglos vorhandenen Differenzen mit der Linkspartei müssen in einem strategisch konzipierten  
250 Dialogprozess thematisiert und verhandelbar gemacht werden. Es ist Aufgabe der Jusos dies in  
251 den nächsten Jahren konsequent einzufordern und vorzuleben.

252

### 253 **3.2. Situation der Jusos**

254

255 Auch bei dieser Bundestagswahl haben die Jusos wieder einen eigenständigen  
256 Jugendwahlkampf geführt. Mit unserer Kampagne „Zeit. Für dich. Für Gerechtigkeit.“ ist es uns  
257 gelungen deutliche Zuwächse für die SPD zu erzielen, wobei die Ansprache von jungen Frauen  
258 noch verbessert werden kann.

259 Das Wahlergebnis hat aber auch gezeigt, dass es keine linke Mehrheit unter den  
260 JungwählerInnen gibt. Hiermit müssen wir uns in den nächsten zwei Jahren auseinandersetzen  
261 und weiter an unserem Gesellschaftsentwurf für ein gutes linkes Leben arbeiten.

262

263 Aber auch unser Verband muss sich kontinuierlich weiterentwickeln. Die Potentialanalyse hat  
264 gezeigt, unsere Mitglieder sind jünger, Jusos übernehmen schneller auch Funktionen in der  
265 SPD und die Zeit, die für die Juso-Arbeit aufgebracht werden kann, wird angesichts von  
266 stärkeren Anforderungen in Schule, Studium und Beruf weniger. Vieles ist uns in den letzten  
267 Jahren schon gelungen: Der Basiskongress bietet mehr Möglichkeiten, direkt an den  
268 Diskussionen der Bundesebene teilzuhaben. Auch der Jugendwahlkampf hat gezeigt, dass es  
269 uns mit einem zeitgemäßen Auftreten nicht nur gelingen kann, uns selbst zu motivieren,  
270 sondern auch Zustimmung bei jungen Menschen außerhalb unseres Verbands zu finden. Daran  
271 gilt es weiterzuarbeiten: In der Öffentlichkeitsarbeit genauso wie bei unserer internen  
272 Kommunikation und innerverbandlichen Beteiligung an der Meinungsbildung. Mit den  
273 Zukunftswerkstätten wollen wir den gesamten Verband in den nächsten zwei Jahren stärker  
274 einbeziehen und gemeinsam unseren solidarischen, linken Gesellschaftsentwurf  
275 weiterentwickeln.

276

277 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf das Thema Frauen bei den Jusos legen. Noch  
278 immer treten viel weniger Frauen ein, noch immer bekleiden Männer die große Mehrzahl der  
279 wichtigen Posten bei den Jusos. Aktive Frauen werden  
280 häufig gedrängt, mehrere Funktionen gleichzeitig zu übernehmen, woraus  
281 eine hohe Arbeitsbelastung der wenigen aktiven Frauen resultiert. Wir brauchen mehr Frauen in  
282 der ersten Reihe!

283

#### 284 **4. Zukunftswerkstatt 2013 – 2015: Ein gutes linkes Leben für Alle**

285

286 Nach dem Bundestagswahlkampf und einem enttäuschenden Ergebnis für die SPD gilt es für  
287 uns nun in die Zukunft zu blicken. Denn unsere Gesellschaft wird vielfältiger, Lebensentwürfe  
288 sind heute pluralistischer und individueller. Gleichzeitig sind auch die Antworten auf die  
289 drängenden gesellschaftlichen Fragen individualisiert worden. Für viele, auch in der Linken,  
290 geht es darum was der oder die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Dies  
291 spiegelt sich zum Beispiel in der Diskussion um strategischen Konsum wieder. Was fehlt ist ein  
292 konsistenter, linker, solidarischer Gesellschaftsentwurf.

293

294 Als sozialistischer Jugendverband ist es deshalb unsere Aufgabe auf diese Fragen zeitgemäße,  
295 solidarische Antworten zu finden. Denn wir wollen allen Menschen ein gutes Leben  
296 ermöglichen. Wir wollen, dass sie frei und selbstbestimmt entscheiden können, welche Richtung  
297 sie einschlagen und wir wollen sicherstellen, dass die nötigen Voraussetzungen hierfür gegeben  
298 sind. Gleichzeitig wissen wir: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft.  
299 Es reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen  
300 einzuräumen und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Das heißt auch, dass wir uns  
301 dem immer noch vorherrschenden Trend zur grenzenlosen Individualisierung unserer  
302 Gesellschaft nicht blind unterwerfen dürfen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die Aufgabe  
303 eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte gesellschaftliche  
304 Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht werden können. Das  
305 heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlich Ausgeschlossenen,  
306 Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance auf ein  
307 selbstbestimmtes Leben haben, Solidarität auch bei den ökologischen Herausforderungen,  
308 denn auch hier müssen starke Schultern mehr Lasten tragen als schwache. Und Solidarität  
309 nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa. Ein gutes linkes Leben für  
310 jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die Überwindung systematischer  
311 gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.

312

313 Die zentrale Frage, die wir uns deshalb in den nächsten zwei Jahren stellen müssen heißt: Was  
314 ist gutes Leben – wenn gutes Leben für alle etwas anderes ist? Wie können wir den Begriff der  
315 Solidarität wieder bedeutsam machen? Was ist unser Zukunftsentwurf für eine solidarische und  
316 selbstbestimmte Gesellschaft?

317

318 Hierfür werden wir Thesen erarbeiten, die sowohl breit im ganzen Verband diskutiert werden,  
319 als auch mit MultiplikatorInnen und unseren BündnispartnerInnen. Der Juso-Bundesvorstand  
320 richtet dafür in enger Absprache und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und  
321 Bezirken 8 Zukunftswerkstätten aus. Begleitet wird der Diskussionsprozess durch unsere  
322 Publikationen und Informationsmedien.

323

#### 324 **5. Unsere Perspektivprojekte**

325

326 Neben den Zukunftswerkstätten, werden wir unsere inhaltlichen Schwerpunkte in drei Projekten  
327 erarbeiten, die dreimal jährlich für ein ganzes Wochenende tagen. Diese  
328 Verbandswochenenden finden im gesamten Bundesgebiet statt. Die Projekte heißen  
329 „Transformation der Wirtschaftsweise“, „Zukunft der Arbeit“ und „Zukunft Europas“. Im Zuge des  
330 „lila Fadens“ bearbeitet jedes Perspektivprojekt an jedem Verbandswochenende mindestens  
331 einen Arbeitsblock ihres momentanen Arbeitsschwerpunktes zu gleichstellungspolitischen  
332 Fragen. Die ebenfalls an jedem Wochenende stattfindende Verbandsdebatte findet zu aktuellen  
333 politischen Fragestellungen statt.

334

335 Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und entwickeln diese  
336 weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen Diskussionen  
337 innerhalb der Partei auf oder stoßen neue an. In den Projekten sollen folgende Fragen  
338 bearbeitet werden:

339

##### 340 **5.1. Transformation der Wirtschaftsweise**

341

342 Die Grenzen der natürlichen Umwelt: Ressourcenknappheit

343

344 Wann und unter welchen Umständen werden Ressourcen knapp? Welche Szenarien sind  
345 denkbar, welche realistisch? Wie gehen wir mit den sich aus den Szenarien ergebenden  
346 Konsequenzen um? Welche Ziele zur höheren Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung  
347 haben wir, welche Mittel bevorzugen wir national/international? Wie können energie- und  
348 ressourcenintensive Industriestandorte gestärkt werden ohne die sozialen und ökologische  
349 Aspekte aus den Augen zu verlieren? Welche Perspektiven haben wir für eine Zeit nach der  
350 Verfügbarkeit billiger fossiler Rohstoffe? Wollen wir eine post-fossile Gesellschaft und wie soll  
351 sie aussehen? Welche weltweiten Instrumente und Mechanismen sind notwendig um die  
352 gerechte und ökologisch nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen und  
353 (Rest)Bestände der ökologischen Senken zu regeln (Weltklimavertrag, Transferzahlungen,  
354 Emissionshandel, Mitigation usw.)?

355

356 Nachhaltige Energiewirtschaft

357

358 Welche Möglichkeiten gibt es um im Rahmen der Energiewende die sich bietenden Chancen  
359 eines neuen, nachhaltigen Wirtschaftens effektiv zu nutzen? Welche Rolle spielt der  
360 Emissionshandel in einem solchen Konzept, und welche spielen CCS und CCR? Wie können  
361 wir in die Energiewende unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit  
362 gemäß gestalten? Welche Möglichkeiten bieten sich an, um die Energiewende zu fördern und  
363 eine übermäßige Belastung von privaten VerbraucherInnen und Industrie effektiv zu vermeiden;  
364 welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Großprojekte und ein System der dezentralen  
365 Energieversorgung (Verstaatlichung, Genossenschaftsprojekte etc. ...)? Wie schaffen wir  
366 Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz sowohl der Wirtschaft als auch der privaten  
367 Haushalte? Wie können wir eine Energieversorgung jenseits von fossil- basierten Energie-  
368 Oligopolstrukturen sichern?

369

370 Ungleichheiten überwinden statt fördern

371

372 Welche Möglichkeiten haben wir, um wirksame eine soziale Dimension von Entwicklung in den  
373 Institutionen der Weltwirtschaftsordnung zu verankern? Wie genau stellen wir uns eine solche  
374 soziale Dimension vor? Wie beurteilen wir Freihandelsabkommen und Fair-Trade, die Rolle der  
375 Weltbank, der WTO und des Internationalen Währungsfonds? Wie begegnen wir  
376 Ressourcenkonflikten mit den Mitteln ziviler Konfliktbearbeitung? Wie und mit welchen Folgen  
377 kann im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit das Auslassen fossiler und  
378 naturzerstörerischer Entwicklungsschritte bewerkstelligt werden?

379

380 Entflechtung der Wirtschaftsstruktur und Demokratisierung der Wirtschaft

381

382 Wie können Monopole und Oligopole überwunden werden? Wie gehen wir mit Monopolen und  
383 der öffentlichen Daseinsvorsorge um (u.a. Re-Kommunalisierungen)? Wie stehen wir zu  
384 kommunalen Unternehmen und zu (Teil-)Privatisierungen? Welche Bedeutung haben  
385 kommunale Wirtschaftsbetriebe sowie die Gemeinwirtschaft? Welche Rolle sollen  
386 Genossenschaften und Belegschaftsunternehmen spielen? Wie kann betriebliche  
387 Mitbestimmung gestärkt und wie können ArbeitnehmerInnen über langfristigen  
388 Unternehmensentscheidungen maßgeblich entscheiden? Wie schaffen wir den Wandel vom  
389 Shareholding zum Stakeholding? Welche Rolle haben öffentliche Banken im Hinblick auf die  
390 Steuerung der Kapitalströme? Wie sieht unsere Idee der sozialökologische, demokratische  
391 Rahmenplanung und Investitionslenkung aus? Welche Rolle können die regionale sowie die  
392 europäische Ebene bei einer makroökonomischen Steuerungspolitik spielen?

393

394 **5.2. Zukunft der Arbeitswelt**

395

396 Arbeitsversicherung

397

398 Mit der Veränderung von Erwerbsbiographien muss auch eine Veränderung der Instrumente der  
399 Absicherung von Erwerbslosigkeit einhergehen. Ausgehend von der Analyse, dass bei immer  
400 mehr Brüchen in der durchschnittlichen Erwerbsbiographie eine Arbeitslosenversicherung, die  
401 auch kurze Phasen der Arbeitslosigkeit stets mit dem Nimbus eines grundsätzlichen sozialen  
402 Einbruchs versieht, nicht mehr die zeitgemäße Form von Absicherung bereit hält, ist die Idee  
403 der Arbeitsversicherung geboren. Ihre konkrete Ausgestaltung steht aber in vielen Feldern noch  
404 aus. Wie soll etwa eine materielle Unterstützungsleistung im Bedarfsfall aussehen? Wer ist

405 wann anspruchsberechtigt und welche Kriterien bestimmen die Leistungshöhe? Können  
406 Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten einbezogen werden und wenn ja, wie? Wie können wir  
407 echte berufliche Weiterentwicklungs- und Qualifizierungsangebote im Rahmen der  
408 Arbeitsversicherung anbieten statt ArbeitnehmerInnen in teilweise nur begrenzt sinnvollen  
409 Maßnahmen zu beschäftigen? Wie soll eine solche Versicherung finanziert werden?

410

411 Arbeitszeitverkürzung (& Entgrenzung)

412

413 Die zunehmende Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit und die erwartete dauernde  
414 Verfügbarkeit der ArbeitnehmerInnen schafft eine neue Perspektive auf die alte Debatte um  
415 Arbeitszeit. Wie können wir in Zukunft noch klare Grenzen ziehen zwischen Arbeit und Freizeit?  
416 Welche Arbeitszeitmodelle garantieren eine Regulierung von Arbeitszeit unter den sich  
417 wandelnden Bedingungen und Anforderungen der Arbeitswelt? Welche Modelle einer stärkeren  
418 Lebensarbeitszeitorientierung halten wir für zielführend und sinnvoll? Ist eine stärkere  
419 Bezugnahme in den Rentenversicherungssystemen auf die geleistete Lebensarbeitszeit  
420 sinnvoll? Wir wollen auch die Debatte um die Verteilung der gesamtgesellschaftlichen  
421 Arbeitsmenge wieder aufgreifen und neu führen. Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung  
422 sind so aktuell wie nie.

423

424 Gleichstellung

425

426 Insbesondere wollen wir den Fokus der Diskussion auf Regulationsebenen legen, die in  
427 unseren bisherigen Debatten eher zu kurz kamen. Dazu gehört zum Beispiel das Instrument  
428 von tätigkeitsbezogenen tarifvertraglichen (Entgelt-)Eingruppierungssystemen, die in einigen  
429 Branchen bereits heute die Schere zwischen gewerblichen und indirekten Bereichen geschlossen  
430 hat, was erheblich zu einer Schließung der Geschlechterentlohnungsschere innerhalb der  
431 jeweiligen Branchen beitragen kann.

432

### 433 **5.3. Zukunft Europas**

434

435 Die Sprachlosigkeit der europäischen Linken in der sogenannten Eurokrise offenbart ein  
436 tieferliegendes Problem hinsichtlich einer linken Vision von Europa. Auch die europäische  
437 Sozialdemokratie hat keine einheitliche Erzählung vom „Wohin?“ der Europäischen Integration  
438 gefunden. Die „Finalitätsfrage“ nach dem anzustrebenden Zustand der Europäischen Union ist  
439 unbeantwortet, sie wurde nachgeordnet und verdrängt. Selbst wir Jusos haben oft versucht sie  
440 in einzelnen Politikfeldern isoliert zu beantworten. Hinter den Überschriften vom „sozialen  
441 Europa“ stehen aber weiterhin offene Fragen zur Organisation eines solchen. Was sollen die  
442 Vereinigten Staaten von Europa sein, welche Form von Föderalismus wollen wir, welchen  
443 Kompetenzen sollen wo liegen, wie viel Souveränität soll unter welchen Umständen wohin  
444 übertragen werden? Diese Fragen wollen wir für sich genommen und am Beispiel einzelner  
445 Politikfelder debattieren:

446

447 Eurokrise

448

449 Die als Eurokrise bezeichnete Krise der Refinanzierung im Euroraum ist  
450 noch lange nicht überstanden. Auch wenn bisher noch kaum wirtschaftliche Auswirkungen in  
451 Deutschland zu spüren sind, bleibt die große Herausforderung Europa als Ganzes wieder auf  
452 einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen. Zwar wurde immer wieder vereinbart und auch  
453 beschlossen, dass neben den Sparzwang auch Impulse für Wachstum hinzukommen müssen,  
454 diese sind aber genau wie die Finanztransaktionssteuer ausgeblieben. Die Eurorettung und  
455 Krisenpolitik muss auf neue Füße gestellt werden, sonst wird sich Europa nicht zum Positiven  
456 entwickeln. Es gilt, diese Anstrengungen weiterhin kritisch zu begleiten und eigene Vorschläge  
457 zu entwickeln. Ein besonderes Augenmerk muss dabei von uns auf die Bekämpfung der  
458 Jugendarbeitslosigkeit gelegt werden.

459

460 Demokratisierung der EU und Öffentliche Daseinsvorsorge

461

462 Wie kann das Europäische Parlament, welches direkt von den BürgerInnen gewählt und somit  
463 legitimiert wird, gestärkt werden? Wie können die Kontrollmöglichkeiten der nationalen  
464 Parlamente ausgebaut werden?

465

466 Wer bildet das europäische demos? Wo findet der öffentliche Diskurs statt? Es gilt zu  
467 bestimmen, wie eine europäische Medienlandschaft aussehen könnte und wie  
468 direktdemokratische Elemente und ein europäischer Wahlkampf helfen könnten, Europa zu  
469 politisieren, um somit eine umfänglichere Legitimität zu erreichen. Denn für viele Menschen sind  
470 die EU und ihre Richtlinien ein Raumschiff mit wenig Bezug zur Realität. Dass diese Vorstellung  
471 falsch ist, wird nirgendwo deutlicher als im Bereich der (kommunalen) Daseinsvorsorge. Wir  
472 wollen im Projekt regionale Strategien gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung  
473 diskutieren und konkrete Möglichkeiten dazu aufzeigen.

474

475 Gemeinsame EU-Außenpolitik

476

477 Bis heute hat die EU keine kohärente Außenpolitik entwickelt. Weder die EU, noch die  
478 Mitgliedsstaaten, noch SPD oder Jusos haben Antworten auf die kritischen Fragen der  
479 Außenpolitik. So ist die Frage der "Responsibility to Protect" letztlich nicht zu Ende diskutiert.  
480 Auch ist die Verknüpfung von Entwicklungs- und Außenpolitik immer noch nicht in der Debatte  
481 oder gar im Handeln der EU und der Mitgliedsstaaten angekommen. Wir wollen diese Frage  
482 grundsätzlich diskutieren und für die Jusos eine entsprechende Position erarbeiten.

483

## 484 6. Feminismus

485

486 Wir Jusos sind und bleiben ein feministischer Richtungsverband. Wir setzen uns dafür ein, dass  
487 Frauen in unserer Gesellschaft endlich gleiche Chancen bekommen. Wir wollen, dass alle  
488 Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Wir wollen, dass Schluss ist mit der  
489 Reproduktion von Rollenbildern und Stereotypen. Ein selbstbestimmtes Leben von Frauen ist  
490 unser Ziel. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist dabei zentral für die Gleichstellung der  
491 Geschlechter insgesamt.

492

493 Beim Thema Gleichstellung droht in den letzten Jahren jedoch ein gesellschaftlicher Rollback.  
494 Das Thema Frauenpolitik wird – leider auch in der SPD – immer mehr auf Familienpolitik  
495 reduziert. Selbstverständlich ist eine moderne Familienpolitik ein wichtiger Baustein. Die  
496 grundlegenden Fragen des Patriarchats, der Dominanz von überlieferten Rollenverständnissen  
497 und die daraus folgende Diskriminierung vor allem von Frauen in allen Lebensbereichen  
498 werden, dürfen jedoch nicht aus dem Blickfeld rücken. Wir Jusos müssen uns als eine  
499 Organisation verstehen, die die Diskussion um Frauen- und Gleichstellungspolitik wieder  
500 verbreitert. Dazu gilt es zunächst, uns inhaltlich fit zu machen. Denn auch bei uns gibt es viele,  
501 die die Gleichstellung der Geschlechter für erreicht und Frauen- und Gleichstellungspolitik eher  
502 für ein lästiges Ritual halten, das es zu beseitigen gilt. Deshalb müssen wir das Thema auch bei  
503 den Jusos wieder breit zu verankern. Dazu ist es notwendig, das Thema Frauen und  
504 Gleichstellung wieder als festen Block und/oder im Sinne des „lila Fadens“ als sich durch den  
505 ganzen Ablauf ziehendes Querschnittsthema bei allen Seminaren, Veranstaltungen und  
506 Publikationen zu verankern. Feminismus soll deshalb auch inhaltlich in alle drei Projekte  
507 integriert werden. Jedes Perspektivprojekt bearbeitet dabei jedes Verbandswochenende  
508 mindestens einen Arbeitsblock zu Gleichstellungspolitischen Fragen, ihres momentanen  
509 Arbeitsschwerpunktes. Aber unser Verständnis von Feminismus reicht weiter. Längst nicht alle  
510 Menschen sehen sich in einer der beiden Kategorien „Mann“ oder „Frau“. Unser langfristiges  
511 Ziel ist die Überwindung dieser Kategorien und das Erreichen der Gesellschaft der Freien und  
512 Gleichen. Dabei verkennen wir jedoch nicht, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung die  
513 Menschen immer noch in diese Kategorien zwingt. Die Überwindung von  
514 Geschlechterkategorien kann daher kein Argument gegen die Quote oder andere  
515 frauenfördernde Maßnahmen sein.

516

517 Frauen nehmen bei den Jusos zu wenige und zu niedrige Ämter wahr, gleichzeitig müssen die  
518 wenigen aktiven Frauen in unserem Verband Mehrfachbelastungen in Kauf nehmen, was deren  
519 Arbeit erschwert oder behindert und auch abschreckend für neue weibliche Anwärterinnen ist..  
520 Um mehr junge Frauen

521 in Führungspositionen zu bringen wollen wir Frauen gezielt fördern und vernetzen. Dafür  
522 werden auf jeder Bundesveranstaltung Frauenvernetzungstreffen stattfinden. Auf jedem  
523 Zukunftsprojektwochenende, auf jedem Seminar und Kongress. Ziel ist es, die Anzahl der  
524 weiblichen Vorsitzenden in Landesverbänden und Unterbezirken deutlich zu erhöhen. Hier  
525 wollen wir Unterstützung bieten. Gemeinsam mit der SPD wollen außerdem wir eine Strategie  
526 entwickeln, wie wir vor allem mehr junge Frauen als Mitglieder für die SPD gewinnen können.

527

## 528 **7. Dialogwerkstätten für eine inklusive Gesellschaft**

529

530 Wir Jusos wollen eine inklusive Gesellschaft und eine vielfältige Gesellschaft, in der jedes  
531 Individuum frei und gleich teilhaben kann. Eine solche Gesellschaft finden wir heute nicht vor.  
532 Neben der grundsätzlichen Spaltung der Gesellschaft durch Klassenbeziehungen und die  
533 soziale Frage finden wir eine Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Diskriminierungen vor:  
534 Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, insbesondere auf Muslime sowie Sinti und Roma  
535 bezogener Rassismus, Homo- und Transphobie, und Altersdiskriminierung sind nur einige  
536 Beispiele. Wir streben eine Gesellschaft der Gleichwertigkeit an, in der sämtliche  
537 Diskriminierungen verschwinden. Wir verpflichten uns einer zeitgemäßen humanen  
538 Flüchtlingspolitik in Deutschland, Europa und der Welt sowie einer progressiven  
539 Migrationspolitik der Anerkennung und Teilhabe und werden uns aktiv für die Entwicklung und  
540 Umsetzung gesellschaftlich-politischer Handlungskonzepte einsetzen. Ferner wissen wir auch,  
541 dass Diskriminierungen  
542 unterschiedlich große Gruppen in unterschiedlich starkem Maße treffen, in unterschiedlichem  
543 Maße Auswirkungen auf die Einschränkung der Lebenschancen eines Menschen haben und  
544 somit für uns unterschiedliche Dringlichkeit für politische Interventionen schaffen. Wir wollen uns  
545 in den nächsten zwei Jahren auf die Handlungsfelder sexuelle Orientierung und sexuelle  
546 Identität, Inklusion für Menschen mit Behinderung sowie inklusive Einwanderungsgesellschaft  
547 konzentrieren.

548

549 In Zukunft wollen wir daher zum einen ein genaueres Bild über die Beteiligung von Mitgliedern  
550 mit Migrationshintergrund in unseren eigenen Strukturen erlangen. Dazu werden wir  
551 ausgewählte Vorstände und Delegationen der Jusos über einen längeren Zeitraum hinweg  
552 anonymisiert und freiwillig über den Prozentsatz der Jusos mit Migrationshintergrund abfragen.  
553 Nach der Sachstandsanalyse wollen wir bei Bedarf Instrumente entwickeln, um mögliche  
554 strukturelle Beteiligungshindernisse zu überwinden. Für uns steht jedoch auch die Frage im  
555 Vordergrund, wie wir Menschen mit Migrationshintergrund außerhalb unserer Parteistrukturen  
556 erreichen und beteiligen können. Deshalb wird der Bundesvorstand gezielt das Gespräch mit  
557 Migrationsverbänden suchen und intensivieren.

558

559 Zum anderen wollen wir Strategien und Forderungen noch stärker im Dialog mit  
560 selbstorganisierten Betroffenengruppen erarbeiten. Wir werden deshalb Dialogwerkstätten  
561 durchführen um unsere Positionen und Forderungen weiterzuentwickeln. Dazu führen wir ein  
562 Fachgespräch und ein späteres internes Auswertungs- und Diskussionstreffen für jedes der drei  
563 Handlungsfelder an einem gemeinsamen Termin durch.

564

565 Inklusion erzeugt Synergien. Inklusive Infrastrukturen, barrierefrei und gleichzeitig familien- und  
566 seniorenfreundlich, sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Stadtentwicklung. Ebenso  
567 muss Teilhabe an kommunalen Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglicht werden.  
568 Ressourcen müssen den Anforderungen der Inklusion angepasst werden. Dabei gilt für uns der  
569 Grundsatz, Betroffene zu Beteiligten zu machen.

570

571 Die spezifischen Probleme und Bedürfnisse junger Menschen heben wir dabei stets hervor. Wir  
572 suchen den Austausch mit den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Themenforen in der  
573 SPD, sie können für uns dabei wichtige parteiinterne BündnispartnerInnen sein. Externe Partner  
574 für unsere Dialoggespräche suchen wir entsprechend ihrer Bedeutung und der Nähe zu  
575 unserem Wertekanon aus.

576

## 577 **8. Internationales**

578

### 579 **8.1. Austausch und Partnerschaften**

580

581 Zentrales Projekt der internationalen Arbeit des Verbandes bleibt das Willy-Brandt-Center  
582 Jerusalem. In den letzten Jahren haben wir daneben unsere bilateralen Partnerschaften auf  
583 internationaler Ebene erfolgreich intensiviert, gerade in Regionen mit großen  
584 Umwälzungsprozessen. In der kommenden Amtsperiode werden wir ein besonderes  
585 Augenmerk auf den Austausch mit folgenden Partnerorganisationen legen: Der CHP-Jugend in  
586 der Türkei, dem größten und wichtigsten Land mit EU-Beitrittsperspektive, das aktuell von tiefen  
587 inneren Kämpfen um Selbstbestimmung und Demokratie geprägt wird. Und mit der JPT aus

588 Lateinamerikas größtem Land Brasilien, einer Gesellschaft reich an sozialen Spannungen,  
589 dessen Kampf um eine sozial-ökologische Transformation zu Recht weltweite Beachtung findet.  
590 Daneben wollen wir den Dialog mit progressiven Kräften in Afghanistan fortsetzen, um deutlich  
591 zu machen, dass die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Afghanistan nicht mit dem Abzug  
592 internationaler Truppen enden darf.

593

594 Gerade im Rahmen der Kampagne „Rise up!“ ist uns zudem ein engerer Austausch mit  
595 europäischen PartnerInnen zu Themen mit gemeinsamer Handlungsrelevanz gelungen. Wir  
596 werden auch in Zukunft den engen Austausch mit Partnerorganisationen aus EU-Staaten –  
597 insbesondere im Mittel- und Osteuropäischen Raum und Balkan – suchen und verstärkt auch  
598 deren Angebote nutzen.

599

## 600 **8.2. Thementag**

601

602 Wir richten einmal pro Jahr einen Thementag aus, der ein Thema bearbeitet und die  
603 Weiterentwicklung der Beschlusslage ermöglicht. Die Themenkongresse sind verbandsoffen  
604 und orientieren sich an den Schwerpunktthemen der internationalen Arbeit des Juso-  
605 Bundesverbands: Nahost, Internationale Soziale Bewegungen oder Friedenspolitik.

606

## 607 **8.3. Strukturen der internationalen Arbeit**

608

609 Zentrales Gremium der internationalen Arbeit des Verbandes ist der Bundesvorstand. Die  
610 Umsetzung der internationalen Beschlüsse des Bundeskongresses sowie aktuelle Beschlüsse  
611 erfolgen durch den Vorstand. Er gewährleistet auch den Austausch mit unseren VertreterInnen  
612 in den Internationalen Organisationen (IUSY, YES, DNK). Diesen Austausch und die  
613 Kommunikation ständig zu verbessern, daran werden wir weiter arbeiten, denn nur so gelingt es  
614 uns, auch unsere Position innerhalb von YES und IUSY zu stärken. Unsere VertreterInnen in  
615 internationalen Gremien spiegeln unsere Juso-Positionen in die internationalen Dachverbände  
616 zurück und vertreten diese dort.

617

618 YES wollen wir entsprechend unseres Beschlusses vom letzten Bundeskongress weiter stärken  
619 und zu viel mehr machen als nur einer Dachorganisation, die lediglich dem Austausch von  
620 Informationen und Bildungsseminaren dient. Wenn wir Europa demokratisieren wollen, müssen  
621 wir auch YES demokratisieren.

622

623 Zur Unterstützung der aktuellen internationalen Arbeit des Bundesverbandes und zum  
624 Austausch mit den Landesverbänden und Bezirken dient die Bundeskommission Internationales  
625 (BKI). Die BKI besteht aus ein bis zwei VertreterInnen pro Landesverband/Bezirk sowie  
626 zusätzlich einigen vom Bundesvorstand ernannten ExpertInnen. Die Mitglieder der BKI haben  
627 Vorkenntnisse in der internationalen Arbeit im Verband und/oder auf internationaler Ebene  
628 sowie vertiefter Kenntnis internationaler Fragen und/oder Regionen. Sie haben die Aufgabe  
629 dem Bundesvorstand in aktuellen internationalen Fragen Expertise und Hintergründe  
630 zuzuarbeiten und unterstützen die Vorbereitung und Durchführung der Themenkongresse. Die  
631 BKI-Treffen koppeln sich an die Thementage und den Kongress zur Europawahl.

632

## 633 **8.4. Europawahl**

634

635 Wir Jusos werden die Europawahl mit unserer eigenen Jugendwahl-Kampagne begleiten.  
636 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnerorganisationen werden wir für unsere  
637 Vorstellungen eines sozialen, demokratischen und gerechten Europas kämpfen. Als Auftakt der  
638 heißen Wahlkampfphase werden wir Ende April 2014 einen Europakongress abhalten, bei dem  
639 wir die inhaltlichen Schwerpunkte, die wir auf dem Bundeskongress beschlossen haben, und  
640 wesentliche Kampagnenelemente vorstellen. Im Rahmen der Workshops werden wir auch  
641 unsere Partnerorganisationen der YES einladen.

642

643 Für die Europakampagne werden wir auf die guten Erfahrungen aus der  
644 Bundestagswahlkampagne zurückgreifen. Dies betrifft insbesondere das Layout der Kampagne,  
645 welches wir für unsere Materialien beibehalten werden, sowie einzelne Give-aways. Sofern es  
646 finanziell möglich ist, werden wir in den letzten Wochen vor der Europawahl mit unserem  
647 neugestalteten Juso-Bus eine Bustour durchführen. Es ist zu prüfen, inwiefern der Bus so  
648 nachgerüstet werden kann, dass er die grüne Plakette erhält um auch Städte mit einer grünen

649 Umweltzone anzufahren. Diese wird von Bundesebene aus in enger  
650 Abstimmung mit den Landesverbänden und Bezirken geplant. Die im Europawahlkampf aktiven  
651 Jusos werden wir vernetzen, ihnen Informationen, Materialien und Aktionsvorschläge an die  
652 Hand geben. Juso-KandidatInnen bei der Europawahl werden wir besonders unterstützen. Wir  
653 wollen auch die Kommunalwahlen 2014 unterstützen, indem wir in den Materialien für den  
654 Europawahlkampf auch den kommunale Bezug deutlich machen. Es ist wichtig das den  
655 Menschen die Bedeutung und die Auswirkungen der EU-Politik auf ihre Lebensbedingungen in  
656 der Kommune deutlich gemacht werden.

657

## 658 **9. Antifaschismus**

659

660 Wir sind ein antifaschistischer Verband. Das ist ein zentraler Teil unserer Identität und Aktivität.  
661 Wir stellen uns überall gegen Nazis und beteiligen uns mit Partnern an Blockaden. Der  
662 Bundesverband unterstützt die antifaschistische Arbeit vor Ort mit Materialien und Infos, und  
663 wird auch weiterhin zu antifaschistischen Demos mit bundesweiter Bedeutung aufrufen und sich  
664 dazu gegebenenfalls in bundesweite Bündnisse einbringen. Unser  
665 Ansatz zielt nicht auf Repression, sondern auf den Kampf gegen gruppenbezogene  
666 Menschenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus (wie z.B. die Relativierung sowie Leugnung  
667 der Shoah) auf allen Ebenen. In Ausnahmefällen können Organisationsverbote dafür  
668 zuträglich sein. Deshalb drängen wir weiter auf ein NPD-Verbot. Auch in der Gedenkarbeit  
669 wollen wir stärkere Akzente setzen. Wir werden gemeinsam mit der DGB-Jugend und den  
670 Falken am 27. Januar 2015 anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz-  
671 Birkenau ein angemessenes Gedenken organisieren.

672

673 In Zukunft wollen wir uns zudem noch stärker mit dem breiter werdenden rechten  
674 Parteienspektrum in Deutschland auseinandersetzen und aus dieser Analyse  
675 Gegenmaßnahmen ableiten. Antifaschistische Arbeit muss stärker internationalistisch  
676 ausgerichtet werden. Wir drängen die SPD weiter dazu die Lehren aus dem Versagen  
677 der Sicherheitsbehörden im NSU-Skandal zu ziehen und Inlandsgeheimdienste abzuschaffen.

678

## 679 **10. Juso-SchülerInnen**

680

681 Die Juso-SchülerInnen sind seit 3 Jahren die Vertretung der SchülerInnen bei den Jusos und  
682 fungieren als Sprachrohr dieser in die Jusos und die SPD hinein. Ihr thematischer Schwerpunkt  
683 liegt auf dem Bildungsbereich, insbesondere der Schulpolitik. Ihr Ansatz ist, dass die  
684 Schülerinnen und Schüler selbst die besten ExpertInnen für Bildungspolitik sind, weil sie die  
685 Auswirkungen dieser täglich in der Schule erleben. Die Juso-SchülerInnen lehnen  
686 beispielsweise G8 ab und wollen den Bildungsföderalismus überwinden. Sie stehen für ein  
687 gerechtes Schulsystem, für die eine Schule für alle, die GewinnerInnen statt VerliererInnen  
688 schafft und individuelle Förderung möglich macht. Sie sind eine Untergruppierung der Jusos in  
689 Form eines Projekts des Bundesvorstandes. Sie haben eine dreiköpfige, gleichberechtigte  
690 Bundeskoordination, die für ein Jahr gewählt und dafür verantwortlich ist, jedes Jahr zwei  
691 Kongresse zu veranstalten: Einen Basiskongress und einen Bundeskongress. Ein Mitglied  
692 dieser Koordination ist für die Juso-SchülerInnen in den Juso-Bundesvorstand kooptiert. Im  
693 neuen Arbeitsjahr wird die Bundeskoordination der Juso-SchülerInnen in Kooperation mit dem  
694 Juso-Bundesvorstand ein Richtlinienpapier erstellen welches die Rahmenbedingungen der  
695 Juso-SchülerInnen-Arbeit beschreibt, um die Strukturen der Juso-SchülerInnen auch formal zu  
696 festigen.

697

698 Jusos auf den Prüfstand – Wer sind wir, was machen wir und wo wollen wir hin?

699

700 Wir JungsozialistInnen müssen uns selbst ständig prüfen, unsere Arbeit reflektieren und stets  
701 den Anforderungen der Gegenwart anpassen. Sprechen wir noch die breite Gesellschaft in  
702 diesem Land an? Stellen wir ein Angebot für alle Menschen in diesem Land, für Studierende,  
703 wie Auszubildende, für Selbstständige, wie für ArbeitnehmerInnen am Band?

704

705 Mit welchen Methoden arbeiten wir, welche Sprache nutzen wir und welchen Stil pflegen wir im  
706 Umgang untereinander? Aber auch, sind wir noch auf der Höhe der Zeit? Braucht es neue  
707 Beteiligungsformen jenseits des normalen Kreis- und Bezirksverbands, nutzen wir als Verband  
708 die technologischen Möglichkeiten der heutigen Zeit aus, oder Bedarf es der Weiterentwicklung,  
709 um unsere Generation noch anzusprechen?

710

711 Wir werden unsere Arbeit auf den Prüfstand stellen. Um diese Fragen breit und ergebnisoffen  
712 zu diskutieren, möchten wir bei den Basis-Kongressen im kommenden Arbeitsjahr allen  
713 Mitgliedern die Möglichkeit geben, ihre Vorstellungen zu formulieren, ihre Erfahrungen der  
714 bisherigen Juso-Arbeit zu schildern und ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Jusos auf der  
715 Höhe ihrer Zeit bleiben.

716

717 Die Ausbreitung des Internets und der Neuen Medien verändert die Art und Weise unseres  
718 Zusammenlebens in beispielloser Weise. Sie ist mit unermesslichen Möglichkeiten, aber auch  
719 mit erheblichen Herausforderungen und Gefahren verbunden, auf die wir bislang nicht einmal  
720 ansatzweise alle Antworten gefunden haben. Gerade wir als junge Generation wissen, dass der  
721 Umgang hiermit längst kein politisches Randthema mehr ist. Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik.  
722 Das Internet und digitale Medien lassen sich nicht isoliert vom Zusammenleben in der Welt „da  
723 draußen“ betrachten.

724 Im Rahmen eines der Basiskongresse im kommenden Jahr wird sich der Juso Bundesverband  
725 damit beschäftigen.

726

## 727 **11. Gesellschaftlichen Wandel gestalten**

728

### 729 **11.1. Unsere Arbeitsweise**

730

731 Mit dem Basiskongress ist es uns gelungen ein gut funktionierendes Angebot für viele Jusos zu  
732 schaffen. Deshalb wollen wir diesen beibehalten und einmal pro Jahr abhalten. Viele Jusos  
733 wünschen sich eine engere Anbindung an den Bundesverband. Wir wollen uns deshalb in enger  
734 Rücksprache mit den Landesverbänden und Bezirken auch  
735 mit Angeboten direkt an die Unterbezirke und Kreisverbände wenden.

736

737 Unsere inhaltlichen Schwerpunkte bearbeiten wir in den Projektgruppen. Jeder Landesverband  
738 und Bezirk entsendet eineN DelegierteN in jede dieser Projektgruppen. Der Bundesvorstand  
739 benennt des Weiteren pro Projektgruppe zehn ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten  
740 mitarbeiten. Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen  
741 Tätigkeit einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projektes leisten können. Die  
742 ExpertInnenposten werden zeitnah ausgeschrieben, alle interessierten Jusos können sich  
743 bewerben. Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und  
744 entwickeln diese weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen  
745 Diskussionen innerhalb der Partei auf oder stoßen diese an.

746

747 Um die Rückkopplung der Arbeit des Bundesvorstandes und der Projekte in die  
748 Landesverbände und Bezirke zu gewährleisten, findet mindestens zweimal jährlich ein  
749 Bundesausschuss (ergänzt um die Landes- und Bezirksvorsitzenden) statt.

750

751 Der Bundesvorstand wird zudem im nächsten Jahr die kostenpflichtige Juso-Mitgliedschaft  
752 überprüfen und hinterfragen, ob sich durch die Einführung des Mitgliedsbeitrags die erhofften  
753 Veränderungen eingestellt haben, oder ob eine Rückkehr zur kostenfreien Juso-  
754 Gastmitgliedschaft angestrebt werden sollte.

755

### 756 **11.2. Bündnisarbeit**

757

758 Wir wollen diese Gesellschaft verändern, deshalb kämpfen wir in und mit der SPD für linke  
759 Politik. Doch wir wissen: Die Welt wird nicht automatisch gerechter, wenn die SPD in der  
760 Regierung ist, sondern, wenn wir es schaffen für unsere Idee der Gerechtigkeit gesellschaftliche  
761 Bündnisse und Mehrheiten zu organisieren. Viele Menschen sind in anderen Organisationen  
762 und Bündnissen aktiv und teilen dieselben Grundwerte wie wir. Wir wollen deshalb möglichst  
763 viele mitnehmen und gemeinsam mit ihnen für eine gerechte Gesellschaft kämpfen. Sich  
764 verstärkt in Bündnisse einzubringen, die Sichtbarkeit der Jusos zu erhöhen und gemeinsam für  
765 unsere Überzeugungen zu streiten - und umgekehrt die Positionen aus der gesellschaftlichen  
766 Linken in die Jusos und die Partei zu tragen - wird deshalb eine wichtige Aufgabe in den  
767 nächsten zwei

768 Jahren sein. Dies ist unsere Doppelstrategie.

769

770 Die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und insbesondere den

771 Gewerkschaftsjugenden und der DGB-Jugend werden wir weiter vertiefen. Auch die gute  
772 Zusammenarbeit mit unserer Schwesterorganisation SJD - Die Falken werden wir intensiv  
773 fortsetzen. Hierfür werden wir  
774 uns für die Schaffung eines Jugendgewerkschaftsrates einsetzen, mit dem sich der  
775 Bundesvorstand regelmäßig austauscht und gemeinsame Handlungsfelder er- sowie bearbeitet.  
776 Doch nicht nur auf der Funktionärsbene müssen die Kontakte mit den Jugendgewerkschaften  
777 gestärkt werden. Auch im täglichen Wirken müssen Jusos und junge GewerkschafterInnen  
778 zukünftig enger miteinander kooperieren und wieder verstärkt zueinander finden.  
779  
780 Ein weiterer Schwerpunkt wird der Austausch mit den uns nahestehenden politischen  
781 Jugendorganisationen sein. Wollen wir progressive linke Politik durchsetzen, dann braucht es  
782 bei der nächsten Bundestagswahl auch eine realistische Machtoption. Wir Jusos fordern seit  
783 Jahren ein Ende der Auschließberitis und eine Öffnung der SPD hin zu rot-rot-grün.  
784 Voraussetzungen müssen hierfür die Bildung einer stabilen, arbeitsfähigen Regierung, einer  
785 stabilen Außen- und Sicherheitspolitik und einer stabilen Finanz- und Haushaltspolitik sein. Dies  
786 gilt es  
787 auch durch unsere Bündnisarbeit fortzubereiten. Wir werden deshalb den Austausch mit der  
788 Grünen Jugend fortsetzen, genauso wie mit Linksjugend.Solid verstärkt suchen und eine  
789 Zusammenarbeit ausloten.  
790  
791 Auch mit jungen WissenschaftlerInnen und Forschungsinstitutionen und Stiftungen wollen wir  
792 verstärkt zusammenarbeiten und uns dort Expertise holen.  
793  
794 Die Expertise unserer BündnispartnerInnen wollen wir in die Projektarbeit integrieren. Deshalb  
795 wollen wir versuchen pro Projekt einE ExpertIn aus einem befreundeten Verband für die  
796 regelmäßige Mitarbeit zu gewinnen.  
797  
798 Einen Austausch auf europäischer Ebene über unterschiedliche Erfahrung mit Parteien links  
799 der  
800 SozialistInnen und SozialdemokratInnen in Europa wollen wir anstoßen.  
801 Zu unseren BündnispartnerInnen zählen auch soziale Bewegungen und anderen linke  
802 Jugendorganisationen, z.B. aus dem antifaschistischen oder ökologischen Bereich oder aus den  
803 Selbstorganisationen junger MigrantInnen. Den Kontakt zu ihnen wollen wir fortführen und  
804 intensivieren. Wir kämpfen so auch außerparlamentarisch mit den progressiven Kräften für  
805 unsere Positionen.  
806  
807 **11.3. Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen**  
808  
809 Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir unsere Mitglieder über die Themen und Aktivitäten  
810 des Bundesverbandes informieren, Einblicke in thematische Schwerpunkte und  
811 gesellschaftliche Diskussionen bieten, als auch für unsere Inhalte in der Öffentlichkeit werben.  
812 Dazu werden wir unsere Printprodukte und unser Onlineangebot weiter verzahnen und  
813 kontinuierlich weiterentwickeln müssen. Erste Anregungen hierfür sind: eine gemeinsame  
814 Update und Blog Redaktion. Der Blog wird auch mit mehr externen Auftragsbeiträgen und  
815 Berichten über Verbandsaktivitäten bespielt und daraus das Update gefüllt. Im Zuge der  
816 Weiterentwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit wird der Bundesvorstand hier ein  
817 Gesamtkonzept erarbeiten.  
818  
819 Wir werden unseren Bestand an Informationsmaterialien kontinuierlich aktualisieren und  
820 ausbauen.  
821  
822 Unsere Zeitschrift „Argumente“ dient dazu, Interessierten innerhalb und außerhalb des  
823 Verbandes einen tieferen Einblick in ein Leitthema zu ermöglichen. Wir halten an ihrem  
824 bewährten Konzept fest und wollen es weiterentwickeln. Ein Call-for-paper-System war ein  
825 erster Schritt, weitere Ideen zur Verbesserung und Überarbeitung der „Argumente“ soll eine  
826 Redaktion aus dem Juso-Bundesvorstand erarbeiten. Es soll insbesondere als verbandsinterne  
827 Debattenplattform gestärkt werden. Den Abonnentenkreis wollen wir um ehemalige Juso-  
828 Funktionäre erweitern.  
829  
830 Wir werden unsere Präsenz in den Sozialen Netzwerken aufrechterhalten und weiterentwickeln.  
831 Dafür soll die

832 Onlinegruppe verstetigt werden und insbesondere zur Begleitung von Großveranstaltung und  
833 Kampagnen genutzt werden. Wer Mitglied im Onlineteam wird, entscheidet der Bundesvorstand  
834 mithilfe einer offenen Ausschreibung einmal jährlich.

835

#### 836 **11.4. Bildungsangebot**

837

838 In den vergangenen Jahren bestand das Bildungsangebot des Bundesverbandes neben den  
839 Vorbereitungen auf die Bundestagswahl aus einem Durchlauf des Politdiploms und jährlichen  
840 Akademien. Auffällig ist, dass es zunehmend schwieriger wird, die an versierten Zielgruppen zu  
841 erreichen, so dass die Bundesangebote mehr Konkurrenz zur Bildungsarbeit der  
842 Landesverbände ist, als einen Mehrwert für den Gesamtverband zu erzeugen auf der anderen  
843 Seite wollen wir die Bedürfnisse kleiner Landes-/Bezirksverbände besonders berücksichtigen.  
844 Daher wird es

845 die Aufgabe des neuen Bundesvorstandes sein, die bisherige Bildungsarbeit zu evaluieren und  
846 in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken neu auszurichten. Teil dieser  
847 Evaluation soll es auch sein, zu prüfen, inwieweit elektronische/online-Angebote zur stärkeren  
848 Partizipation entwickelt werden können.

849 Um die Arbeit der vergangen zwei Jahre des Arbeitsjahres ehrlich zu bewerten, legt der  
850 Bundesvorstand zukünftig einen ausführlichen schriftlichen Rechenschaftsbericht vor, der mit  
851 dem Antragsbuch allen Delegierten zugeht.

852

#### 853 **12. *Morgen Links Leben!***

854

855 Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind sozialistisch, feministisch und  
856 internationalistisch. Dem Antifaschismus sind wir verpflichtet. Das heißt, wir Jusos bekennen  
857 uns zur Idee des Demokratischen  
858 Sozialismus, zur Idee einer Gesellschaft, in der alle Menschen, unabhängig ihres Geschlechtes,  
859 frei und gleich sind und solidarisch für einander eintreten.

860

861 Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren: Wir werden weiter an unserem  
862 Gesellschaftsentwurf für ein gutes linkes Leben arbeiten! Wir werden weiterhin unsere  
863 Überzeugungen und Positionen in die SPD tragen! Wir werden gemeinsam mit unseren  
864 BündnispartnerInnen für eine gerechte und solidarische Gesellschaft streiten! Wir werden  
865 unseren Verband kontinuierlich weiterentwickeln und mehr junge Menschen für die Mitarbeit bei  
866 den Jusos begeistern! Wir werden Frauen besser fördern und vernetzen – in der Partei und bei  
867 den Jusos! Wir werden konsequent weiter gegen Nazis aufstehen und uns gegen Rassismus  
868 engagieren! Und wir werden gemeinsam weiterhin für unsere Überzeugung, den  
869 demokratischen Sozialismus kämpfen – damit wir morgen links leben!

870

871

872

873

874

875

876

877

878

879

880

881

882

883

884

885

886

887

888

889

890

891

892

# B

## Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand Berufliche Weiterbildung	22
B 10	Saarland Politischer Streik	29
B 13	Bremen U25-Sondersanktionen abschaffen	32

**Titel** Berufliche Weiterbildung

**Antragsteller** Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso -  
Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Berufliche Weiterbildung

### 1 1. Unser Verständnis von Weiterbildung

2

3 Weiterbildung und lebenslanges Lernen erlangt in unserer Gesellschaft immer höheren  
4 Stellenwert. Immer kürzere technologische Erneuerungszyklen und der viel beschriebene  
5 Übergang zur „wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft“ stellen immer größere Ansprüche  
6 an die Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen, hochqualifizierte Fachkräfte werden gesucht.  
7 Lebenslanges Lernen ist in der beruflichen Realität längst unvermeidbar geworden aber nur für  
8 wenige zu realisieren. Die Möglichkeiten der Weiterbildung und der Zugang zu Weiterbildung  
9 sind in Deutschland weiterhin mangelhaft.

10

11 Weiterbildung wird heute häufig als Privataufgabe gesehen, der sich jeder eigenverantwortlich  
12 und selbstfinanziert zu kümmern habe um sein Potential am Arbeitsmarkt zu verbessern.  
13 Weiterbildung ist jedoch viel mehr als das. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch  
14 Weiterbildung ist für uns immer mehr als die bloße Verbesserung der eigenen ökonomischen  
15 Verwertbarkeit. Weiterbildung soll es ermöglichen sich entsprechend der persönlichen  
16 Neigungen und Fähigkeiten beruflich weiter zu entwickeln. Weiterbildung muss gefördert  
17 werden, weil Weiterbildung im heutigen Berufsleben unabdingbar ist. Weiterbildung muss  
18 flexibel sein, um es in jeder Lebenslage nutzen zu können.

19

### 20 2. Situation beruflicher Weiterbildung

21

22 Deutschland liegt in Fragen der Weiterbildungsbeteiligung mittlerweile unter dem Durchschnitt  
23 der EU Mitgliedsländer. Die Zielmarken der Europäischen Union bis 2010 die  
24 Weiterbildungsbeteiligung auf 12,5 % zu erhöhen wurden deutlich verfehlt. Insbesondere  
25 vergleichbare Mittel- und Nordeuropäische Länder überholen Deutschland bei  
26 Weiterbildungsbeteiligung und betrieblicher Weiterbildung.

27

28 Zunehmend ist auch die soziale Selektivität der Weiterbildung festzustellen. Am häufigsten  
29 nehmen gut ausgebildete, junge Männer mit Vollzeitstellen an Weiterbildungsmaßnahmen teil.  
30 Je höher der Berufliche Abschluss, desto höher ist die Weiterbildungsbeteiligung. Die  
31 Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten mit hohem Schulabschluss ist mit 64 % (2012)  
32 deutlich höher als bei beschäftigten mit maximal Hauptschulabschluss.

33

34 Migrationshintergrund, atypische Beschäftigung, Alter und Geschlecht sind immer mehr ein  
35 Hinderungsgrund bei der beruflichen Weiterbildung. Beschäftigte mit Migrationshintergrund  
36 werden zunehmend abgehängt. Ihre Weiterbildungsbeteiligung stagniert, während sie bei  
37 Beschäftigten ohne Migrationshintergrund in den letzten Jahren steigt. War die  
38 Weiterbildungsbeteiligung von Frauen und Männer 2010 fast ausgeglichen so erfolgten jüngste

39 Zuwächse wieder stärker bei den Männern. Insbesondere werden Frauen bei der betrieblichen  
40 Weiterbildung deutlich seltener für die Teilnahme an aufstiegsrelevanten Weiterbildungen  
41 vorgesehen.

42

43 Das Weiterbildungssystem wird dem Anspruch an Qualifizierung und Kompetenzentwicklung für  
44 die Mehrzahl der beschäftigten nicht gerecht. Es profitiert vornehmlich die Gruppe der bereits  
45 gut ausgebildeten Fach- und Führungskräfte. Es kristallisiert sich zunehmend auch in Fragen  
46 Weiterbildung eine stärker werdende soziale Spaltung in gut ausgebildete  
47 Weiterbildungsgewinner und abgehängte, sozial benachteiligte Beschäftigte heraus, die die  
48 zunehmende gesellschaftliche Spaltung verfestigt, da Aufstieg durch Weiterbildung gerade  
49 durch mangelnde Beratung und fehlende finanzielle Unterstützung für viele unerreichbar wird.

50

### 51 **3. Allgemeines Recht auf Weiterbildung**

52

53 Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines allgemeinen Rechts auf Weiterbildung.  
54 Lernzeiten müssen rechtlich garantiert werden. Im Bereich der Erwerbslosenqualifizierung  
55 müssen die Angebote qualitativ verbessert und den Bedürfnissen angepasst werden. Nur so  
56 lässt sich der Zugang zu Weiterbildung für alle die sich weiter qualifizieren wollen realisieren.

57

### 58 **4. Lebenslangen Lernens ermöglichen**

59

60 Lebenslanges Lernen umfasst die Summe der Möglichkeiten der formalen, nonformalen und  
61 informelle Bildung im beruflichen sowie persönlichen Bereich, die über das gesamte Leben  
62 eines Menschen hinweg erreichbar sind. Seit Jahren wird die Notwendigkeit Lebenslanges  
63 Lernen als Schlüsselement des Fortschritts und der Wettbewerbsfähigkeit in einer  
64 wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft gepredigt. Ohne die ständige Weiterentwicklung  
65 und Weiterqualifizierung sei es kaum möglich sich dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt zu  
66 behaupten. Was jedoch völlig ungeklärt ist, ist die Finanzierbarkeit lebenslangen Lernens, die  
67 notwendige Lebensstandardsicherung im Falle von Verdienstaufschlägen durch – auch längere -  
68 Weiterbildungsphasen in der Erwerbsbiographie, sowie die Frage nach der zusätzlichen hohen  
69 sozialen Selektivität von Weiterbildung, die durch fehlende gesellschaftlich solidarische  
70 Finanzierungskonzepte erzeugt wird.

71

72 Lebenslanges Lernen darf nicht die leere Worthülse bleiben, die es dank mangelnder  
73 Finanzierungskonzepte heute noch für viele ist. Es müssen Finanzierungskonzepte im Rahmen  
74 der Arbeitsversicherung geschaffen werden um im Sinne einer qualifikationsorientierten  
75 Arbeitsmarktpolitik es allen zu ermöglichen sich beruflich oder privat weiter zu entwickeln und  
76 weiter zu bilden, Auch organisatorisch muss das derzeit stark segmentierte Bildungswesen  
77 durchlässiger gestaltet werden und Lernprozesse in allen Bereichen miteinander verzahnt  
78 werden.

79

80 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen muss auch indirekt durch die Förderung von mehr  
81 Teilzeitoptionen (auch in Schichtarbeit) und langfristigen Arbeitszeitkontensystemen in den  
82 Betrieben unterstützt werden. Dazu müssen tarifvertragliche Regelungen zur langfristigen  
83 Verteilung der Erwerbsarbeit über den Lebenslauf entwickelt und gefördert werden, um Zeit zu  
84 schaffen für persönliche, berufliche und allgemeinbildende Weiterbildung und Qualifizierung.

85

### 86 **5. Struktur von beruflicher und persönlicher Weiterbildung**

87

88 Weiterbildung gliedert sich in Deutschland in drei verschiedene grundlegende Komponenten.  
89 Zum einen die berufliche Weiterbildung die sich weiter in **persönliche berufliche**  
90 **Weiterbildung** und in **betriebliche Weiterbildung** unterscheidet, sowie die **persönliche**  
91 **allgemeinbildende Weiterbildung**. Alle dieser drei Säulen gilt es zu stärken und auszubauen.

92

### 93 **6. Allgemeinbildende Weiterbildung**

94

95 Wichtigster Träger der allgemeinbildenden Weiterbildung in Deutschland sind die

96

97 Volkshochschulen, die einen Großteil der Breitenbildung „zu demokratischen Preisen“ leisten.

98 Wir fordern die spürbare Aufstockung der institutionellen Fördermittel der Volkshochschulen und  
99 eine zusätzliche Bundesförderung mit dem Schwerpunkt auf flächendeckenden

100 Angebotsausbau aufzulegen. Insbesondere für die professionelle Durchführung von  
101 Alphabetisierungskursen und „Integrationsmaßnahmen“ in ausreichendem Umfang und von  
102 gruppenspezifischen Angeboten erfordert die bessere Finanzierung dieser Institutionen und  
103 Programme. Vorbild für die Volkshochschulen können auch die skandinavischen  
104 Volkshochschulen sein, in denen in Internatsschulen Kurse mit unterschiedlichsten  
105 Fachrichtungen angeboten werden.

106

107 Es muss allen möglich sein verpasste Schulabschlüsse kostenlos nachzuholen. Die Chance auf  
108 dem zweiten Bildungsweg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern oder vom eigenen finanziellen  
109 Leistungsvermögen abhängen, sondern muss allen offen stehen. Daher unterstützen wir das  
110 Angebot von Abendrealschulen, Berufskollegs und Abendgymnasien in öffentlicher Hand, deren  
111 Besuch kostenlos ist. Leider haben einige Bundesländer diesen Bildungsbereich komplett  
112 privaten, kostenpflichtigen Anbietern überlassen. Wir fordern den Aufbau und Ausbau  
113 flächendeckender öffentlicher Strukturen und Angebote in Bereich des zweiten Bildungsweges.  
114 Dies gilt auch für die Erreichbarkeit der Weiterbildungskollegs, weshalb wir kostengünstige  
115 ÖPNV-Tickets für die Studierenden des Zweiten Bildungsweges, ebenso wie für Schülerinnen  
116 und Schüler des Ersten Bildungsweges, einfordern. Wir fordern daher auch die Verbesserung  
117 der Finanzausstattung der Kommunen, die in der Regel Träger dieser Angebote sind. Die  
118 Teilnahme an entsprechenden Angeboten muss vereinfacht und aktiv im Rahmen der  
119 Qualifizierungsberatung der Arbeitsversicherung beworben werden.

120

121 Die TeilnehmerInnen müssen im Rahmen der Säule II der Arbeitsversicherung, der Förderung  
122 persönlicher und beruflichen Weiterbildung auch weiterhin finanziell zum Beispiel im Rahmen  
123 eines Erwachsenen-BAFÖG dabei unterstützt werden allgemeinbildende Bildungsabschlüsse  
124 nachzuholen und entsprechend der Lernbelastung beispielsweise ihre Arbeitszeit reduzieren zu  
125 können.

126

127 Wir fordern die bundesweite Wiedereinführung von Bildungsfreistellungen für alle  
128 ArbeitnehmerInnen. Leider garantieren nicht mehr alle Bundesländern die Zeiten für  
129 allgemeinbildende oder auch berufliche Weiterbildung. Wir fordern die Bundeseinheitliche  
130 gesetzliche Regelung des Anspruchs auf entsprechende Weiterbildung im bisherigen Umfang  
131 von 10 Tagen innerhalb zweier Jahre für Veranstaltungen der allgemeinbildenden oder  
132 beruflichen Weiterbildung, sowie die Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Bildung. Wir  
133 fordern die Ausweitung dieser Weiterbildungszeiten.

134

### 135 **7.Arbeitsversicherung – Übergang zur qualifizierenden Arbeitsmarktpolitik**

136

137 Die Jusos setzen sich für die Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitslosenversicherung zu  
138 einer solidarischen Arbeitsversicherung ein. Grundlage ihrer Arbeit soll die Ausrichtung auf die  
139 Umsetzung einer echten integrierten Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik sein. Im Rahmen  
140 individualisierter Beratungs- und Qualifizierungsangebote sollen den Betroffenen echte  
141 Weiterbildungschancen und dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht  
142 werden sowie Qualifizierungsangebote im Rahmen einer persönlichen Kompetenzentwicklung  
143 gefördert werden.

144

145 Dieser Antrag soll und kann keine abschließende Behandlung der Versicherungsfunktion der  
146 Arbeitsversicherung leisten. Vielmehr soll im Rahmen des Bundesverbandsprojekt Arbeit die  
147 dringend notwendige Neuordnung der Absicherung gegen Erwerbslosigkeit diskutiert werden.  
148 Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die Grundlage für die Ausrichtung der  
149 Arbeitsversicherung auf eine qualifizierte Beschäftigungspolitik legen.

150

### 151 **7.3. Säule 3 – betrieblicher Weiterbildungsfonds**

152

153 Betriebliche Weiterbildung kommt in Deutschland immer noch zu kurz. Viele Firmen sparen sich  
154 die Investition in die Qualifikation ihrer Mitarbeiter und setzen lieber darauf sich kurzfristig auf  
155 dem Arbeitsmarkt bedienen zu können. Betriebliche Weiterbildung stagniert in Deutschland seit  
156 Jahren oder ist teilweise sogar rückläufig. Studien zeigen das Deutschland im Vergleich zu den  
157 anderen Nord- bzw. Westeuropäischen Ländern bei der betrieblichen Weiterbildung deutlich  
158 zurückbleibt. 2005 boten etwa 69 Prozent der Unternehmen ihren Beschäftigten Maßnahmen  
159 der betrieblichen Weiterbildung an. Dies liegt über dem EU27 Durchschnitt aber hinter den  
160 meisten Nord- und Westeuropäischen Länder zurück. Insbesondere Weiterbildungsbeteiligung

161 und Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung lag im Unteren Mittelfeld aller EU27  
162 Vergleichsbeispiele.

163

164 Im Rahmen des betrieblichen Weiterbildungsfonds sollen die Unternehmen entsprechend einer  
165 vorgegebenen betrieblichen Weiterbildungsquote bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten im  
166 Unternehmen Beiträge pro weiterzubildender/n ArbeitnehmerIn in den betrieblichen  
167 Weiterbildungsfonds einzahlen. Diese erhalten Sie je betrieblicher Weiterbildungsbeteiligung  
168 zurückerstattet.

169

170 Besonders gefördert werden sollen aus den Mitteln des betrieblichen Ausbildungsfonds  
171 Maßnahmen im Rahmen von überbetrieblichen Weiterbildungskooperationen und  
172 zielgruppengerechte Maßnahmen. Auch weitergehende branchenspezifische bzw.  
173 tarifvertragliche Regelungen sollen gefördert werden.

174

175 Betriebliche Weiterbildung muss fester Bestandteil einer altersgerechten Personal- und  
176 Qualifizierungspolitik werden. Sie ist auch wesentlichen Bestandteil eines aktiven betrieblichen  
177 Gesundheitsmanagements. Denn wer heute mit der Ausbildung in einem Betrieb im  
178 gewerbliche-technischen Bereich beginnt ist kaum in der Lage den körperlich belastenden  
179 Arbeitsanforderungen bis zum Renteneintritt gerecht zu werden. Unternehmen müssen ihren  
180 Mitarbeitern Angebote der Weiterqualifizierung bieten und damit – neben der Ermöglichung  
181 aufstiegsrelevanter Weiterbildung - auch die Chance geben, sich altersgerecht für Tätigkeiten  
182 in Arbeitsvorbereitung, Ausbildung oder konzeptionelle/ organisatorische Tätigkeiten weiter zu  
183 qualifizieren. Maßnahmen der altersgerechten Personalpolitik und Weiterqualifizierung sollen  
184 aus Mittel des betrieblichen Weiterbildungsfonds gefördert werden.

185

#### 186 **7.4. Säule IV – Ausbildungsfonds und Ausbildungsförderung**

187

188 Ausbildungsförderung und Sicherstellung von Ausbildungsplätzen sowie die Realisierung eines  
189 Rechtsanspruchs auf Ausbildung gehören zu den grundlegenden Maßnahmen einer  
190 qualifizierungsorientierten Arbeitsmarktpolitik. Trotz gestiegenem Bedarf an qualifizierten  
191 Fachkräften finden jedes Jahr immer noch tausende ausbildungswillige Jugendliche keinen  
192 Ausbildungsplatz und befinden sich in Übergangsmaßnahmen, die für viele Jugendliche  
193 zunehmend zum Abstellgleis werden. Der Anteil der ausbildenden Unternehmen in  
194 Deutschland kontinuierlich auf derzeit 21,5 % der Unternehmen gesunken.

195

196 Daher fordern die Jusos im Rahmen der 4. Säule der Arbeitsversicherung einen  
197 Ausbildungsfonds einzurichten. Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße  
198 ausbilden müssen wieder in die Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der  
199 gesamtgesellschaftlichen Aufgabe 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden.

200

201 Die Unternehmen sollen im Rahmen des Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und  
202 einer Ausbildungsquote von mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die  
203 Mindestanzahl an Auszubildenden im Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen.

204

205 Aus dem Fonds wird ausbildenden Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im  
206 Betrieb der Beitrag zum Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen die Überbedarf  
207 ausbilden werden so gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und mittelständischen  
208 Unternehmen zu stärken. Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht ausbildenden  
209 Unternehmen gewonnenen Mitteln sollen Überbetriebliche Ausbildungskooperationen und  
210 soziale Ausbildungsprojekte gefördert sowie ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden.  
211 Auch soll aus den Mitteln des Ausbildungsfonds die Neustrukturierung des Übergangssystems  
212 sowie Ausbildungsförderungsmaßnahmen finanziert werden. Zusätzliche staatliche Mittel sollen  
213 die Mittel des Ausbildungsfonds ergänzen und dazu dienen Ausbildungsförderung zu stärken.

214

215 Im Rahmen der Säule IV der Arbeitsversicherung soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen  
216 werden, die die individuelle Beratung und Betreuung der Jugendlichen und jungen  
217 Erwachsenen, die noch keine Ausbildung begonnen und abgeschlossen haben bis  
218 einschließlich des 27 Lebensjahres vor Ort sicherstellt. Unterstützungsleistungen für  
219 auszubildenden wie Berufsausbildungsbeihilfe nach SGB III oder Wohngeldzuschüsse sollen  
220 ebenfalls über die Zentrale Ausbildungsberatung zu beantragen sein.

221

## 222 **7.5. Weiterbildungsberatung & Qualitätssicherung**

223

224 Grundlegendes Prinzip in der Ausrichtung der Arbeit der Arbeitsversicherung soll die individuelle  
225 Weiterbildungsberatung und individuellen Anforderungen und Bedürfnissen angepasste  
226 Kompetenzentwicklung der ArbeitnehmerInnen sein. Dazu bedarf es eines personell wie  
227 institutionell gut ausgestatteten regional verfügbaren, flächendeckenden Systems der  
228 Weiterbildungs- und Qualifizierungs- sowie Ausbildungsberatung. Dazu sollen die bestehenden  
229 Strukturen der Arbeitsagentur weiterentwickelt und Ausgebaut werden. Die MitarbeiterInnen  
230 sollen im Rahmen des Umbaus zur Arbeitsversicherung schrittweise in der Beratung und  
231 individuellen Betreuung der ArbeitnehmerInnen geschult sowie sie personaldecke entsprechend  
232 eines sinnvollen Betreuungsschlüssels aufgestockt werden.

233

234 Ziel ist es mit individuell zugeschnittenem Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen  
235 echte berufliche Chancen für die ArbeitnehmerInnen zu entwickeln und sie in Ihrem beruflichen  
236 Fortkommen zu unterstützen.

237

238 Wichtiges Ziel ist es auch die Qualität der Weiterbildungsangebote zu sichern und durch  
239 Zertifizierungen zu garantieren du einen Überblick in der Vielzahl der unterschiedlichen  
240 Angebote zu ermöglichen.

241

242 Ziel muss es auch sein einen möglichst flächendeckend verfügbaren, umfassenden und  
243 bedarfsangepassten Angebotskatalog zu entwickeln, der öffentlich ausgeschrieben wird und auf  
244 die Durchführung dessen Einzelleistungen sich die Träger der Weiterbildungsleistungen  
245 bewerben können. Im Vordergrund muss dabei immer die Qualität des Weiterbildungsangebots  
246 stehen.

247

248 Im Rahmen der Umsetzung des nationalen Qualifizierungsrahmens sollen im Rahmen der  
249 individuellen Kompetenzentwicklung Zertifizierungsleistungen von nonformal oder informell  
250 erworbener Bildung durch die Einrichtungen der Arbeitsversicherung erbracht werden.

251

## 252 **8. Europäischer Qualifizierungsrahmen und nationale Umsetzung (EQR/DQR)**

253

254 Seit 2008 gilt der Europäische Qualifizierungsrahmen EQR als Empfehlung zu Umsetzung für  
255 alle EU Staaten. Er soll als Übersetzungsinstrument die unterschiedlichen beruflichen und  
256 akademischen Abschlüsse der einzelnen EU Mitgliedsstaaten zueinander in Beziehung setzen  
257 und Vergleichbar machen. Dazu wird in einem nationalen Qualifizierungsrahmen (für  
258 Deutschland DQR) jeder der hierarchisch angeordneten Kompetenzstufen des EQR Abschlüsse  
259 des jeweiligen EU Mitgliedstaates zugeordnet. In Deutschland konnte man sich auf eine  
260 Orientierung an der, mit den beruflichen Qualifizierungen erworbenen Handlungskompetenzen  
261 einigen. Der Prozess der Eingruppierung aller beruflichen Abschlüsse auf einheitliche  
262 Handlungskompetenzniveaus bietet die Chance mehr gesellschaftliche Mobilität und  
263 Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erreichen. Dies ist ein wichtiger Prozess, der nicht rein  
264 technokratisch gesehen, sondern dessen gesellschaftspolitische Bedeutung erkannt und der im  
265 Sinne der Durchsetzung von mehr Bildungschancen für alle begleitet werden muss.

266

### 267 **8.1. Eingruppierung Berufsabschlüsse**

268

269 Wir begrüßen die Zuordnung auch von beruflichen Abschlüssen zu höheren Kompetenzstufen  
270 und die damit verbundene Anerkennung von beruflicher Bildung als eigenständiger und  
271 gleichwertiger Bildungsweg gegenüber akademischer Bildung. Auch in Deutschland lassen sich  
272 so Kompetenzen gleichgültig wo auch immer sie erworben wurden, sei es in Ausbildung,  
273 Universität oder Betrieb, miteinander vergleichbar machen.

274

275 Wir fordern daher alle Beteiligten auf mit dem beschrittenen Weg fortzufahren und im nächsten  
276 Schritt auch Konsequenzen zu ziehen und mehr Durchlässigkeit zwischen beruflichen und  
277 akademischen Bildungsweg zu ermöglichen und diese Übergänge aktiv zu fördern und zu  
278 unterstützen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu Lebenslangem Lernen und  
279 Kompetenzentwicklung.

280

281 Dabei stellt sich auch die Frage nach der, im Zuge der beruflichen Ausbildung erworbenen  
282 inhaltlichen Kompetenzen auf konkrete Studieninhalte. Die Jusos fordern hier

283 branchenspezifisch Lösungen und konkrete Anknüpfungspunkte zu erarbeiten, wie in der  
284 Ausbildung erworbenes Wissen und Kompetenzen im einen möglichen Studium angerechnet  
285 werden kann und der Übergang zwischen beruflichem und akademischen Bildungssystem  
286 unterstützt werden kann.

287

288 Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße ausbilden müssen wieder in die  
289 Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe  
290 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden. Deshalb treten wir seit Jahren für die  
291 Einführung der Umlagefinanzierung der Ausbildung ein. Die Unternehmen sollen im Rahmen  
292 eines Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und einer Ausbildungsquote von  
293 mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die Mindestanzahl an Auszubildenden im  
294 Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen. Aus dem Fonds wird ausbildenden  
295 Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im Betrieb der Beitrag zum  
296 Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen mit Überbedarfsausbildung werden so  
297 gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und mittelständischen Unternehmen zu stärken.  
298 Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht ausbildenden Unternehmen gewonnenen Mitteln  
299 sollen Überbetriebliche Ausbildungskooperationen und soziale Ausbildungsprojekte gefördert  
300 und ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden. Ebenso soll aus den Mittel des  
301 Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm finanziert werden um Jugendliche AltbewerberInnen, die  
302 derzeit in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt sind, in berufliche  
303 Ausbildung zu vermitteln.

304

305 Um Kleingewerbe und strukturell benachteiligte Betriebe oder Regionen nicht unverhältnismäßig  
306 zu belasten, werden Betriebe und Unternehmen unter 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern  
307 davon ausgenommen, dafür aber mit einer Verpflichtung zur Verbundausbildung belegt. Sollten  
308 diese dem nicht nachkommen, ist die Abgabe auch auf diese anzuwenden. Sollten nachweislich  
309 Ausbildungsplätze angeboten sein, die nicht besetzt werden konnten, sind diese ebenso zu  
310 berücksichtigen. Sicherheits- und Nachprüfungsmechanismen müssen eingesetzt werden, um  
311 Missbrauch zu verhindern.

312

313 Gerade kleine Betriebe tun sich teilweise schwer alle Anforderungen an die Ausbildung in einem  
314 Berufsfeld zu erfüllen und alle Ausbildungsinhalte auch tatsächlich in entsprechender Qualität  
315 anbieten zu können. In kleineren und mittleren Betrieben kommt es daher immer wieder zu  
316 einseitigen und teilweise ungenügenden Ausbildungen. Mancher Betrieb verzichtet auch auf  
317 eine Ausbildung, da die Anforderungen nicht erfüllt werden können. Dennoch ist es grade im  
318 handwerklichen Bereich wichtig, dass die Jugendlichen mit der beruflichen Realität in kleinen  
319 Betrieben in Kontakt kommen und zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen können. Die  
320 Förderungen von Überbetrieblichen Ausbildungskooperationen ist eine Möglichkeit gerade auch  
321 kleinen und mittleren Betrieben innerhalb des dualen Systems zu ermöglichen allen  
322 Ausbildungsinhalten gerecht zu werden, indem einzelne Ausbildungsinhalte beispielsweise in  
323 Lehrwerkstätten großer Betriebe oder Ausbildungskooperationen vermittelt werden. So können  
324 neue Betriebe für eine Ausbildung gewonnen werden, ohne die Ansprüche an berufliche Bildung  
325 zu reduzieren und weiterhin möglichst hohe Qualitätsstandards durchzusetzen. Diese  
326 Ausbildungskooperationen erhalten die Rückerstattung der Ausbildungsfondsbeiträge während  
327 des Aufenthalts der Auszubildenden im Betrieb und sollen zusätzlich aus Mitteln des  
328 Ausbildungsfonds unterstützt werden.

329

### 330 **8.3. Validierung Nonformaler und Informeller Bildung**

331

332 Das System des Europäischen Qualifizierungsrahmens sieht ausdrücklich auch die  
333 Berücksichtigung von nonformal oder informell erworbenen Qualifikationen vor. Dabei handelt  
334 es sich um Qualifikationen, die nicht im formalen, institutionell gestalteten Prozessen erworben,  
335 sondern im selbstorganisierten Studium (Nonformale Bildung) oder im Rahmen des  
336 Arbeitsprozesses, im ehrenamtlichen Engagement oder in der Freizeit erworbene  
337 Qualifikationen (informelle Bildung).

338

339 Ansatz darf nicht sein durch informelle Lernprozesse im Betrieb betriebliche  
340 Weiterbildungsmaßnahmen für erledigt zu erklären. Vielmehr geht es uns um die Anerkennung  
341 und Validierung der im Arbeitsprozess und im Rahmen der Arbeitserfahrung erworbenen  
342 Kenntnisse und Fähigkeiten, die selbsttätige Weiterbildung und Kompetenzentwicklung der  
343 ArbeitnehmerInnen zu honorieren, im Qualifizierungsrahmen aber auch bei Eingruppierungen

344 entsprechend zu berücksichtigen.

345

346 In einem ersten Schritt müssen hierzu Methoden der Zertifizierung und Erfassung nonformal  
347 und informell erworbener Bildung entwickelt werden. Mit Hilfe standardisierter Abfrage an  
348 Vorgesetzte und Beschäftigte sollen diese im Rahmen von Arbeitszeugnissen und betrieblichen  
349 Beurteilungen erfasst und dokumentiert werden. Es müssen im Rahmen der durch die  
350 Arbeitsversicherung geförderten Kompetenzentwicklung und individuellen  
351 Weiterbildungsberatung Möglichkeiten der Zertifizierung nonformaler und informeller Bildung  
352 geschaffen werden.

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

381

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

**Titel** Politischer Streik

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Politischer Streik

1 **Analyse:**

2

3 In den vergangenen Jahren wurden von politischer Seite aus immer häufiger Reformen und  
4 Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, die zu einer deutlichen  
5 Abkühlung des sozialen Klimas in Deutschland geführt haben.

6

7 Und auch die politische Partizipation und das Interesse besonders bei jungen Menschen nimmt  
8 in den letzten Jahren stetig ab – erkennbar nicht nur an den sinkenden Wahlbeteiligungen.

9

10 Gerade vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wäre es an der Zeit, wieder über andere  
11 Möglichkeiten der politischen Beteiligung nachzudenken, die über das „normale“ Volksbegehren  
12 hinaus gehen. Denn auch wenn die für ein Volksbegehren notwendigen Unterschriften  
13 gesammelt sind gilt dieses in vielen Bundesländern nicht als Verpflichtung für die politischen  
14 Akteur\*innen die Forderungen umzusetzen, sondern lediglich, sich mit der Thematik zu  
15 beschäftigen. Ein gesellschaftliches Mittel, welches tatsächlichen Druck ausüben und eine  
16 Kampfansage an politische Entscheidungen sein könnte, gibt es in Deutschland, im Gegensatz  
17 zu anderen europäischen Ländern, so bislang nicht.

18

19 Der Arbeitskampf, als Kampfmittel im Tarifstreit gehört seit jeher zu einem der mächtigsten  
20 Instrumente, die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen.  
21 Wenn es allerdings um gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen geht, die  
22 gegen den Willen der Bevölkerung getroffen werden sind die möglichen Formen des Protests  
23 sehr stark eingeschränkt.

24

25 Der politische Streik besitzt in der deutschen Geschichte eine herausragende Rolle. So wurde  
26 die Novemberrevolution, die das Ende des Ersten Weltkrieges und des Kaiserreiches  
27 besiegelte, durch einen politischen Streik von Matrosenverbänden eingeläutet. Auch der  
28 Aufstand des 17. Juni 1953, der ebenso eine Verbesserung der politischen Situation zum Ziel  
29 hatte, muss an dieser Stelle Erwähnung finden. Im Gegensatz zum Streik bei Tarifkonflikten, der  
30 eine konkrete wirtschaftliche Verbesserung mit sich bringen soll, ist die Zielsetzung beim  
31 politischen Streik eine andere.

32

33 Das Streikrecht in Deutschland ist momentan nur ein Richterrecht und wird aus dem  
34 Grundgesetz (GG) hergeleitet. Im Grundgesetz finden sich außer der Koalitionsfreiheit gemäß  
35 Art. 9 Abs.3 nur wenige konkrete Hinweise auf das Streikrecht. Lediglich der im Artikel 20,  
36 Absatz 4 verankerte, sog. „Widerstandsparagraph“ kann gegebenenfalls noch als ein Recht auf  
37 Streik interpretiert werden. Darüber hinaus gibt es keine explizite Legitimierung des politischen  
38 Streiks und auch die angesprochenen Paragraphen sind juristischen Auslegungen vorbehalten.

39 Das geltende „Verbot“ des politischen Streikrechts basiert auf einem Urteil des  
40 Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahre 1958, das den politischen Streik als unzulässig  
41 betrachtete. Seitdem gab es in Deutschland keine legalen, politischen Streiks mehr.

42

43 Daraus ist allerdings keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht generell vorhanden ist bzw.  
44 vorhanden sein müsste. Vielmehr ist es sogar so, dass die Illegalisierung von Beamtenstreiks,  
45 wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der  
46 Einengung von Streikmöglichkeiten und weiteren Einschränkungen massive Defizite in unserer  
47 politischen und wirtschaftlichen Demokratie darstellt. Diese Illegalisierungen, Einschränkungen  
48 und Verbote stehen im krassen Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der  
49 Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen  
50 Arbeiterorganisation (ILO), sowie dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen (Menschenrechts- und)  
51 Sozialcharta, was dazu führt, dass Deutschland jedes zweite Jahr von der internationalen  
52 Staatengemeinschaft wegen seines restriktiven Streikrechts gerügt wird.

53

54 Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht explizit auf den Abschluss von Tarifverträgen  
55 gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung dieser Bestimmungen. Diese Verbote bedrohen  
56 unsere Demokratie, da sie die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen massiv beschränken.

57

58 Auch von medialer Seite wurde und wird eine zum Teil tendenziös negative Berichterstattung  
59 betrieben. Dabei werden Streikmaßnahmen häufig in ein schlechtes Licht gerückt und  
60 Kommentare im Sinne der Arbeitgeber\*innenverbände, einzelner Arbeitgeber\*innen oder  
61 wirtschaftsliberaler Teile der Politik verfasst.

62

63 Gerade wegen dieses großen Widerstandes seitens der Arbeitgeber\*innenverbände ist es nur  
64 mit einer gemeinsamer Anstrengung von Gewerkschaften und Parteien der  
65 Arbeiter\*innenbewegung möglich, den politischen Streik in Deutschland durchzusetzen.

66

67 Sowohl in den Parteien der Arbeiter\*innenbewegung, als auch auf Seiten der Gewerkschaften  
68 war die Skepsis gegenüber eines politischen Streikrechts in Deutschland nicht unerheblich.  
69 Dennoch entwickelt sich momentan ein breiter Diskurs zu dieser Thematik, der weiter geführt  
70 werden muss.

71

72 Unter anderem in europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Griechenland, die sich in  
73 Krisenlagen befinden, gehören Generalstreiks mittlerweile zu einem starken Druckmittel der  
74 Bevölkerung. Die Streiks ermöglichen somit eine größere Kontrolle der politischen Institutionen  
75 durch das Volk und sind ein zusätzliches Druckmittel gegenüber den Repräsentanten und  
76 agierenden politischen Kräften. Politische Streiks zielen im Unterschied zu Demonstrationen  
77 nicht nur auf das öffentliche Interesse, sondern auch auf die wirtschaftliche Produktivität und  
78 sind diesen somit deutlich überlegen.

79 Der politische Streik ermöglicht es der Arbeiter\*innenklasse ihre eigenen Interessen in der  
80 Gesellschaft leichter durchzusetzen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital  
81 und Arbeit ein Stück weit in die richtige Richtung zu verschieben.

82

83 Zum jetzigen Zeitpunkt hat Kapital deutlich bessere Möglichkeiten gesellschaftliche Diskurse zu  
84 entfachen, zu gewinnen oder diese zu unterbinden. Durch den Einsatz der Medien kann ein  
85 enormer politischer Druck aufgebaut werden. Gerade letzteres darf in seiner Wirkung keinesfalls  
86 unterschätzt werden, so sind die großen Mediengesellschaften Deutschlands in privater Hand  
87 und können die Masse der Menschen beeinflussen. Dazu muss in diesen Medien noch nicht  
88 einmal gelogen werden, die bloße Darstellung der Informationen kann bereits manipulativ genug  
89 sein, um die gewünschten gesellschaftliche Meinung zu erzeugen.

90

91 Durch das Recht politische Streiks durchzuführen, verbessert sich die Situation der  
92 lohnabhängigen Bevölkerung und sie bekommt ein Druckmittel in die Hand, dass ihr sowieso als  
93 Grundrecht zusteht und nur durch völkerrechtswidrige Entscheidungen genommen wurde.

94

95 **Daher fordern wir**

96

- 97 • die Entfacherung einer gesellschaftspolitischen Debatte zum Thema „politisches  
98 Streikrecht“. Dies kann durch öffentliche Veranstaltungen, Seminar, Workshops, Vorträge  
99 und Podiumsdiskussionen gemeinsam mit den Gewerkschaften geschehen. Wir als Jusos

- 100 müssen uns dafür einsetzen, den Diskurs weiter in die Gesellschaft zu tragen und die  
101 Bedeutung des politischen Streikrechts hervorzuheben  
102 • die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Verschärfung und Ausweitung von  
103 umfassenden (Arbeits-)Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer\*innen  
104 • den gemeinsamen Diskurs mit den Gewerkschaften zu suchen und mögliche  
105 Handlungsoptionen für die Umsetzung eines politischen Streikrechts in Deutschland zu  
106 diskutieren

107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160

**Titel** U25-Sondersanktionen abschaffen

**Antragsteller** Bremen

**Zur Weiterleitung an** Parteikonvent

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## U25-Sondersanktionen abschaffen

1 Die SPD fordert die Abschaffung aller Sanktionen gegen Arbeitssuchende SGB II. In einem  
2 ersten Schritt wollen wir die sofortige Abschaffung der zurzeit gültigen, besonders drastischen  
3 Sanktionen gegen junge Arbeitssuchende im SGB II. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert,  
4 eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39

# C

## Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand Berufliche Ausbildung	34
C 2	Nordrhein-Westfalen Inklusion – Von Anfang an dabei sein	44

**Titel** Berufliche Ausbildung

**Antragsteller** Bundesverbandsprojekt Jugend i ½ber Jusos -  
Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Berufliche Ausbildung

1 **1. Bedeutung von Ausbildung**

2

3 Berufliche Bildung und Ausbildung im dualen System ist für die Erwerbsbiographie der  
4 überwiegenden Zahl der ArbeitnehmerInnen in Deutschland von grundlegender Bedeutung und  
5 bestimmt die Lebensrealität jährlich tausender Jugendlicher. 2012 waren 824.626  
6 Ausbildungsinteressierte Jugendliche offiziell verzeichnet, 551.272 neue Ausbildungsverträge  
7 wurden geschlossen. Berufliche Bildung und gute Ausbildungsbedingungen haben für uns  
8 daher besonderen Wert. Wir setzen uns entschieden für die Belange Ausbildender in  
9 Deutschland und derjenige Jugendlichen die keinen Ausbildungsvertrag erhalten und in  
10 Maßnahmen des Übergangssystems abgeschoben werden ein. Wir streben danach berufliche  
11 Ausbildung für alle Interessierten zu verwirklichen, in der Jede und Jeder selbstbestimmt und  
12 frei von ökonomischem Zwang ein Berufsfeld entsprechend ihrer/seiner Fähigkeiten und  
13 Neigungen wählen und umfassend Ausgebildet seinen Weg in der Arbeitswelt beginnen kann.

14

15 Die berufliche Ausbildung ist für viele Jugendliche ein bedeutungsvoller Schritt, der ihr weiteres  
16 Leben häufig entscheidend prägt. Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist es daher auch,  
17 Jugendlichen eine Entscheidung über die Wahl des Ausbildungsberufes frei von ökonomischen  
18 Zwängen zu ermöglichen. Man kann kaum von einer selbstbestimmten und freien Entscheidung  
19 sprechen, wenn es nicht die Neigungen und Fähigkeiten der Jugendlichen sind, die über die  
20 Berufswahl entscheiden, sondern der Zwang, zumindest irgendeinen Ausbildungsplatz  
21 annehmen zu müssen. Das Recht auf freie Berufswahl hat für uns Vorrang vor dem Interesse  
22 der Wirtschaftszweige an passgenauer Versorgung mit Nachwuchskräften. Nicht besetzte  
23 Ausbildungsplätze sind für uns daher zunächst keine Schreckensvorstellung, sondern Ausdruck  
24 eines Angebotes an Ausbildungsplätzen, das deutlich über die Zahl der Ausbildungssuchenden  
25 hinausgeht und somit das Recht auf freie Berufswahl erst verwirklicht.

26

27 **2. Unser Anspruch an Ausbildung**

28

29 Wir wollen eine berufliche Ausbildung realisieren, die mehr vermittelt als nur technische  
30 Fertigkeiten und nur auf die Verbesserung der ökonomischen Verwertbarkeit der jungen  
31 ArbeitnehmerInnen abzieht. Auch berufliche Ausbildung muss einem emanzipatorischen  
32 Anspruch gerecht werden. Sie muss zu selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Handeln  
33 befähigen und den Jugendlichen umfassende Qualifikationen im gesamten Spektrum ihres  
34 Berufsfeldes vermitteln. Sie muss auch der erste Schritt in die Unabhängigkeit vom Elternhaus  
35 garantieren.

36

37 **3. Situation beruflicher Ausbildung**

38

39 Auch wenn die offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung immer wieder anderes  
40 nahelegen und die Ausbildungsplatzlücke sich in den vergangenen Jahren demographiebedingt  
41 in Wohlgefallen aufgelöst habe, so gibt es auch heute zahlreiche Jugendliche, die keinen  
42 Ausbildungsplatz finden.

43

44 Der Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verschleiert,  
45 dass die tatsächlichen Zahlen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und die derzeit  
46 gute Auftragslage der Unternehmen nicht auf den Ausbildungsmarkt durchschlug.

47

48 824.626 Ausbildungsinteressierten, seien es aktuelle BewerberInnen, AltbewerberInnen oder in  
49 Warteschleifen geparkten oder gleich ganz als nicht ausbildungsreif abgeschriebene  
50 Jugendlichen standen 2012 knapp 551.271 abgeschlossene Ausbildungsverträge gegenüber.  
51 Das bedeutet, dass lediglich 66,9 Prozent der ausbildungsinteressierten Jugendlichen einen  
52 Ausbildungsplatz finden. Gleichzeitig sind 76.029 BewerberInnen ohne Ausbildungsplatz  
53 geblieben und das bei ca. 33.275 offenen Ausbildungsplätzen. Das wird oft mit der mangelnden  
54 Ausbildungsreife der Jugendlichen begründet. Häufig sind es aber nicht die BewerberInnen, die  
55 nicht ausbildungsreif sind, sondern die Firmen oder Arbeit- und Ausbildungsbedingungen in den  
56 jeweiligen Berufen und Betrieben sind so miserabel, dass sich niemand freiwillig dort bewirbt.

57

58 Zusätzlich sind derzeit noch etwa 300.000 (2012) Jugendliche, häufig AltbewerberInnen, in  
59 Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt, die sich für sie eher als Abstellgleis,  
60 denn als Übergang erwiesen haben. Die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss in der  
61 Altersgruppe zwischen 20 bis 29 Jahren ist seit Jahren relativ konstant und liegt 2012 bei rund  
62 1,39 Millionen Menschen. Das sind 14,1 Prozent dieser Altersgruppe. Was Jugendliche heute  
63 brauchen sind keine weiteren „Maßnahmen“, sondern echte Chancen und Perspektiven für eine  
64 berufliche Qualifizierung.

65

66 In den kommenden Jahren wird es grade im hochqualifizierten Bereich einen enormen Bedarf  
67 an gut ausgebildeten Fachkräften geben. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze in diesen  
68 Bereichen und die Jugendlichen müssen besser auf Ausbildung und Beruf vorbereitet werden.  
69 Es kann nicht sein, dass jedes Jahr tausende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz da stehen,  
70 viele mit „nur“ Hauptschulabschluss keine Chance auf überhaupt einen Ausbildungsplatz haben,  
71 dass Jahr für Jahr 60.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir brauchen  
72 ein Schulsystem, das die Jugendlichen befähigt, selbstbestimmt über ihr Leben zu entscheiden.

73

#### 74 **4. Ausbildungsplätze sicherstellen**

75

76 Die Arbeitsbedingungen und die Lohnentwicklung haben aus ArbeitnehmerInnensicht in vielen  
77 Branchen (nur beispielhaft genannt seien die Pflege und die Gastronomie) in den vergangenen  
78 Jahren eine negative Entwicklung genommen. Dies wirkt sich zwangsläufig auf die Qualität der  
79 Ausbildung aus. Obwohl deutschlandweit immer mehr Unternehmen den drohenden  
80 Facharbeitermangel beklagen sind es bundesweit nur mehr 21,5 % der Unternehmen, die  
81 überhaupt noch ausbilden und diese Ausbildungsquote sinkt seit Jahren weiter. Es gilt die  
82 Unternehmen, welche finanziell und personell in der Lage sind auszubilden, entsprechend in die  
83 Pflicht zu nehmen.

84

##### 85 **4.1. Recht auf Ausbildung**

86

87 Die Jusos fordern die Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf eine mindestens 3 Jährige  
88 berufliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu absolvieren. Diese  
89 Ausbildungsgarantie für alle ausbildungswilligen Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz  
90 finden konnten soll spätestens 2 Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gelten.

91

92 Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die innerhalb dieser Frist keinen Ausbildungsplatz  
93 werden im Rahmen eines echten Übergangs- und Berufsvorbereitungssystems  
94 anrechnungsfähige Ausbildungsangebote in schulischer oder geförderter Ausbildung gemacht,  
95 die sie auf die Aufnahme einer dualen Ausbildung vorbereiten und ihnen reguläre  
96 Ausbildungsinhalte vermitteln sollen. Maßnahmen der außerbetrieblichen Ausbildung und  
97 geförderte Ausbildung sollen duale Ausbildung in keinem Fall ersetzen sondern nur ergänzen  
98 und im Notfall als zusätzliche Ausbildungsmöglichkeit dienen. Ziel bleibt immer die Vermittlung  
99 in duale Ausbildung.

100

## 101 **4.2. Ausbildungsplatzumlage – Ausbildungsfonds**

102

103 Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße ausbilden müssen wieder in die  
104 Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe  
105 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden. Deshalb treten wir seit Jahren für die  
106 Einführung der Umlagefinanzierung der Ausbildung ein. Die Unternehmen sollen im Rahmen  
107 eines Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und einer Ausbildungsquote von  
108 mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die Mindestanzahl an Auszubildenden im  
109 Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen.

110

111 Um Kleingewerbe und strukturell benachteiligte Betriebe oder Regionen nicht unverhältnismäßig  
112 zu belasten, werden Betriebe und Unternehmen unter 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern  
113 davon ausgenommen, dafür aber mit einer Verpflichtung zur Verbundausbildung belegt. Sollten  
114 diese dem nicht nachkommen, ist die Abgabe auch auf diese anzuwenden. Sollten sie  
115 nachweislich Ausbildungsplätze angeboten haben, die nicht besetzt werden konnten, sind diese  
116 ebenso zu berücksichtigen. Sicherheits- und Nachprüfungsmechanismen müssen eingesetzt  
117 werden, um Missbrauch zu verhindern.

118

119 Aus dem Fonds wird ausbildenden Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im  
120 Betrieb der Beitrag zum Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen mit  
121 Überbedarfsausbildung werden so gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und  
122 mittelständischen Unternehmen zu stärken. Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht  
123 ausbildenden Unternehmen gewonnenen Mitteln sollen Überbetriebliche  
124 Ausbildungskooperationen und soziale Ausbildungsprojekte gefördert und  
125 ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden. Ebenso soll aus den Mittel des  
126 Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm finanziert werden um Jugendliche AltbewerberInnen, die  
127 derzeit in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt sind, in berufliche  
128 Ausbildung zu vermitteln.

129

## 130 **4.3. Überbetriebliche Ausbildungskooperationen**

131

132 Gerade kleine Betriebe tun sich teilweise schwer alle Anforderungen an die Ausbildung in einem  
133 Berufsfeld zu erfüllen und alle Ausbildungsinhalte auch tatsächlich in entsprechender Qualität  
134 anbieten zu können. In kleineren und mittleren Betrieben kommt es daher immer wieder zu  
135 einseitigen und teilweise ungenügenden Ausbildungen. Mancher Betrieb verzichtet auch auf  
136 eine Ausbildung, da die Anforderungen nicht erfüllt werden können. Dennoch ist es grade im  
137 handwerklichen Bereich wichtig, dass die Jugendlichen mit der beruflichen Realität in kleinen  
138 Betrieben in Kontakt kommen und zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen können.

139

140 Die Förderungen von Überbetrieblichen Ausbildungskooperationen ist eine Möglichkeit gerade  
141 auch kleinen und mittleren Betrieben innerhalb des dualen Systems zu ermöglichen allen  
142 Ausbildungsinhalten gerecht zu werden, indem einzelne Ausbildungsinhalte beispielsweise in  
143 Lehrwerkstätten großer Betriebe oder Ausbildungskooperationen vermittelt werden. So können  
144 neue Betriebe für eine Ausbildung gewonnen werden, ohne die Ansprüche an berufliche Bildung  
145 zu reduzieren und weiterhin möglichst hohe Qualitätsstandards durchzusetzen. Diese  
146 Ausbildungskooperationen erhalten die Rückerstattung der Ausbildungsfondsbeiträge während  
147 des Aufenthalts der Auszubildenden im Betrieb und sollen zusätzlich aus Mitteln des  
148 Ausbildungsfonds unterstützt werden.

149

## 150 **4.4. Übergangssystem**

151

152 Derzeit mündet fast jeder dritte Jugendliche, der eine berufliche Ausbildung anstrebt in einer  
153 Maßnahme des Übergangssystems. 2011 befanden sich etwa 294.000 Jugendliche im Dickicht  
154 der Warteschleifen. Es kann nicht sein, dass Übergangsmaßnahmen als Warteschleifen genutzt  
155 werden um die Ausbildungsstatistik zu bereinigen. Ein großer Teil der Jugendlichen absolviert  
156 mehr als eine Maßnahme im Übergangsbereich, die durchschnittliche Verweildauer liegt bei  
157 etwa 17 Monaten. Fast jeder 3. Jugendliche ist auch noch nach 2 Jahren noch nicht auf einen  
158 betrieblichen Ausbildungsplatz im Rahmen des dualen Systems vermittelt. Dies geht auf Kosten  
159 der beruflichen Perspektiven der betroffenen Jugendlichen.

160

161 Wir fordern aus den Mitteln des Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm zu initiieren um  
162 Jugendliche, die als AltbewerberInnen derzeit in den bisherigen Maßnahmen des  
163 Übergangssystems geparkt sind in berufliche Ausbildung zu vermitteln und den  
164 Übergangsbereich neu zu gestalten, so dass betroffenen Jugendlichen echte Chancen auf  
165 Ausbildung und Qualifizierung ermöglicht werden. Wir fordern die Umgestaltung und  
166 Systematisierung des beruflichen Übergangssystems. Es bedarf bundeseinheitlicher Regelung  
167 über die Anforderungen und Funktionen des Übergangssystems sowie der zentralen Steuerung  
168 und Koordinierung der Maßnahmen.

169

170 Im Rahmen der Arbeitsversicherung muss auch der Übergangsbereich neu geordnet werden.  
171 Insbesondere soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die die individuelle Beratung  
172 und Betreuung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die noch keine Ausbildung  
173 begonnen und abgeschlossen haben bis einschließlich des 27 Lebensjahres vor Ort sicherstellt.  
174 Ziel ist es für alle Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden oder Unterstützung und  
175 Förderung in der Ausbildung benötigen einen individuell zugeschnittenen Ausbildungs- und  
176 Förderungsplan zu erstellen und Betreuungsangebote sicher zu stellen.

177

178 Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die innerhalb der, durch den gesetzlichen Anspruch auf  
179 eine berufliche Ausbildung garantierten Frist keinen Ausbildungsplatz finden absolvieren das  
180 erste Ausbildungsjahr in einer Berufsfachschule und wechseln in eine duale oder geförderte  
181 Ausbildung unter Anerkennung der Ausbildungsinhalte des ersten Ausbildungsjahres. Auch bei  
182 einem Besuch einer Berufsfachschule im ersten Ausbildungsjahr muss das Angebot so gestaltet  
183 sein, dass eine selbstbestimmte und freie Berufswahl tatsächlich möglich ist. Auszubildende mit  
184 erheblichen Vermittlungshemmnissen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu leiden haben sollen  
185 gezielt gefördert und auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet werden.

186

187 Ausbildungsbegleitende Hilfen und Modelle der assistierenden Ausbildung müssen in allen  
188 Betrieben zum Regelangebot werden und durch erfahrene Ausbilder und Lehrkräfte in enger  
189 Absprache mit der Ausbildungsberatung im Rahmen der Arbeitsversicherung vor Ort konzipiert  
190 und umgesetzt werden. Auch bedarf es eines sozialpädagogischen Beratungsangebots, das  
191 den Jugendlichen bei privaten, beruflichen oder sonstigen Problemen in der Ausbildung  
192 unterstützend zur Seite steht.

193

194 Alle Maßnahmen der außerbetrieblichen und geförderten Ausbildung haben als gemeinsames  
195 Ziel immer die Vermittlung in duale Ausbildung. Sie sollen nur im Notfall als zusätzliche  
196 Ausbildungsmöglichkeit dienen und Jugendlichen einen Einstieg in eine selbstbestimmte  
197 Ausbildung ermöglichen.

198

## 199 **5. Ausbildungsqualität**

200

201 Der zweite Schwerpunkt, neben der Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen en ist die  
202 Sicherstellung der Ausbildungsqualität. Wir fordern nicht nur Ausbildungsplätze sondern beste  
203 Ausbildungs- und Rahmenbedingungen für alle Auszubildenden. Leider gibt es immer noch  
204 Firmen für die Auszubildende in erster Linie billige Arbeitskräfte darstellen, die  
205 Ausbildungspläne nicht einhalten, ungenügend ausbilden oder selbst elementaren Regeln des  
206 Jugendarbeitsschutzgesetzes verletzen. Dagegen müssen wir vorgehen. Deshalb muss es  
207 heißen: beste Ausbildung für alle!

208

### 209 **5.1. Duales Ausbildungssystem**

210

211 Wir stehen als Jusos weiterhin zu dem in Deutschland seit langem etablierten und gut  
212 ausgebauten System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule. Die  
213 Kombination aus theoretischem und praktischem Lernen und die vielseitigen und  
214 anspruchsvollen Aufgaben durch den hohen Praxisbezug vermitteln grundlegenden  
215 Qualifikationen und berufliche Fertigkeiten zugleich mit breit angelegtem theoretischem  
216 Hintergrundwissen. Wir fordern für alle die einen entsprechenden Ausbildungsberuf ergreifen  
217 wollen eine Ausbildungsgarantie innerhalb des dualen Systems.

218

### 219 **5.2. Ablehnung generelle Verkürzung der Ausbildungsdauer**

220

221 Einer grundsätzlichen Verkürzung der Ausbildungsdauer von 3,5 Jahre auf generell 3 Jahre und

222 der vermehrten Einführung von 2-Jährigen Ausbildungsberufen stehen wir ablehnend  
223 gegenüber. Gerade in den neuen 2-jährigen Ausbildungsgängen findet eine Fokussierung auf  
224 einige Tätigkeiten statt, die dem grundlegenden Ziel einer breit angelegten Ausbildung  
225 entgegensteht. Erfahrungen haben gezeigt, dass die verkürzten Ausbildungsgänge den  
226 inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen mit denen die Jugendlichen in der Arbeitswelt  
227 umzugehen haben nicht gerecht werden. Deshalb fordern die Jusos die Beibehaltung der, im  
228 Regelfall dreijährigen Ausbildungsberufe und lehnen eine generelle Verkürzung entschieden  
229 ab. Wir wollen keine Schmalspurausbildungen, sondern die Vermittlung umfassender beruflicher  
230 Kenntnisse sowie breit angelegter Grundlagen und Kompetenzen verwirklichen.

231

### 232 **5.3. Beibehaltung Berufsprinzip und Ablehnung der Modularisierung**

233

234 Wir stehen zum Berufsprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener  
235 Berufsbilder zugunsten einer Modularisierung der beruflichen Ausbildung ab. Die  
236 Modularisierung leistet dem Zuschnitt der Ausbildung auf unternehmensspezifische  
237 Anforderungen und der reinen Orientierung an der ökonomischen Verwendbarkeit der  
238 Auszubildenden für das konkrete Unternehmen Vorschub und steht damit im Widerspruch zu  
239 der geforderten Universalität und Vergleichbarkeit der Ausbildung. Wir wollen an dem System  
240 vielseitiger und umfassender Ausbildungsberufe festhalten und den Auszubildenden so so größt  
241 mögliche vielseitigkeit und umfassende berufliche Bildung in ihrem Berufsfeld bieten. Um im  
242 europäischen Rahmen zu einer Vergleichbarkeit der Berufsbilder zu gelangen, befürworten wir  
243 die Ausarbeitung europäischer Kernberufe, die in den einzelnen Berufssegmenten gemeinsame  
244 Ausbildungsinhalte und Kompetenzen festlegen, welche einen einheitlichen Rahmen für die  
245 erforderlichen zu vermittelnden Ausbildungsinhalte darstellen und durch die länderspezifischen  
246 Ausbildungsordnungen und Berufsbilder ergänzt und detailliert werden. Um der fehlenden  
247 Einschätzungsmöglichkeit der Arbeitgeber\*innen hinsichtlich der im Ausland erworbenen  
248 Abschlüsse entgegenzuwirken, wurden Entsprechungslisten durch die Europäische Union  
249 erstellt. Diese haben jedoch bisher keine Verbindlichkeit und dienen nur als Informationsquelle.  
250 Wir fordern verbindliche Listen, um die Chance der Auszubildenden auf einen Arbeitsplatz durch  
251 einen verbindlich geprüften und damit anerkannten ausländischen Abschluss zu erhöhen.

252

### 253 **5.4. Jugendarbeitsschutzgesetz**

254

255 Das Jugendarbeitsschutzgesetz gewährleistet den besonderen Schutz minderjähriger  
256 Auszubildender. Das Gesetz, das in seiner Ursprungsform auf das Jahr 1956 zurück geht soll in  
257 seinen Bestimmungen und Sprache modernisiert und verständlicher gestaltet werden.

258

259 Allen Forderungen an den Stellschrauben tägliche Arbeitszeit, Arbeitsstunden, Nacht- und  
260 Schichtarbeit, wöchentliche Arbeitszeit und Freizeitregelungen zu drehen und den besonderen  
261 Schutz für junge Auszubildende und Jugendliche auf zu weichen erteilen wir eine entschiedene  
262 Absage. Die Ergebnisse der Bund-Länder Arbeitsgruppe zur Novellierung des  
263 Jugendarbeitsschutzgesetzes zeigen deutlich: Ausweitung der Arbeitszeiten und Lockerungen  
264 der Schutzbestimmungen führen zu deutlichen Verschlechterung der Ausbildungsergebnisse  
265 und zu erheblichen negativen psycho-sozialen Konsequenzen für die Jugendlichen.

266

267 Ganz im Gegenteil fordern wir die entschiedene Durchsetzung und Kontrolle der Einhaltung der  
268 Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, dass oft genug verletzt oder gedehnt wird. Die  
269 Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes sollen auf alle Menschen in Ausbildung  
270 ausgeweitet werden. Mit der Ergänzung um ein generelles Ausbildungsschutzgesetz sollen in  
271 Zukunft alle, die unter 18 Jahre alt sind und/oder in Ausbildung stehen den  
272 Schutzbestimmungen unterworfen sein. Ausnahmeregelungen bezüglich Arbeitsbeginn und -  
273 ende müssen klar umrissen, nachweislich im Rahmen der Ausbildung erforderlich und durch  
274 zeitnahen Freizeitausgleich abgegolten werden. Eine Ausweitung der wöchentlichen  
275 Arbeitszeiten ist nicht möglich.

276

### 277 **5.5. Auszubildenschutz & Qualitätssicherung in der Ausbildung**

278

279 Das Problem besteht in der mangelnden Kontrolle der Ausbildungsbedingungen und der  
280 Einhaltung selbst elementare gesetzlicher Regelungen wie des Jugendarbeitsschutzgesetzes.  
281 Befragungen der DGB Jugend zeigen, dass es immer noch viele Betrieb gibt, die weder einen  
282 Ausbildungsplan einhalten, noch ihre Auszubildenden dauerhaft oder zumindest regelmäßig

283 durch einen Ausbilder betreut werden, wo ausbildungsfremde Tätigkeiten überwiegen und  
284 Überstunden selbst für minderjährige Auszubildende zur Tagesordnung gehören. Viel zu oft  
285 werden Auszubildende immer noch vor allem als billige Arbeitskräfte gesehen. Auch zeigen die  
286 Befragungen, dass die grade in Betrieben zum Problem wird, in denen keine betriebliche  
287 Interessensvertretung vorhanden ist.

288

289 Gewerbeaufsichtsämter, die über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten,  
290 sind unterbesetzt und überfordert und die, für die Überwachung der Ausbildungsqualität  
291 zuständigen Berufskammern sind oft wenig geneigt bei Verstößen gegen die  
292 Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten Ausbildungsbedingungen gegen die Unternehmen  
293 durchzugreifen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der Berufskammern finanzieren.  
294 Erfahrungen zeigen, dass es für die betroffenen Auszubildenden häufig sehr schwierig ist  
295 wirkliche Verbesserungen über die eigentlich zuständigen Berufskammern durchzusetzen.

296

297 Die paritätisch mit VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und VertreterInnen der  
298 Berufskammern besetzten Berufsbildungsausschüsse, die zuständig sind für alle rechtlichen  
299 Belange der beruflichen Ausbildung und die Festlegung von Ausbildungsinhalte und -plänen  
300 sind ein wichtiges Element der beruflichen Selbstverwaltung und sollen zur stetigen  
301 Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung beitragen. Die Berufsbildungsausschüsse tagen  
302 zu selten und verhalten sich meist einseitig arbeitgeberfreundlich. Hierzu trägt auch die  
303 mangelnde Unabhängigkeit der zugehörigen ArbeitnehmervertreterInnen bei. Da sie daher  
304 keine dauerhafte Kontrolle der Ausbildungsbedingungen und -qualität wahrnehmen können und  
305 die Kammern dieser Rolle nur ungenügend nachkommen, soll das bestehende  
306 Selbstverwaltungssystem aus Kammern und Berufsbildungsausschüssen ergänzt werden durch  
307 eine unabhängige Stelle, die über die Einhaltung der grundlegenden gesetzlichen Regelungen  
308 wie des Jugendarbeitsschutzgesetzes, über Ausbildungsbedingungen und Durchführung der  
309 Ausbildungspläne wacht.

310

311 Zu prüfen ist diese Kontrollfunktion einer gesetzlichen Auszubildenden bzw.  
312 ArbeitnehmerInnenvertretung anzuvertrauen, die ein Gegengewicht zum arbeitgeberdominierten  
313 Kammersystem schaffen und regional organisierte Anlaufstelle für alle Auszubildenden, grade  
314 auch in Betrieben ohne vorhandene betriebliche Mitbestimmungsstrukturen werden könnte.  
315 Hier gilt es im Dialog mit den Gewerkschaften entsprechende Modelle zu entwickeln und im  
316 umzusetzen.

317

## 318 **5.6. AusbilderInnen ausbilden!**

319

320 Im Rahmen der Qualitätssicherung Ausbildung muss auch gewährleistet werden, dass  
321 ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten für AusbilderInnen geschaffen und dauerhaft  
322 vorgehalten werden müssen, so dass diese sowohl über den neusten Stand der Technik als  
323 auch in Fragen didaktischer Konzepte weiterbilden können. Die verpflichtende Einhaltung der  
324 Bestimmungen der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) muss wieder zur Regel werden und  
325 für neue AusbilderInnen in allen Betrieben verbindlich sein. Erfahrungen haben gezeigt, dass  
326 durch die Aussetzungen der AEVO Prüfungen nicht zu nachweislich mehr verfügbaren  
327 Ausbildungspersonal und mehr Ausbildungsplätzen geführt haben. Nur gut ausgebildetes  
328 Lehrpersonal garantiert die Qualität der beruflichen Ausbildung. Um diese auf Dauer sicher zu  
329 stellen, muss das Ausbildungspersonal regelmäßig geschult werden um Kenntnisse wieder  
330 aufzufrischen. Auch neue Kompetenzen, wie zum Beispiel Interkulturelle Kompetenz sollen hier  
331 erlernt werden. Wir setzen uns für einen verpflichtenden Lehrgang alle 2 Jahre ein. Die Kosten  
332 dieser Schulung muss der Arbeitgeber tragen. Dabei muss gewährleistet werden, dass kleine  
333 Betriebe nicht (finanziell) überfordert werden.

334

## 335 **5.7. Stärkung der Berufsschulen**

336

337 Berufsschulen müssen als zentrale Lernorte für Auszubildende gestärkt werden. Deshalb  
338 fordern wir die bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Berufsschulstandorte. Gerade  
339 auch Grundlegende Bildung und gesellschaftspolitische Angebote müssen neben hochwertigem  
340 fachlichen Unterricht gefördert werden. Die Auszubildenden müssen auch in den Berufsschulen  
341 mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten. Weiterhin sollen die Berufsschulen über die  
342 Berufsbildungsausschüsse stärker als bisher in die Erstellung der Ausbildungsordnung und die  
343 konkrete Ausgestaltung der Ausbildungspläne mit einbezogen werden um die Abstimmung

344 zwischen der Ausbildung im Betrieb und den Inhalten des Berufsschulunterrichts besser zu  
345 koordinieren und zu verzahnen.

346

347 Außerdem sollen die Berufsschulen noch enger mit den Gewerkschaften zusammen arbeiten.  
348 Sie sind die Partner die Rechte von Azubis vermitteln können und mit denen Rechte von Azubis  
349 (mit entsprechendem Organisationsgrad) durchgesetzt werden.

350

351 Für alle Ausbildungsberufe muss die Berufsschulzeit im Blockunterricht möglich werden.

352 Dadurch wird dem großen Problem des Unterrichtsausfalls begegnet und die Auszubildenden

353 wären für diese Zeit komplett von der Arbeit im Betrieb befreit. Für uns Jusos gehören die

354 Berufsschulzeiten inklusive aller Wege- und Pausenzeiten klar zu Ausbildung“ durch „Wir fordern,  
355 dass jeder Berufsschultag als Vollzeit-Arbeitstag gewertet werden muss.

356

## 357 **6. Situation der Auszubildenden**

358

### 359 **6.1. Gleichstellung**

360

361 Immer noch gibt es reale Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern bei gleichwertigen  
362 Tätigkeiten und die Schlechterstellung von Berufen, in denen größtenteils Frauen tätig sind.

363 Man spricht von einem Gender Pay Gap von 22% Lohnunterschied. Auch in der Ausbildung

364 kommt es nach wie vor zur konkreten wie strukturellen Benachteiligung von Frauen und

365 Mädchen. Alle beruflichen Bildungsangebote müssen dahingehend überprüft werden. Wir

366 wollen uns mit der Problemlage auseinandersetzen und Forderungen entwickeln um dem

367 wirkungsvoll entgegen zu treten.

368

369 Ein konkretes Teilproblem stellt beispielsweise das Thema Ausbildung mit Kind dar. Grade

370 junge Alleinerziehende haben große Schwierigkeiten überhaupt einen Ausbildungsplatz zu

371 erhalten oder den Ausbildungsalltag auf sich gestellt zu organisieren. Hier müssen

372 entsprechende Angebote entwickelt werden.

373

374 Bereits in berufsvorbereitenden Angeboten an den Schulen muss jungen Frauen und Männern  
375 eine reelle Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre Fähigkeiten am besten in verschiedenen,  
376 auch „untypischen“ Berufsfeldern auszuprobieren. Betriebliche Realitäten, die durch die

377 Dominanz eines Geschlechtes geprägt sind, verschrecken junge Frauen wie auch junge Männer

378 oft. Hier muss gegengesteuert werden. Insbesondere müssen junge Frauen bei der

379 Berufsberatung gezielt auf die Wichtigkeit ihrer späteren wirtschaftlichen Unabhängigkeit

380 hingewiesen werden. Dies beinhaltet für uns auch, dass ihnen die meist besser bezahlten,  
381 männlich dominierten Berufe vorgestellt und die damit verbundenen möglichen Vorteile und

382 Perspektiven aufgezeigt werden. Wir sprechen uns strikt dagegen aus, dass jungen Frauen, wie

383 in einigen Berufsberatungsstellen praktiziert, gezielt „soziale“ Berufe nahe gelegt

384 werden. Zudem muss die Finanzierung von Kampagnen und Aktionen wie dem "Girls Day"

385 gesichert, dabei aber auch weiterentwickelt werden und zukünftig stärker darauf abzielen,  
386 besonders Mädchen, männlich dominierte Arbeitsfelder, wie die MINT-Berufe nahezubringen.

387 Gleichzeitig ist es auch besonders wichtig die Konzeption der "Boys Days" zu evaluieren und

388 das Konzept so zu entwickeln, dass Jungen für Berufe, in denen bisher überwiegend Frauen

389 arbeiten, begeistert werden.

390

### 391 **6.2. MigrantInnen in der Ausbildung**

392

393 Wer aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund stammt, hat es bei der Suche nach einem  
394 Ausbildungsplatz oft besonders schwer. Die Bewerberbefragung 2006 der Bundesagentur für

395 Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt: Nur 29 Prozent der Jugendlichen

396 mit Migrationshintergrund, die in den vorangegangenen 15 Monaten auf Lehrstellensuche waren,  
397 hatten Erfolg. Bei den Jugendliche ohne Migrationsgeschichte konnten im gleichen Zeitraum

398 immerhin 40 Prozent eine Berufsausbildung aufnehmen.

399

400 Das schlechte Abschneiden im Bewerbungsverfahren hat Konsequenzen: Fast jedeR dritte

401 BewerberIn aus einer Zuwandererfamilie landet zunächst in einem Übergangsprogramm, rund

402 jedeR fünfte ist arbeitslos oder jobbt. Im Alter von 25 bis 35 hatten 2005 vier von zehn

403 MigrantInnen keinen Berufsabschluss. Immer wieder kann beobachtet werden, dass

404 Jugendliche mit Migrationshintergrund ungeachtet ihrer Qualifikation oft vorzeitig bei der

405 Bewerberauswahl aussortiert werden. MigrantInnen werden in Deutschland somit bei der  
406  
407 Ausbildungssuche häufig aus fremdenfeindlichen Beweggründen und Vorurteilen benachteiligt  
408 und diskriminiert. Dagegen vorzugehen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die  
409 Benachteiligung zu vermindern, müssen frühzeitig Bewerbungstrainings in den Schulen  
410 angeboten, die Berufsorientierung gefördert und das Absolvieren von Praktika unterstützt  
411 werden. Auch sprachliche Barrieren stellen eine Art der Diskriminierung da. Deshalb müssen  
412 die schriftlichen Lern- & Lehrtexte, wie Unterrichtsmaterialien, Fachliteratur, Arbeitsbögen,  
413 Prüfungsaufgaben usw. sprachlich Menschen mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ) entlastet  
414 werden. Das Lehrpersonal wird außerdem dazu verpflichtet regelmäßig an DaZ-Schulungen  
415 teilzunehmen. Personalverantwortliche sollten für ethnisch und kulturell neutrale  
416 Auswahlverfahren sensibilisiert werden und verstärkt MigrantInnen als solche  
417 (Personalverantwortliche) miteingebunden werden. Wir fordern darüber hinaus eine  
418 umfassende Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen auch im  
419 Rahmen der Vereinheitlichung durch den EQR und seine nationalen Anwendungen. Darüber  
420 hinaus müssen MigrantInnen verstärkt in Führungspositionen befördert werden.  
421  
422 Bewerbungsverfahren sind entsprechend der Zielrichtung des Allgemeinen  
423 Gleichbehandlungsgesetzes anonymisiert durchzuführen, damit BewerberInnen nicht von  
424 vornherein wegen ihres Geschlechts oder eines Migrationshintergrundes von  
425 Vorstellungsgesprächen ausgeschlossen werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt der  
426 Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat die Wirksamkeit dieses Bewerbungsverfahrens im  
427 April 2012 bestätigt.

428

### 429 **6.3. Inklusive Ausbildung**

430

431 Eine erfolgreich abgeschlossene duale Ausbildung verbessert nachhaltig die beruflichen  
432 Perspektiven junger Menschen. Dies gilt umso mehr, wenn die Ausbildung in regionalen  
433 Betrieben am allgemeinen Arbeitsmarkt absolviert wird. Diese Möglichkeit steht jungen  
434 Menschen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung bisher nur in Ausnahmefällen offen.  
435 Denn es fehlt sowohl an den passenden Ausbildungsstellen als auch an der hierfür notwendigen  
436 Unterstützung für die jungen Menschen und die Betriebe. Deshalb muss ein inklusiver und  
437 offener Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geschaffen werden. Auch sie müssen die Chance  
438 bekommen ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

439

### 440 **6.4. Auszubildendenvergütung**

441

442 Die Auszubildenden haben während der Ausbildung einen gesetzlich geregelten Anspruch auf  
443 eine Auszubildendenvergütung. Sie ist entsprechend dem Lebensalter der Auszubildenden so zu  
444 bemessen, dass sie „mit fortschreitender Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.“  
445 Dabei soll sie die Ausbildung qualifizierter Nachwuchsfachkräfte sichern und eine Entlohnung  
446 darstellen. Sie ist meist tarifvertraglich geregelt, so dass die tarifvertraglich gebundenen  
447 Unternehmen sie nach geltender Rechtsprechung maximal um 20 Prozent unterschreiten  
448 dürfen. Dies ist für uns Jusos nicht hinnehmbar. Wir fordern eine gesetzliche Regelung zu  
449 schaffen, die garantieren muss, dass die Auszubildendenvergütung bei tariflich gebundenen  
450 Unternehmen gar nicht unterschritten werden darf.

451

452 Was die Auszubildendenvergütung angeht gibt es eine erhebliche Spreizung zwischen  
453 einzelnen Berufsgruppen, aber auch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Ebenfalls  
454 bestehen erhebliche regionale Disparitäten bei der Höhe der Auszubildendenvergütung. 2012  
455 wurde in der durchschnittlichen Höhe der Auszubildendenvergütung in Ostdeutschland 91 Prozent  
456 des Westniveaus erreicht.

457

458 27 Prozent der Auszubildenden müssen neben der Ausbildung noch einem weiteren  
459 Arbeitsverhältnis nachgehen um sich ihre Ausbildung finanzieren zu können. Es kann nicht sein,  
460 dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen so wenig  
461 verdienen, dass die sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Allein schon im Sinne des  
462 Ausbildungserfolges muss eine angemessene Auszubildendenvergütung sicher gestellt sein. Daher  
463 fordern wir die Einführung einer längst fälligen, gesetzlichen, flächendeckenden  
464 Mindestauszubildendenvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-  
465 BAFÖG-Satzes..

466

## 467 **6.5. Mobilität in der Ausbildung**

468

469 Gerade jungen Menschen in Ausbildung steht meist sehr wenig Geld zur Verfügung. Sie sind  
470 deshalb darauf angewiesen günstig von A nach B zu kommen um mobil zu sein. Wir setzen und  
471 deshalb dafür ein, dass flächendeckend Ausbildungstickets eingeführt werden, ähnlich den  
472 Semestertickets für Studierende.

473

474 Viele Kommunen und Dörfer sind so klein, dass es schwer bis unmöglich ist diese an das  
475 ÖPNV-Netz anzubinden. Trotzdem müssen Versuche unternommen werden, dies zu  
476 realisieren, um allen eine Chance auf Mobilität zu gewährleisten. Auch dort leben junge  
477 Menschen, die zu ihrer Ausbildung kommen müssen. Für diese ist ein Führerschein leider nach  
478 wie vor die einzige Möglichkeit zu Mobilität. Ein Führerschein bedeutet hier Freiheit und die  
479 Möglichkeit zur Teilhabe an Kulturangeboten. Einen Führerschein zu machen ist jedoch sehr  
480 teuer und für viele dieser jungen Menschen ist es sehr schwer finanzielle Mittel dafür  
481 aufzubringen. Wir wollen deshalb, dass der Theorieunterricht für einen Führerschein in Schulen  
482 und Berufsschulen abgehalten wird oder, das Auszubildende bei Bedarf einen Antrag auf  
483 Teilfinanzierung ihres Führerscheins stellen können. Außerdem muss es – je nach der  
484 Angebundenheit einer Region an den öffentlichen Personenverkehr – Zuschüsse auch für die  
485 praktische Ausbildung geben.

486

## 487 **6.6. Wohnen in der Ausbildung**

488

489 Ein wesentliches Problem mit Blick auf die soziale Situation von Auszubildenden ist der Mangel  
490 an bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere in Ballungszentren reicht die Ausbildungsvergütung  
491 oft nicht aus, um eine Wohnung am freien Markt zu finden. Das gilt sowohl für ortsansässige  
492 Auszubildende, als auch für BlockschülerInnen, die sich nur für bestimmte Unterrichtszeiträume  
493 in den Städten aufhalten. Wir brauchen daher einen starken Ausbau der Wohnheimplätze für  
494 Auszubildende. Hierbei soll insbesondere auch eine Förderung von Seiten der  
495 Bundesministerien erfolgen. Auch müssen bereits existierende Mittel der  
496 Wohnungsbauförderung zielgerichtet für Ausbildungswohnzentren Verwendung finden. Zudem  
497 müssen Wohnstandards in bereits bestehenden Wohnheimen modernisiert und angeglichen  
498 werden. So halten wir beispielsweise Mehrbettzimmer für nicht mehr zeitgemäß. Auf lange Sicht  
499 wollen wir bundesweit Auszubildendenwerke etablieren, deren Arbeit in einem Dachverband  
500 koordiniert wird, wie es auch bei Studierendenwerken der Fall ist.

501

## 502 **6.7. Übernahmesituation**

503

504 Umfragen zeigen, nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen hat im Jahr vor ihrem  
505 Berufsabschluss eine feste Übernahmezusage und Perspektive im ihrem Ausbildungsbetrieb.  
506 Ein Drittel der Jugendlichen hat kurz vor Ihrem Berufsabschluss noch schlicht keine  
507 Informationen darüber ob sie im Ausbildungsbetrieb übernommen werden oder nicht. Ohne  
508 Berufserfahrung haben die nicht übernommen Jugendlichen es häufig besonders schwer auf  
509 dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Jusos fordern daher eine unbefristete Übernahmegarantie  
510 für alle Auszubildende. Nicht nur für die Unternehmenbindung, sondern insbesondere auch für  
511 den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen Auszubildenden ist dies  
512 entscheidend. Eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung sollte hier aber weiterhin der  
513 Anspruch sein. Es ist sinnvoll, Übernahme und Übernahmegarantie tarifvertraglich oder durch  
514 Betriebsvereinbarungen zu regeln. Solche vernünftigen tarifvertraglichen Modelle existieren in  
515 Deutschland bereits in Teilen des Öffentlichen Dienstes sowie in der Metallbranche und sollen  
516 beispielgebend sein. Der Abschluss dahingehender Vereinbarung zwischen ArbeitgeberInnen  
517 und ArbeitnehmervertreterInnen muss gefördert werden.

518

## 519 **7. Mitbestimmung in der Ausbildung**

520

521 Der Ausbildungsreport der DGB Jugend zeigt deutlich, wo betriebliche Mitbestimmung und  
522 Jugend- und Auszubildendenvertretungen vorhanden sind, sind die Auszubildenden deutlich  
523 zufriedener mit Ihrer Ausbildungssituation, werden weniger Verstöße gegen  
524 Ausbildungsordnungen und gesetzliche Regelungen registriert und die Interessen der  
525 jugendlichen gegenüber dem Arbeitgeber besser vertreten.

526

527 Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen im Betrieb und in  
528 Ausbildungsfragen stärken und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) daher mit  
529 weitergehenden Rechten ausstatten. Sie sollen besser als bisher die Belange der  
530 Auszubildenden im Betrieb vertreten können. Wir fordern daher die Ermöglichung von  
531 Teilfreistellungen für Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen, die jedoch nicht mit dem Ziel  
532 einen Berufsabschluss zu erreichen kollidieren dürfen und daher beschränkt bleiben müssen.  
533 Sobald mehr als 10 Auszubildende einen Betrieb angehören muss gesetzlich verpflichtend eine  
534 JAV gegründet werden. JAV-Vertreter sind nach der Ausbildung zu übernehmen. Die Tätigkeit  
535 als Jugend- und AuszubildendenvertreterIn und die erforderlichen rechtlichen Schulungen  
536 müssen im Rahmen der Validierung nonformaler und informeller angerechnet und entsprechend  
537 zertifiziert werden.

538

539 Wir fordern eine weitere Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung über das BetrVG  
540 auch gegenüber dem Betriebsratsgremium. Neben der Möglichkeit Themen einzubringen und  
541 mit abzustimmen, muss das Vetorecht der Jugend- und Auszubildendenvertretungen bei  
542 ausbildungsrelevanten Themen gestärkt werden.

543

544

545

546

547

548

549

550

551

552

553

554

555

556

557

558

559

560

561

562

563

564

565

566

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586

587

**Titel** Inklusion – Von Anfang an dabei sein

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Inklusion – Von Anfang an dabei sein

### 1 **Was wir unter Inklusion verstehen...**

2

3 Ausgangspunkt des politischen und gesellschaftlichen Diskurses über Inklusion ist die UN-  
4 Menschenrechtskonvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung aus dem Jahr 2006  
5 (von der Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifiziert). Es ist wichtig festzuhalten, dass die  
6 Konvention kein „Sonderrecht“ für Menschen mit Behinderung darstellt. Sie fordert  
7 ausschließlich die selbstverständliche Umsetzung aller anerkannten Menschenrechte auch für  
8 Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkungen.

9

10 Jungsozialistische Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und  
11 Solidarität. Wir wollen dies durch einen sozialen und gerechten Staat mit gleichen  
12 Lebensbedingungen für alle ermöglichen. Ein freies, selbstbestimmtes Leben kann nur erreicht  
13 werden, wenn die Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie für  
14 alle Menschen unter gleichen Bedingungen möglich ist.

15

16 Nehmen wir unsere Grundwerte und die derzeitige Beschlusslage ernst, so muss eine inklusive  
17 Gesellschaft Kernelement unserer politischen Zielsetzungen sein.

18

19 Inklusion ist nämlich die volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, unabhängig  
20 von Alter, sexueller Orientierung, Handicap, Hautfarbe, Herkunft oder Geschlechtsidentität! Wir  
21 Jusos bekennen uns ausdrücklich zu einem ganzheitlichen Inklusionsbegriff:

22

- 23 • Inklusion ist Gleichstellung! Nach wie vor werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts  
24 oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Wir Jusos sind aufgefordert, weiterhin für  
25 echte Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu kämpfen.
- 26 • Inklusion ist gemeinsames Lernen! Gleiche Bildungschancen brauchen ein faires und  
27 inklusives Schulsystem. Wir Jusos müssen – gerade auch in den Kommunen vor Ort – für  
28 gemeinsames Lernen unabhängig von Herkunft, sozialer Situation, Begabung oder  
29 Handicap werben.
- 30 • Inklusion ist gute Arbeit! Wir Jusos sind dazu verpflichtet, weiter jegliche Formen prekärer  
31 Beschäftigung abzulehnen. Auch vermeintlich ausgeschlossene oder abgehängte  
32 Gesellschaftsgruppen haben ein Recht auf gute Arbeit und Ausbildung!
- 33 • Inklusion ist Demokratie! Die Mitwirkung an demokratischen Entscheidungen steht längst  
34 nicht allen Menschen offen. Wir Jusos sollten uns dafür einsetzen, mehr Teilhabe zu  
35 ermöglichen.

36

37 Inklusion ist auch die volle gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an  
38 unserer Gesellschaft. Eine Behinderung entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Menschen  
39 mit Beeinträchtigungen und einstellungs- sowie umweltbedingten Barrieren, die sie an der vollen  
40 und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft hindern.[1] Wie in Artikel VI der UN-

41 Behindertenrechtskonvention festgelegt, werden Frauen mit Behinderung mehrfacher  
42 Diskriminierung ausgesetzt. Gleiches gilt für MigrantInnen. Diesen Menschen ist erhöhte  
43 Aufmerksamkeit und Unterstützung zu widmen.

44

45 Im Sinne der generationsgerechten Daseinsvorsorge sollten wir uns aber auch die Frage  
46 stellen, was wir unter Inklusion älterer Menschen verstehen. In diesem Antrag stellen wir dar,  
47 weshalb es eine UN-Menschenrechtskonvention auch für ältere Menschen geben muss. Die  
48 Altersdiskriminierung durch jüngere Menschen kann das Älterwerden erschweren, aber auch  
49 ältere Menschen haben Altersstereotype und beziehen diese nicht nur auf andere, sondern  
50 auch auf sich selbst.

51

52 Kurz gefasst ist Inklusion Gleichstellung, gemeinsames Lernen, gute Arbeit und Demokratie.  
53 Inklusion ist für uns die volle gleichberechtigte Teilhabe auch von älteren Menschen an unserer  
54 Gesellschaft.

55

### 56 **Inklusion bedeutet Recht auf Bildung!**

57

58 Für uns ist das gemeinsame Lernen und Spielen von Kindern mit unterschiedlichsten Stärken  
59 und Schwächen Grundlage einer solidarischen Gesellschaft.

60

61 Echte Chancengerechtigkeit ohne Diskriminierung gelingt nur in einem inklusiven  
62 Bildungssystem.<sup>[2]</sup> Wir stehen Sondersystemen grundsätzlich kritisch gegenüber und  
63 befürworten eine inklusive Gesellschaft, in der spezielle KiTas für Kinder mit Behinderungen  
64 und Förderschulen die Ausnahme sind und bei ausdrücklichem Wunsch der Eltern besucht  
65 werden.

66

67 Zu den Gelingensfaktoren eines inklusiven Bildungssystems gehören für uns auch ganz  
68 konkrete Aspekte:

69

- 70 • Inklusive Pädagogik muss obligatorischer Bestandteil jedweder pädagogischen  
71 Ausbildung sein. Für bereits ausgebildete ErzieherInnen und LehrerInnen müssen  
72 verpflichtende Fortbildungsmodule angeboten werden.
- 73 • Sozialen Kompetenzen muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.
- 74 • Die Kompetenz von HeilpädagogInnen, SchulpsychologInnen, TherapeutInnen,  
75 SozialarbeiterInnen und SonderpädagogInnen wird in den Regeleinrichtungen benötigt.
- 76 • Kinder mit Beeinträchtigungen brauchen eine individuelle und bedarfsorientierte  
77 Unterstützung. Das können SchulbegleiterInnen oder technische Hilfen sein. Es ist sicher  
78 zu stellen, dass die Unterstützung auch an die Ganztagsangebote der Schulen angepasst  
79 wird.
- 80 • Medizinische und therapeutische Angebote müssen auch in KiTas und Schulen  
81 durchgeführt werden können. Hierfür sind entsprechende Zeiten und Räume bereit zu  
82 stellen.

83

84 Bereits in der frühkindlichen Bildung muss begonnen werden den Kindern aufzuzeigen, dass sie  
85 alle gleichwertig und gleichberechtigt sind. Allerdings darf es auch nicht bedeuten, dass die  
86 Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausschließlich die Aufgabe der  
87 Gesamt-, Sekundar- oder Gemeinschaftsschulen und der dort lernenden Kinder sein soll. Es  
88 darf nicht dazu führen, dass die selbst von sozialer Exklusion bedrohten Kinder die behinderten  
89 Kinder integrieren. Die therapeutische Unterstützung und intensive Betreuung, die ihnen derzeit  
90 zusteht, darf nicht weggenommen und neu verteilt werden. Wiederum sollte es für ExpertInnen  
91 wie Großeltern, ehemaligen SchülerInnen und SeniorInnen die Möglichkeiten geben sich in  
92 Bildungsangeboten und Betreuung mit einzubringen.

93

94 Bereits während der Schulzeit soll es für die SchülerInnen Bildungsangebote geben zu  
95 alternativen Kommunikationsarten wie Lippenlesen oder Gebärdensprachen oder auch  
96 technische Kommunikationsmethoden.

97

98 Forschungsarbeiten zu Regenbogenfamilien zeigen deutlich, dass gerade im Kontext Schule  
99 Handlungsbedarf besteht. Zum einen ist eine Erweiterung der Aus- und Fortbildungsinhalte  
100 unerlässlich, um allen Kindern und Jugendlichen die große Bandbreite von möglichen  
101 Familienkonstellationen wertfrei nahezubringen. Gleichzeitig gibt die Auseinandersetzung mit

102 LGBT-Lebensformen allen SchülerInnen die Möglichkeit, sich mit erweiterten Spiel- und  
103 Handlungsräumen in Bezug auf Gender auseinanderzusetzen und so selbst möglicherweise zu  
104 mehr Freiheit zu kommen. Diese emanzipatorischen Aspekte können bereits in der Kita nutzbar  
105 gemacht werden. Denn für einen kreativen Umgang mit „Vielfalt“ ist es nie zu früh.

106

107 Wir wollen allen ein lebenslanges Lernen ermöglichen doch gerade ältere Menschen werden  
108 von dem Zugang zu Bildung und Forschung ausgeschlossen, da es keine Stipendien oder  
109 andere Fördersysteme für sie gibt. Wir brauchen ermutigende Angebote für Jugendliche,  
110 Erwachsene und SeniorInnen, um Bildungsabschlüsse nachzuholen. Informationen und  
111 Auskunftstellen zu Bildungsangeboten müssen für alle zugänglich sein. Für SchülerInnen,  
112 Studierende und junge ArbeitnehmerInnen müssen die kommunalen Koordinierungsstellen im  
113 Übergangssystem Schule - Beruf so umgestaltet werden, dass überall gleiche Standards für die  
114 Beratung und Begleitung von Bildungs- und Berufswegen junger Menschen greifen. Hierzu zählt  
115 auch die Schaffung einheitlicher Curricula für die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in  
116 Schulen. Für Erwachsene und Senioren müssen die Kommunen künftig ebenfalls  
117 Beratungsangebote schaffen, um ihnen eine Orientierung über lebenslang mögliche Bildungs-  
118 und Qualifikationswege zu bieten. Diese Aufgabe darf nicht ausschließlich der  
119 Öffentlichkeitsarbeit privatwirtschaftlicher Bildungsträger überlassen werden.

120

### 121 **Inklusion braucht Barrierefreiheit!**

122

123 Häufig werden infrastrukturelle, bauliche oder räumliche Barrieren vorgeschoben, wenn es  
124 darum geht, Menschen mit Behinderung den vollen Zugang am gesellschaftlichen Leben zu  
125 ermöglichen. Eine inklusive Gesellschaft braucht also – ganz grundlegend und anschaulich –  
126 Barrierefreiheit.

127

128 Barrierefreiheit ist die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten  
129 Lebensbereiche für alle Menschen. Der Zugang und die Nutzung müssen für Menschen mit  
130 Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich  
131 ohne fremde Hilfe möglich sein.[3] Zu den Lebensbereichen gehören die physische Umwelt,  
132 Transportmittel, Information und Kommunikation, einschließlich entsprechender Technologien  
133 und Systeme, sowie andere Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit in städtischen und  
134 ländlichen Gebieten offenstehen.[4]

135

136 Wir fordern deshalb, dass Barrierefreiheit obligatorischer Bestandteil in den Prüfungen größerer  
137 Bauvorhaben ist. Die entsprechende DIN 18040-1 muss demnach fest in der Bauordnung des  
138 Landes verankert werden.

139

140 Die Ausbildung von IngenieurInnen und ArchitektInnen bedarf einer entsprechenden  
141 Sensibilisierung, damit Baumängel und teure Nachbesserungen bei zukünftigen Bauvorhaben  
142 verhindert werden. Außerdem soll ein klares Sachverständigenwesen im Bereich Barrierefreiheit  
143 etabliert werden. Nur so können Baumängel und teure Nachbesserungen frühzeitig verhindert  
144 werden.

145

146 Sämtliche Förderprogramme von Land und Bund müssen das Thema Barrierefreiheit abdecken  
147 und so ausgestaltet sein, dass auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden,  
148 Investitionen in eine barrierefreie Infrastruktur tätigen zu können. Wir brauchen in unseren  
149 Städten und Gemeinden eine Infrastruktur, die den Ansprüchen einer inklusiven Gesellschaft  
150 gerecht wird. Dazu zählen nicht nur Rampen für RollstuhlfahrerInnen sondern zum Beispiel  
151 auch Blindenleitsysteme, Ampeln mit akustischen Signalen und die selbstverständliche  
152 Verwendung von Gebärdensprache, Brailleschrift und einfacher Sprache in unserer  
153 Kommunikation.

154

155 Die Bestandsaufnahmen in vielen Bundesländern zur Klassifizierung von öffentlichen Gebäuden  
156 schafft für Menschen mit einer Behinderung die notwendige Transparenz. Wir fordern hier die  
157 Bundesländer, den Bund und vor allem private Freizeiteinrichtungen und Unternehmen auf, sich  
158 an dieser Bestandsaufnahme zu beteiligen.

159

160 Die persönliche Mobilität für Menschen mit Behinderung ist mit größtmöglicher  
161 Selbstbestimmung sicherzustellen[5], deshalb muss, sowohl im städtischen als auch im  
162 ländlichen Raum, Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel möglich sein. Außerdem fordern wir,

163 dass barrierefreie Zugänge zu Bahn und Bus an Haltestellen und Bahnhöfen schnellstmöglich  
164 flächendeckend bereitgestellt werden. Die Instandhaltung dieser Infrastruktur muss höchste  
165 Priorität haben. Auch in öffentlichen Gebäuden wie beispielsweise Schulen müssen die  
166 sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden um Inklusion möglich zu  
167 machen. Jedes öffentliche Gebäude muss über Ausstattungen, die das 2-Sinne-Prinzip (immer  
168 zwei Sinne müssen z.B. Wegweiser wahrnehmen) erfüllen, ausgestattet und jede Etage für alle  
169 Personen erreichbar sein. Erst wenn die KISS (keep it short and simple) –Regel und das 2-  
170 Sinne-Prinzip umgesetzt sind und alles klar erkennbar und für alle einfach zu erreichen ist, ist  
171 ein öffentliches Gebäude barrierefrei. Diese Umwandlung muss verpflichtend an allen  
172 öffentlichen Gebäuden stattfinden.

173

174 Inklusion soll das Bewusstsein und die Kompetenz vermitteln die vielfältigen Formen, Quellen  
175 und Strukturen von Diskriminierung zu erkennen und diesen aktiv entgegenzuwirken. Inklusives  
176 Denken und Handeln sollte für uns eine Selbstverständlichkeit werden, denn es bedeutet jeden  
177 mit Respekt zu behandeln. Ebenso stärkt eine gute Kommunikation das Engagement von allen.

178

179 Barrierefreiheit bedeutet nicht nur eine leistungsfähige Infrastruktur, die jedem Menschen  
180 ermöglicht, am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen, sondern auch eine  
181 institutionelle Barrierefreiheit. Der Ausschluss von Nicht-EU-Bürgern von der Teilnahme an  
182 kommunalen Wahlen und Abstimmungen stellt z.B. ein nicht zu rechtfertigendes  
183 demokratisches Defizit dar. Hier ist es unabdingbar sich für ein Kommunalwahlrecht für Nicht-  
184 EU-BürgerInnen einzusetzen. Außerdem müssen für MigrantInnen, die seit langem in der  
185 Bundesrepublik leben, auch die Möglichkeit geschaffen werden an Landes- und  
186 Bundestagswahlen teilzunehmen. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft zur  
187 Verschaffung eines Willkommensgefühls muss vorhanden sein.

188

189 Aber auch im deutschen Recht sowie in anderen Regelwerken finden sich zahlreiche  
190 Altersgrenzen. Vor allem im Berufsrecht und im Recht des öffentlichen Dienstes, im Sozialrecht  
191 (hier vor allem im Rentenversicherungsrecht), im Recht des Ehrenamtes und im Recht der  
192 kommunalpolitischen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen. Hierzu zählen beispielsweise die  
193 Begrenzung des Bafög für Studierende bis 30 Jahre (beim Master bis 35 Jahre), die  
194 Altersbegrenzung von Schöffen auf 69 Jahre sowie der „Studententarif“ bei Schwimmbädern,  
195 Museen und Ähnliche. Zudem gibt es Altersgrenzen in Satzungen von Vereinen und  
196 Verbänden, in Geschäftsbedingungen (z.B. von Finanzinstituten), in Tarifverträgen und in  
197 Arbeitsverträgen. Den meisten Altersgrenzen liegt die pauschalisierende Annahme zu Grunde,  
198 dass die Leistungsfähigkeit von Menschen mit zunehmendem Alter abnimmt. Altersgrenzen  
199 basieren häufig auf gesellschaftlichen Altersbildern- und umgekehrt können Altersgrenzen  
200 gesellschaftliche Altersbilder prägen. Hier wird es höchste Zeit, überkommene Altersbilder über  
201 Bord zu werfen und sie durch neue zu ersetzen.

202

203 Es ist genauso wenig hinnehmbar, dass etwa der Name, der Geburtsort, die Religion oder das  
204 Aussehen schon reichen um anders behandelt zu werden, etwa bei der Wohnungssuche oder  
205 Polizeikontrollen. Zwar gibt es in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz  
206 eine nationale Umsetzung entsprechenden EU-Rechts, doch ist es für von Benachteiligung  
207 betroffene Menschen schwer, ihrem Recht auf Grundlage dieses Gesetzes Geltung zu  
208 verschaffen. Wir Jusos fordern daher eine niedrighschwellige, flächendeckende  
209 Beratungsinfrastruktur. Bisher gibt es beispielsweise in NRW erst in 8 Städten sogenannte  
210 Antidiskriminierungsbüros, in denen betroffene Unterstützung erhalten. Auch die gesetzlichen  
211 Fristen, innerhalb derer Betroffene etwaige Ansprüche auf Schadensersatz geltend machen  
212 können, müssen angehoben werden. Derzeit liegen diese bei zwei Monaten. Schließlich muss  
213 im Sinne betroffener Gruppen ein Verbandsklagerecht im AGG integriert werden. Wenn  
214 bestimmte Gruppen hinsichtlich ähnlicher Diskriminierungsmerkmale benachteiligt werden,  
215 muss die Möglichkeit bestehen, dass Vereine und Verbände in ihrem Namen auf Grundlage des  
216 AGG gegen Rechtsverstöße vorgehen. Ebenso fordern wir die Entbürokratisierung, sowie den  
217 Ausbau der Kapazitäten entsprechender Behörden, um jedem Menschen eine schnelle und  
218 aufgeschlossene Prüfung eines Asylantrags zu garantieren.

219

220 **Gute Arbeit gehört zu einem selbstbestimmten Leben!**

221

222 Die Möglichkeit auf ein freies selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft endet  
223 häufig mit Eintritt in die Arbeitswelt. Und dies gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung,

224 sondern vielfach auch für MigrantInnen oder auch Alleinerziehende. Ein inklusiver Arbeitsmarkt  
225 ist somit zentrale Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Viele Betroffene werden über  
226 Jahre hinweg in Maßnahmen von Bund und Land weitergereicht.

227

228 Das verankerte Recht auf Arbeit ermöglicht Menschen mit Behinderung einen Platz in einer  
229 Behindertenwerkstatt. Dies ist für viele Betroffene eine wichtige Perspektive, jedoch darf der  
230 Werkstattplatz keinesfalls die einzige Option für beeinträchtigte Menschen sein.

231

232 Die Übergänge zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und Sondereinrichtungen müssen deshalb  
233 erheblich optimiert werden. Häufig entfalten Sondersysteme eine Sogwirkung, sodass  
234 Potenziale von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ausgeschöpft  
235 werden können. Der individuellen Unterstützung beim Übergang Schule-Beruf kommt hier eine  
236 wichtige Rolle zu. Des Weiteren muss das duale Ausbildungssystem weiter für Menschen mit  
237 Behinderung geöffnet werden.

238

239 Förderung und Qualifizierung von Menschen mit Behinderungen müssen individueller und den  
240 Potenzialen der Menschen angepasst werden. Viele Maßnahmen sind stigmatisierend und  
241 bieten nur geringe Erfolgsaussichten für den ersten Arbeitsmarkt.

242

243 Es muss uns gelingen, dass alle Betriebe Menschen mit Behinderung als Gewinn betrachten.  
244 Die Meisten der 2,8 Mio. Menschen sind im Laufe ihrer Berufstätigkeit behindert geworden. Die  
245 teuren Hilfsmaßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, dass die Menschen im Betrieb  
246 gehalten werden.[6] Zusätzlich braucht es einen öffentlichen Beschäftigungssektor, der  
247 insbesondere den Menschen eine Chance bietet, die bisher nur wenig Perspektiven auf dem  
248 Arbeitsmarkt hatten. Aber auch Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht,  
249 noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können oder wollen,  
250 haben ein Recht auf berufliche Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben. Hier können Werkstätten  
251 für behinderte Menschen oder vergleichbare Angebote den geeigneten Raum bieten. Dieses  
252 Recht darf allerdings nicht von ökonomischer Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden. Deshalb  
253 muss der Begriff „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ in § 136 Abs. 2 Satz 1  
254 SGB IX gestrichen werden

255

256 Wir Jusos fordern ein einheitliches Behindertenrecht. Das SGB IX muss um einen Leistungsteil  
257 erweitert werden. Viele Menschen mit Behinderung, insbesondere mit Mehrfachbehinderungen,  
258 werden völlig unnötig die Sozialhilfe (SGB XXII) gedrängt.

259

260 Bei den Älteren gibt es einen gespaltenen Arbeitsmarkt. Wer als Älterer oder Ältere eine  
261 unbefristete Stelle hat, läuft durch den Kündigungsschutz weniger Gefahr, entlassen zu werden  
262 als sein jüngerer Kollege. Doch verliert man jenseits der 55 erst einmal seinen Job, ist ein  
263 Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt kaum möglich. Somit wächst die Bedeutung des  
264 Kündigungsschutzes. Wir brauchen einen Gesinnungswandel, der die Erfahrungen älterer  
265 Arbeitskräfte als Kompetenz anerkennt und nicht eine vermeintliche geringe Leistungsfähigkeit  
266 an die erste Stelle setzt. Gerade die besondere Sicherung älterer Beschäftigter ist ein Hebel  
267 dafür, dass sich ArbeitgeberInnen damit beschäftigen müssen, wie man Arbeit  
268 lebensphasengerecht gestaltet, um ältere Fachkräfte zu halten. In vielen Tarifverträgen gibt es  
269 gerade für ältere Beschäftigte einen Kündigungsschutz und Verdienstsicherung. Demnach darf  
270 älteren Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie des Landes ab dem vollendeten 53.  
271 Lebensjahr nicht mehr gekündigt werden. Ihr Entgelt darf ab dem 54. Lebensjahr nicht  
272 gemindert werden. Können Beschäftigte aus dieser Altersgruppe den bisherigen regelmäßigen  
273 Monatsverdienst nicht mehr erzielen, da sie zum Beispiel aus Alters- oder Gesundheitsgründen  
274 aus dem Schichtbetrieb gehen müssen, muss ihnen der Arbeitgeber einen Ausgleichsbetrag  
275 zahlen. Diese Regelung darf nicht aufgeweicht werden.

276

277 Für die Jusos bedeutet Inklusion auch eine konsequente Gleichstellungspolitik, so dass sich  
278 Männer und Frauen auf Augenhöhe befinden. Noch immer verdienen Frauen in den gleichen  
279 Positionen bis 21% weniger als die Männer, sind Frauen heute noch zu oft die  
280 "Hinzuverdienerinnen" in Teilzeit und mit Minijob in den Familien. Hier gilt es insbesondere die  
281 Hürden für berufstätige Frauen mit Kindern zu verkleinern, eine lückenlose Kinderbetreuung  
282 sicherzustellen damit auch mit Kindern normaler sozialversicherungspflichtiger Arbeit  
283 nachgegangen werden und somit für sich selbst und die Familie, ob mit Partner oder alleine  
284 gesorgt werden kann. Aber auch die Angebote für mobiles Arbeiten müssen weiter ausgebaut

285 werden. Es muss im Interesse der Unternehmen liegen, im Werben um Fachkräfte verstärkt  
286 Heimarbeitsplätze für berufstätige Mütter und Väter anzubieten. Die Wirtschaft trägt auch in  
287 diesem Bereich eine gesellschaftliche Mitverantwortung. Wo immer es die charakteristischen  
288 Anforderungen des Berufs zulassen, müssen ArbeitnehmerInnen einen Anspruch darauf haben,  
289 zumindest einen Teil ihrer Wochenarbeitszeit vom heimischen Arbeitsplatz abzuleisten.  
290

291 Die Führungsetagen werden noch immer durch Männer dominiert. Doch es darf dort keine  
292 unsichtbaren Aufstiegsbarrieren geben. Niemand darf auf Grund des Geschlechts, Hautfarbe  
293 und Religion auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Deswegen fordern wir die Einführung  
294 einer Frauenquote von 40 % und das Migrantinnen und Migranten in ihren Karrierebemühungen  
295 unterstützt werden, in dem unter anderem ausländische Abschlüsse anerkannt werden.  
296

297 **Inklusion findet auch im Alltag statt!**

298

299 Aber das Leben besteht nicht nur aus Bildung und Arbeit. Auch Menschen mit Behinderungen  
300 haben ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. In  
301 Deutschland leben die meisten Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und komplexen  
302 Behinderungen in Wohnheimen. Damit sie die Wahlfreiheit über ihren Wohnort bekommen,  
303 bedarf es einer Dezentralisierung der Unterstützungssysteme.  
304

305 Die Wahlmöglichkeit zwischen stationärer und ambulanter Betreuung darf nicht von der  
306 Finanzierung abhängen. Deshalb muss der sogenannte „Mehrkostenvorbehalt“, nach dem  
307 ambulante Betreuung auf Dauer nicht mehr Geld kosten darf als stationäre, abgeschafft werden.  
308

309 Höheres Alter bedeutet nicht automatisch Hilfsbedürftigkeit. Ältere Menschen werden gebraucht  
310 und sie benötigen auch das Gefühl gebraucht zu werden. Sie in Pflege- oder Altenheimen zu  
311 isolieren, macht keinen Sinn. Daher fordern wir Jusos die Schaffung eines „dritten Sozialraums“  
312 durch einen Baustopp für Pflegeheime und die Umwandlung aller Heime in betreute  
313 Wohnungen oder ambulante Versorgung. Damit eingeschlossen sollen auch Generationshäuser  
314 oder Alten-WGs sein. Ebenso müssen wir Strukturen schaffen, um die Wünsche der  
315 HelferInnen und Hilfesuchenden zusammen zu bringen. Wir brauchen Freiwilligenagenturen,  
316 Selbsthilfekontaktstellen und Engagementzentren, um das vielschichtige Engagement zu  
317 verbinden und hier auch Möglichkeiten des Austauschs und des gegenseitigen Lernens  
318 voneinander zu ermöglichen. So schaffen wir ein gelebtes Miteinander der Generationen.  
319 Freiwillig und institutionell unterstützt können ältere Menschen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten  
320 weitergeben und nutzen, um der Gesellschaft und jüngeren Menschen zu helfen. Umgekehrt  
321 können junge Menschen mit ihrem Tatendrang ältere Menschen in ihrem Lebenswandel  
322 unterstützen. So wird ein Verständnis der Generationen füreinander befördert und geprägt,  
323 welches durch den Wandel von Familienstrukturen und den großen Problemen für viele  
324 Menschen oft in den Hintergrund gerät.  
325

326 Nach wie vor ist die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen ein Thema in allen  
327 Lebensbereichen. Trotz vieler gesetzlicher Verbesserungen und einer stetig steigenden  
328 Intoleranz gegenüber Diskriminierung von Frauen, sind wir noch immer keine gleichberechtigte  
329 Gesellschaft.  
330

331 Ein zentrales Thema bleibt dabei auch der Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie. Wir  
332 sprechen uns für den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und anderen  
333 Institutionen aus, die der Gewalt gegen Frauen entgegenwirken. Frauen, die häuslicher Gewalt  
334 ausgesetzt sind, brauchen einen Ort, der ihnen eine sichere Zuflucht in der Not bietet und dann  
335 eine Möglichkeit aus einer solchen Situation in die Zukunft ohne Gewalt zu gehen.  
336

337 Inklusion muss aus unserer Sicht an vielen Stellen stattfinden und ist nicht von heute auf  
338 morgen durchsetzbar. Es benötigt Einsatz von allen Seiten und eine stetige Reflexion dessen,  
339 was Barriere sein kann und der Überlegung was getan werden kann, um diese abzubauen.  
340

341 Die Idee der Inklusion ist keine politische Entscheidung, sondern eine gesellschaftliche  
342 Entwicklung. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft kann deshalb nur über breite  
343 gesellschaftliche Debatten gelingen. Für diese Diskussion ist die Förderung von inklusiven  
344 Kulturangeboten unerlässlich.  
345

346  
347  
348  
349  
350  
351  
352  
353  
354  
355  
356  
357  
358  
359  
360  
361  
362  
363  
364  
365  
366  
367  
368  
369  
370  
371  
372  
373  
374  
375  
376  
377  
378  
379  
380  
381  
382  
383  
384  
385  
386  
387  
388  
389  
390  
391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405

---

[1] Aus der Schattenübersetzung zur UN-BRK, Präambel Teil e).

[2] Art. 24, UN-BRK. In den Schulen werden derzeit weniger als 20 % der Kinder inklusiv beschult.

[3] Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung NRW § 4.

[4] Artikel 9, Schattenübersetzung zur UN-BRK.

[5] Artikel 20, UN-BRK.

[6] Zur Einordnung: Die Rentenversicherung des Bundes gibt jährlich 2,78 Mrd. € zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit von Menschen in NRW aus. Dazu kommen weitere 7 Mrd. € Erwerbsminderungsrente/Berufsunfähigkeitsrente.

# D

## Demokratie, Partizipation & Kampf gegen

### menschenfeindliche Einstellungen

D 1	Berlin Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!	52
D 3	Braunschweig Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!	60

**Titel** Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen –  
Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur  
Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!

1  
2 Der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag enthält  
3 wichtige Zwischenschritte hin zu einer effektiven Bekämpfung von Rassismus und  
4 Neonazismus. Es sind für uns nur Zwischenschritte, weil wir die Perspektive im  
5 Abschlussbericht für eine neue ‚Sicherheitsarchitektur‘ für nicht ausreichend genug erachten.  
6 Wir wollen Forderungen des Berichts dennoch zur Beschlusslage der Bundes-SPD machen und  
7 die Möglichkeit der schnellen Umsetzung nutzen. Unsere langfristigen Forderungen, unter  
8 anderem zur Abschaffung von Inlandsgeheimdiensten, bleiben davon unberührt.  
9  
10 Im November 2011 flog die Mordserie der rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer  
11 Untergrund (NSU) auf. Seitdem sind zahllose erschütternde Details ans Licht gekommen – es  
12 werden laufend mehr. Uns schockiert bis heute, wie Behörden sich so verhalten konnten. Selbst  
13 in den Medien und weiten Teilen der Gesellschaft mangelt es massiv an Sensibilität. Diese Lage  
14 gefährdet Grundfesten eines demokratischen, friedlichen Miteinanders und damit auch die  
15 Zukunft von uns allen.  
16  
17 **Drei Skandale sind genug**  
18  
19 Gleichzeitig sind wir davon nicht erstaunt, denn diese Probleme sind schon lange Zeit strukturell  
20 und institutionell verankert. Zu Beginn der 1990er Jahre herrschten in Deutschland rassistische  
21 und sozialchauvinistische Einstellungsmuster vor, die die Unionsparteien durch ihre  
22 Hetzkampagnen zum Asylrecht lange vorbereitet hatten. Die etablierten Parteien im Bundestag  
23 reagierten mit dem Asylkompromiss zum Jahr 1993 auf die Pogromstimmung, der das  
24 umfassende Recht auf Asyl faktisch abschaffte. (Es ist eine Schande der Sozialdemokratie,  
25 dass sie ihn durch ihr historisches Einknicken vor den Unionsparteien erst ermöglichte.) Nach  
26 der Wiedervereinigung brannten in ganz Deutschland Flüchtlingslager: die Pogrome in Rostock  
27 und Solingen sind schreckliche Beispiele dafür. In kurzer Zeit ermordeten Neonazis zahlreiche  
28 Menschen, inzwischen sind es mindestens 184 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 (Amadeu-  
29 Antonio-Stiftung). Die Geheimdienste, ohnehin fragwürdig genug, sowie die  
30 Sicherheitsbehörden, die Innenministerien und die Justiz sind auf dem rechten Auge blind  
31 geblieben. Sie verfolgten all dies völlig unzureichend: Viele Täter\_innen entkamen, wurde nicht  
32 angeklagt oder erhielten niedrige (Freiheits-)Strafen. Der Verfassungsschutz warb zahlreiche V-  
33 Leute in der rechten Szene an, allerdings führte dies meist nur zur Finanzierung und zum  
34 Aufbau der rechten Szene, während die Führung der V-Leute völlig versagte. Auch in den  
35 Jugendzentren herrschte Ahnungslosigkeit. Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit war  
36 den Gefahren rechter Strukturen nicht gewachsen und versagte dabei, Alternativen aufzuzeigen  
37 und Jugendliche von der rechten Szene fern zu halten. In diesem Klima gedieh der  
38 Nationalsozialistische Untergrund. Das ist der erste Skandal.

39

40 Die Mord-, Raub- und Anschlagsserie des NSU-Netzwerkes konnte unbehelligt verübt werden.  
41 Die Polizeibehörden suchten über ein Jahrzehnt lang „ausländische Kriminelle“. Einschätzungen  
42 der migrantischen Commune, dass Rassismus das Motiv sei, und Zeug\_innen-Aussagen  
43 wurden nicht weiter verfolgt. Das ist der zweite Skandal.

44

45 Während die unfassbaren Vorgänge in den Strafverfolgungsbehörden und dem  
46 Verfassungsschutz aufgeklärt werden sollten, schredderten Verfassungsschutz-  
47 Mitarbeiter\_innen Akten. Politische Verantwortung übernahm niemand. Das ist der dritte  
48 Skandal.

49

50 Jetzt bahnt sich ein vierter Skandal an: Die tatsächlichen Probleme werden nicht erkannt.  
51 Stattdessen werden den verantwortlichen Behörden – insbesondere dem Verfassungsschutz –  
52 noch mehr Zuständigkeiten und noch mehr Macht übertragen. Ihre Arbeitsweise möchten sie  
53 nicht ändern. Sie möchten offensichtlich auch nicht einmal zur Aufklärung beitragen – entgegen  
54 dem Versprechen an die Angehörigen der NSU-Opfer. Alle existierenden Kontrollgremien haben  
55 versagt. Selbst gegenüber der Untersuchungsausschüsse zeigen einige Behörden einen  
56 massiven Unwillen, sich an der Aufklärung zu beteiligen.

57

58 **Kein Extremismusdogma – gegen den (institutionellen) Rassismus auf allen Ebenen**

59

60 Über das eigentliche Problem wird geschwiegen: den Rassismus, den es genauso in den  
61 Behörden gibt. Jedes Jahr belegt die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass menschenfeindliche  
62 Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft verbreitet sind. Antisemitismus, Rassismus,  
63 Sozialchauvinismus oder Homo- und Transphobie können nicht auf so genannte politische  
64 „Ränder“ (mit den Richtungen rechts, links und ausländisch) abgeschoben werden. Hier sollen  
65 sich laut Verfassungsschutz die „Extremisten\_innen“ tummeln und so die vermeintlich gute Mitte  
66 umzingeln. Dies basiert auf der unwissenschaftlichen Extremismustheorie. Wie aber die  
67 Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigt, ist die Mitte „extrem“: extrem  
68 rassistisch, extrem antisemitisch, extrem sozialchauvinistisch, extrem homo- und transphob.  
69 Doch der Verfassungsschutz folgt der extrismustheoretischen Sichtweise und verkennt so  
70 neonazistischen Terror sowie seine Anknüpfungspunkte in der Mitte der Gesellschaft.

71

72 **Die Anfänge der Aufklärung: Die NSU-Untersuchungsausschüsse**

73

74 Als sich Bönhardt und Mundlos nach einem missglückten Banküberfall töteten und Zschäpe die  
75 gemeinsame Wohnung anzündete, flog der Nationalsozialistische Untergrund auf. Der  
76 Bundestag setzte zügig einen Untersuchungsausschuss ein. Mehrere Landesparlamente  
77 folgten. Der NSU-Untersuchungsausschuss hat nach anderthalb Jahren einen umfassenden  
78 Bericht vorgelegt und ausführlich dokumentiert. Während der Untersuchungen stieß der  
79 Ausschuss häufig an seine Grenzen, da viele Sicherheitsbehörden in Blockadehaltung standen  
80 und Unterlagen verweigerten oder vernichteten. Es handelt sich bei dem parlamentarischen  
81 Untersuchungsausschuss um eine äußerst zu würdigende, parteiübergreifende  
82 parlamentarische Leistung. Die gesellschaftliche Debatte ist immer noch unzureichend in Gang  
83 gekommen.

84

85 **Den Untersuchungsausschuss ernst nehmen und die Empfehlungen umsetzen!**

86

87 Umso wichtiger ist es nun, zügig Konsequenzen zu ziehen. Die Sozialdemokratie schließt sich  
88 den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag zur  
89 „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“ einschließlich der ergänzenden  
90 Stellungnahme (Sondervoten, *im Folgenden kursiv gedruckt*) der SPD-Fraktion an. Die  
91 Sozialdemokratie tritt für folgende Forderungen ein und wird dafür Sorge trage, sie in Gesetzen,  
92 Vorschriften und Programmen zu verankern. Dies gilt auch für die Ergebnisse und  
93 Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse in den Bundesländern.

94

95 **Eine andere Polizei ist nötig!**

96

97 1. Bei allen Fällen, die einen rassistisch oder anderweitig motivierter politischer Hintergrund  
98 haben könnten, wird die Polizei verpflichtet diesen zu prüfen und dies zu dokumentieren,  
99 sofern es keinen hinreichenden begründeten konkreten Tatverdacht in eine andere

- 100 Richtung gibt. Geben Opfer oder Zeug\_innen ein Tatmotiv an („victim centred definition“),  
101 wird dieses verpflichtend aufgenommen und angemessen berücksichtigt (nennt das Opfer  
102 das Tatmotiv Rassismus, wird dem also nachgegangen). Es findet verpflichtend ein  
103 Abgleich mit Informationen des Staatsschutzes und des Verfassungsschutzes statt. Es  
104 wird sicher gestellt, dass rassistisch motivierte Taten von der Aufnahme der Anzeige bis  
105 hin zum Abschluss des Strafverfahrens verfolgt werden können.
- 106 2. Bei der Polizei wird eine Arbeitskultur geschaffen, die eine Fehlerkultur, Reflexion,  
107 Selbstkritik beinhaltet. Dies wird durch Aus- und Fortbildungen und Supervisionen sicher  
108 gestellt. Rotation wird ein Führungsinstrument in den Dienststellen.
- 109 3. Alle Straftaten mit Bezug zu rechter Gewalt, insbesondere zum NSU, werden mit  
110 Hochdruck untersucht. Dem Bundestag wird hierüber berichtet. Bisher fälschlich nicht der  
111 politisch motivierten Kriminalität Rechts zugeordneter Tötungsdelikte und  
112 Sprengstoffanschläge werden erneut bewertet.
- 113 4. Der Themenfeldkatalog Politisch motivierte Kriminalität (PMK) wird gemeinsam mit  
114 Wissenschaft und Zivilgesellschaft überarbeitet. Polizei und Justiz führen hierzu eine  
115 Verlaufsstatistik.
- 116 5. Ermittler\_innen verschiedener Fachrichtungen arbeiten so zusammen dass Straftaten  
117 deliktsübergreifend richtig eingeordnet werden. Der Staatsschutz hat dabei führende  
118 Kader der rechten Szene im Blick.
- 119 6. Eine zentrale Ermittlungsführung wird durch das BKA oder per Staatsvertrag durch eine  
120 Landespolizei (im Sammelverfahren) ermöglicht.
- 121 7. Datensysteme werden interoperabel gemacht und den Dienststellen zur Verfügung  
122 stehen.
- 123 8. Es bedarf zentral geführter Ermittlungen mit Weisungsrechten für regionale  
124 Ermittlungsabschnitte in anderen Bundesländern. Es bedarf eines besseren  
125 Verständnisses von deutschlandweit und international agierenden extrem rechten  
126 Netzwerken.
- 127 9. Bei der Polizei wird eine Organisationseinheit innerhalb der ermittlungsführenden  
128 Dienststelle, die sich der kontinuierlichen und kritischen Evaluation der einzelnen  
129 Ermittlungsschritte und Auswertungsergebnisse widmet, eingerichtet.
- 130 10. Es werden unverzüglich Voraussetzungen geschaffen, dass jederzeit eine bundesweite  
131 Abklärung möglich ist, wie viele untergetauchte Rechtsextremisten mit Haftbefehl gesucht  
132 und welche Straftaten ihnen zur Last gelegt werden.
- 133 11. Die Polizei wird mit Vielfalt kompetent umgehen. Außerdem werden die Bemühungen  
134 verstärkt, Menschen verschiedener Herkunft einzustellen.
- 135 12. Interkulturelle Kompetenz wird Teil der Polizeiausbildung. Vorgesetzte der Kriminal- und  
136 Schutzpolizei werden darin aus- und fortgebildet. Dies wird evaluiert.
- 137 13. Die Kommunikation mit Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen wird als wichtige  
138 Aufgabe gesehen und von eigens geschulten Beamt\_innen wahrgenommen.
- 139 14. Opfer, ihre Zeug\_innen und Angehörige werden über die bisher bestehenden Pflichten  
140 hinaus auf ihr Recht hingewiesen, eine Anwältin\_einen Anwalt oder eine Begleitung zur  
141 Vernehmung mitzubringen, und zwar in ihrer Muttersprache. Der Hinweis wird  
142 dokumentiert.
- 143 15. Die Polizei weist Opfer, ihre Zeug\_innen und Angehörige mutmaßlich rassistisch oder  
144 anderweitig politisch motivierter Gewalt auf Beratungsangebote auch in freier Trägerschaft  
145 und auf Entschädigungsansprüche hin. Dies wird dokumentiert.
- 146 16. Erfolglos bleibende Ermittlungen zu schweren Straftaten werden von anderen  
147 Ermittler\_innen nochmals geprüft.
- 148 17. Ungelöst eingestellte Ermittlungen werden bei Fortschritten in den Ermittlungsmethoden  
149 wieder aufgenommen.
- 150 18. Das BKA berät die Polizeien der Länder bei der Anfragestellung, ob alle  
151 Informationsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.
- 152 19. Die Ermittlungen zum NSU sollen in den Aus- und Fortbildungen aller Polizeien und  
153 Laufbahnen thematisiert, analysiert und simuliert werden.
- 154 20. Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden wird Teil der Aus- und Fortbildung.
- 155 21. Die Aus- und Fortbildung der Polizist\_innen sensibilisiert grundlegend für die Gefahren  
156 des Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus. Wissenschaft und Zivilgesellschaft  
157 werden dabei einbezogen.
- 158
- 159 *Die SPD-Fraktion ergänzt in ihrem Sondervotum:*  
160 *In 5 Jahren gibt es in jeder Polizeidienststelle eine\_n Familienkontaktbeamt\_in. Diese*

161 *kommunizieren bei rassistischen oder anderen politisch motivierten Gewalttaten mit den Opfern*  
 162 *und Angehörigen. Sie werden speziell dafür ausgebildet, auch in interkultureller Kompetenz.*  
 163  
 164 *Es erfolgt eine wissenschaftliche Einstellungsforschung, die Einstellungsmuster und Vorurteile*  
 165 *bei der Polizei und deren Auswirkungen auf polizeiliches Handeln beschreibt und erkennbar*  
 166 *werden lässt, welche strukturellen Faktoren, die Verfestigung solcher Einstellungen*  
 167 *vorantreiben oder ihnen entgegenwirken können. Die Diversität bei der Personalauswahl wird*  
 168 *erhöht. Hierzu werden Zielmarken vorgegeben, Bewerbungshemmnisse analysiert,*  
 169 *zielgruppenorientiertes Personalmarketing betrieben, die Personalentscheider\_innen*  
 170 *fortgebildet. In allen Dienststellen wird auf allen Führungsebenen Diversity Management*  
 171 *implementiert. Die Achtung des Diskriminierungsverbots bei staatlichem Handeln und die*  
 172 *Sicherung des diskriminierungsfreien Zugangs zu staatlichen Stellen und Leistungen werden*  
 173 *zur Führungsaufgabe. Zentraler Bestandteil der Aus- und Fortbildung wird*  
 174 *Menschrechtsbildung, das Leitbild diskriminierungsfreier Polizeiarbeit und die*  
 175 *Auseinandersetzung mit Rassismus sowie Interkulturelle Kompetenz. Die Diskurs- und*  
 176 *Kritikfähigkeit, Reflexion und konstruktive Kritik der eigenen Arbeit der Polizist\_innen werden*  
 177 *erhöht. Aus- und Fortbildungsprogramme werden zusammen mit Wissenschaft und*  
 178 *Zivilgesellschaft entwickelt.*  
 179  
 180 *Es bedarf unabhängiger Beschwerdestellen für polizeiliches Fehlverhalten auf Landes- und*  
 181 *Bundesebene. Dies sind Ombudsstellen für Bürger\_innen und Anlaufstellen für Polizist\_innen.*  
 182 *Die Beschwerdestellen werden nicht in ein Ressort der Exekutive eingebunden, ihre Mitglieder*  
 183 *vom Parlament berufen und sie werden ausreichend mit Sach- und Personalmitteln*  
 184 *ausgestattet. Das Beschwerdeverfahren ist kosten- und formlos. Die Beschwerdestellen*  
 185 *berichten regelmäßig öffentlich und halten mehrsprachige Informationen bereit.*

## 187 **Justiz neu denken**

188  
 189 Der Untersuchungsausschuss hat Vorschläge dazu erarbeitet, dass der Nationalsozialistische  
 190 Untergrund auch aufgrund von Justizversagen so spät aufflog. Die Fraktionen fordern  
 191 gemeinsam:

- 192  
 193 1. Für die Zuständigkeitsprüfung des Generalbundesanwalts in Staatsschutzsachen werden  
 194 Qualitätsstandards entwickelt. Die Prüfung enthält Sachstandberichte und eine  
 195 Stellungnahme der ermittelnden Stelle.
- 196 2. Die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts wird so ausgeweitet, dass er tätig wird,  
 197 wenn eine Tat nicht mehr nur „geeignet ist“, sondern auch „geeignet sein kann“ den  
 198 Bestand eines Staates oder Verfassungsgrundsätze zu beeinträchtigen. Hierzu wird § 120  
 199 Abs. 2 Nr. 3 Gerichtsverfassungsgesetz geändert.
- 200 3. Die Gesetzgeberin erstellt Regelbeispiele für die Zuständigkeit des  
 201 Generalbundesanwalts.
- 202 4. Die Informationspflicht der Staatsanwaltschaften der Länder gegenüber dem  
 203 Generalbundesanwalt wird im Gerichtsverfassungsgesetz geregelt. *Die SPD-Fraktion*  
 204 *ergänzt: Die Landespolizeien müssen dem Generalbundesanwalt die Ermittlungsakten*  
 205 *verpflichtend vorlegen (Doppelakten), wenn es sich um die Delikte Mord, Totschlag,*  
 206 *Körperverletzung mit Todesfolge, Raub mit Todesfolge oder Brandstiftung mit Todesfolge*  
 207 *handelt und eine politische Motivation nicht ausgeschlossen werden kann, sodass der*  
 208 *Generalbundesanwalt seine Zuständigkeit prüfen kann.*
- 209 5. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Vorschriften zur Zuständigkeit des  
 210 Generalbundesanwalts bei allen Phänomenbereichen politisch motivierter Kriminalität  
 211 gleich angewandt werden. Das heißt, es kann nicht sein, dass bspw. gegen Links schnell  
 212 ermittelt wird, während der Staat bei Politisch Motivierter Kriminalität Rechts auf dem  
 213 rechten Auge blind ist.
- 214 6. Die Maßgaben für staatsanwaltschaftliche Sammelverfahren in Nr. 25 der Richtlinien für  
 215 das Straf- und das Bußgeldverfahren werden nicht zu restriktiv ausgelegt.
- 216 7. Bei Sammelverfahren sollen übernahme- oder abgabewillige Staatsanwaltschaften einen  
 217 Antrag beim Generalbundesanwalt stellen können. Hierzu wird § 143 Abs. 3  
 218 Gerichtsverfassungsgesetz geändert. *Außerdem wird von der SPD-Fraktion ergänzt, dass*  
 219 *der Generalbundesanwalt von Amts wegen einer Landesstaatsanwaltschaft ein*  
 220 *Sammelverfahren zuweisen kann.*
- 221 8. Um geeignete Staatsanwält\_innen im Hinblick auf die Geschäftsverteilung bei

222 Großverfahren einzusetzen soll die Vorschrift des § 145 Gerichtsverfassungsgesetz  
223 angewendet werden.

224 9. Aus- und Fortbildungsangebote für Richter\_innen und die Aus- und Fortbildung für  
225 Staatsanwält\_innen und Justizvollzugsbedienstete sensibilisiert grundlegend für die  
226 Gefahren des Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus. Wissenschaft und  
227 Zivilgesellschaft werden dabei einbezogen.

228 10. Es wird gesetzlich geregelt, dass Asservate zu ungeklärten Verbrechen nicht vor der  
229 gesetzlichen Verjährungsfrist vernichtet werden dürfen.

230

231 *Die SPD-Fraktion ergänzt: Der Generalbundesanwalt wird personell entsprechend ausgestattet.*

232

### 233 **Verfassungsschutz reformierbar?**

234

235 Der Verfassungsschutz baut auf einem gefährlichen Extremismusdogma auf. Er kann nach  
236 bisherigen Erkenntnissen für eine Demokratie nicht ausreichend kontrolliert werden. Die  
237 Abschaffung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der jeweiligen Landesbehörden ist  
238 unser Ziel.

239

240 Eine Demokratie kann nur ohne Inlandsgeheimdienst voll und ganz realisiert werden. Einige  
241 Kreise in der SPD hegen noch die Hoffnung, dass Reformschritte die Gefahren, die vom  
242 Verfassungsschutz ausgehen, abgemildert oder gar ausgeschlossen werden können. Wir gehen  
243 davon aus, dass am Ende des Prozesses seine Abschaffung stehen muss – gleichzeitig fordern  
244 wir die Verantwortlichen dazu auf, schnellstens die von der SPD-Fraktion beschlossenen  
245 Reformvorschläge umzusetzen. Der katastrophale Ist-Zustand muss dringend überwunden  
246 werden. Deswegen schließen wir uns dem Sofortprogramm aller Fraktionen an und dem  
247 Sondervotum der SPD-Fraktion. Im Umkehrschluss heißt das: wenn es nicht in kürzester Zeit  
248 gelingt, Schritte zum radikalen Umbau oder Neuaufbau der Behörde einzuleiten, muss sich die  
249 SPD zwangsläufig für eine Abschaffung einsetzen!

250

251 Die Fraktionen empfehlen gemeinsam:

252

253 1. Im Verfassungsschutzverbund vorliegende Informationen von länderübergreifender  
254 Bedeutung werden sofort zentral zusammengeführt, gründlich ausgewertet und  
255 bereitgestellt.

256 2. Die Vorschriften für die Übermittlung von Informationen der Nachrichtendienste an die  
257 Strafverfolgungsbehörden werden sofort unter Achtung des Trennungsgebots  
258 angewendet.

259 3. Es wird sofort ein Controlling für einen sorgsamen und effektiven Umgang mit den  
260 vorliegenden Informationen geben.

261 4. Es wird sofort Rechtsklarheit zu datenschutzrechtlicher Prüfung und Vernichtung von  
262 Akten bei den Geheimdiensten geschaffen.

263 5. Auf dieser Grundlage werden sofort verständliche und handhabbare Vorschriften und  
264 Dienstanweisungen zu Datenspeicherung und Aktenhaltung, Datenlöschung und  
265 Aktenvernichtung geschaffen.

266 6. Die behördeninternen Datenschutzbeauftragten der Geheimdienste werden sofort bei der  
267 Behördenleitung angesiedelt.

268 7. Der Verfassungsschutz wird sofort sensibilisiert für Gefahren, die von gruppenbezogener  
269 Menschenfeindlichkeit als Gedankengut und rechten Strukturen ausgehen. Es wird einen  
270 umfassenden Mentalitätswechsel geben und mehr Offenheit.

271 8. Zum Verfassungsschutz werden sofort die Ausbildungswege geöffnet, die Einstellung von  
272 Quereinsteiger\_innen, mehr Mitarbeiter\_innenaustausch mit anderen Behörden auch  
273 außerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesinnenministeriums. Es findet eine laufende  
274 inhaltliche Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt.

275 9. Der Verfassungsschutz wird mit Vielfalt kompetent umgehen. Außerdem werden ab sofort  
276 die Bemühungen verstärkt, Menschen verschiedener Herkunft einzustellen. Zum Leitbild  
277 müssen interkulturelle Kompetenz, Diskursfähigkeit und Fehlerkultur zählen und in der  
278 Aus- und Fortbildung entwickelt werden.

279 10. Die Geheimdienste müssen ab sofort systematisch und strukturell kontrolliert werden. Die  
280 parlamentarischen Kontrollgremien brauchen eine dauerhafte und schlagfertige  
281 Kontrollmöglichkeit und muss hierfür mit Personal- und Sachmitteln umfassend  
282 ausgestattet werden.

28311. Die parlamentarischen Kontrollgremien müssen Angehörige aller involvierter Behörden  
284 anzuhören, weswegen auch „sonstige Personen“ in § 5 Abs. 2 S. 1 Kontrollgremiengesetz  
285 aufgenommen unverzüglich aufgenommen werden.

28612. Die Parlamentarischen Kontrollgremien der involvierten Länder und des Bundes tauschen  
287 sich ab sofort aus, wenn deren Geheimdienste miteinander kooperieren.

28813. Es wird unverzüglich klare gesetzliche Regelungen für menschliche Quellen geben, auch  
289 im Sprachgebrauch.

29014. Es wird unverzügliche klare Regeln für die Auswahl, Eignung und Anwerbung von  
291 Vertrauensleuten (V-Leuten) geben und zur Regeln zur Beendigung der Zusammenarbeit.

29215. Es wird unverzügliche klare Regeln für die Dauer der Führung einer Quelle durch  
293 Mitarbeiter\_innen geben, sodass kein zu enges Verhältnis entsteht.

29416. Der Quellenschutz wird unverzüglich eingeschränkt, sodass Leib und Leben der Quelle  
295 sowie anderer Personen, die Arbeitsfähigkeit der Verfassungsschutzbehörden und die  
296 berechtigten Belange von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr miteinander in Einklang  
297 gebracht werden.

298

299 *Dieser Minimalkonsens wird durch folgende Maßnahmen der SPD ergänzt:*  
300 *Die Analysefähigkeit über extrem rechte Aktivitäten des Verfassungsschutzes wird ausgebaut*  
301 *durch Personalauswahl und -schulung und unter Einbezug wissenschaftlichen und*  
302 *zivilgesellschaftlichen Sachverstands. Der Verfassungsschutz wird als Anlaufstelle für*  
303 *Bürger\_innen erkennbar.*

304

305 *Die für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständige Abteilung 2 wird in den nächsten*  
306 *zwei Jahren vollständig nach Berlin verlegt mit einem strikten Freiwilligkeitsgebot, sodass ein*  
307 *personeller Neuaufbau möglich wird.*

308

309 *Die Organisationsstruktur der gemeinsamen Abwehrzentren wird auf den Prüfstand gestellt.*  
310 *Mindestens sollen sie an einen Ort verlegt werden.*

311

312 *Die föderale Aufgabenverteilung und die Landesämter für Verfassungsschutz bleiben bestehen.*  
313 *Die Zentralstellenfunktion des Bundesverfassungsschutzes wird gestärkt. Die eigene Tätigkeit*  
314 *des Bundesverfassungsschutzes in den Ländern wird ermöglicht, wenn Gewalt angewendet*  
315 *oder Gewaltanwendung vorbereitet wird. Hierzu wird § 5 Abs. 2 Satz 2*  
316 *Bundesverfassungsschutzgesetz ergänzt. Der Bundesverfassungsschutz soll in Einzelfällen die*  
317 *Koordinierung der Informationsbeschaffung und die zentrale Auswertung an sich ziehen*  
318 *können, § 5 Bundesverfassungsschutzgesetz wird ergänzt. Es wird eine verbindliche*  
319 *Verpflichtung der Landesämter für Verfassungsschutz zur unverzüglichen*  
320 *Informationsübermittlung an den Bundesverfassungsschutz in den gesetzlich vorgesehenen*  
321 *Phänomenbereichen und bezogen auf die von ihnen selbst gesammelten Informationen,*  
322 *Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen geben. Der Bundesverfassungsschutz soll eine zentrale*  
323 *Auswertung aller Informationen mit Gewaltbezug der Landesämter an sich ziehen können.*

324

325 *Die Verfassungsschutzbehörden werden ihre Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen, Ländern*  
326 *und im Bund verstärken und in den Dialog mit der Gesellschaft treten.*

327

328 *Dabei ist der Verfassungsschutz – so lange er noch existiert – verpflichtet seine Arbeit*  
329 *transparent zu machen. Politische Bildungsarbeit durch den Verfassungsschutz lehnen wir*  
330 *grundsätzlich ab.“*

331

332 *Die gesetzlichen Regelungen zur Aufbewahrung von Dateien werden umfassend novelliert,*  
333 *sodass Rechtsklarheit besteht und die Vorschriften dem technischen Fortschritt (elektronische*  
334 *Akten) angepasst werden.*

335

336 *Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und für Informationsfreiheit wird gegenüber den*  
337 *Verfassungsschutzbehörden gestärkt. Er erhält Zugang zu allen Informationen, die für seine*  
338 *Aufgabenerledigung nötig sind. Der Bundesbeauftragte wird personell und finanziell erheblich*  
339 *besser ausgestattet (entsprechend seinen Aufgaben).*

340

341 *Das Parlamentarische Kontrollgremium der Geheimdienste wird ausreichend professionell mit*  
342 *Personal- und Sachmitteln ausgestattet. In der Bundestagsverwaltung wird beim*  
343 *Parlamentarischen Kontrollgremium ein Arbeitsstab mit leitende\_r Beamt\_in, mehreren*

344 *Abteilungen und hoch qualifizierten Mitarbeiter\_innen eingerichtet, der nur den Weisungen des*  
345 *Parlamentarischen Kontrollgremiums unterliegt.*

346

347 *Die Zusammenarbeit zwischen dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem*  
348 *Bundesbeauftragten für den Datenschutz und für Informationsfreiheit wird verstärkt und die*  
349 *Prüfrahmen werden aufeinander abgestimmt.*

350

351 *Einzelheiten zu Werbung und Führung von Vertrauensleuten (V-Leuten) verbleiben bei den*  
352 *Landesbehörden und bleiben geheim. Es werden aber klare, verbindliche bundeseinheitliche*  
353 *gesetzliche Standards hierzu geschaffen: einschlägige Vorstrafen oder laufende*  
354 *Ermittlungsverfahren, die der Anwerbung entgegenstehen; Sicherstellung durch die*  
355 *Landesämter, dass die staatlichen Gegenleistungen an die V-Leute nicht dazu genutzt werden*  
356 *können, Zielsetzung oder Aktivitäten der beobachteten Organisationen bewusst zu steuern;*  
357 *staatliche finanzielle Zuwendungen dürfen den beobachteten Phänomenbereich nicht weiter*  
358 *stärken; bei der Personalauswahl für die V-Leute-Führung gilt das Vier-Augen-Prinzip; bei der*  
359 *Einsatzdauer der V-Leute-Führer\_innen gilt das Rotationsprinzip.*

360

361 *Es bedarf einer Genehmigungspflicht und ausführliche Begründungen für den Einsatz von V-*  
362 *Leuten im Einzelfall, ggf. anonym. Die Prüfung findet unabhängig außerhalb der jeweiligen*  
363 *Verfassungsschutzbehörde statt und sogar außerhalb der Exekutive. Dies geschieht in den*  
364 *parlamentarischen Kontrollkommissionen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post-*  
365 *und Fernmeldegeheimnisses (G-10-Kommisionen).*

366

367 *Der Bundesverfassungsschutz koordiniert und kontrolliert in der Fachprüfgruppe des*  
368 *Bundesverfassungsschutzes bei vollständigem Überblick alle V-Leute, auch in den Ländern,*  
369 *sodass ein genaues Bild der Zugangslage entspricht.*

370

#### 371 **Zivilgesellschaft stärken und fördern**

372

373 *Alle Parteien sind sich einig dass spezialisierte Beratungsprojekte und zivilgesellschaftliches*  
374 *Engagement gegen Rassismus und die extreme Rechte besser finanziert, verstetigt und*  
375 *ausgebaut werden müssen. Die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen*  
376 *Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus werden völlig neu geordnet. Dazu bedarf*  
377 *es Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Finanzierungssicherheit wird auf*  
378 *bundesgesetzlicher Basis gewährleistet. Es wird sicher gestellt, dass die Projekte zu*  
379 *mindestens 50 Prozent aus Bundesmitteln gefördert werden. Die Ko-Finanzierungspflicht für*  
380 *Modellprojekte und in der präventiven Bildungsarbeit wird überprüft.*

381

382 *Bei der organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung des Nachfolgeprogramms von*  
383 *„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ werden die Erfahrungen und Kompetenzen*  
384 *zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte einbezogen, gleichberechtigt berücksichtigt und*  
385 *auch die bisherigen Evaluationen berücksichtigt.*

386

387 *Die Förderung der Mobilen Beratung und der Opferberatung in freier Trägerschaft werden*  
388 *verstetigt und auch auf alten Bundesländern erweitert. Es werden nicht staatliche*  
389 *Beratungsangebote für Ausstiegswillige, regionale Netzbüros zur Beratung von Initiativen*  
390 *im Arbeitsfeld sowie lokale Aktionspläne zur Förderung von lokalen Strategien der*  
391 *Zivilgesellschaft gefördert. Es wird ein bundesweites unabhängiges Monitoring rechter,*  
392 *rassistischer und antisemitischer Gewalttaten gefördert. Es wird einen Initiativfonds für spezielle*  
393 *Ad-hoc-Initiativen vor Ort zur Unterstützung von gemeinsamen Interventionen mit regionalen*  
394 *Strukturen und Netzwerken geben.*

395

396 *Die Optionen für die Finanzierung von mehrjährigen Erprobungsphasen von*  
397 *sozialraumbezogenen und überregionalen Modellen in der Bildungs- und Beratungsarbeit*  
398 *bleiben erhalten. Strategische Ansätze und Strukturen aus der Bildungsarbeit werden zu*  
399 *ganzheitlichen Ansätzen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene weiterentwickelt.*

400

401 *Strukturen werden gesichert, die Multiplikator\_innen spezifisch und zielgruppengenau*  
402 *sensibilisieren und thematisch ausbilden, für Organisationen und Initiativen, die präventive*  
403 *Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit machen.*

404

405 *Die SPD-Fraktion hat hierzu ein Sondervotum verfasst, dem wir uns anschließen:*  
406 *Es werden strukturelle staatliche Programme gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt, die*  
407 *das gesamtgesellschaftliche Problem des Rassismus wirksam bekämpfen, zurückdrängen (und*  
408 *schließlich zerschlagen) sollen. Es setzt insbesondere beim institutionellen Rassismus in den*  
409 *Sicherheitsbehörden und in den Schulen an. Die Bundeszentrale für politische Bildung wird*  
410 *finanziell wieder ausreichend ausgestattet, um Informationen und Seminarangebote zur*  
411 *Verfügung zu stellen und sich so am Kampf gegen Rechts zu beteiligen. Es wird ein*  
412 *Forschungsauftrag zur Erforschung des Dunkelfeldes rechter und rassistischer Straftaten*  
413 *vergeben, insbesondere um die Abweichung der „Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990“*  
414 *in der polizeilichen Kriminalstatistik von der Liste der Todesopfer rechter Gewalt der Amadeu-*  
415 *Antonio-Stiftung zu untersuchen sowie nicht einmal dort erfasste Straftaten. Die Finanzierung*  
416 *der staatlichen Programme gegen Rechts muss bewährte und erprobte Arbeit sicherstellen. Es*  
417 *bedarf eines zusätzlichen Fördertopfes für neuartige Projekte. Die dreijährige Finanzierung der*  
418 *Projekte wird aufgehoben. Die Extremismusklausel wird abgeschafft. Die Jugendarbeit mit*  
419 *rechts gesinnten Jugendlichen wird neu ausgerichtet, da das Konzept der akzeptierenden*  
420 *Jugendarbeit in diesem Bereich gescheitert ist. Es muss daher schonungslos überarbeitet*  
421 *werden. Es werden Fortbildungsprogramme für Pädagog\_innen finanziert, die pädagogische*  
422 *Leitlinien erarbeiten sollen (BIKnetz), zusätzlich sind langfristige Schulungsprojekte nötig. Künftig*  
423 *werden zivilgesellschaftliche Alternativen für nicht rechte Jugendliche unterstützt. Außerdem*  
424 *werden Programme finanziert, die den Einstieg in die rechte Szene verhindern. Nachgelagerte*  
425 *Ausstiegprogramme bleiben wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen Rechts.*

426

#### 427 **Die Aufklärung muss weitergehen – weitere Konsequenzen müssen folgen**

428

429 Wir fordern die Aufklärung ungebremst fortzusetzen. Viele Expert\_innen, die Türkische  
430 Gemeinde in Deutschland und auch die Vertreter\_innen der Nebenkläger\_innen weisen immer  
431 wieder auf die unzähligen offenen Fragen hin. Ein öffentliches Interesse besteht weiterhin. Es  
432 kann nicht durch den NSU-Prozess in München, der nicht die Aufgabe hat, die Rolle der  
433 Behörden zu untersuchen, oder den einzelnen Untersuchungsausschüssen, die sich auf  
434 begrenzte Punkte spezialisiert haben, befriedigt werden. Der Bundestag ist mit einem neuen  
435 Auftrag, der ungeklärte, offene Fragen behandelt und sich insbesondere mit den Lücken in den  
436 Aussagen der Behördenvertreter\_innen auseinandersetzt, in der neuen Legislaturperiode  
437 gefragt.

438

439 Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die gesellschaftliche Debatte weitergeht.  
440 Sie ist unverzichtbar. Denn die halbe Wahrheit ist nicht die Hälfte der Wahrheit!

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

**Titel** Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras  
Braunschweig!

**Antragsteller** Braunschweig

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!

1 Sport soll eigentlich Menschen verbinden und zusammenbringen, doch immer stärker wird  
2 insbesondere der Fußball von Nazis missbraucht um in den Stadien ihr menschenverachtendes  
3 Gedankengut zu verbreiten. Immer öfter werden bei Fußballspielen rechte Symbole gezeigt,  
4 fallen rassistische, antisemitische und homophobe Äußerungen. Die Reaktion der Vereine ist  
5 meist verhalten. Oft kommt es, wie im Fall der Ultras Braunschweig, zu einer bereits bekannten  
6 Täter-Opfer umkehr. Linke Fans werden dafür verantwortlich gemacht, dass sie von Rechten  
7 angegriffen werden. Das Projekt Fußball gegen Nazis der Amadeu Antonio Stiftung hat im  
8 letzten Jahr 58 rechte Vorfälle in Stadien erfasst. Dies sind in der Regel nur Fälle, die es in die  
9 Presse geschafft haben, meist auch nur aus den oberen Ligen. Sie zeigen aber ein Bild von  
10 dem was wöchentlich auf den Fußballplätzen in diesem Land los ist.

11  
12 Rechte treten als Gruppe auf, als organisierte Fans, beleidigen andere Fans und die Spieler,  
13 zeigen offen ihre Gesinnung und greifen Menschen an. Dies passiert nicht nur im Stadion  
14 sonder darüber hinaus auch oft im Umfeld und Zusammenhang mit An- und Abreise. Dass es  
15 sich hierbei nicht um Einzelphänomene handelt, um Entgleisungen einiger Fans ist allseits  
16 bekannt.

17  
18  
19  
20 Viele Vereine tun sich schwer das Thema anzugehen. Im Stadion gäbe es keine rechten  
21 Strukturen, man stelle einen Querschnitt durch die Bevölkerung dar, Politik gehöre nun mal  
22 nicht ins Stadion und man sei ja gegen Rassismus sind nur einige Ausreden. Fakt ist, dass über  
23 Lippenbekenntnisse hinaus oft nichts getan wird. Maßnahmen um Rechte und Rassisten aus  
24 den Stadien zu verdrängen werden nicht getroffen. Die Arbeit von Antifaschisten und  
25 Antifaschistinnen behindert.

26  
27  
28 Wir Jusos zeigen uns solidarisch mit den Ultras Braunschweig in ihrem Kampf gegen rechte  
29 Fanstrukturen!

30  
31 Nach dem Aufkommen der deutschen Ultrakultur um die Jahrtausendwende schwand teilweise  
32 in vielen Stadien die Vormachtstellung rechter Fangruppen. In vielen Kurven versuchten Ultras  
33 eine antifaschistische Fanszene aufzubauen. Zuletzt lässt sich jedoch erschreckend feststellen,  
34 dass viele rechte Fangruppen ihren verlorenen Einfluss, besonders oft mittels Gewalt,  
35 zurückerobern (wollen). Besonders tragisch war dies in Aachen. Die antifaschistische  
36 Fangruppe um die Aachen Ultras musste sich sogar zum Selbstschutz auflösen. In Duisburg  
37 wurden zuletzt antifaschistische Fans im Umfeld des Stadions äußerst brutal angegriffen.

38

39

40 In Braunschweig versuchen die Ultras seit Jahren rechte Fanstrukturen aufzuzeigen und  
41 Lösungen zur Etablierung einer antifaschistischen Kurve zu entwickeln. Dabei stoßen sie auf  
42 große Gegenwehr bei weiten Teilen der Braunschweiger Fanszene, im Verein und in der Politik.  
43 Um so wichtiger ist Rückendeckung für die Ultras Braunschweig, die wir mit diesem Beschluss  
44 ausdrücken möchten.

45

46 1. Vorläufiger Höhepunkt der rechts motivierten Übergriffe auf antifaschistische Eintrachtfans  
47 am 20.09.2013

48

49 Beim Auswärtsspiel von Eintracht Braunschweig bei Borussia Mönchengladbach am 20.09.2013  
50 wurden erneut antifaschistische Eintrachtfans, größtenteils aus den Reihen der Ultras  
51 Braunschweig, angegriffen. Mittels Tritten, Schlägen und Beleidigungen wie „Antifa-Jude“ wurde  
52 versucht der Gruppe deutlich zu machen, dass sie im Eintrachtblock nicht willkommen ist. Die  
53 Ordner mussten einschreiten und brachten die bedrohten Eintrachtfans in einen anderen Block  
54 um Schlimmeres zu verhindern. Auf dem Weg dahin wurden sie weiter verbal und körperlich  
55 attackiert. Während des Spiels wurden sie blockübergreifend, gut sichtbar, weiter durch  
56 faschistische Parolen und Gesten provoziert, unter anderem durch Zeigen des Hitlergrußes.

57

58 Nach dem Spiel versammelte sich eine Gruppe von gewaltbereiten Eintrachtfans, besonders  
59 aus dem Hooligan und Ultralager, um die bekannt antifaschistische Gruppe erneut zu  
60 attackieren. Nun musste selbst die Polizei eingreifen um die Gruppe der linken Eintrachtfans vor  
61 anderen Eintrachtfans zu schützen.

62

63 Nach Aussage der Ultras Braunschweig ging dabei zu keinem Zeitpunkt Gewalt oder  
64 Provokation von ihrer Gruppe aus.

65

66 Auszug aus der Pressemitteilung der Ultras Braunschweig vom 22.09.2013:

67

68 *„Wir fragen uns an dieser Stelle, was noch passieren muss, bis Verein, Fanprojekt und Polizei*  
69 *ihren Umgang mit der rechten Hooliganszene ändern. Die Ereignisse fügen sich ein in die Reihe*  
70 *zahlreicher Übergriffe auf unsere Gruppe in den letzten Jahren, bei welchen es immer um*  
71 *Einschüchterung einer Gruppe geht, der mit ihrer antifaschistischen Grundhaltung kein Platz in*  
72 *der Braunschweig Fanszene gegeben werden soll. Es sollen dadurch Werte verdrängt werden,*  
73 *die einen demokratischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft darstellen. Zahlreiche*  
74 *Äußerungen an diesem Tag und auch die Tatsache, welche Gruppen bei den Angriffen*  
75 *federführend gewesen sind, zeigen was für eine Motivation hinter diesen Übergriffen steht. Dass*  
76 *maßgeblich Mitglieder der seitens Polizei und Verein als nicht mehr relevant geglaubten,*  
77 *rechten Alt-Hooligangruppe Alte Kameraden als Rädelsführer agierten, zeigt auf, dass es eine*  
78 *Lächerlichkeit darstellt, in Braunschweig nicht von rechten Hooliganstrukturen sprechen zu*  
79 *wollen.*

80

81 *Auch die uns zugetragenen Informationen über die Umstände auf der Fahrt des Sonderzuges,*  
82 *geben einen erschreckenden Einblick, wie es um die politische Gesinnung einiger*  
83 *Gruppierungen steht. Gesänge wie „Erste Klasse, für die weiße Rasse“ und ähnliche Parolen,*  
84 *werfen ebenfalls tiefe Abgründe auf.*

85

86 *Nur mit Glück gab es an diesem Tag keine schwerer Verletzten. Wir fragen uns: Muss es erst*  
87 *soweit kommen, bis von symbolischen Aktionen und Lippenbekenntnissen Abstand genommen*  
88 *und endlich gegen rechte Umtriebe vorgegangen wird?*

89

90 *Wir als Gruppe haben im Vorfeld mehrmals darauf hingewiesen, dass unsererseits kein*  
91 *Interesse an gewalttätigen Auseinandersetzungen existiert. Wir beschränken uns lediglich auf*  
92 *das Verteidigen unserer eigenen körperlichen Unversehrtheit. Dieses Vorgehen kann durch*  
93 *Ordnungsdienst, Polizei und Fanprojekt bestätigt werden. Gleichzeitig haben wir uns zu jedem*  
94 *Zeitpunkt sehr kooperativ verhalten, was ebenfalls durch den Ordnungsdienst bestätigt werden*  
95 *kann.*

96

97 *Es stellt eine erschreckende Tatsache dar, dass in Braunschweig diejenigen einen Block*  
98 *verlassen müssen, welche aufgrund ihrer antifaschistischen und antidiskriminierenden*  
99 *Grundhaltung für einige ein Dorn im Auge sind. Es ist eine Bestätigung für rechte Gewalttäter,*

100 *wenn diese durch ihr Handeln und dauerhaftes Vorgehen gegen unsere Gruppe, solche*  
101 *Ergebnisse erzielen.“*

102

103 Wir stellen erschrocken fest, dass sich seit 2012 leider trotz aller Lippenbekenntnisse kaum  
104 etwas geändert hat, es sogar schlimmer geworden zu sein scheint. Die Tatsache, dass offen  
105 rechtsradikale Personen weiter ungehindert ihre Vormachtsstellung in der Kurve erhalten  
106 konnten und mit Duldung einer großen Gruppe linke Eintrachtfans aus dem Block verjagen  
107 können, zeigt uns wie wichtig Unterstützung von vielen Seiten für die betroffenen Fans von  
108 Ultras Braunschweig in ihrem Kampf für eine Eintracht ohne Nazis ist.

109

110 2. Vorläufiger Höhepunkt katastrophaler Vereinspolitik am 27.09.2013

111

112 Eine Woche nach dem Eklat in Mönchengladbach meldete sich der Verein Eintracht  
113 Braunschweig mittels einer Bekanntmachung zu den Vorfällen und möglichen Konsequenzen zu  
114 Wort.

115

116 Auf ihrer Webseite ließ der Verein verkünden, dass er null Toleranz bei Gewalt, Rassismus und  
117 Rechtsextremismus fordere. Man wollte sich klar gegen rechtes Gedankengut positionieren und  
118 fordere dies auch von allen Eintrachtfans. Als Konsequenz der Vorfälle rund um das Spiel in  
119 Mönchengladbach werde man der Gruppe Ultras Braunschweig den Zutritt zu Spielen der  
120 Eintracht verwehren. Dieses Verbot gilt für das Auftreten als Gruppe, nicht für Einzelpersonen.  
121 Als Grund nannte der Verein nicht eingehaltene Absprachen, benannte diese jedoch nicht in  
122 ihrer Stellungnahme.

123

124 **Für uns Jusos Braunschweig ist dieser Ausschluss ein Skandal und wir fordern dieses**  
125 **Verbot umgehend aufzuheben!**

126

127 Wir kritisieren, dass als Konsequenz der rechts motivierten Attacken auf antifaschistische Fans  
128 lediglich die antifaschistischen Fans, deren Anwesenheit allein als sog. „Provokation“ gilt, von  
129 allen Eintrachtspielen ausgeschlossen werden. Dieser Weg mag wohl in der Ersten Liga in ihrer  
130 langen Geschichte bisher einmalig sein.

131

132 Wir kritisieren, dass durch dieses Urteil die Täter der Übergriffe keinerlei Konsequenzen zu  
133 befürchten haben. Der Verein setzt so ein klares Signal: Antifaschistisches Engagement wird als  
134 Störfaktor kritisiert und letztendlich verhindert, rechte Fans müssen weniger bis gar keine  
135 Sanktionen befürchten und man ebnet ihnen teilweise den Weg, in dem man ihre Kritiker als  
136 Schuldige brandmarkt und als Gruppe aussperrt.

137

138 Wir kritisieren, dass in der Stellungnahme des Vereins keine Erwähnung der rechten Übergriffe  
139 stattfindet. Für Leserinnen und Leser könnte sich so auch das Bild ergeben, dass Ultras allein  
140 der Drahtzieher der Unruhen waren, ja sogar selbst rechtsradikal sein könnten.

141

142 Wir kritisieren, dass der Verein intransparente Gründe nennt. Wenn ein Verein eine Gruppe  
143 öffentlich als Störfaktor stigmatisiert und deren Ausschluss mitteilt, erwarten wir auch, dass der  
144 Grund hierfür deutlich genannt wird. Ein Verweis auf nicht eingehaltene Abmachungen reicht  
145 uns nicht aus und öffnet den Raum für Spekulationen jeder Art.

146

147 Weiter schließen wir uns den Forderungen der Ultras Braunschweig an:

148

149 Fortsetzung und Ausweitung des eingeschlagenen Wegs gegen (rechten) Hooliganismus in  
150 Braunschweig.

151

152 Schluss mit der Verharmlosung rechter Gewalt und eine klare Benennung der Täter und ihrer  
153 Sympathisanten durch Verein und Fanprojekt. Es bringt nichts, immer wieder von nicht  
154 vorhandenen Strukturen zu sprechen (Geschäftsführung Eintracht Braunschweig), aber  
155 gleichzeitig die agierenden Gruppen wie Alte Kameraden, Fette Schweine und Exzess Boys  
156 nicht beim Namen zu nennen.

157

158 Daher: Eine klare Distanzierung von diesen rechten Gruppierungen, wie sie auch bereits der  
159 regionale Rechtsextremismus-Experte Reinhard Koch vor einiger Zeit gefordert hat.

160

161 Aufklärung der Eintracht-Fans über die Aktivitäten und Strukturen rechter Hooligans in  
162 Braunschweig.

163

164 Schluss mit der Gleichsetzung von rechter Gewalt mit antifaschistischem und  
165 antidiskriminierendem Engagement von couragierten Eintracht-Fans und der Gruppe Ultras  
166 Braunschweig.

167

168 Ausweitung der Präventivarbeit durch das Fanprojekt und den Verein Eintracht Braunschweig.

169 Mehr finanzielle Mittel durch die zuständigen Institutionen und den Verein Eintracht

170 Braunschweig, um gegen Nazis bzw. Diskriminierung und Gewalt zu sensibilisieren.

171

172 Darüber hinaus zeigen wir uns solidarisch mit allen anderen antifaschistischen und  
173 antirassistischen Fan-Gruppierungen die mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben.

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

# Bundeskongress, 6.-8.12.2013

## E

### Europa, Frieden & Internationales

E 1	Bundesvorstand Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014	65
E 7	Bayern TTIP – so nicht!	72
E 10	Hannover Kein Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr !	73
E 19	Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz Die Fesseln der	74

**Titel** Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform  
für die Europawahlen 2014

**Antragsteller** Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

### 1 Zeit für ein anderes Europa! – Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

2

3 Am 25. Mai 2014 wird das Europäische Parlament zum achten Mal direkt gewählt. Diese Wahl  
4 fällt in die wohl schwierigste Phase der Europäischen Integration seit ihren Anfängen in den  
5 1950er Jahren. Die Krise der Staatsrefinanzierung im Euroraum, die aus der globalen Banken-  
6 und Finanzkrise folgte, hat die wirtschaftliche und soziale Spaltung in der EU im Eiltempo  
7 vertieft und das Vertrauen in die EU insgesamt erschüttert. Niemals zuvor stand die  
8 Europäische Union vor einer solchen Bewährungsprobe. Die EU steht am Scheideweg.

9

10 Konservative Regierungen unter der Führung von Angela Merkel haben gemeinsam mit einer  
11 konservativ-liberalen Europäischen Kommission, die sich auf eine rechte Mehrheit im  
12 Europäischen Parlament stützt, ein verheerendes Austeritätsprogramm über Europa gebracht.  
13 Sparzwang ist zum Fetisch geworden und mit dem Fiskalpakt sogar zwingendes  
14 Verfassungsrecht. Die Folge waren und sind Rezession und Massenarbeitslosigkeit gerade in  
15 Südeuropa.

16

17 Besonders verheerend ist die Situation für junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in  
18 vielen Ländern ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Die Arbeitslosigkeit unter jungen  
19 Menschen ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. In den Ländern der EU  
20 herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von über 23 Prozent. Vor fünf Jahren lag Nord-Süd in der  
21 Arbeitslosigkeit gleichauf, heute ergibt sich eine Spreizung von 7,5%. Die  
22 Langzeitarbeitslosigkeit ist von 2009 bis 2012 von 3 auf 4,6% gestiegen. Derzeit gibt es in der  
23 EU über 5,5 Millionen junge Menschen, die vergeblich versuchen eine Ausbildung zu finden  
24 oder in ihr Berufsleben zu starten. Und dies sind nur diejenigen, die überhaupt nichts finden,  
25 viele mehr stecken in Praktika, Werkverträgen und anderen Warteschleifen fest. Besonders  
26 bedrückend ist die Situation in Spanien, Griechenland und Kroatien mit über 50 Prozent  
27 Jugendarbeitslosigkeit. Aber auch in Italien, Zypern, Portugal und der Slowakei liegt die  
28 Jugendarbeitslosigkeit bei über 30 Prozent. Damit fehlt einem Großteil unserer Generation eine  
29 Perspektive für ihre Zukunft. Oft sind die jungen Arbeitssuchenden gut ausgebildet, hoch  
30 motiviert und wollen mit viel Engagement in ihr Berufsleben starten, doch sie bekommen keine  
31 Chance dazu. Europa droht eine verlorene Generation. Und damit droht auch das  
32 Auseinanderfallen Europas.

33

34 Gerade in den Ländern des Südens und Ostens waren Vermögen und Besitz bereits zu Beginn  
35 der Krise 2008 deutlich ungleicher verteilt als in skandinavischen Ländern und beispielsweise  
36 Deutschland. Aber auch in westeuropäischen Ländern, die auf Kosten der anderen profitieren,  
37 steigt die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen. D.h. es ist nicht die komplette  
38 Bevölkerung innerhalb dieser Staaten die von der Krise profitieren, sondern die Reichen in ganz

39 Europa auf dem Rücken der meisten Beschäftigten und der soziökonomisch Schwachen.

40

41 Es steht viel auf dem Spiel bei der Europawahl, gerade für junge Menschen. Vielleicht mehr als

42 je zuvor. Wir wissen auch, dass der Weg zurück ins nationalstaatliche Denken des 20.

43 Jahrhunderts kein Ausweg ist. Deswegen kämpfen wir für ein anderes Europa.

44

45 **1. Wir wollen ein Europa, das Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, und nicht verschärft!**

46

47 Wir brauchen eine Strategie für nachhaltigen Beschäftigungsaufbau in Europa. Dazu bedarf es

48 nachhaltiger Wachstumsimpulse, durch europaweite Investitionsprogramme. Dabei reichen

49 kurzfristige Strohfeuer nicht aus. Vielmehr müssen die Staaten ihre Ausgaben auf hohem

50 Niveau angleichen, etwa um damit Investitionen in Bildung, soziale Sicherung oder im Bereich

51 nachhaltiger Energie sicherstellen zu können. Dies ist aber gerade in den Krisenstaaten derzeit

52 nicht möglich, deswegen müssen Wachstumsimpulse auch von der europäischen Ebene

53 gemeinschaftlich organisiert werden.

54

55 Wir fordern

56

57

58

59 • Weg mit der Sparpolitik - her mit den nachhaltigen Investitionen: die EU- Staaten müssen

60 aus dem Würgegriff der Austerität befreit werden und Spielräume für Investitionen in

61 Infrastruktur und Bildung sowie für Konjunkturprogramme erhalten.

62 • einen **Europäischen Zukunftsfonds** ein, der unabhängig von nationalstaatlichen Quoten

63 und Interessen der einzelnen Regierungen Projekte und Maßnahmen in Europa fördert

64 und selber anschiebt. Dieser Zukunftsfonds soll dem europäischen Parlament unterstellt

65 werden und die zu beschließenden Ziele Verteilungskriterien und Organisation

66 selbstständig umsetzen. Vordringlich sind dabei Investitionen in die energetische

67 Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energiesparende Maschinen und Anlagen,

68 grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte sowie moderne und Umwelt schonende

69 Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße sind auch flächendeckende soziale

70 Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und

71 Forschungsinstituten ebenso wie Integrationsprojekte als Zukunftsaufgaben zu begreifen.

72 Ebenfalls mit Mitteln aus dem Europäischen Zukunftsfonds werden kleine und

73 mittelständische Betriebe, die ausbilden, finanziell gefördert. Außerdem werden

74 Gründungszuschüsse und steuerliche Anreize für Unternehmen-Neugründungen

75 gefördert.

76

77 • **Umsetzung und Erweiterung der europäischen Ausbildungsgarantie (Youth**

78 **Guarantee)**. Die Ausbildungsgarantie soll zukünftig schon nach zwei und nicht erst nach

79 vier Monaten vergeblicher Suche greifen. Darüber hinaus sollte sie nicht nur den jungen

80 Menschen bis 24 Jahren, sondern allen bis zum dreißigsten Lebensjahr offen stehen. Die

81 Unterstützung durch die EU für die zuständigen Mitgliedsstaaten darf nicht durch weitere

82 Sparauflagen bedingt sein. Ziel der Programme muss es sein Jugendliche direkt in Arbeit

83 und qualifizierende Ausbildung zu bringen. Wenn dafür kein ausreichendes Angebot

84 geschaffen werden kann muss es darum gehen, ihre Qualifikation zu erhalten und

85 Weiterbildung anzubieten, dabei darf es aber nicht um bloße Beschäftigung gehen, um sie

86 aus den Statistiken streichen zu können. Jedes Angebot muss eine neue berufliche

87 Perspektive eröffnen. Des Weiteren bedarf es einer direkten Finanzierung von

88 Programmen für Schul-/AusbildungsabbrecherInnen.

89

90

91 **2. Wir wollen ein Europa, dass Arbeitsbedingungen verbessert und nicht verschlechtert**

92 In der Vergangenheit hat die EU häufig die Deregulierung des Arbeitsmarktes gefördert anstatt

93 Garant eines sozialen Europas zu sein. Das Binnenmarktsargument wurde häufig gegen

94 Arbeitnehmerrechte in Stellung gebracht und die Recht von Gewerkschaften beschränkt. Wir

95 wollen aber eine Europa, dass seine rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft und die sozialen

96 Rechte und Rechte der Beschäftigten auf dem ganzen Kontinent verbessert.

97

98 Daher fordern wir:

99

100 • gleicher Lohn für gleiche Arbeit: die in Kapitel IV der Charts der Grundrechte der EU  
101 festgelegten Rechte (Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung, recht auf angemessene  
102 Arbeitsbedingungen, Erhalt sozialer Unterstützung, Zugang zur Gesundheitsversorgung)  
103 müssen für alle BürgerInnen innerhalb der EU uneingeschränkt durchgesetzt werden.  
104 Gesetzliche Lücken, durch die etwa atypische Beschäftigung und Lohndumping möglich  
105 sind, müssen geschlossen werden. Dabei muss innerhalb der EU der Grundsatz "gleicher  
106 Lohn für gleiche Arbeit gelten! Außerdem müssen alle Menschen diskriminierungsfrei eine  
107 Existenzsicherung erhalten. Dazu gehören auch existenzsichernde Mindestlöhne. Dabei  
108 bleiben wir bei unserer Forderung , dass ein europäischer Mindestlohn kurzfristig 50 %  
109 des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns und mittelfristig 60% des jeweiligen  
110 nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreiten.

111

112

113

114 • mehr Mitbestimmung wagen: die gemeinsamen Mitbestimmungsrechtes für  
115 ArbeitnehmerInnen in Europa müssen gestärkt werden. Nur starke und unabhängige  
116 Gewerkschaften und Betriebsräte verhindern, dass multinationale Konzern die  
117 ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU gegeneinander ausspielen. Wir brauchen starke  
118 europäische betriebliche Interessenvertretungen und setzen uns für die Stärkung des  
119 sozialen Dialogs auf EU Ebene ein.

120

121

### 122 3. Wir wollen eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik in Europa

123

124 Einer der Geburtsfehler des Euro stellt die Beibehaltung der nationalen Wirtschaftspolitik dar.  
125 Während keine Kompetenzen zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen seitens der  
126 Europäischen Union vorhanden waren, konnten sich durch die Import- oder Exportorientierung  
127 einzelner Staaten ein Ungleichgewicht in der Euro-Zone entwickeln, dass mittel- und langfristig  
128 den Bestand der gemeinsame Währung gefährden würde. Die wettbewerbspolitische  
129 Ausrichtung der EU macht auch vor den Steuersystemen der Mitgliedsstaaten nicht halt. Viele  
130 EU-Länder haben sich einen Steuersenkungswettbewerb sondergleichen geliefert und  
131 Steuerschlupflöcher geschaffen, um damit Investoren und Unternehmen anzuziehen, in der  
132 Hoffnung, dass sie mit großen Investitionen davon profitieren können. Gleichzeitig wurde  
133 zunehmend eine Politik der Ausgabenkürzung betrieben, so dass viele Staaten ihre Aufgaben,  
134 wie Investitionen in Bildung, Infrastruktur, etc. nicht mehr nachkommen konnten. Immer wieder  
135 wird hier die Entwicklung des durchschnittlichen Körperschaftssteuersatzes in der EU  
136 thematisiert: dieser hat sich im Zeitraum von 1995 bis 2013 um ca. 13 % gesenkt – mit großen  
137 Auswirkungen! Unternehmen haben sich – mit Unterstützung der EU Mitgliedsstaaten –immer  
138 weiter bei der Finanzierung von essentiellen gesellschaftspolitischen Aufgaben aus der  
139 Verantwortung gestohlen. Generell kann der Trend in der EU beobachtet werden, dass mobiles  
140 Kapitel weitaus weniger besteuert wird, wie immobiles, also auch der Faktor Arbeit. Die  
141 Konsequenzen dieser Entwicklungen bekommen wir immer weiter zu spüren und trifft das  
142 Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen. Den öffentlichen Kassen fehlt hinten und vorne Geld  
143 und auch die EU gerät zunehmend unter Finanzierungsdruck.

144

145 Steuern sind das zentrale Element, um den Staat und auch die Europäische Union  
146 handlungsfähig zu machen. Die steuerpolitische Konkurrenz und Steuerschlupflöcher in einigen  
147 Ländern der EU müssen ein Ende haben. Die unterschiedlichen Steuersysteme bedürfen einer  
148 gemeinsamen Europäischen Koordinierung und brauchen einen klaren regulativen Rahmen.  
149 Das Ziel für uns Jusos ist die Harmonisierung der Steuersysteme. Die EU soll eine  
150 Gemeinschaft sein, in der nicht das „race-to-the-bottom-Prinzip“ sondern die Solidarität der  
151 leitende Wert für das handeln der Mitgliedsstaaten ist.

152

153 Dazu fordern wir:

154

155 • Die Verlagerung der Kompetenzen im Rahmen der Wirtschaftspolitik an das Europäische  
156 Parlament.

157 • Die Kompetenz des Europäischen Parlaments, Mindeststandards zu definieren, um  
158 sowohl unverhältnismäßige Niedriglohnpolitik, als auch für den Binnenwettbewerb  
159 schädliche Steuerpolitik zu verhindern.

160 • Die Bereitstellung von Mitteln zusätzlich zu den Strukturfonds, um:die Investitionen in

161 Forschung und Entwicklung in Höhe von 3% des BIP umzusetzen, die Qualifizierungs-  
162 und Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den regionalen Bedürfnissen anpassen zu  
163 können und im Falle regionaler Krisen durch Elemente wie ein Europäisches  
164 Kurzarbeitergeld regionale Konjunkturpakete aufstellen zu können  
165

- 166 • Den **Steuersenkungswettbewerb und Steuerschlupflöcher** in der EU müssen  
167 konsequent geschlossen und bekämpft werden. Dazu gehört zunächst einmal, dass Arbeit  
168 im Vergleich zu Kapital nicht stärker besteuert werden darf. Zusätzlich bedarf es  
169 europaweiter Mindeststeuersätze

170  
171 Begründung: Nur mit diesem Instrument können wir wirksam den  
172 Steuersenkungswettbewerb schließen.

173

- 174 • Somit müssen Unternehmen wieder stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben  
175 herangezogen werden! Deshalb bedarf es einer **einheitlichen Bemessungsgrundlage**  
176 **für die Körperschaftssteuer.**

177

- 178 • Weiterhin setzen wir uns für eine **gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der**  
179 **Vermögenssteuer** innerhalb der EU ein.

180

- 181 • Dass das **europäische Parlament durch direkte Steuern aus den Mitgliedsländern**  
182 gestärkt wird. Zunächst muss die Finanztransaktionssteuer zu einer direkten  
183 Einnahmequelle für den europäischen Haushalt werden, im zweiten Schritt müssen  
184 weitere Steuern anteilig in den Haushalt der EU fließen, wie es bereits bei der  
185 Mehrwertsteuer in Bruchteilen der Fall ist.

186

### 187 **3. Wir wollen ein Europa, das Privatisierungen verhindert!**

188

189 Ob Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr oder Krankenhäuser, immer öfter  
190 bestimmen Richtlinien aus Brüssel wie die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger vor  
191 Ort gestaltet wird. Dabei ist für uns klar: wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu  
192 notwendigen Gütern und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben.

193

194 Deshalb fordern wir:

195

- 196 • den Schutz kommunaler Daseinsvorsorge durch europäisches Wettbewerbsrecht.

197

- 198 • eine bezahlbare und bedarfsgerechte **Grundversorgung** für alle Menschen

199

- 200 • regionale Strategien gegen Privatisierung und für **Rekommunalisierung**

201

- 202 • Anders als die Marktfreiheiten besitzen soziale Rechte bislang keinen Verfassungsrang.  
203 Die Freiheiten stellen außerdem "hartes Recht" dar, während die Pflichten europarechtlich  
204 gesehen nur "weiches Recht" darstellen. Das muss sich ändern. Marktfreiheiten dürfen in  
205 den Vereinigten Staaten von Europa keinen höheren Rang einnehmen als soziale Regeln.

206

207

### 208 **4. Wir wollen ein demokratisches Europa, keine Troika-EU!**

209

210 In der Krise wurden nicht nur die Ökonomien Südeuropas durch Sparzwänge ruiniert, auch die  
211 Demokratie selber kam unter die Räder. TechnokratInnen-Regierungen in einigen  
212 Mitgliedsstaaten und ein absurder Machtzuwachs der undemokratischen Troika (EZB, IWF und  
213 EU-Kommission) haben gewählte Volksvertretungen an den Rand gedrängt.

214

215 Wir fordern,

216

- 217 • Einen föderalen europäischen Bundesstaat, eine europäische Verfassung, die  
218 europäische Staatsbürgerschaft.

219

- 220 • Die **Entmachtung der Troika**: Gewählte Parlamente und Regierungen müssen selber  
221 entscheiden können, auch im Fall von Kreditgewährung

- 222 • eine **Parlamentarisierung der EU**: Das Europäische Parlament muss die vollen  
 223 Gesetzgebungs- und Kontrollrechte haben. Wir möchten, dass die EU zu einem Zwei-  
 224 Kammer-System umgebaut wird, in dem Vertreter der Mitgliedsstaaten die Länderkammer  
 225 stellen. Bis es soweit ist wird das Prinzip der doppelten Mehrheit für alle Politikbereiche im  
 226 Ministerrat eingeführt.  
 227
- 228 • den Ausbau der Europäischen Kommission zu einer wahren **EU-Regierung**, die ohne  
 229 Einfluss der Mitgliedsstaaten auf Basis der Ergebnisse der Europawahlen gebildet wird.  
 230 Die EU-Kommission soll dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich sein. Zur  
 231 Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Parlamentarier\_innen fordern wir, dass das  
 232 Europäische Parlament zukünftig nur an einem Standort tagt.  
 233
- 234 • **Mitsprache der nationalen Parlamente** auch in Fragen der Europäischen Finanzpolitik.  
 235 Ein Ende der Rettungspolitik der nationalen Regierungen unter Ausschluss der  
 236 Parlamente.  
 237
- 238 • Überführung des europäischen Lobbyistenregisters von der Freiwilligkeit zur  
 239 Verpflichtung.  
 240
- 241 • Wir fordern eine Vereinheitlichung des Wahlrechts zur Europawahl auf der Basis des  
 242 Verhältniswahlrechts. Dies muss insbesondere eine einheitliche Festsetzung des  
 243 Wahlalters auf 16 Jahre sowie eine einheitliche Sperrklausel für alle Mitgliedstaaten  
 244 beinhalten. Bei allen Wahlen und Volksabstimmungen auf nationaler und europäischer  
 245 Ebene haben die UnionsbürgerInnen in dem Mitgliedsstaat, in dem sie ihren festen  
 246 Wohnsitz haben, das Recht, an Wahlen teilzunehmen.  
 247
- 248 • Ein europäisches Parteigesetz muss geschaffen werden und demokratische  
 249 innerparteiliche Mindestanforderungen beinhalten.  
 250
- 251 • Weitere Maßnahmen, die einseitig auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine  
 252 verstärkte Konkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten oder den weiteren Abbau des  
 253 Sozialstaats zielen, wie z.B. der geplante Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz,  
 254 lehnen wir daher ganz entschieden ab. Eine vertiefte europäische Intergration bedeutet für  
 255 uns vor allem die Solidarität in Europa zu vertiefen, nicht die Konkurrenzordnung. Mehr  
 256 Europa heißt für uns, mehr soziale Verantwortung.  
 257

258

## 259 5. Wir wollen ein Europa, das Banken in die Schranken weist!

260

261 Milliarden von Steuergeldern wurden in den letzten fünf Jahren in die Rettung großer,  
 262 "systemrelevanter" Banken investiert, noch mehr Geld steht als Garantie bereit. Zwar war die  
 263 "Rettung" der Banken kurzfristig unvermeidbar, weil sonst ein noch härterer Wirtschaftseinbruch  
 264 und Massenentlassungen gedroht hätten, aber die Neuordnung der Banken und der  
 265 Finanzmärkte ist immer noch . Es muss endlich Schluss sein damit, dass Banken riskante  
 266 Geschäfte zum Nutzen einiger reicher Anteilseigner durchführen, und die Mitgliedsstaaten mit  
 267 öffentlichen Geldern für ein Scheitern von Banken haften.

268

269 Deshalb fordern wir:

270

- 271 • Die Umsetzung der **Finanztransaktionssteuer** und ihre Ausweitung auf die gesamte EU.  
 272
- 273 • Deutliche höhere Anforderungen an das **Eigenkapital** von Banken, damit diese selbst  
 274 genügend Reserven für schlechte Zeiten haben.  
 275
- 276 • Eine **europäische Bankenunion**, die ein einheitliches Bankenrecht und eine einheitliche  
 277 Bankenaufsicht.  
 278
- 279 • Ein **Trennbankensystem**, dass die Geschäft von Kunden- von Investitionsbanken  
 280 entflechtet  
 281
- 282 • Die **Einführung einer Europäischen Bankenabgabe**, bei der alle Banken in den

283 Rettungsmechanismus einzahlen, die auf dem europäischen Markt Handel treiben.

284

285 • Europaweites **Verbot der Spekulation** mit Nahrungsmitteln!

286

287 • Eine unbedingte erforderliche Maßnahme ist ein System wonach ein Teil der nationalen  
288 Schulden im Rahmen eines europäischen Verbundsystems (sog. Eurobonds) begeben  
289 und besichert werden.

290

291 • Die Einrichtung eines Fonds zur Tilgung der Altschulden für alle Mitgliedstaaten, der sich  
292 über gemeinschaftlich begebene und gesicherte Anleihen finanziert, ist dabei vordringlich.

293

294 • Steuererhöhung für Wohlhabende sowie eine einmalige europäisch koordinierte  
295 Vermögensabgabe für einen notwendigen Lastenausgleich.

296

297 • Reform der europäischen Zentralbank: Für eine Abkehr von einer allgemeinen Fixierung  
298 auf die Inflationsvermeidung ist es höchste Zeit. Bei der Ausrichtung ihrer Zinspolitik soll  
299 die EZB in Zukunft auch andere Zielgrößen – etwa Beschäftigung und nominelles  
300 Wirtschaftswachstum – einbeziehen.

301

302

303 **6. Wir wollen ein Europa, das Flüchtlingen und Asylsuchenden hilft, und sie nicht**  
304 **bekämpft!**

305

306 Viele Menschen sind bereits an den Außengrenzen Europas gestorben. Sie fliehen vor Krieg,  
307 Hunger, Naturkatastrophen und vor Verfolgung. Die Antwort Europas und der Mehrheit der  
308 konservative und neoliberal geführten Staaten ist die Abschreckung zu erhöhen und die  
309 Festung Europa zu verstärken. Eine menschenverachtende Antwort. Wer an der Situation in  
310 Lampedusa und der Menschen anderswo etwas ändern will, der muss dafür kämpfen, dass  
311 Europas Asylpolitik humaner wird.

312

313 Wir fordern:

314

315 • Die **Abschaffung der Drittstaatenregelung** (Dublin III Verordnung und  
316 Aufnahmeleitlinie)

317

318 • Den kontinuierlichen **Ausbau legaler Einwanderungsmöglichkeiten** in die EU auf  
319 Grundlage eines gemeinsamen und einheitlichen europäischen Migrations- und  
320 Einwanderungsansatzes, der nicht nur Hochqualifizierten (BlueCard) und Studierenden,  
321 sondern auch weiteren Personengruppen ernsthafte Einwanderungsmöglichkeiten eröffnet.  
322 Unser Ziel ist ein offenes Europa.

323

324 • **Legalisierung von momentan illegalisierten Migrant\_innen** und die Straffreiheit von  
325 der irregulären Einreise

326

327 • **Keine Kriminalisierung** von humanitären Helfenden. Insbesondere darf die Rettung  
328 Schiffbrüchiger Flüchtlinge nicht länger kriminalisiert werden.

329

330 • Einheitliche Schutzstandards, Verfahren und Kriterien für die Aufnahme von Flüchtlingen,  
331 die ein **hohes Schutzniveau** garantieren, massive Ausweitung der Anerkennung aller  
332 Fluchtgründe

333

334 • FRONTEX ist von gestern! Wir fordern stattdessen eine neue europäische Agentur für  
335 humanitären Flüchtlingsschutz, die in Not geratene sicher an Land bringt und die Stellung  
336 von Asylanträgen unterstützt. Diese neugeschaffene Agentur muss demokratisch  
337 legitimiert sein.

338

339 **7. Wir wollen ein Europa, dass junge Menschen stärkt.**

340

341 Gerade junge Menschen nutzen die Vorteile der Europäischen Integration wie die Freizügigkeit  
342 am intensivsten. Im Moment nehmen viele junge Menschen die Freizügigkeit in der EU aber als  
343 Notausgang, um nicht Teil einer arbeitslosen Generation zu werden. Damit leistet die

344 Freizügigkeit in der EU zwar volkswirtschaftlich einen kleinen Beitrag um die Krise abzumildern,  
345 persönlich ist dies aber oft mit großen Härten verbunden. Wenn Menschen regelrecht flüchten  
346 um einer darniederliegenden Ökonomie entkommen zu können, empfinden sie die Mobilität als  
347 Bürde und profitieren zudem in geringerem Maße von ihrer Auslandserfahrung. Wir wollen  
348 wieder erreichen, dass sich junge Menschen freiwillig, geplant und zielgerichtet zum Lernen und  
349 Arbeiten in einem anderen Land niederlassen können. Und wir wollen aktive Jugendarbeit  
350 stärken.

351

352 • Es muss weiterhin eine hinreichende **Finanzierung unabhängiger Jugendarbeit** auf  
353 europäischer Ebene geben. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei Jugendverbände ein,  
354 deren Arbeit auch unabhängig von projektbasierter Förderung sichergestellt sein muss.  
355 Das europäische Jugendforum soll gestärkt und an politischen Prozessen enger beteiligt  
356 werden.

357

358 • Um auch auf europäischer Ebene politische Bildung zu stärken, muss ein Ring politischer  
359 Jugend auf europäischer Ebene geschaffen werden, der die Dachorganisationen und  
360 europäischen Verbände der politischen Jugendorganisationen entsprechend Geld für ihre  
361 europäische politische Bildungsarbeit zur Verfügung stellt. Politische Bildungsarbeit für  
362 junge Menschen kann am ehesten durch die politischen Jugendorganisationen  
363 gewährleistet werden und ist auch zur Schaffung einer europäischen demokratischen  
364 Öffentlichkeit unabdingbar.

365

366

367 2014 wird zum ersten Mal ein Europäisches Parlament nach dem Vertrag von Lissabon  
368 gewählt. Zum ersten Mal wird also die stärkste Fraktion im Parlament, und nicht die Mehrzahl  
369 der Regierungen im Europäischen Rat, den und die KommissionspräsidentIn bestimmen. Mit  
370 dem oder der gemeinsamen, europaweiten SpitzenkandidatIn des PES, der oder die durch ein  
371 demokratisches Verfahren gewählt wurde, stellen wir auch unsere/n KandidatIn für diese  
372 Position. Mit einem oder einer starken, aus Wahlen direkt hervorgegangene PräsidentIn der  
373 Europäischen Kommission erwarten wir auch Bewegung in den Bereichen der europäischen  
374 Politik, wo das Europäische Parlament noch wenige oder keine direkten Befugnisse hat. Die  
375 Europawahl ist das zentrale Signal über die künftige Ausrichtung der EU.

376

377 Wir wollen ein sozialistisches und demokratisches Europa. Deswegen brauchen wir eine starke  
378 SPD in einer starken SPE bei der Europawahl 2014. Wir werden um die Stimmen für und mit  
379 der SPD, für und mit unseren europäischen Partnern, für und mit Martin Schulz kämpfen.

380

381 **Zeit für ein anderes Europa!**

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

**Titel** TTIP – so nicht!

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## TTIP – so nicht!

1 Derzeit wird das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und  
2 der EU, kurz TTIP für Transatlantic Trade and Investment Partnership, verhandelt. Wir Jusos  
3 verfolgen diese Verhandlungen sehr kritisch und sehen die folgenden Punkte als essentiell  
4 wichtig:

- 5
- 6 • Die Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlamente und der  
7 Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach Abschluss der  
8 Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung des Abkommens dauerhafter  
9 demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
  - 10 • Es werden keine Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge angetastet, Liberalisierung  
11 oder Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere auch im öffentlichen  
12 Beschaffungswesen, dürfen keinesfalls erleichtert oder ermöglicht werden, die Möglichkeit  
13 Vergabekriterien festzulegen darf nicht eingeschränkt werden. Auch weitere  
14 Deregulierungen des Finanzsektors dürfen nicht Bestandteil des Abkommens sein.
  - 15 • ArbeitnehmerInnenrechte müssen gewahrt bzw. ausgebaut werden.
  - 16 • Soziale und ökologische Zielsetzungen müssen gleichrangig neben wirtschaftlichen  
17 Interessen berücksichtigt werden, EU-Standards im Arbeits-, Umwelt-, VerbraucherInnen-  
18 und Gesundheitsschutz dürfen nicht preisgegeben werden.
  - 19 • Das Abkommen darf keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, insbesondere  
20 wenn dadurch ArbeitnehmerInnenrechte oder staatliche Regulationsmöglichkeiten berührt  
21 werden.
  - 22 • Das Vorsorgeprinzip behält seine uneingeschränkte Gültigkeit.
  - 23 • Das Patent- und Markenwesen darf nicht über den jetzigen europäischen Standard hinaus  
24 verkompliziert werden. Die Kosten für Normung und entsprechende Zertifizierung müssen  
25 begrenzt werden und sich im Zweifel am Unternehmensumsatz orientieren.
  - 26 • Demokratisch legitimierte Regeln und Entscheidungen von Bund, Ländern und  
27 Gemeinden dürfen nicht den Interessen ausländischer InvestorInnen untergeordnet bzw.  
28 von diesen eingeschränkt werden.

29  
30 Da nach derzeitigem Stand alle diese Punkte nicht oder nur unzureichend in den  
31 Verhandlungen berücksichtigt werden, sprechen wir Jusos uns gegen das geplante  
32 transatlantische Handels- und Investitionsabkommen aus und fordern unsere  
33 MandatsträgerInnen dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen und sich dafür einzusetzen, die  
34 Verhandlungen zu beenden.

35 Sie dürfen erst wieder aufgenommen werden, wenn die oben genannten Punkte als  
36 Handlungsbasis gelten.

37  
38  
39



**Titel** Die Fesseln der

**Antragsteller** Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz

**Zur Weiterleitung an** SPD Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Die Fesseln der

1  
2 Unsere Welt ist immer noch eine solche der großen materiellen Unterschiede. Während auf der  
3 einen Seite so viel Vermögen besteht, dass es in einem ganzen Leben nicht ausgegeben  
4 werden kann, besitzen andere nicht einmal genug, um überhaupt überleben zu können.  
5  
6 Diese Unterschiede gibt es überall, sie gibt es aber insbesondere zwischen den ärmsten und  
7 den reichsten Ländern unserer Welt. Alle Versuche seitens Politik, Privatpersonen oder  
8 Organisationen haben auch nach Jahrzehnten daran nicht wirklich etwas ändern können. Die  
9 Gründe wurzeln tiefer in unserem globalen wirtschaftlichen Gefüge, als dass einzelne Aktionen  
10 dagegen etwas ausrichten könnten. Das sich gerade die ärmsten Länder nicht aus der Armut  
11 befreien können, liegt in ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den großen Industrieländern.  
12 Diese Abhängigkeit besteht kurzgefasst aus dem Zusammenspiel von verheißungsvollen  
13 Krediten und Investitionen ausländischer Geldgeber\*innen im Austausch mit internationalen  
14 Verpflichtungen zu Marktliberalisierung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit  
15 Wertschöpfung außerhalb des Landes, daraus resultierendem Abfluss des Reichtums,  
16 Handelsabhängigkeiten und Schutzlosigkeit gegenüber den Schwankungen der globalen  
17 Märkte, verstärkter Notwendigkeit von neuem Geld, welches wiederum nur durch Abbau des  
18 Staates und weiterer Liberalisierung gewährt wird. Daraus entsteht eine Spirale aus  
19 systematischer staatlicher Schwächung und Verschuldung, Verarmung der Gesellschaft und  
20 Abhängigkeit von Fremdkapital. Schlechte soziale Bedingungen und Bildungsstandarts, Zerfall  
21 staatlicher Gewalt und Rechtsstaatlichkeit, individuelle Bereicherung, Korruption und  
22 Vetternwirtschaft liegen im Verantwortungsbereich von "Entwicklungsländern", haben ihre  
23 Ursache aber gerade auch in den geschilderten globalen Zusammenhängen und werden von  
24 ausländischen Investor\*innen nicht nur nicht bekämpft sondern auch für eigene Interessen  
25 genutzt. Aus dieser Armutsfalle kann sich ein Land nicht aus eigener Anstrengung heraus  
26 befreien.  
27  
28 Ein solches wirtschaftliches System ist nicht nur ungerecht, es ist unmenschlich. Ein solches  
29 wirtschaftliches System nennt sich Kapitalismus und muss überwunden werden. Eine der  
30 zentralen Punkte ist dabei die Erlösung aus der Staatsverschuldung, welche staatliche  
31 Handlungsunfähigkeit fixiert und neben den politischen Druckmitteln, Ausdruck der dauerhaften  
32 wirtschaftlichen Drangsalierung ist.  
33  
34 Unsere Wirtschaftsgeschichte ist eine Geschichte der Ver- und Entschuldung  
35  
36 Seitdem Menschen mit anderen Menschen Handel treiben existieren auch Schulden. Waren  
37 früher jedoch die Schuldner\*innen meist Privatleute, entwickelten sich erst Anleihen von  
38 öffentlichen Institutionen im weitesten Sinne und seit dem 18. Jahrhundert mit Entstehung von  
39 Staaten im heutigen Sinne auch (national-)staatliche Verschuldung. Mit der längeren  
40 Beständigkeit und größeren Wirtschaftskraft von Staaten ging ein vermehrtes Vertrauen der

41 Geldgeber\*innen in die Zahlungsfähigkeit einher, sodass im Gegenzug eine immer größer  
42 werdende Verschuldung möglich wurde. Dass die staatlichen Schulden auch tatsächlich immer  
43 zurückgezahlt wurden ist jedoch eine Farce. Die Geschichte zeigt uns, dass staatliche  
44 Zahlungsausfälle eine wiederkehrende Kontinuität darstellen. Allein seit 1980 ist die Hälfte aller  
45 Länder weltweit schon einmal zahlungsunfähig gewesen, sprich die Gläubiger\*innen waren  
46 Abschreibungen ausgesetzt.

47

48 Wenn wir heute in Deutschland über die Verschuldung anderer Länder wettern vergessen wir  
49 oft, dass auch die zeitgeschichtlich sehr junge Bundesrepublik Deutschland schon einmal von  
50 einem erheblichen Schuldenerlass profitiert hat. So wurde am 27. Februar 1953 das „Londoner  
51 Schuldenabkommen“ unterzeichnet. In diesem einigten sich die USA, England, Frankreich und  
52 viele weitere Staaten darauf Deutschland circa 50% der Vor- und Nachkriegsschulden zu  
53 erlassen. Die restlichen 50 % wurden zu für Deutschland günstigen Bedingungen  
54 umgeschuldet. So sollte der Schuldendienst zum Beispiel durch eigens geschaffene  
55 zinsgünstige Kredite und nicht durch die Aufnahme neuer Kredite getilgt werden. Es bestand die  
56 Möglichkeit einer Aussetzung der Zahlungen für die Jahre, in denen Deutschland keine  
57 Handelsbilanzüberschüsse erzielt. Auch wurden alle Ansprüche an die Bundesrepublik in einem  
58 einheitlichem gemeinsamen Verfahren geregelt. Bei Streitigkeiten entschied ein eigens  
59 geschaffener Schiedsgerichtshof.

60

61 Dieses Beispiel zeigt, wie auch langfristig erfolgreich einem Land aus der Verschuldung  
62 geholfen werden kann, wenn der politische Wille dazu gegeben ist. Wird heutzutage über die  
63 Staatsschuldenprobleme überschuldeter Länder beraten, so fehlen interessanterweise in den  
64 Lösungsversuchen die ehemals gegenüber Deutschland zugestandenen Kriterien..

65

66 Die systemisch angelegte Schuldenfalle

67

68 Auch wenn es um die 2000er Jahre einige positive Entwicklungen zu verzeichnen gab, hat sich  
69 seit der weltweiten Finanzkrise 2008 die Lage in den "Entwicklungsländern" wieder zugespitzt.  
70 So stieg die gesamte Auslandsverschuldung von "Entwicklungsländern" laut Weltbank im Jahr  
71 2010 um zwölf Prozent auf rund vier Billionen US-Dollar an.

72

73 Im aktuellen internationalen Schuldensystem gibt es vier Institutionen, denen eine zentrale  
74 Handlungsrolle zu Teil wird.

75

76 Das ist zum ersten die Weltbank, bestehend aus der Internationalen Bank für Wiederaufbau und  
77 Entwicklung (IBRD, 1944) und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA, 1960), deren  
78 Kapitaleigner\*innen ihre Mitgliedsstaaten sind. Neben einem Grundstock an Stimmen, errechnet  
79 sich der restliche Stimmanteil am Kapitalanteil der Länder, der wiederum von der ökonomischen  
80 Leistungsfähigkeit eines Staates abhängt. Das führt zur Tatsache, dass die USA den größten  
81 Stimmenanteil haben und mit Europas Stimmanteil die Politik der Weltbank dominieren. Im  
82 Mittelpunkt der Aufgaben steht offiziell die Armutsbekämpfung und die Steigerung des  
83 Lebensstandards in "Entwicklungsländern", wozu je nach Überschuldungsrisiko Zuschüsse oder  
84 Darlehen mit niedrigeren Zinsen als auf privaten Märkten vergeben werden. Dabei orientiert  
85 sich die Weltbank vorrangig an ökonomischen Wachstumsraten und fördert oftmals sozial und  
86 ökologisch fragwürdige Großprojekte.

87

88 Der IWF (Internationaler Währungsfond) entstand im Jahre 1944 und zählt heute 188  
89 Mitgliedsstaaten, deren Stimmrecht sich ebenfalls am Kapitalanteil orientiert. Entsprechend  
90 haben wenige Industrienationen eine Stimmenmehrheit. Die Kernaufgabe des IWF ist es, die  
91 Zusammenarbeit in der Währungspolitik zu fördern, zur Stabilisierung von Wechselkursen  
92 beizutragen und technische Hilfe zu leisten. Außerdem verfügt er über bestimmte Möglichkeiten  
93 der Kreditvergabe, die an strenge Auflagen, die sogenannten Strukturanpassungsprogramme  
94 (SAP), gebunden sind. SAPs sind außerdem Voraussetzung für einen Schuldenerlass im  
95 Rahmen der Heavily Indebted Poor Countrys (HIPC)-Initiative. Diese haushalts-, finanz-,  
96 handels-, und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben stellen weitreichende äußere Eingriffe in die  
97 wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der "Entwicklungsländer" dar. Sie  
98 untergraben damit die Handlungsfähigkeit der "Entwicklungsländer" und die  
99 Einflussmöglichkeiten ihrer Bürger\*innen. Ihre demokratische Legitimierung ist daher mehr als  
100 fragwürdig. Vorgebliches Ziel ist es, eine wirtschaftliche Stabilisierung und eine Stärkung des  
101 Wachstum über Privatisierungen, die Einbindung in den Weltmarkt und über ausländische

102 Direktinvestitionen zu erreichen. Dazu sollen Handelsschranken abgebaut werden und die  
103 Märkte der Schuldnerstaaten für den Weltmarkt geöffnet werden. Die einheimischen Produkte  
104 sind jedoch meist gegen diese großer internationaler Konzerne nicht wettbewerbsfähig. Hinzu  
105 kommt, dass den "Entwicklungsländern" Subventionen und Unterstützung ihrer Wirtschaft  
106 untersagt wird, während gerade im landwirtschaftlichen Bereich die Industrieländer selbst  
107 massive Subventionierung und Protektionismus durchführen. Trotz niedrigerer Lohnstückkosten  
108 sind dadurch paradoxerweise viele Landwirt\*innen in den "Entwicklungsländern" nicht mehr in  
109 der Lage ihre Ware zu auskömmlichen Preise zu verkaufen und das Land gerät in die  
110 Abhängigkeit von Lebensmittelexporten und den stark schwankenden Preisen an den  
111 internationalen Börsen. Profiteur\*innen sind vorrangig große internationale Konzerne aus  
112 Industrienationen. Weiterhin verlangen die Anpassungsprogramme heftige Einschnitte bei den  
113 staatlichen Ausgaben. Durch diese Einschnitte fallen zum Beispiel staatliche Leistungen im  
114 Gesundheits- und Bildungsbereich weg. Dies hat weitreichende Folgen für die untere, meist vor  
115 den Maßnahmen schon arme Bevölkerungsschicht. Auch führen die SAPs im Punkto  
116 Staatsverschuldung nicht zum Erfolg, da das Ziel möglichst viele Zinsen zurück zu zahlen mit  
117 der Strategie verfolgt wird auf kurze Sicht möglichst viele Devisen zu erwirtschaften. Dabei wird  
118 das Ziel der Nachhaltigkeit, auch in ökologischer Sicht, vollkommen außer Acht gelassen.

119

120 Zu den internationalen Organisationen gesellen sich zwei inoffizielle Akteure. Der Pariser Club  
121 ist ein Zusammenschluss von Gläubigerstaaten und gründete sich 1956. Ziel des Clubs ist es,  
122 mit in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Ländern koordinierte Verhandlungen über  
123 Umschuldungen, also die Abbezahlung alter Kredite durch die Neuaufnahme von Krediten zu  
124 besseren Konditionen, zu führen. So wird vor allem eine Gleichbehandlung der  
125 Gläubigerstaaten untereinander garantiert. Teilweise Schuldenerlasse und Zahlungsaufschübe  
126 betreffen dadurch alle Gläubigerstaaten in ähnlich hohem Maße. Außerdem soll die  
127 Verhandlung für die Schuldnerländer erleichtert werden, da sie einfacher mit allen Staaten  
128 kommunizieren können. Konkrete Umschuldungsverhandlungen oder Schuldenerlasse kommen  
129 nur zustande, wenn ein entsprechendes Votum des IWF vorliegt und der Schuldnerstaat sich  
130 mit dem IWF über die Konditionen verständigt hat.

131

132 Als privatwirtschaftliches Gegenstück gründete sich 1976 der Londoner Club, der heute aus ca.  
133 1000 privaten Gläubigerbanken besteht und die selbe Zielsetzung verfolgt.

134

135 Sowohl der Pariser Club, als auch der Londoner Club, sind dabei Richter in eigener Sache: Es  
136 besteht kein einheitliches internationales Verfahren und somit keine unabhängige und neutrale  
137 Institution, ähnlich eines Gerichtes, das zwischen den Gläubigern und den Schuldnerstaaten  
138 verhandelt. Somit ist wesentlicher Inhalt der Clubverhandlungen die Entscheidungsfindung  
139 innerhalb der Gläubiger\*innen. Die Schuldner\*innen können das Angebot annehmen oder,  
140 sofern es die Position erlaubt, nachverhandeln. Im Ergebnis ist es nur selten der Fall, dass sich  
141 die Forderungen der Schuldnerstaaten in einem angemessenen Verhältnis wiederfinden.  
142 Aufgrund des Machtungleichgewichtes zwischen den Verhandlungspartner\*innen ist diese Art  
143 der Entscheidungsfindung höchst zweifelhaft. Es bedarf dringend einer neutralen Instanz und  
144 fester Spielregeln.

145

146 Die verschuldeten Länder sehen sich sowohl in Paris, als auch in London einer Institution  
147 gegenüber, deren Handlungen überhaupt erst mit einer Entscheidung des IWF beginnen. Es  
148 besteht eine zwingende Verbindung zwischen IWF, dem Club of Paris und dem Club of  
149 London.

150

151 Die Besonderheiten der staatlichen Verschuldung von "Entwicklungsländern"

152

153 Sowohl die Art, als auch die Folgen von staatlicher Verschuldung unterscheiden sich bei  
154 Entwicklungs- und Industriestaaten in gewichtigen Punkten.

155

156 Im Gegensatz zu den westlichen Industrienationen sind die Entwicklungsstaaten oft nicht  
157 innerstaatlich verschuldet, sondern ein Großteil der Gläubiger\*innen sitzt im Ausland, da im  
158 eigenen Land weniger Kapital vorhanden ist. Zudem werden die Kredite, die sie aufnehmen,  
159 oftmals nicht in eigener Währung sondern ausschließlich in Fremdwährung gewährt. Die  
160 Möglichkeit einer eigenen Entschuldung mithilfe eigener Fiskalpolitik ist somit nicht gegeben.  
161 Sinkt der Wert der eigenen Währung im Verhältnis zur Fremdwährung führt dies automatisch zu  
162 einer steigenden Verschuldung der betroffenen Staaten. Darüber hinaus bewirkt die

163 Verschuldung in Fremdwährung einen Exportzwang, da die betroffenen Länder die  
164 Fremdwährung nur auf diesem Wege generieren können. Des Weiteren hat die Verschuldung  
165 im Ausland zur Folge, dass die Zins und Tilgungszahlung im Gegensatz zu Industrienationen  
166 der gesamten Volkswirtschaft verloren gehen.

167

168 Im Zuge von instabilen Machtverhältnissen und/ oder diktatorischen Regimen stellt sich die  
169 Frage in wie fern einer Bevölkerung heute überhaupt Schulden völkerrechtlich zugerechnet  
170 werden können. Wir glauben, dass Kredite, die ohne Anteilnahme der Bevölkerung und ohne  
171 oder gegen ihr Interesse verwandt wurden und dies im Wissen der Gläubiger\*innen geschah,  
172 sogenannte illegitime Schulden, nicht anerkannt werden sollten.

173

174 Schlechte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Staaten trifft die Bevölkerung von  
175 "Entwicklungsländern" meist deutlich stärker als in Industrienationen, da es kaum gute soziale  
176 Sicherungssysteme gibt und das Überleben in vielen Fällen direkt von Unterstützungen seitens  
177 des Staates oder durch Hilfsorganisationen abhängig ist.

178

179 Ein weiteres Problem ist die nicht ausreichende Datenlage über staatliche und insbesondere  
180 private Verschuldung in "Entwicklungsländern". So gibt es zwar ausführliche Datenbanken der  
181 Weltbank, doch fehlen selbst ihnen Zahlen teilweise oder komplett.

182

183 Wir brauchen eine konsequente Entschuldungs- und Aufbauoffensive!

184

185 Die bisher angewandten Instrumente haben ihren Zweck nicht erfüllt. Im Gegenteil, sie  
186 generieren das, was sie zu bekämpfen vorgeben; Verschuldung, Abhängigkeit und Armut.

187

188 Demgegenüber muss es eine weltweite Entschuldungsoffensive geben, die flankiert von  
189 weiteren Investitionsmaßnahmen zu einer langfristigen Verbesserung und Stabilisation der  
190 Situation von "Entwicklungsländern" führt. Das Maß der Entschuldung eines Landes darf nicht  
191 wie bisher einseitig von Gläubiger\*innen und damit durch ihre Interessen an die  
192 Rückzahlungsfähigkeit eines Landes definierte „volkswirtschaftliche Schuldentragfähigkeit“ des  
193 "Entwicklungslandes" gekoppelt werden, sondern muss die Wahrung wirtschaftlicher, kultureller  
194 und sozialer Menschenrechte effektiv ermöglichen bzw. hierfür die Voraussetzung bilden. Für  
195 den genauen Umfang ist die länderspezifische Situation entscheidend. Komplette  
196 Schuldenerlässe dürfen nicht ausgeschlossen werden. Hierbei müssen alle Gläubiger\*innen,  
197 das heißt internationale Finanzinstitutionen, staatliche und private Gläubiger\*innen, konsequent  
198 mit einbezogen werden. Zentral für uns ist, dass eine Entschuldung am Anfang einer  
199 Entschuldungs- und Aufbauinitiative steht und nicht immer erst an deren Ende.

200

201 Für das zukünftige Schuldenmanagement müssen folgende Kriterien gelten:

202

203 Der Schuldendienst darf nicht durch Rückgriff auf die Reserven, das heißt den Verkauf  
204 staatlichen Eigentums, finanziert werden. Möglichkeiten der Aussetzung des Schuldendienstes  
205 sind vorzusehen. Der Export von Grundnahrungsmitteln darf zu keinen Versorgungsengpässen  
206 der eigenen Bevölkerung führen. Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion muss  
207 grundsätzlich von Liberalisierungsmaßnahmen ausgenommen werden können. Der  
208 Schuldendienst darf soziale Investitionen sowie das Entwicklungspotential des entsprechenden  
209 Landes nicht beeinträchtigen. Möglichkeiten zur Umschuldung noch ausstehender Kredite  
210 müssen in Betracht gezogen werden.

211

212 Mit aus Entschuldung und Umschuldung freiwerdenden finanziellen Mitteln sollten  
213 sozialstaatliche Rahmenbedingungen finanziert werden. Vielmehr müssen daraus  
214 sozialstaatliche Rahmenbedingungen finanziert werden. Das bedeutet u.a. die Stärkung der  
215 öffentlichen Gesundheitsversorgung, des öffentlichen Bildungswesen, der sozialen  
216 Absicherungen und am Gemeinwohl orientierte Infrastrukturmaßnahmen. Kreditgeber\*innen  
217 dürfen nicht weiterhin an Korruptionsmaßnahmen mitwirken bzw sie dulden.

218

219 Ziel dieses Prozesses muss es sein eine erneute Abhängigkeit zu vermeiden und die  
220 langfristige Sicherung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Menschenrechte zu  
221 gewährleisten.

222

223 Neue Institutionen braucht die Welt!

224

225 In Anbetracht der hochgradig problematischen und für eine positive Entwicklung der Länder des  
226 Südens kontraproduktiven Rolle der Weltbank und des IWFs sehen wir tiefgreifende Reformen  
227 als unabdingbar an, soll eine Entschuldung und nachhaltige Entwicklung gelingen. Die bisherige  
228 Politik, tief verschuldete Länder, die durch ihre schlechte finanzielle Lage auf Kredite des IWF  
229 angewiesen waren, zu neoliberalen Reformen zu zwingen, hat in weiten Teilen der betroffenen  
230 Regionen verbrannte Erde hinterlassen. Ein Schuldenabbau fand nicht statt, zumeist stieg der  
231 Schuldenstand sogar an. Viele Entwicklungsziele liegen in weiter Ferne. Einige Ländern haben  
232 sogar regressive Entwicklungen zu vermeiden. Natürlich hat all dies multiple Ursachen und  
233 kann nicht allein dem IWF angelastet werden. Der IWF hat in seiner Bedeutung aber praktisch  
234 eine Monopolstellung, so dass sein Einfluss nur schwer überschätzt werden kann. Die daher  
235 notwendigen Reformen haben ein solches Ausmaß, dass ihre Umsetzung in den gewachsenen  
236 und festgefahrenen Strukturen des IWF nicht realisierbar ist. Eine Auflösung des IWF und der  
237 Aufbau eines multipolaren Systems aus potentiellen kreditgebenden Organisationen ist daher  
238 die beste Alternative. Dafür sind bereits bestehende Ansätze, wie regionale  
239 Entwicklungsbanken, auszubauen.

240

241 Grundlegend verändert werden muss zunächst die Entscheidungsfindung innerhalb der  
242 Institutionen. Anstelle des bisherigen Stimmgewichts ausschließlich anhand der Beitragszahlen  
243 soll eine angegliche demokratische Repräsentation der Mitglieder nach dem Prinzip "one  
244 country, one Vote" treten – einem Übergewicht der Industrienationen wäre damit Vorschub  
245 geleistet. Die Leitung sollte zwischen den verschiedenen Kontinenten alternieren – bisher waren  
246 alle Direktor\*innen des IWFs aus Europa und alle Präsidenten der Weltbank US-Amerikaner.

247

248 Neben der Koordinierung von Währungspolitik und Kreditvergabe steht insbesondere die  
249 Kontrolle der Verwirklichung sozialer Entwicklungsziele.

250

251 Im Rahmen der UN sollten international einheitliche Regeln zum Umgang mit  
252 zahlungsunfähigen Staaten entwickelt und verabschiedet werden. Dabei sollte es sich nicht um  
253 starr anzuwendende Blaupausen handeln, sondern ein Grundgerüst, das je nach Fall angepasst  
254 werden kann. Im Zuge eines solchen internationalen Staatsinsolvenzverfahrens sollen für jedes  
255 hoch verschuldete Land Ent- und Umschuldung ermöglicht werden. Dabei müssen alle  
256 Gläubiger\*innen gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden.

257

258 Es ist ein ständiges internationales Schiedsgericht einzurichten, welches über Differenzen bei  
259 der Vergabe oder Tilgung von Krediten entscheidet. Damit soll die Gleichheit der Parteien und  
260 ein fairer Ausgleich zwischen ihnen gewährleistet werden. Vereinigungen, wie der Pariser oder  
261 Londoner Club, können damit nicht mehr einseitig Bedingungen diktieren, sondern stellen eine  
262 Streitpartei dar. Durch Besetzung und Finanzierung muss garantiert werden, dass das Gericht  
263 ständig Unabhängigkeit wahrt. Das Schiedsgericht soll auch auf Antrag über die Illegitimität von  
264 Schulden entscheiden. Hierbei soll eine gleiche Anzahl von Richter\*innen von den  
265 Gläubiger\*innen und den Schuldner\*innen benannt werden, aus deren Mitte dann eine weitere  
266 unabhängige Richter\*in gewählt wird. Das Gericht ist quotiert zu besetzen.

267

268 Analog zu vielen anderen internationalen Organisationen soll die UN eine unabhängige Instanz  
269 zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Staaten und Finanzprodukten einrichten. Anders als  
270 private Ratingagenturen würde sie nicht direkt für eine Bewertung bezahlt werden, sondern  
271 indirekt über Beiträge der Mitgliedsstaaten. Die Entscheidung über die personelle  
272 Zusammensetzung liegt bei den demokratischen Gremien der UN. Durch sie soll auch die  
273 Datenlage über staatliche und private Verschuldung ausgebaut werden.

274

275 Wir brauchen einen internationalen Investitionsplan für "Entwicklungsländer"!

276

277 Die wirtschaftliche Grundlage der "Entwicklungsländer" entscheidet über die sozioökonomische  
278 und nachhaltige Transformation der am meisten benachteiligten Länder unserer einen Welt.  
279 Im Mittelpunkt stehen dabei die jungen und wachsenden Gesellschaften, deren  
280 allgemeine Lebensbedingungen aus eigener Kraft verbessert und entfaltet werden  
281 müssen, um die Nutzung ihrer sozialen, demokratischen, kulturellen und menschlichen  
282 Rechte zu ermöglichen. Im Zusammenhang mit einem Entschuldungsprogramm, braucht es  
283 gleichzeitig einen Mechanismus, der die Länder aus dem Teufelskreis der Verschuldung befreit  
284 und vor einem erneuten Eintritt schützt.

285

286 Dazu bedarf es ein ambitioniertes und finanzstarkes Investitions-, Aufbau- und  
287 Modernisierungsprogramm, das die Souveränität und Eigenständigkeit der  
288 "Entwicklungsländer" achtet und fördert. Das Recht auf eine nachholende und aufholende  
289 Entwicklung jener Länder, muss auf die Solidarität und gerechte Wohlstandsverteilung der  
290 Weltgemeinschaft zielen. Viel mehr gilt es, regionale Wirtschaftsstrukturen und soziale  
291 Wohlfahrtssysteme zu fördern und zu stärken und mit einem nachhaltigen, ökologischen  
292 und Ressourcen schonenden Fortschritt ganzheitlich zu vernetzen.

293

294 Im Einzelnen bedeutet das Investitionen in Primär- Sekundär, universitärer und beruflicher  
295 Bildung, Gesundheit, Ausbau von Forschung, Maßnahmen zur Verringerung der  
296 Handelsabhängigkeit von "Entwicklungsländern", Aufbau transregionaler und  
297 umweltverträglicher Infrastruktur- und Transportsysteme, Förderung von erneuerbaren Energie(-  
298 netzen), Investitionen in die Informations- und Telekommunikationsindustrie, Stärkung von  
299 genossenschaftlichen Unternehmen, Kooperativen und kleinbäuerlichen Strukturen,  
300 Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und direkter Rohstoffverarbeitung zum Aufbau  
301 industrieller Arbeitsplätze, höhere finanzielle Ausstattung von regionalen/ überregionalen  
302 Entwicklungsbanken, Mikrokreditprogramm, insbesondere mit Zielgruppe Frauen, umfassende  
303 Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Förderung innovativer Start-Ups und  
304 Jungunternehmer\*innen.

305

306 Folglich müssen Investitionen in öffentliche, soziale und private Dienstleistungen erfolgen,  
307 um handlungsfähige Staatsstrukturen zu fördern und die Basis für wohlfahrtsstaatliche (Um-)  
308 Verteilungs- und Verwaltungssysteme zu legen.

309

310 Gleichzeitig gilt es mit strengen und transparenten Vergabesystemen bei „Marshall-  
311 Investitionen“ Unternehmen der "Entwicklungsländer" zu beteiligen und dadurch den  
312 Technologietransfer in diese Staaten zu fördern.

313

314 Soziale Entwicklungsprogramme statt neoliberaler Strukturanpassungsprogramme!

315

316 Die von IWF und Weltbank initiierten Strukturanpassungsmaßnahmen lehnen wir entschieden  
317 ab. Sie bewirken Marktöffnungen zum Vorteil weniger, führen zum Ausverkauf staatlicher  
318 Handlungsspielräume, fördern eine Zuspitzung der Armutsspirale für die breite Masse, sowie  
319 ökologische Verwerfungen und bilden somit einen Teil des Problems und nicht der Lösung!

320

321 Wir fordern daher die Ersetzung der Strukturanpassungsmaßnahmen durch  
322 Entwicklungsmaßnahmen, die statt eines Abbaus den Ausbau von Sozialen  
323 Sicherungssystemen vorsehen, die (Wieder-)Einführung eines progressiven Steuersystems,  
324 den Ausbau von Bildung und das Verbot der Nutzung der Kredite für Rüstungsausgaben. Wir  
325 begrüßen in diesem Zusammenhang das Umdenken beim IWF, wonach aktuell ein idealer  
326 Spitzensteuersatz zwischen 55 und 70 % empfohlen wird.

327

328 Die sozialen Entwicklungsprogramme dürfen nicht zu einem Ausverkauf des Staates führen,  
329 sprich dürfen nicht an Privatisierungs- und Ausbeutungskonzessionen geknüpft werden. Bei  
330 jeder Kreditvergabe muss die soziale Situation des Landes zugrunde gelegt werden und in einer  
331 Einzelfallentscheidung die Konditionen individuell vereinbart werden.

332

333 Zusammengefasst fordern wir daher:

334

335 • einen umfassenden weitreichenden Schuldenerlass für "Entwicklungsländer"

336

337 • die Umschuldung aller restlichen Kredite zu benannten neuen Konditionen und die  
338 Ermöglichung der temporären Aussetzungen von Rückzahlungen

339

340 • eine Neujustierung der Schuldentragfähigkeitsanalyse

341

342 • die Umstrukturierung des Weltbank/ IWF Systems zu einem multipolaren demokratischen  
343 System an Kreditgeber\*innen

344

345 • die Schaffung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens

346 • die Einrichtung eines dauerhaften internationalen Schulden-Schiedsgerichts  
347  
348 • die Transformation der Strukturanpassungsprogramme in soziale  
349 Entwicklungsprogramme  
350  
351 • eine unabhängige Instanz zur Datensammlung und Bewertung der Kreditwürdigkeit von  
352 Staaten  
353  
354 • einen internationalen Investitionsplan für "Entwicklungsländer" als zweite Säule der  
355 Entschuldungsoffensive  
356  
357 • die Durchführung von Entschuldungsmaßnahmen nur dann durchzuführen, wenn eine  
358 nachhaltige Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik umgesetzt wird. Eine Bewertung der  
359 Einhaltung dieser Kriterien obliegt dem einzurichtenden ständigen Schiedsgericht.  
360  
361 Die SPD als Partei der internationalen Solidarität muss darauf drängen, dass Bundesrepublik  
362 und EU ihrer menschenrechtspolitischen Verantwortung gerecht werden und auf eine  
363 Umsetzung des oben beschriebenen hinwirken. Dabei ist ein gemeinsames europäisches, statt  
364 rein deutsches Vorgehen anzustreben.  
365  
366  
367  
368  
369  
370  
371  
372  
373  
374  
375  
376  
377  
378  
379  
380  
381  
382  
383  
384  
385  
386  
387  
388  
389  
390  
391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405

# Bundeskongress, 6.-8.12.2013

## F

### Feminismus, Gleichstellung & Gender

F 2	Berlin Trans*rechte sind Menschenrechte!	82
F 4	Baden-Württemberg Konservative Familienbilder aufbrechen - Moderne Familienpolitik gestalten!	91
F 6	Sachsen-Anhalt Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen	93

**Titel** Trans\*rechte sind Menschenrechte!

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Trans\*rechte sind Menschenrechte!

1 Geschlecht ist vielfältig, allerdings werden gesellschaftlich zurzeit nur zwei  
2 Geschlechtsidentitäten anerkannt, Frau und Mann. Dabei wird das Geschlecht einer Person  
3 schon bei der Geburt aufgrund von biologischen Merkmalen festgelegt. Die Person kann also  
4 nicht mitentscheiden und eine Reevaluation (Neubeurteilung) geschieht nicht. Dieses Herstellen  
5 einer Normalität des zweigeschlechtlichen Systems führt zum Ausschluss all derer, die nicht in  
6 dieses System passen, weil ihre Geschlechtsidentität nicht mit dem Geschlecht  
7 zusammenpasst, das ihnen bei Geburt zugeordnet wurde. Dieser Ausschluss geschieht sowohl  
8 auf persönlicher als auch struktureller Ebene. Dabei ist es wichtig Trans\*menschen nicht als  
9 homogene Gruppe aufzufassen. In diesem Antrag werden deswegen verschiedene Identitäten  
10 unter diesem Überbegriff zusammengefasst, weil sie ähnlichen Problemen und Diskriminierung  
11 gegenüberstehen: Transsexuelle, Trans\*gender, Agender, Genderless, Bigender, Polygender,  
12 Drags, Crossdresser\*innen und viele Identitäten mehr werden hier als trans\*idente Menschen (=  
13 Trans\*menschen, Trans\*idente, Trans\*) verstanden. Dabei ist die Überschneidung mit anderen  
14 Identitätskategorien allerdings nicht zu vernachlässigen und kann zu einer Verschlechterung der  
15 gesellschaftlichen Position führen. Die SPD hat in ihrem Regierungsprogramm „Das Wir  
16 entscheidet“ 2013 beschlossen, die Rechte und die Chancen trans\*identer Menschen zu  
17 verbessern. Dieser Antrag will das Thema Trans\* als Querschnittsthema begreifen und greift  
18 verschiedenste Politikfelder auf, in denen es die Situation von Trans\*menschen zu beleuchten –  
19 und zu verbessern – gilt.

20

### 21 **If the kids get diversified!**

22 Im Bildungssektor gibt es zahlreiche offensichtliche und versteckte Hürden und Probleme die  
23 Trans\*menschen begegnen. Dabei treten die meisten Schwierigkeiten und  
24 Diskriminierungserfahrungen für Kinder und Jugendliche, die trans\* sind, im System Schule auf.  
25 Mobbing gehört an vielen Schulen zum Alltag, besonders sind davon LGBTIQ\*-Schüler\*innen  
26 (Lesbians, Gays, Bisexuals, Trans\*people, Intersexes, Queers, \*diverse) betroffen. Je nach  
27 Studie fühlen sich 65 bis 90 Prozent der Trans\*personen in der Schule nicht sicher, was zum  
28 Schwänzen der Schule führt und damit Trans\*Kinder und -Jugendliche effektiv einem Teil ihres  
29 ihnen zustehenden Bildungsangebotes beraubt. Schulen sind meist nicht gut genug vorbereitet  
30 und ausgerüstet um Trans\*kindern und -Jugendlichen einen sicheren Raum zum Lernen und  
31 zur persönlichen Entwicklung zu bieten. Dazu ist es wichtig Lehrpersonal, Sozialarbeiter\*innen,  
32 Schulpsycholog\*innen und Vertrauenslehrer\*innen für einen respektvollen und nicht  
33 vorurteilsbelasteten Umgang mit Trans\*Schüler\*innen zu schulen und das nicht erst, wenn  
34 angebliche „Probleme“ mit einer\*m Trans\*Schüler\*in auftreten. Ein wichtiger Teil dieser  
35 Ausbildung muss sein die Geschlechtsidentität von Trans\*Kindern und -Jugendlichen zu  
36 respektieren und ihnen auch Zugang zu den dazugehörigen Räumen zu verschaffen oder bei  
37 Bedarf müssen zusätzliche Räume geschaffen werden. Besonders im Bezug auf Umkleiden und  
38 Toiletten sollte in allen Schulen zusätzlich geschlechtsneutrale Räume geschaffen werden.  
39 Vertrauenslehrer\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen tragen eine besonders hohe  
40 Verantwortung beim Umgang mit Trans\*Schüler\*innen. Sie müssen zumindest in der Lage sein

41 Trans\*Jugendliche an beratenden Fachstellen weiterzuleiten.

42

43 Wir fordern:

44

- 45 • In den Bildungsministerien der Länder soll eine öffentlich zugängliche Datenbank an  
46 Beratungsstellen, Jugendgruppen u.ä. eingerichtet werden. Diese soll sowohl für  
47 Schüler\*innen, Lehr\*innen und Eltern ein Beratungsangebot und eine erste Anlaufstelle  
48 bieten. Es ist allerdings entscheidend Schüler\*innen mit Trans\*Identitäten nicht als die  
49 „Ausnahmen“ darzustellen für die mensch im Sinne der Antidiskriminierung gewappnet  
50 sein muss.
- 51 • Trans\* muss als Thema Teil der Lehramtsausbildung werden und alle bereits arbeitenden  
52 Lehrer\*innen müssen dementsprechend nachgeschult werden.
- 53 • Es ist notwendig das Thema Trans\* auch im Lehrplan zu verankern: es gilt sexuelle  
54 Vielfalt im Sexualkundeunterricht zu thematisieren, aber Trans\*Sein darf nicht als  
55 sexuellen Praxis benannt (und dazu gemacht) werden.
- 56 • Die Vielfältigkeit von Geschlechtsidentitäten muss in einem dafür passenden Fach  
57 thematisiert werden und das spätestens ab dem 7. Schuljahr, nach Möglichkeiten bereits  
58 in den Grundschulen.
- 59 • In den Schulbüchern aller Fächer sollen zukünftig auch androgyne und explizite  
60 Trans\*Ccharaktere auftauchen, das ist aktuell laut einer GEW Studie überhaupt nicht der  
61 Fall.
- 62 • In den Schulgebäuden sollen dort wo möglich, sowie bei Neu- und Umbauten Toiletten  
63 und Umkleieräume für Trans\*kinder und -jugendliche zur Verfügung gestellt werden.  
64 Kurzfristig können bestehende Toilettenanlagen in All-Gender-Toiletten umgewidmet  
65 werden.
- 66 • Vertrauenslehrer\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen werden in Aus- und Fortbildung für  
67 die Belange trans\*identer Schüler\*innen sensibilisiert.

68

#### 69 **Trans\*sein darf kein Armutsrisiko bleiben!**

70 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz schützt Trans\*menschen grundsätzlich vor  
71 Benachteiligung, allerdings entfaltet sich dieser Schutz kaum: Die Hälfte der Trans\*menschen in  
72 Deutschland macht Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz, der häufigste Ort ihrer  
73 Diskriminierung.

74 Jeder dritte Trans\*mensch wurde auf Ggrund des Geschlechts mindestens einmal nicht  
75 eingestellt, selbst Arbeitsvermittlung wird häufig verweigert. Die Arbeitssuche wird in  
76 Deutschland auch dadurch behindert, dass einigen Trans\*menschen der Zugang zur  
77 Dokumentenangleichung fehlt, sowie durch die Verfahrensdauer nach dem  
78 Transsexuellengesetz. Bei mehr als jede\*r dritten Trans\*person bricht während dieser Verfahren  
79 ein erheblicher Teil des Alltags weg, darunter auch Erwerbsarbeit. Die Einkommen von  
80 Trans\*menschen sind unterdurchschnittlich: 49 Prozent% der Trans\*menschen in der  
81 Europäischen Union verdienen unter 25.000 Euro jährlich (EU-Durchschnitt: 28.000 Euro), 37  
82 Prozent% verdienen sogar weniger als 20.000 Euro. Trans\*menschen verdienen sowohl im  
83 Vergleich zu Männern und auch Frauen im Durchschnitt weniger. Dabei arbeiten sie oft unter  
84 ihrer Qualifikation und sind in der Berufswahl eingeschränkt. Weniger als ein Drittel der  
85 Trans\*menschen in Europa geht einer Vollzeitbeschäftigung nach (Vergleich: Frauen 57  
86 Prozent%, Männer 72 Prozent%).

87 Trans\*menschen sind häufiger arbeitslos als die Gesamtbevölkerung, dabei betrifft es  
88 Trans\*people of Color nochmal stärker. Viele Trans\*menschen kündigen aus Angst vor  
89 Diskriminierung und insbesondere zu Beginn ihrer Transition ihr Arbeitsverhältnis und suchen  
90 erst wieder Arbeit, wenn Dokumente angepasst sind, was aber oft mit sozialen Hürden  
91 verbunden ist. Arbeitsplatzwechsel in diesem Zeitraum kommen vielfach vor. Trans\*menschen  
92 wird häufiger gekündigt (oder dies angedroht) als anderen, vor allem während der Transition.  
93 Das Ausleben des eigenen Geschlechts bedeutet den Verzicht auf Karrierechancen.

94 Trans\*menschen werden Fortbildungschancen und Beförderungen verweigert. Nicht erfüllbare  
95 Geschlechter-Rollen-Erwartungen, Probleme beim Passing (erfolgreiches Angesehenwerden  
96 als Angehörige\*r des Geschlechts, mit dem mensch sich identifiziert), geschlechterstereotype  
97 Kleidungsvorschriften, mangelnde Akzeptanz, geringes Selbstvertrauen, Depressivität, Stress,  
98 Belastungen durch den Transitionsprozess, Diskriminierungserfahrungen oder Vermeiden von  
99 neuen Arbeitsbereichen aus Angst vor Diskriminierung verschlechtern erheblich die  
100 Karrierechancen von Trans\*menschen. Etwa die Hälfte aller Trans\*menschen sieht sich  
101 dadurch benachteiligt.

102 Die Hälfte der Trans\*menschen lebt ihr Geschlecht nicht immer öffentlich aus, insbesondere  
103 wegen der Sorge der Diskriminierung am und der Sorge um den Arbeitsplatz. Trans\*menschen  
104 erfahren offene Ablehnung von ihren Kolleg\_innen und Vorgesetzten oder zumindest keine  
105 Anerkennung, davon ist jede\*r fFünfte betroffen. Trans\*gender, die sich nicht eindeutig einem  
106 Geschlecht zuordnen können oder wollen, werden besonders ausgegrenzt.  
107 Jede\*r zweite bis dritte Trans\*mensch hat Diskriminierung oder verbale, psychische, körperliche  
108 uns sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz erfahren. Beschwerden von Trans\*menschen auf  
109 Ggrund von Diskriminierung wird häufig nicht nachgegangen. Das Vertrauen in Vorgesetzte,  
110 Personalabteilungen, Kolleg\_innen und Anlaufstellen ist daher gering. Bei den Gewerkschaften  
111 ist wenig trans\*spezifisches Wissen vorhanden.  
112 Trans\*menschen, die Sexarbeit leisten werden stark ausgeschlossen. Auch  
113 Mehrfachdiskriminierungen führen zu besonders starken Ausschlüssen, bspw. im Zugang zum  
114 Arbeitsmarkt oder zu medizinischer Versorgung. Bei Mehrfachdiskriminierungen erweisen sich  
115 Konzepte wie Inklusion oder Diversity Management als wenig wirksam.

116

117 Wir fordern:

118

- 119 • Der Trans\*-„Gender Pay Gap“ wird wirksam bekämpft. Hierzu wird die Forderung nach  
120 gleichem Lohn für gleiche Arbeit endlich umgesetzt.
- 121 • Alle Trans\*menschen erhalten einen Zugang zur Dokumenten- und Zeugnisanpassung.
- 122 • Meldebehörden müssen Trans\*menschen informieren, die eine Geschlechts- oder  
123 Namensänderung beantragen: über Anlaufstellen, Beratungen und Rechte und Umgang  
124 am Arbeitsplatz. Diese Information wird aktenkundig vermerkt.
- 125 • Mitarbeiter\_innen der Jobcenter werden für Belange trans\*identer Menschen sensibilisiert  
126 in Aus- und Fortbildung.
- 127 • Gewerkschaften und Arbeitgeber\_innenverbände sollen Informationen zum Umgang mit  
128 und zur Unterstützung von Trans\*menschen anbieten. Gewerkschaften sollen  
129 Anlaufstellen einrichten, dafür sind sie durch ein Bundesprogramm zu fördern.
- 130 • In Förderkataloge für Projekte, die Sexarbeiter\_innen beraten und ihnen sonstige  
131 Unterstützungsmaßnahmen anbieten, werden trans\*spezifische Kriterien ergänzt.

132

### 133 **Trans\*idente Menschen vor Gewalt schützen!**

134 Die EU-Kommission betont, dass alle EU-Länder Trans\*menschen wirksam vor Verbrechen, die  
135 aus gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begangen werden, zu schützen müssen sind. Der  
136 Bundesrat und die SPD-Bundestagsfraktion haben im Oktober 2012 vorgeschlagen, das  
137 Kriterium gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die als Beweggründe von Täter\_innen  
138 bei der Strafzumessung aufzunehmen.

139 Gerade beim Kontakt mit der Polizei kann es für Trans\*menschen zu unangenehmen  
140 Situationen kommen. Das beginnt damit, dass sie vielleicht von den Polizist\_innen nicht als die  
141 Person auf ihrem Ausweis erkannt werden, da ihr Passing zu „gut“ oder zu „schlecht“ ist. Auch  
142 kommt es häufig auf Ggrund dieses Unterschieds zu verbalen Übergriffen von Polizist\_innen.  
143 Weiterhin findet Polizeigewalt auch gegenüber Trans\*menschen statt. Gruppenbezogene  
144 Gewalt gegenüber Trans\*menschen wird häufig nicht als solche erkannt: Gewalt gegen  
145 Trans\*frauen wird EU-weit häufig als Auseinandersetzung zwischen Männern vermerkt,  
146 Trans\*frauen werden häufig als Verursacherinnen\* und nicht als Opfer angesehen.  
147 Auch vor Gericht kommt es zur Nichtanerkennung und zu verbalen Übergriffen. Im Strafvollzug  
148 haben Trans\*menschen ein erhöhtes Risiko, Opfer körperlicher und auch sexualisierter Gewalt  
149 zu werden, was jedoch aus Angst vor Retraumatisierungen selten angezeigt wird. Insbesondere  
150 prekär lebende Trans\*menschen geraten häufiger ins Visier der Strafverfolgung, was sie erneut  
151 Gewalt im Strafvollzug aussetzt. In Deutschland gibt es mehrere Berichte darüber, dass  
152 Trans\*frauen in Männergefängnissen untergebracht werden.

153

154 Wir fordern:

155

- 156 • Das Kriterium gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Beweggründe von  
157 Täter\_innen bei der Strafzumessung (§ 46 Absatz 2 Satz 2 Strafgesetzbuch)  
158 aufzunehmen, wird erneut als Gesetzesvorlage eingebracht.
- 159 • Der Umgang mit Trans\*personen sollte Teil der Ausbildung von Sicherheitsfachkräften  
160 und der Polizei sein.
- 161 • Für den Fall von Körperdurchsuchungen erhalten Durchsuchte ein Wahlrecht auf das  
162 Geschlecht der\*s Durchsuchende\*n.

- 163 • Staatliche Organe sollen ihre Mitarbeiter\*innen soweit schulen, dass diese transphob
- 164 motivierte Straftaten erkennen und entsprechend verfolgen, wenn sie auftreten, um damit
- 165 die Trans\*community zu schützen. Dazu zählt auch, Opfer nicht zu Täter\*innen zu
- 166 machen, sondern ihre Belange Ernst zu nehmen.
- 167 • Trans\*menschen sind als Trans\*menschen zu behandeln und nicht nach ihrem bei Geburt
- 168 zugeordnetem Geschlecht.
- 169 • Trans\*menschen sollen das Wahlrecht bekommen, in einem zu ihrem Geschlecht
- 170 passenden Gefängnis untergebracht zu werden. (Trans\*frauen sollen in
- 171 Frauengefängnissen untergebracht werden können, Trans\*männer in
- 172 Männergefängnissen.) Hierfür sind im Strafvollzug alle notwendigen Bedingungen zu
- 173 schaffen, ggf. als Einzelfalllösung.
- 174 • Im Strafvollzug müssen Trans\*Mmenschen als marginalisierte Gruppe besonderen Schutz
- 175 erfahren, Vollzugspersonal muss dafür ausgebildet und fortgebildet werden.
- 176 • Es werden im Bund und in allen Ländern unabhängige Untersuchungskommissionen für
- 177 Polizeigewalt und -versagen, die bei der Legislative (z.B. Parlamentspräsident\*in)
- 178 angesiedelt werden. Sie werden besonders für Polizeigewalt gegenüber marginalisierten
- 179 Gruppen sensibilisiert.
- 180 • Beratungsangebote müssen ausgebaut werden.

181

### 182 **Für das Recht auf Geschlechtsidentität!**

183 Trans\*menschen sind in Deutschland durch Gesetze geschützt (insb. Art. 3 Grundgesetz). Dies  
 184 bedeutet jedoch weder, dass Trans\*menschen keine Gewalt und Diskriminierung erfahren,  
 185 noch, dass sie gleich gestellt sind. Mit dem Transsexuellengesetz (TSG) ist seit 1981 ein  
 186 Sondergesetz in Kraft, das u.a. Fragen des Personenstands und Vornamen sowie der  
 187 Transition regelt. Dieses Gesetz ist inzwischen durch den die Vorstellung von Geschlecht in der  
 188 Gesellschaft und Forschung sowie durch höchstrichterliche Urteile überholt. (Seit 2005  
 189 entfielen: die Ehelosigkeit, die Rückbenennung nach dem Geburtsvornamen bei Eheschließung,  
 190 die Bedingung der geschlechtsangleichenden Operation und der Unfruchtbarkeit vor einer  
 191 Personenstandsänderung. Das Gesetz wurde nicht immer geändert, aber viele Bestimmungen  
 192 dürfen nicht mehr angewandt werden.)

193 Das Gesetz wird in seiner heutigen Fassung von Trans\*menschen noch als äußerst  
 194 diskriminierend wahrgenommen: Denn die Hürden zur Transition sind nachwievor hoch,  
 195 erniedrigend und stehen dem Selbstbestimmungsrecht entgegen: ein Gerichtsverfahren samt  
 196 zweier Gutachten von Sachverständigen sind zur Transition vonnöten. Identität zu  
 197 diagnostizieren ist unmöglich und ist für Außenstehende nicht begutachtbar, weswegen die  
 198 Gutachten auch ihren Zweck verfehlen. Die Kosten des Verfahrens (weit über 1000 Euro) sind  
 199 darüber hinaus hoch. Zeugt eine gesetzlich anerkannte Trans\*person ein Kind, wird ihr  
 200 Vorname wieder durch den Geburtsnamen ersetzt etc. Außerdem erstreckt sich das  
 201 Transsexuellengesetz eben auf Transsexuelle, wobei also Trans\*gendern, die nicht den  
 202 Diagnosekriterien entsprechen, der Zugang zu den Rechten des Transsexuellengesetzes  
 203 verweigert wird. Insgesamt geht das Transsexuellengesetz davon aus, dass Trans\*menschen  
 204 vor Fehlentscheidungen geschützt werden sollen, was jedoch hier nicht Aufgabe der  
 205 Gesetzgeberin ist. Aufgrund der zu erwartenden sozialen Folgen ist ein leichtfertiger Umgang  
 206 unwahrscheinlich. Ebenso wenig muss die Gesellschaft vor Trans\*menschen geschützt werden.  
 207 Respektvolle und umfassende Trans\*rechte waren lange Zeit eine utopische Vorstellung. Mit  
 208 dem Beschluss des Geschlechtsidentitätsgesetz in Argentinien im Mai 2012 hat sich dies  
 209 geändert. Dies Gesetz garantiert allen Menschen in Argentinien, ihre Geschlechtsidentität selbst  
 210 zu bestimmen und frei zu entwickeln, Dokumentenänderungen sowie kostenlose medizinische  
 211 Unterstützung. Die Utopie wurde in Argentinien vom Möglichen ins Wirkliche geholt und damit  
 212 weltweit erkämpfbar und umsetzbar!

213 Das Trans\*recht in Deutschland bedarf einer umfassende Überarbeitung. Der bundesweite  
 214 Arbeitskreis TSG-Reform, ein Bündnis von LGBTIQ\*Verbänden, hat folgende Vorschläge  
 215 erarbeitet, denen wir uns anschließen.

216

217 Wir fordern:

218

- 219 • Das Transsexuellengesetz wird aufgehoben. Notwendige Regelungen werden in
- 220 bestehendes Recht integriert und so auf alle Trans\*menschen und Intersexe ausgeweitet.
- 221 • Alle Regelungen gelten auch weiterhin für ausländische Staatsangehörige, deren
- 222 Herkunftsländer keine vergleich- und zumutbaren Regelungen haben.
- 223 • Das gerichtliche Verfahren zur Vornamens- und Personenstandsänderung wird

- 224 abgeschafft.
- 225 • Eine Begutachtung findet nicht statt.
- 226 • Medizinische Maßnahmen sind keine Voraussetzung für eine Vornamens- oder
- 227 Personenstandsänderung.
- 228 • Reproduktive Betätigung führt nicht zur Aberkennung des Vornamens oder
- 229 Personenstands.
- 230 • Altersgrenzen bestehen nachwievor nicht. Beschränkt Geschäftsfähige werden durch ihre
- 231 gesetzlichen Vertretung vertreten.
- 232 • Vornamen und Personenstand können auch mehrfach geändert werden.
- 233 • Vornamensänderungen werden als Verwaltungsakt von den Meldebehörden auf Antrag
- 234 vorgenommen, wenn die Person erklärt, sich einem anderen Geschlecht als bei Geburt
- 235 zugewiesen zuzugehören. Es können andersgeschlechtliche und geschlechtsneutrale
- 236 Namen eingetragen werden. Hierzu wird § 11 des Gesetzes über die Änderung von
- 237 Familiennamen und Vornamen ergänzt, sodass bei Trans\*identität ein wichtiger Grund
- 238 vorliegt.
- 239 • Der geschlechtliche Personenstand wird als Verwaltungsakt von den Meldebehörden auf
- 240 Antrag geändert, wenn die Person erklärt, einem anderen Geschlecht als bei Geburt
- 241 zugewiesen zuzugehören. Es können weiblich“ und „männlich“ gewählt werden sowie
- 242 (analog zur Stellungnahme des Ethikrats zu Intersexualität) „anderes“ und keines. Ein
- 243 Mitspracherecht Dritter besteht nicht. Ehe und Lebenspartnerschaft bleiben unberührt,
- 244 werden auf Antrag aber in Lebenspartnerschaft oder Ehe umgewandelt. Die Regelungen
- 245 werden in das Personenstandsgesetz und die Personenstandsverordnung aufgenommen.
- 246 • Das Offenbarungsverbot aus dem Transsexuellengesetz wird ausgeweitet, sodass das
- 247 Offenbarungs- und Ausforschungsverbot wie jetzt auch bestehen bleibt, aber Angehörige
- 248 den ehemaligen Vornamen und Personenstand nur noch privat verwenden dürfen. Beide
- 249 Regeln werden in das Ordnungswidrigkeitengesetz aufgenommen und so sanktionierbar.
- 250 • Die Regeln zum Geburtseintrag bereits geborener Kinder werden unverändert in das
- 251 Personenstandsgesetz übernommen.

252

### 253 **Trans\*Gesundheit verbessern!**

254 Der Europäische Gerichtshof und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben

255 Direktiven erteilt, dass Trans\*menschen medizinische Versorgung erleichtert werden möge. Die

256 Umsetzung obliegt aber den Mitgliedsstaaten, sodass dies sehr unterschiedlich umgesetzt wird.

257 Trans\*menschen sollen in Deutschland dadurch unterstützt werden, dass die Krankenkassen

258 die Kosten für Operationen, Hormonbehandlungen, Logopädie u.a. übernehmen. Trans\*sein

259 wird durch die Weltgesundheitsorganisation als psychische Krankheit „Transsexualität“ oder

260 „Geschlechtsidentitätsstörung“ (Katalog ICD-10) angesehen. Das ist auch in Deutschland der

261 Fall. Damit Transitionskosten von den Kassen übernommen werden, gibt es zunächst ein

262 medizinisches Gutachten, außerdem muss ein Alltagstest vollzogen werden (Outing im Umfeld

263 und auf Arbeit). Dann besteht die Pflicht zur Psychotherapie. So wird die Entscheidungshoheit

264 über Trans\*sein an die Medizin delegiert und als krankhaft abgestempelt. Trans\*menschen wird

265 abgesprochen, eine mündige Entscheidung treffen zu können. Und sie werden zu

266 therapeutischen Maßnahmen gezwungen, die viele ablehnen oder nicht benötigen – nicht alle

267 Trans\*menschen sind depressiv oder traumatisiert. Die Verfahrensdauer ist lang (bis mehrere

268 Jahre) und kostet die Betroffenen sehr viel Kraft. An diesen Hürden scheitern einige

269 Trans\*menschen und diejenigen, die die diagnostischen Kriterien der Transsexualität nicht

270 erfüllen, haben keinen Zugang. Sie machen einen erheblichen Anteil aus. Durch die Nicht-

271 Transition entsteht jedoch ein krankheitswertiges Leiden, weswegen eine Kostenübernahme

272 durch Krankenkassen gerechtfertigt ist, ohne dass Trans\*menschen selbst eine Krankheit ist.

273 Wir schließen uns dem Vorschlag des bundesweiten Arbeitskreises TSG-Reform hierzu an.

274 Trans\*menschen sind darüber hinaus überdurchschnittlichen gesundheitlichen Belastungen

275 ausgesetzt. Drei Viertel leiden unter Depressionen und Isolation, zwei Drittel haben

276 Suizidgedanken, ein Drittel begeht im Erwachsenenalter einen Suizidversuch (Zahlen für EU).

277 Gründe hierfür liegen nicht im Trans\*sein, sondern bei Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen,

278 psychischen und sexualisierten Gewalterfahrungen. Traumatisierungen führen dann zu

279 selbstschädigendem Verhalten wie Drogenmissbrauch, wodurch ungeschützter

280 Geschlechtsverkehr, HIV-Infektionen etc. begünstigt werden oder sich neuen Gewaltsituationen

281 ausgesetzt wird, insbesondere in der Sexarbeit. Trans\*menschen sind überdurchschnittlich oft

282 dauerhaft gesundheitlich beeinträchtigt oder im Behindertenstatus. Ärzt\_innen und

283 medizinisches Personal haben oft zu wenig wissen über Trans\*sein, teilweise führt dies zu

284 falschen hausärztlichen und psychiatrischen Behandlungen. Viele Trans\*menschen fühlen sich

285 durch ihre Ärzt\_innen und medizinisches Personal diskriminiert. Transphobe Erfahrungen im  
286 Gesundheitssektor erschweren es Trans\*menschen bei Ärzt\_innen und medizinisches  
287 Personal Hilfe zu suchen. Ärzt\_innen und medizinisches Personal werden häufig gewechselt.  
288 Viele Trans\*menschen und medizinisches Personal vermeiden Vorsorgeuntersuchungen. Fast  
289 alle verbergen ihr Geschlecht.

290

291 Wir fordern:

292

- 293 • Trans\*sein wird im ICD-Katalog weltweit gestrichen. Der Bundestag wird die  
294 Bundesregierung zu einer entsprechenden Initiative verpflichten.
- 295 • Die Leistungspflicht der Krankenkassen bei Hormontherapie, geschlechtsangleichenden  
296 Operationen und sonstigen Maßnahmen, z.B. Epilation (permanente Entfernung von  
297 Körperhaaren), wird im Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V), 3. Kapitel [Leistungen  
298 der Krankenversicherung] festgeschrieben. Bei Epilation etc. ist dazu kein ärztlicher  
299 Vorbehalt nötig.
- 300 • Die Ausbildung und Sensibilisierung für MedizinerÄrzt\_innen und medizinisches Personal  
301 wird im Bezug auf Trans\*menschen verbessert.

302

### 303 **Für ein breites Beratungsnetzwerk und informierte Ärzt\_innen!**

304 Gewalt auf der Straße findet statt, was aus den normierten Vorstellungen von Geschlecht  
305 resultiert. Dies hat Konsequenzen für die Betroffenen, aber auch gesamtgesellschaftliche  
306 Auswirkungen: Gewalt führt zu einer Entsolidarisierung mit den und zur Ignoranz der  
307 Betroffenen. Gleichzeitig ist sie ein Signal an andere Ausgegrenzte, sich nicht öffentlich zu  
308 bekennen. Sozialer Rückhalt in der Familie und im Freundeskreis sind eine bedeutende  
309 Bewältigungsstrategie für den Umgang mit Sexismus und anderer Diskriminierungsformen,  
310 auch psychosoziale Angebote für Trans\*menschen, insbesondere Trans\*menschen of Color,  
311 sind bedeutend. Dies stärkt die Selbstakzeptanz. Gleichzeitig bedeutet dies, dass  
312 demokratischen Institutionen wenig vertraut wird, Probleme zu lösen. Beratungsstellen fehlen  
313 vielfach in der Nähe zum Wohnort, insbesondere im ländlichen Raum. Es besteht eine hohe  
314 Zufriedenheit mit zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten, teilweise gibt es jedoch nur  
315 Beratungen für Homo- und Bisexuelle oder nur in deutscher Sprache. Teilweise werden  
316 Beratungen nicht aufgesucht, weil Diskriminierungen dort erwartet werden oder  
317 Diskriminierungserfahrungen gemacht wurden. Mehrfachdiskriminierung erschwert selbst den  
318 Zugang zu Therapien, Beratungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen. Teilweise werden Teile  
319 der Identität (z.B. Einwanderungsgeschichte) verschwiegen um Zugang zu erhalten, was erneut  
320 belastend ist. Die Sensibilität dafür, dass Hilfesuchende mehrfache Zugehörigkeiten haben, und  
321 die für Cissexismus, Heterosexismus und Rassismus fehlen oft (Heterosexismus ist ein  
322 Sexismus, der Heterosexualität als Norm ansieht und diskriminiert Nicht-Heter\*as; Cissexismus  
323 sieht es als Norm an, nicht trans\* zu sein und diskriminiert Trans\*menschen / „cis“ ist das  
324 Gegenteil von „trans“). Coming-outs sind ein gewichtiger Teil der Beratungen. Sie können  
325 jedoch auch zu mehr Diskriminierung führen, da auffallende Personen sich in gefährlichen  
326 Situationen schlechter zurückziehen können, wenn Rückzugsräume fehlen. Dies ist aber  
327 flächendeckend der Fall. Für Menschen mit Mehrfachzugehörigkeiten ist das besonders  
328 problematisch.

329

330 Wir fordern:

331

- 332 • Es werden Weiterbildungsmodule für Beschäftigte in der psychosozialen Beratung und für  
333 Ärzt\_innen und medizinisches Personal entwickelt und gefördert, die für diverse  
334 Genderidentitäten, sexuelle Orientierungen und Mehrfachdiskriminierung sensibilisieren.
- 335 • Gewünscht wird ein vielfältigeres und flächendeckenderes Angebot an  
336 Beratungseinrichtungen. Zugleich wird ein umfassenderes Beratungsangebot gewünscht,  
337 dass auch Sozialberatung oder Migrationsberatung beinhaltet. Beratungsstellen sollten  
338 gut erreichbar sein und kostenlos.
- 339 • Die Zentralität und die Inhalte der Coming-out-Strategie in der Beratung und der Therapie  
340 werden überarbeitet, wozu es zunächst weiterer Forschungsbedarf.

341

### 342 **Forschen!**

343 Zwar hat in den letzten Jahren die Forschung in Genderstudies im deutschsprachigen Raum  
344 zugenommen, allerdings gibt es immer noch nur kaum empirische Daten und Forschung zur  
345 Situation von Trans\*menschen und zahlreiche Forschungslücken. Es ist wichtig zielgerichtet in

346 diese Richtung zu forschen und v.a. diese Forschung zu fördern. Dabei ist auch kritisch zu  
347 hinterfragen unter welchen Vorannahmen Forschung über Trans\*menschen betrieben wird. Die  
348 Annahme einer psychischen Krankheit darf hierbei nicht die Grundlage sein, vielmehr muss sich  
349 mit den Lebensrealitäten von Trans\*menschen und der Diskriminierung die sie erfahren  
350 beschäftigt werden. Es fehlen international, aber auch in Deutschland, wissenschaftliche Daten  
351 zu Lebensweisen und Bedürfnisse von Trans\*menschen, auch außerhalb medizinischer  
352 Kategorien. Darüber hinaus fehlen Daten zu psychischer und physischer Gewalt auf das Leben  
353 von Trans\*menschen. Es fehlen in Deutschland Daten zur Lohnungleichheit. Wir fordern, dass  
354 diese Lücken geschlossen werden, hierzu soll das Bundesforschungsministerium ein  
355 Forschungsprogramm initiieren.

356

### 357 **Trans\*freundliche Europapolitik und trans\*freundliches Asylrecht!**

358 Das Bundesverfassungsgericht hat 2006 klar gestellt, dass das Transsexuellengesetz auch auf  
359 für nicht deutsche mit Aufenthaltstitel gilt, sofern in deren Herkunftsland vergleichbare und  
360 zumutbare Rechte nicht vorhanden sind. Dies geht jedoch mit Diskriminierungen einher: In  
361 Pässen werden lediglich Ergänzungsdokumenten beigefügt über die Namens- oder  
362 Geschlechtsänderung, sodass das Trans\*sein immer erkennbar bleibt. Trans\*menschen sind  
363 mit den Ausnahmen von Österreich und Frankreich in der Europäischen Union nicht als „soziale  
364 Gruppe“ im Asylrecht anerkannt, auch wenn der Menschenrechtskommissar des Europarats  
365 dies empfiehlt.

366 Die Europäische Union muss alle ihre Möglichkeiten nutzen, um die Situation von  
367 Trans\*menschen zu verbessern. Eine Bestandsaufnahme der Situation wurde bereits durch die  
368 Studie EU LGBT Survey (2012) der European Union Fundamental Rights Agency begonnen.  
369 Gerade bei der Aufnahme von neuen Mitgliedsstaaten dürfen Menschenrechtsaspekte nicht  
370 vernachlässigt werden. Das heißt nicht, dass die Situation von Trans\*menschen in der EU gut  
371 wäre – ganz im Gegenteil – , auch hier muss die EU als struktureller Überbau ihre Möglichkeiten  
372 nutzen um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

373

374 Wir fordern:

375

- 376 • Deutschland erkennt Geschlechtsidentität als geschlechtsspezifisches
- 377 Verfolgungsmerkmal an und anerkennt Trans\*menschen so in Asylverfahren. Deutschland
- 378 setzt sich auf europäischer Ebene für eine dem entsprechende EU-weite Regelung ein.
- 379 • Die Europäische Kommission nutzt europäische Rechtsakte, um alle Mitgliedsstaaten zur
- 380 Implementierung von Trans\*rechten, Schutz von Trans\*menschen durch den Staat sowie
- 381 die Förderung von Trans\*menschen zu verpflichten.
- 382 • Die Europäische Union achtet Trans\*rechte in Beitrittsverhandlungen.

383

### 384 **Das Wir entscheidet!**

385 Wer eine trans\*freundliche Gesellschaft will, muss auch selbst trans\*freundliche Räume  
386 schaffen. Die SPD muss damit anfangen, eine andere Gesellschaft beginnt auch in den eigenen  
387 Strukturen. Die SPD, und als Jugendverband besonders die Jusos, können für trans\*idente  
388 Mitglieder eine große Rolle spielen bei Gewährwerdung, Coming-out oder Sich-Ausprobieren-  
389 Wollen. Partei und Jugendverband sind für aktive Mitglieder schließlich eine wichtige  
390 Bezugsgruppe sind.

391 Im Innenverhältnis der Mitglieder zur Partei muss für alle einzelnen ebenfalls das Recht auf  
392 Geschlechtsidentität gelten. Zurzeit können Beitrittswillige der SPD gegenüber auf eine  
393 Geschlechtsangabe verzichten, alternativ bestehen die Möglichkeiten „weiblich“ und „männlich“.  
394 In den Gliederungen der Partei wird häufig ein pragmatischer Umgang gefunden. In der  
395 Mitgliederverwaltung MAVIS werden nichtsdestotrotz eindeutige Geschlechter zugewiesen.  
396 Einige Trans\*personen berichten davon, dass in der MAVIS ihr Geschlecht nicht geändert  
397 werden konnte. Viele Parteigeschäftsstellen sind unsicher im Umgang mit Trans\*menschen, es  
398 mangelt an Wissen. Daher werden Trans\*menschen in der SPD auch unterschiedlich behandelt  
399 in der Mitgliederverwaltung, aber auch bei der Postenbesetzung.

400

401 Wir fordern:

402

- 403 • Jedes Mitglied hat das Recht auf Entscheidung über die eigene Geschlechtsidentität.
- 404 • Eine Begutachtung findet nicht statt, es genügt die Willensbekundung des Mitglieds,
- 405 mindestens bis die Änderung des Personenstandes bei den Meldebehörden möglich ist.
- 406 Danach gilt die eingetragene Geschlechtsidentität.

- 407 • Wird kein Geschlecht beim Eintritt eingetragen, wird dies auch so in der MAVIS vermerkt.  
408 • Neben den Angaben „weiblich“, „männlich“ und keines kann als vierte Möglichkeit  
409 „anderes“ angegeben werden.  
410 • Es werden die technischen Voraussetzungen geschaffen, dass der Geschlechtseintrag in  
411 der MAVIS einfach geändert werden kann.  
412 • Für die Geschäftsstellen der Partei wird ein Leitfaden zum Umgang mit Trans\*menschen  
413 in der Partei bereitgestellt.  
414 • In der Verbandsschule findet eine Sensibilisierung statt (bspw. bei  
415 Teamer\*innenschulungen, Fortbildungen, beim Juso-Politdiplom, Traineeprogrammen  
416 etc.)

417

418 Auch die Geschlechterquote (Frauenquote bei den Jusos) bei der Besetzung von Delegationen,  
419 Ämtern und Mandaten wirkt sich auf Trans\*menschen in der SPD aus. Die Quote ist und bleibt  
420 ein notwendiges und gewichtiges Förderinstrument. Sie soll bewirken, dass in der Partei auf  
421 Grund ihres Geschlechts Benachteiligte ihrer gesellschaftlichen Repräsentation entsprechend in  
422 der Partei beteiligt werden. Damit unterstützt die Quote Frauen. Für Trans\*personen birgt diese  
423 jedoch Schwierigkeiten: So kann das Outing als (Trans\*)Mann den Verlust des  
424 Förderinstruments Quote bedeuten, ohne dass geschlechtliche Benachteiligung abnimmt.  
425 (Trans\*)Frauen müssen sich teilweise mit dem Stigma auseinandersetzen, dass sie lediglich  
426 von der Quote „profitieren“ wollten. Nicht alle Trans\*personen trauen sich ein Outing in der SPD  
427 zu, trotzdem empfinden einige die regelmäßige Zuordnung zu dem Geschlecht, dem sie bei  
428 Geburt zugeordnet wurden, als belastend. Trans\*gender, deren Identität weder explizit männlich  
429 noch weiblich ist, werden von der Quote faktisch nicht erfasst. Es bedarf daher praktikabler  
430 Lösungen, die den Belangen von Trans\*personen entgegen kommen, ohne dass die  
431 Geschlechterquote aufhört, Frauen in der SPD zu fördern wie bislang. Gleichzeitig ist klar, dass  
432 jene praktikable Lösungen nicht cis-Männern (Männer, die sich als männlich fühlen und deren  
433 Leib von sich und anderen als männlich zugeordnet wird / „cis“ ist das Gegenteil von „trans“\*)  
434 offen stehen dürfen. Doch ein leichtfertiger Umgang mit Trans\*Outings Aufgrund ist  
435 unwahrscheinlich wegen der zu erwartenden sozialen Folgen, denn auch innerhalb der Partei ist  
436 Trans\*sein nachwievor stigmatisiert.

437

438 Wir fordern:

439

- 440 • Die Geschlechterquote (bei den Jusos die Frauenquote) ist und bleibt ein notwendiges  
441 Förderinstrument für Frauen in der Partei. Die Instrumente und Ressourcen zur  
442 Frauenförderung bleiben selbstverständlich bestehen.
- 443 • Ein Bekenntniszwang zum Trans\*sein besteht nicht.
- 444 • Es wird unter diesen Prämissen nach praktikablen Lösungen gesucht für den Umgang mit  
445 Trans\*personen in Bezug auf die Geschlechterquote. An der Lösungssuche werden  
446 Trans\*menschen beteiligt.
- 447 • Trans\*menschen behalten bzw. erhalten das Wahlrecht, ob sie als Männer\* oder Frauen\*  
448 „gezählt“ werden wollen (mindestens bis eine andere Lösung gefunden ist).

449

450 Ähnlich gestaltet sich die Frage nach dem Zugang zur Arbeitsgemeinschaft  
451 Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und für Frauennetzungen. Transfrauen schlägt häufig  
452 der Vorwurf entgegen, dass in Schutzräumen wie der ASF „Männer“ nicht erwünscht seien;  
453 Gleichzeitig kann es passieren, dass cis-Frauen (Frauen, die sich als weiblich fühlen und deren  
454 Leib von sich und anderen als weiblich zugeordnet wird / „cis“ ist das Gegenteil von „trans“\*) die  
455 Schutzraumfunktion als eingeschränkt empfinden. Da Trans\*frauen aber keine „Männer“ sind,  
456 sondern Frauen, die diesen Schutzraum gleichermaßen benötigen, bedarf es kontinuierlicher  
457 Aufklärungsarbeit. Nötigenfalls müssen in Ausnahmefällen All-Gender- und cis-Frauen-  
458 Schutzräume getrennt angeboten werden.

459

460 Wir fordern:

461

- 462 • Über ein Wahlrecht für Trans\*personen über die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft  
463 Sozialdemokratischer Frauen entscheidet die ASF. Wir setzen uns gemeinsam mit  
464 Transmenschen für eine Umsetzung in der ASF ein.
- 465 • Schutzräume müssen so konzipiert sein, dass sie allen von sexistischen Strukturen  
466 Betroffenen den notwendigen Schutz geben. Dabei ist es selbstverständlich, dass diese  
467 Räume cis-Männern nicht offen stehen, auch nicht zeitweise. Es ist wichtig, Räume für

468 Trans\*personen zu schaffen und zu öffnen. So können bei Bedarf autonome  
469 Frauenzusammenhänge von cis-Frauen für Trans\*personen zugänglich gemacht werden.  
470 In keinem Fall dürfen sich jedoch Frauen, egal ob cis oder trans\*, in den eigenen  
471 Rückzugs- und Schutzräumen unwohl oder beeinträchtigt fühlen.

- 472 • Zusätzlich zu trans\*inklusiven Frauen\*räumen sollte Trans\*menschen innerhalb von  
473 queeren Gruppen und im allgemeinen die Zeit und der Raum gegeben werden sich zu  
474 organisieren. Bei den Jusos werden daher Möglichkeiten geschaffen, trans\*idente  
475 Mitglieder bundesweit miteinander zu vernetzen. (Dabei muss es sich nicht um autonome  
476 Räume handeln.) Dies kann im Rahmen von bundesweiten Seminaren, Projekten u.ä.  
477 geschehen.
- 478 • Autonome Räume und ihre Statements müssen stets Ernst genommen werden.  
479

480 Ungelöst bleibt nachwievor die „Toilettenfrage“. Es gibt den Wunsch vieler Frauen, dass es nicht  
481 ausschließlich geschlechtsneutrale Toiletten geben darf. In der herkömmlichen Aufteilung in  
482 Frauen- und Männertoiletten finden Trans\*menschen zunächst keine Berücksichtigung. Viele  
483 Trans\*personen wünschen sich jedoch klare Hinweise darauf, auf welcher Toilette sie  
484 willkommen sind.

485

486 Wir fordern:

487

- 488 • Toiletten für Männer und Frauen bleiben auf unseren Veranstaltungen bestehen.
- 489 • Bei Großveranstaltungen soll es immer eine „dritte“, geschlechtsneutrale Toilette geben,  
490 sofern es die Räumlichkeiten hergeben; sie kann sich auch in einem anderen Stockwerk  
491 befinden, muss aber barrierefrei zugänglich sein.
- 492 • In allen anderen Fällen werden an einer oder beiden Toilette(n) ein Zettel angebracht, der  
493 Trans\*menschen (und ggf. andere) dort willkommen heißt (z.B. „+ Trans\*“)
- 494 • Es wird angeregt, dass im Berliner Willy-Brandt-Haus eine geschlechtsneutrale Toilette  
495 (unabhängig von allen weiteren) eingeführt wird.

496  
497  
498  
499  
500  
501  
502  
503  
504  
505  
506  
507  
508  
509  
510  
511  
512  
513  
514  
515  
516  
517  
518  
519  
520  
521  
522  
523  
524  
525  
526  
527



39 jetzt viele Kinder, aus den verschiedensten Gründen, nicht mit beiden Elternteilen aufwachsen.  
40 Hier gilt für Heterosexuelle wie auch Homosexuelle, dass nicht die (hetero)sexuelle Orientierung  
41 aus Menschen gute Eltern macht, sondern allein die Liebe zum und die Fürsorge fürs Kind!  
42 Deshalb fordern wir endlich das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare  
43 einzuführen. Gleichzeitig muss auch das Elterngeld auf homosexuelle Paare ausgeweitet  
44 werden.

45

46 Auch vielen gemischtgeschlechtlichen Paaren bleibt es bisher verwehrt ein Kind zu bekommen.  
47 Wir wollen daher die Ausweitung der finanziellen Förderung der Reproduktionsmedizin für alle  
48 Paare.

49

## 50 **Sensibilisierung für gesellschaftliche Realitäten**

51

52 Für viele Menschen ist eine inklusive Gesellschaft ungewohnt. In unserem von Separation  
53 geprägten Miteinander ist es daher von fundamentaler Bedeutung, dass alle Menschen für die  
54 "neuen" gesellschaftlichen Realitäten und die Selbstverständlichkeit von öffentlichen  
55 Homosexuellen Partnerschaften und vielfältige Lebensrealitäten sensibilisiert werden.

56

57 Insbesondere ErzieherInnen, LehrerInnen und allen anderen Tätigen im Bildungswesen sind  
58 dabei gefordert unsere Kinder zur Toleranz zu erziehen. Aber z.B. auch Altenpflegepersonal  
59 muss über die Bedürfnisse von Transgendern, Transsexuellen, Inter-Personen und  
60 Homosexuellen Menschen Bescheid wissen und die persönliche Freiheit auch im Alter wahren.

61

## 62 **Familienformen außerhalb von Paarbeziehungen nicht benachteiligen**

63

64 Stärker noch als bei homosexuellen Paaren ist die die Akzeptanz von (Liebes-)Beziehungen  
65 von mehr als zwei Personen zueinander (Polyamorie) bisher kaum spürbar thematisiert. Viele  
66 Menschen empfinden es als "unmoralisch" mehr als eine Person zu lieben. Wir Jusos sagen:  
67 Wenn erwachsene Menschen untereinander regeln, dass Sie eine Beziehung mit mehr als zwei  
68 Personen eingehen, dann ist das ihr Recht. Auch hier gilt unser Grundsatz, dass wir Menschen  
69 dabei unterstützen wollen füreinander einzustehen, wenn sie es wollen.

70

71 Neben polyamoren Beziehungen gibt es auch Menschen, die keine Liebesbeziehung  
72 zueinander unterhalten, sich aber dennoch als Familie sehen. Das können die besten  
73 FreundInnen sein oder auch eine ältere Dame und eine junge Frau, die sich gegenseitig  
74 unterstützen. Wir können und wollen nicht definieren, was Familie ist. Daher wollen wir  
75 Konzepte entwickeln, die auch all diesen Menschen ermöglichen, im Alltag wie im Ernstfall,  
76 füreinander Verantwortung zu übernehmen und Familien zu sein. Eine Möglichkeit könnte eine  
77 Art Familienvertrag sein, in dem die gegenseitigen Pflichten niedergelegt sind. Innerhalb  
78 unseres Verbandes möchten wir uns über Möglichkeiten der Förderung verschiedener  
79 Familienformen austauschen und damit Antworten auf die Lebensrealitäten vieler Menschen  
80 geben.

81

82 Menschen sind individuell. Daher müssen sie unterstützt werden, ihre individuellen  
83 Lebensentwürfe zu verwirklichen. Wir Jusos stehen an der Seite aller, die sich von  
84 gesellschaftlichen Konventionen lösen wollen und fordern eine moderne und gerechte  
85 Familienpolitik für alle Menschen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der die Diversität von  
86 Menschen eine Selbstverständlichkeit ist. Unsere Vorschläge sind daher ein erster Schritt dazu  
87 diese Diversität anzuerkennen.

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

**Titel** Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen

**Antragsteller** Sachsen-Anhalt

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen

- 1 Wir Jusos fordern, dass Levonorgestrel in Deutschland rezeptfrei erhältlich sein sollen. Statt der
- 2 Verschreibungspflicht soll die Apothekenpflicht gelten.
- 3
- 4 Außerdem sollen Apotheker\_innen im Rahmen des Selbstbedienungsverbots für
- 5 apothekenpflichtige Medikamente dazu verpflichtet werden, über die Risiken und
- 6 Nebenwirkungen sowie über medizinische Alternativen aufzuklären und eine nachträgliche
- 7 Untersuchung bei einem Gynäkologen bzw. einer Gynäkologin empfehlen. Der/die das
- 8 Medikament aushändigende Apotheker\_in hat dabei seinen/ihren allgemeinen
- 9 Aufklärungspflichten bezüglich Risiken und Nebenwirkungen nachzukommen.
- 10 Neben der Forderung danach, postkoitale hormonelle Verhütungsmittel von der Rezeptpflicht zu
- 11 befreien, ist Aufklärung über die Wichtigkeit von Safer Sex als einziges Mittel zur Verhütung von
- 12 Geschlechtskrankheiten essenziell.

13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40

# G

## Generationen, Rente, Soziales & Gesundheit

G 1	Nordrhein-Westfalen Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik	95
G 3	Weser-Ems Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten	98

**Titel** Impfschutz steigern, Kinder und Kranke  
schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle  
Gesundheitspolitik

**Antragsteller** Nordrhein-Westfalen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik

- 1 Der vorsorgende Politikansatz durchzieht als roter Faden all unsere Politikfelder. Vorsorgende  
2 Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Kommunen und vieles mehr, um die Zahl der Menschen,  
3 die nachsorgende Systeme nutzen müssen zu verringern. Das ist unser politischer Ansatz und  
4 dafür erhalten Jusos und SPD große Zustimmung in der Bevölkerung. Der Satz „Kein Kind  
5 zurücklassen“ steht exemplarisch dafür. Wir werden diesen Politikansatz in allen Bereichen  
6 fortsetzen und wollen speziell dafür sorgen, dass die Schwächeren in der Gesellschaft davon  
7 profitieren.  
8
- 9 In der Gesundheitspolitik ist das nicht anders: Prävention statt Reaktion und Nachsorge sind  
10 wichtig, um Menschenleben zu retten, Krankheiten einzudämmen und letztlich auch Kosten zu  
11 sparen. Diese Strategie hilft speziell den Menschen, für die eine kostspielige Behandlung durch  
12 sie selbst oder ihre Kassen nicht bezahlbar ist. Denn die Folgen einer teuren und  
13 nachsorgenden Medizin sind gerade für diese Menschen dramatisch, was gesellschaftlich zu  
14 massiv ungleichen Chancen, ausgehend vom Einkommen führt. Vor kurzem erst hat eine Studie  
15 des renommierten Max-Planck-Institutes herausgefunden, dass die Lebenserwartung ärmerer  
16 Menschen in der Bundesrepublik im Schnitt fünf Jahre kürzer ist, als die anderer Gruppen. Bei  
17 einer ähnlichen Studie Mitte der 90er Jahre, war der Unterschied mit ungefähr drei Jahren noch  
18 deutlich geringer. Die Schere zwischen Arm und Reich geht also auch hier weiter auseinander,  
19 was wir für einen absolut unhaltbaren Zustand halten. Prävention im Gesundheitsbereich ist  
20 also auch eine wichtige Gerechtigkeitsfrage und ebenso wichtig wie eine umfassende  
21 Krankenversorgung und wie die Positionierung in anderen Bereichen, wie Arbeitsmarkt- und  
22 Sozialpolitik. Alle diese Themen sind Kernbereiche sozialdemokratischer Politik.  
23
- 24 Prävention darf sich aber nicht nur durch den Bereich der Vorsorgeuntersuchungen ziehen,  
25 sondern bedeutet speziell auch einen guten und umfassenden Schutz der Bevölkerung vor  
26 vermeidbaren Krankheiten, beispielsweise als umfassender Impfschutz für die Bevölkerung.  
27 Durch verschiedene Impfprogramme konnten gefährliche Krankheiten bereits deutlich  
28 eingedämmt oder sogar ausgerottet werden. Doch nach wie vor gibt es Krankheiten, welche die  
29 Bevölkerung stark gefährden, wenn es nicht einen umfassenden Impfschutz gibt. Dazu zählen  
30 beispielsweise Polio und vor allem Masern, aber auch scheinbar „harmlosere“ Beispiele, wie die  
31 jährlich grassierende Influenza. Wenn der Impfschutz in der Bevölkerung abnimmt drohen  
32 gefährliche Epidemien oder sogar Pandemien. Bei allen Krankheiten sind dann zuerst junge,  
33 alte, bereits erkrankte Menschen betroffen.  
34
- 35 Die Abdeckung von Impfungen in der Bevölkerung lässt deutlich nach. Das liegt daran, dass es  
36 einige ausgemachte ImpfgegnerInnen gibt, die sich beispielsweise über das Internet  
37 organisieren. Gerade in (West-) Deutschland gibt es ein hohes Potential an moderaten bis

38 radikalen ImpfgegnerInnen. Sie sind in der Regel hoch gebildet, eigentlich gutmeinend, oft  
39 wohlhabend und weitestgehend im bürgerlichen Milieu verortet. Leider geht aber auch eine  
40 antiwissenschaftliche und faktennegierende Haltung damit einher. Mit wissenschaftlich  
41 unhaltbaren Schreckensgeschichten versuchen sie zu begründen, warum sie sich selbst und  
42 ihre Kinder nicht impfen lassen und anderen von Impfungen abraten. Dabei ist klar, dass es  
43 zwar bei Impfungen – wie bei jedem Medikament – zu Nebenwirkungen kommen kann, doch  
44 sind diese klar erfasst und treten statistisch betrachtet sehr selten auf. Der Nutzen von  
45 Impfungen, sowohl persönlich, wie auch gesellschaftlich überragt die Gefahr durch  
46 Nebenwirkungen sehr deutlich. Dennoch muss dafür Sorge getragen werden, dass die  
47 Bevölkerung über sämtliche Nebenwirkungen, sowie über “Zwei-Klassen”-Impfstoffe aufgeklärt  
48 werden.

49

50 Es ist also problematisch, wenn in bestimmten Situationen eine nachgewiesene wirksame und  
51 notwendige Therapie oder Vorsorge (wie Impfung) nicht erfolgt – zum objektivierbaren Schaden  
52 der einzelnen betroffenen PatientInnen. Fahrlässig, gefährlich und unsozial wird es aber vor  
53 allem dann, wenn durch Nichtimpfen von (beispielsweise) Kindern die Ausbreitung von  
54 Krankheitserregern nicht gestoppt werden kann und andere Kinder (bis hin zum Tode) gefährdet  
55 werden, die beispielsweise noch nicht, oder wegen anderen Krankheiten nicht geimpft werden  
56 können. Diesem gefährdenden und unsozialen Verhalten muss entgegengewirkt werden, damit  
57 Pandemien verhindert werden. Zudem müssen Menschen, denen ein eigener Impfschutz nicht  
58 möglich ist, weil sie beispielsweise zu jung sind für eine Impfung, oder aufgrund von  
59 Immundefekten besonders anfällig für Krankheiten sind, beziehungsweise eine nachgewiesene  
60 Unverträglichkeit haben, trotzdem geschützt werden. Zudem gibt es Gruppen, die bedingt durch  
61 ihr Alter oder eine Erkrankung ebenfalls dadurch in Gefahr geraten, dass sich gesunde  
62 Menschen nicht impfen lassen. So müssen dann die schwächeren oder anfälligeren in der  
63 Gesellschaft die Folgen derjenigen tragen, die aus scheinbarem und fälschlichem  
64 Eigeninteresse auf einen Impfschutz verzichtet haben.

65

66 Andere Länder sind in punkto Impfschutz dabei deutlich weiter voran gekommen; so gab es  
67 beispielsweise 2006 die Situation, dass südamerikanische Länder eine Reisewarnung für  
68 Deutschland herausgaben, weil es hier rund 1200 Fälle von Masernerkrankungen im westlichen  
69 Ruhrgebiet gab. Der Grund für diesen Ausbruch ist vor allem darin zu suchen, dass die  
70 Impfabdeckung in der Bevölkerung nicht mehr flächendeckend genug ist, um einen Ausbruch  
71 und eine Verbreitung zu verhindern. Die Gefahr für ähnliche oder auch noch deutlich  
72 dramatischere Ausbrüche von Masern oder anderen Erkrankungen steigt stetig und die Folge  
73 könnten viele tote Menschen sein. Zudem ist Deutschland durch den nicht flächendeckenden  
74 Impfschutz ein großes Teil des Problems, wenn es um die globale Eradikation von  
75 Infektionskrankheiten geht. Bei der Bekämpfung von Masern sind beispielsweise nicht die  
76 südamerikanischen oder afrikanischen Staaten das Problem, welche die Eradikation der  
77 Krankheit verhindern, sondern maßgeblich Deutschland, die französische Schweiz und  
78 Frankreich.

79

80 Um den Impfschutz und weitere präventive Maßnahmen, sowie die Früherkennung und  
81 Bekämpfung von Epidemien und Seuchen zu verbessern muss sich perspektivisch auch mit der  
82 föderalen Zuständigkeit in diesen Bereichen, sowie der Zusammenarbeit auf europäischer  
83 Ebene befasst werden. Denn die unterschiedlichen Regelungen in unterschiedlichen  
84 Bundesländern und europäischen Staaten sorgen dafür, dass man im Zweifelsfall einem  
85 Krankheitsausbruch immer einen Schritt hinterher ist, denn schließlich machen  
86 Krankheitserreger nicht vor Grenzen halt. Doch diesen „großen Wurf“ kann dieser Antrag nicht  
87 leisten, damit soll sich in weiteren Papieren beschäftigt werden.

88

89 Wir benötigen im Bereich des Impfschutzes neue Regelungen, mit jedem Tag steigt die  
90 Wahrscheinlichkeit, dass eine Krankheit dadurch ausgelöst wird, dass sie sich durch fehlenden  
91 Impfschutz in der Bevölkerung schneller verbreiten kann. Deshalb setzen wir uns für einen  
92 umfassenden Schutz der Menschen ein. Aber wie können wir diesen erreichen? Eine  
93 umfassende Impfpflicht in breiten Teilen der Bevölkerung wird immer wieder diskutiert, diese  
94 ergibt aber nur für bestimmte Krankheitserreger Sinn.

95

96 Aber die Impfaufklärung muss deutlich ausgebaut werden. Durch Ärzte, in KiTas und  
97 Grundschulen muss umfassend für nötige und sinnvolle Impfungen geworben werden, damit  
98 junge Eltern, MitarbeiterInnen bestimmter Branchen und letztlich die gesamte Gesellschaft von

99 den Vorteilen notwendiger Impfungen überzeugt werden.  
100  
101 Zudem gab es früher an vielen Orten so genannte „Impfmobile“, die an verschiedenen  
102 neuralgischen Punkten Impfungen und Impfaufklärung angeboten haben. Diese Mobile wurden  
103 und werden aber zunehmend abgeschafft, was falsch ist und mittelfristig auch kein Geld spart,  
104 sondern zusätzliche Kosten aufwirft. Daher plädieren wir für die Fortführung und Verbeiterung  
105 des Angebotes der Impfmobile.  
106  
107 Außerdem muss es breit angelegte Impfkampagnen und Impfwerbung geben, welche  
108 unabhängig von Pharmakonzernen erfolgen müssen, um die Prävention in der Bundesrepublik  
109 zu verbessern. Ähnlich wie dies beispielsweise durch das Robert-Koch-Institut im  
110 Zusammenhang mit dem Waschen und Desinfizieren der Hände, um die Verbreitung von  
111 Krankheiten einzudämmen, passiert ist, brauchen wir auch beim Thema Impfungen breit  
112 angelegte Aufklärungskampagnen. Hierfür wären auch die Bundeszentrale für gesundheitliche  
113 Aufklärung (BZgA), sowie das Robert-Koch-Institut sinnvolle Träger.  
114  
115 Bestimmten Erregern (derzeit beispielsweise Masern) muss darüber hinaus offensiv  
116 entgegengewirkt werden. Dies wird dadurch erreicht, dass bestimmte Arbeits- und  
117 Risikogruppen breit geimpft werden, damit andere schutz- und pflegebedürftige Menschen  
118 (Kinder, Alte, Kranke) nicht gefährdet werden. Bestimmte Impfungen müssen beispielsweise bei  
119 Kindergartenkindern, Schulkindern, ErzieherInnen, ÄrztInnen, Kranken- und Pflegepersonal  
120 vorgenommen werden. Der wirkende Impfschutz soll dabei Voraussetzung sein die  
121 entsprechenden, für Krankheitsausbrüche besonders markanten Einrichtungen (KiTas, Schulen,  
122 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, etc.) dauerhaft besuchen zu können.  
123  
124  
125 Alle sinnvollen Impfungen, auch die jährliche Influenzaimpfung, Schutzimpfungen vor tropischen  
126 Krankheiten für Reisende etc., müssen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkasse  
127 aufgenommen werden. Es ist nicht vertretbar, dass ein umfassend präventiver Impfschutz hier  
128 vom Portemonnaie des/der Einzelnen abhängt.  
129 Wir fordern die Bundesregierung und Landesregierungen, sowie die GesundheitsministerInnen  
130 auf, die oben genannten Maßnahmen umzusetzen und sich dafür einzusetzen, dass es  
131 bundesweit ein besseres präventives Gesundheitswesen, eine bessere Früherkennung und  
132 umfassende Maßnahmen für einen besseren Impfschutz gibt.  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159

**Titel** Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten

**Antragsteller** Weser-Ems

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten

1 Günstiger Wohnraum ist in Deutschland seit einigen Jahren -besonders in Ballungszentren-  
2 knapp geworden. Dies führt zu einem gesellschaftlichen Problem, das nicht nur Menschen  
3 unterhalb der Armutsgrenze, sondern auch Studierende, SozialhilfeempfängerInnen und  
4 Seniorinnen und Senioren belastet. Wir Jusos müssen uns dafür einsetzen, dass günstiger  
5 Wohnraum bestehen und Wohnraum bezahlbar bleibt.

6

7 **Wir fordern:**

8

- 9 • Der Bund muss die jährlichen Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung  
10 bis 2019 fortführen und diese finanziell besser ausstatten. Diese Städtebauförderung soll  
11 unter dem Programm „Soziale Stadt“ verstärkt und verlässlich fortgeführt werden.
- 12 • Einen Investitionspakt für die Kommunen, der gemeinsam mit den Ländern beschlossen  
13 wird.
- 14 • Kommunen, die keinen „Eigenanteilfond“ finanziell leisten können, bekommen die  
15 Möglichkeit Bundesförderungen zu nutzen.
- 16 • Bei Neuvermietungen darf die Miete nicht mehr als 5 Prozent über der ortsüblichen  
17 Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 10  
18 Prozent in einem 5-Jahres-Zeitraum begrenzt werden.
- 19 • VermieterInnen dürfen bei Sanierungen max. 5 Prozent der Kosten pro Jahr auf die  
20 MieterInnen umlegen- Der Bund soll effiziente Maßnahmen zur Sanierung finanziell  
21 unterstützen, um MieterInnen vor Kostenexplosionen zu schützen.
- 22 • Wir fordern das BestellerInnen-Prinzip einzuführen. Wenn WohnungseigentümerInnen  
23 eine/n MarklerIn bestellen, müssen sie ihn auch bezahlen. Damit ist eine Änderung im  
24 Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung (WoVermRG) nötig.
- 25 • Ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnungsgenossenschaften, die bevorzugt  
26 behandelt werden sollen. Dabei soll die CO2-Gebäude- und die energetische Sanierung  
27 so ausgerichtet werden, dass dies möglichst vielen MieterInnen zugutekommt.
- 28 • Wohnungsgenossenschaften erstellen gemeinsam mit den Kommunen ein  
29 „Mietenbündnis“, setzen sich für Mietbegrenzungen ein und festigen dies im deutschen  
30 Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG).
- 31 • Wohnngenossenschaften, geben ihr Ziel hoher Erträge auf und stellen die erwirtschafteten  
32 Erträge für neue Wohnungen/ kostengünstigere Wohnungen bereit.
- 33 • Keine spekulativ geplanten Leerstände mehr! Bei Objekten, die mehr als zwei Jahre leer  
34 stehen, geht das Nutzungsrecht an die Kommune über.
- 35 • Die Einführung von gesetzlichen Mietspiegeln, welche von öffentlichen Trägern erhoben  
36 werden, damit ein Mindestmaß an Transparenz auf dem Immobilienmarkt herrscht.
- 37 • Die Einführung der Fehlbelegungsabgabe mit Ausnahmeregelungen für Quartiere mit  
38 besonderem Entwicklungsbedarf, um den Kommunen die Gegenfinanzierung zu

39 erleichtern.

40

## 41 **Menschen mit geringen Einkommen / Transfereinkommen**

42

43 Menschen mit geringen Einkommen und/oder Transfereinkommen sind besonders von dieser  
44 Situation betroffen! Durch höhere Mieten können sich viele Menschen den Wohnraum in ihrem  
45 gewohnten Umfeld nicht mehr leisten, obwohl ihre Mieten übernommen werden. Menschen, die  
46 aufgrund von Betriebskündigungen ihre Arbeit verloren haben, werden genötigt ihre Wohnung  
47 zu verlassen, weil sie als „nicht mehr angemessenen“ bewertet wird.

48

49 Daher fordern wir:

50

- 51 • Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird wieder eingeführt und darf nicht als
- 52 Einkommen angerechnet werden. Ein Sozialtarif für den Grundverbrauch von Gas und
- 53 Strom wird eingeführt.
- 54 • Das Mietkonzept für ALG 2 Empfängern wird erneuert, damit der tatsächliche Bedarf für
- 55 die „Kosten der Unterkunft“ bemessen werden kann.
- 56 • Menschen, die mit einem Transfereinkommen die Übernahme der realen Miete durch das
- 57 Jobcenter erhalten und daher die Streichung der Satzungsermächtigung und
- 58 insbesondere der Pauschalierungsoption.

59

## 60 **Studium**

61

62 Für viele Studierende ist die Wohnungssuche ein Alptraum. Die Wohnungen im Studentenwerk  
63 sind schnell vergriffen und auch die Plätze in Wohngemeinschaften sind knapp und schnell  
64 belegt. Gerade junge Menschen, die für ein Studium in eine andere Stadt ziehen, sind  
65 besonders von begrenztem Wohnangebot betroffen.

66

67 **Daher fordern wir:**

68

- 69 • Die Studentenwerke müssen mehr Kapazitäten für kostengünstigen Wohnraum schaffen.
- 70 Dabei sollen die Hochschulen verstärkt auf Bundesförderungsmittel zugreifen können. Der
- 71 Wohnheimbau im Rahmen eines Hochschulpaktes 2020 soll durch ein Bund-Länder-
- 72 Programm finanziert werden.
- 73 • Eine forcierte Konversionspolitik. Durch die Nutzung alter Kasernen und ähnlicher Objekte
- 74 kann kostengünstiger Wohnraum geschaffen werden.
- 75 • Die Mieten für Wohnheimplätze bundesweit sind gleichbleibend niedrig zu halten. Dazu
- 76 verpflichten sich die Studierendenwerke.
- 77 • dass die Hochschulen gemeinsam mit den Kommunen Städtekonzepte entwerfen, wie
- 78 günstiger Wohnraum für junge Menschen geschaffen werden kann.
- 79 • Studierende sollen die Möglichkeit eines Heizkostenzuschusses erhalten.

80

## 81 **Ausbildung**

82

83 Junge Menschen, die eine Ausbildung absolvieren und durch ihre Erwerbsarbeit einen wichtigen  
84 Beitrag in unserer Gesellschaft leisten, sollen die Möglichkeit bekommen einen eigenen  
85 Haushalt führen zu können– und damit ein selbstbestimmtes Leben.

86

87 **Daher fordern wir:**

88

- 89 • Baugenossenschaften sollen für Auszubildende Wohnraum anbieten, der kostengünstig
- 90 und für die Auszubildende nachhaltig bezahlbar ist. Dabei soll der
- 91 Wohnberechtigungsschein (WBS) für die öffentlichen subventionierten Wohnungen
- 92 ausgeweitet werden.
- 93 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gilt für alle Auszubildende, die sich entscheiden
- 94 einen eigenen Haushalt zu führen. Diese Jugendlichen erhalten einen Anspruch auf den
- 95 Wohnberechtigungsschein (WBS).
- 96 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) steigt auf das gleiche Niveau wie das Bafög.
- 97 • Auszubildende sollen die Möglichkeit eines Heizkostenzuschusses erhalten.
- 98 • Bund und Länder sollen zur Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum und einer
- 99 ausreichenden sozialen Infrastruktur für Auszubildende die Gründung und den Betrieb von

100 Auszubildendenwerken finanziell unterstützen.

101

## 102 **RentnerInnen**

103

104 Viele Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sind von Altersarmut gefährdet und fühlen sich  
105 nicht mehr in der Lage, dauerhaft die Miete zu bezahlen. Wir Jusos vertreten die Ansicht, dass  
106 Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben sollen.

107

### 108 **Daher fordern wir:**

109

- 110 • Zuschüsse für einen altersgerechten Umbau von Wohnungen. Dabei sollen die
- 111 Zuschüsse der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für den Abbau von Barrieren bei
- 112 Wohnungen wieder eingeführt werden.
- 113 • Menschen mit einer Pflegestufe erhalten die Möglichkeit, weiterhin in ihren vertrauten
- 114 Wohnumfeld zu bleiben. Dies muss bis ins hohe Alter und mindestens bis zur Pflegestufe
- 115 2 garantiert werden.
- 116 • Für durch Altersarmut betroffene RentnerInnen wird ein Recht auf einen Sozialtarif für den
- 117 Grundverbrauch von Gas und Strom gestaltet.

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

# Bundeskongress, 6.-8.12.2013

## N

### Netzpolitik, Datenschutz, Inneres & Justiz

N 1	Bayern Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen	102
N 2	Berlin Konsequenzen aus dem NSA-Skandal	108
N 6	Sachsen Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten	112

**Titel** Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

**Antragsteller** Bayern

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

1 Auch wenn fast eineinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen  
2 Untergrunds“ noch viele Fragen offen sind, zeichnen die bisher bekanntgewordenen Fakten ein  
3 verheerendes Bild der Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere der  
4 Verfassungsschutzbehörden. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse und -kommissionen,  
5 Medienberichte und die Recherchen antifaschistischer Initiativen zeigen klar, dass es sich  
6 hierbei nicht um eine unglückliche Verkettung von Zufällen/individuellem Versagen Einzelner  
7 handelt, sondern dass die Probleme tiefer, in der Struktur und der ideologischen  
8 Grundausrichtung der Sicherheitsbehörden liegen.

9

10 Auch wenn die schonungslose Aufarbeitung zum „Staatsversagen“ (Angela Merkel) noch nicht  
11 abgeschlossen sind, ist ein Punkt doch schon klar: Ein „weiter so“ darf es nicht geben und eine  
12 Belohnung der Sicherheitsbehörden mit zusätzlichen Befugnissen und Zuständigkeiten wäre  
13 eine grundlegend falsche Antwort.

14

15 Hier muss zuerst eine umfassende und kritische Analyse und Aufarbeitung erfolgen, um  
16 nüchtern bewerten zu können, mit welchen Bedrohungslagen für unsere Gesellschaft in Zukunft  
17 zu rechnen ist und welche Behörden oder Institutionen mit welchen Methoden dafür einen guten  
18 Schutz bieten könnten.

19

20 Die Verfassungsschutzämter jedenfalls haben eindeutig ihre Unfähigkeit bewiesen, den hohen  
21 und auch selbstgestellten Ansprüchen als „Frühwarnsystem“ gerecht zu werden und sollten  
22 daher grundlegend zur Disposition gestellt werden. Bei der öffentlichen Aufarbeitung des „NSU-  
23 Komplexes“ haben sich die Verfassungsschutzbehörden und oft auch die sie kontrollierenden  
24 Innenministerien bislang wenig kooperativ verhalten. Die Untersuchungsausschüsse und die  
25 Justiz sind mit Aktenvernichtungen, Verweigerung von (umfassenden) Aussagegenehmigungen,  
26 systematischen Erinnerungslücken, Schwärzung selbst geheim eingestufte Akten und der  
27 insgesamt mangelnden Bereitstellung von Informationen konfrontiert. Unter Verweis auf das  
28 „Staatswohl“ behindern sie die Aufklärung durch die Parlamente und legen so ein „autoritäres,  
29 vordemokratisches Staatsverständnis“ (Hajo Funke) an den Tag. Wenn die  
30 Verfassungsschutzbehörden ihren Selbsterhaltungstrieb über die von der Öffentlichkeit und den  
31 Parlamenten eingeforderte schonungslose Aufarbeitung stellen, werden sie zu einer  
32 Gefährdung für unsere Demokratie, dann haben sie ihre Existenzberechtigung endgültig  
33 verspielt.

34

### 35 **Die historische Legende**

36

37 Schon der Begriff „Verfassungsschutz“ ist irreführend, handelt es sich doch um eine  
38 euphemistische Bezeichnung für insgesamt 17 Inlandsgeheimdienste (16 Landes- und eine

39 Bundesbehörde), die sich als „Frühwarnsystem“ einer „wehrhaften Demokratie“ verstehen. Sie  
40 wurden mit Zustimmung der Alliierten mit einer klaren antikommunistischen Ausrichtung  
41 gegründet und boten auch vielen durch ihr Wirken in der NS-Zeit Vorbelasteten ein neues  
42 Betätigungsfeld. Aussagen über den Einfluss wesentlich in der Polizei des Nationalsozialismus  
43 geprägter Kriminalisten und Verfassungsschützer (es waren fast ausschließlich Männer) sind  
44 bisher nur vereinzelt möglich. Die wissenschaftliche „Aufarbeitung“ durch unabhängige  
45 Kommissionen hat gegenwärtig Konjunktur, sieht sich aber mit einer schwierigen Aktenlage und  
46 Konflikten auf Grund der in den Behörden selbst oft als „abgehakt“ empfundenen  
47 Frühgeschichte der Institutionen und damit einhergehender mangelnder Unterstützung  
48 konfrontiert. Nicht nur aus heutiger Sicht mutet es absurd an, dass als „Lehre aus Weimar“  
49 Institutionen zum Schutz der Demokratie geschaffen wurden, die maßgeblich von Funktionären  
50 der nationalsozialistischen Diktatur mitgeprägt wurden. Weniger verwundert es allerdings, dass  
51 diese Geheimdienste ein Geschichtsbild propagierten, das von der Totalitarismustheorie  
52 geprägt wurde: Die Weimarer Republik sei letztlich von ihren Gegnern links wie rechts, KPD wie  
53 NSDAP, gleichermaßen zu Fall gebracht worden. Die Kooperation breiter nationalkonservativer  
54 Kreise mit den Nazis, die letztlich erst deren Machtübernahme ermöglicht hatte, wurde  
55 zugunsten des antikommunistischen Konsenses des beginnenden Kalten Krieges, der vielen  
56 aus der alten Elite einen Neuanfang ermöglichte, verdrängt. So konnten dann auch wieder alte  
57 Nazis beruhigt gegen „kommunistische Umtriebe“ vorgehen.

58

59 Obwohl relativ wenig über die Arbeit der Verfassungsschutzämter in den letzten 60 Jahren  
60 bekannt ist, sorgten sie doch für eine Vielzahl an Skandalen, die von zahlreichen Stasi-  
61 Überläufern, der Bespitzelung kritischer JournalistInnen und PolitikerInnen,  
62 AtomkraftgegnerInnen über einen Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis in Celle („Aktion  
63 Feuerzauber“/Celler Loch) bis hin zur Verstrickung V-Leuten in schwere Straftaten reichte. Das  
64 Versagen dieser Behörden bei den Morden des NSU ist also nur der Höhepunkt einer langen  
65 Reihe von fragwürdigen Aktionen. Erst aufgrund des katastrophalen Ausmaßes dieser  
66 Mordserie findet nun endlich ein breiterer öffentlicher Diskurs über die Notwendigkeit und  
67 Unantastbarkeit der Geheimdienste statt, wie er von vielen BürgerrechtlerInnen schon lange  
68 eingefordert wurde.

69

#### 70 **Charakter eines Geheimdienstes**

71

72 Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen, die nach eigenen Angaben den Großteil  
73 ihrer Arbeit ausmacht, steht diesen Inlandsgeheimdiensten ein breites Spektrum an  
74 nachrichtendienstlichen Instrumenten (z.B. Abhör- und Überwachungsmaßnahmen, V-Leute,  
75 etc.) zur Verfügung. Zudem sind Informationen über ihre personelle Ausstattung, ihre  
76 finanziellen Ressourcen, ihre Strukturen und die Richtlinien, die ihre Arbeit prägen, der  
77 Öffentlichkeit nicht zugänglich.

78

79 Diese geheimen Methoden und Strukturen der Verfassungsschutzbehörden machen ihre  
80 demokratische Kontrolle praktisch unmöglich, da in der Praxis selbst den ParlamentarierInnen in  
81 den geheim tagenden Kontrollgremien Auskünfte und Akteneinsicht weitestgehend verwehrt  
82 bleiben. Eine Bewertung der Arbeit dieser Behörden ist daher praktisch nicht möglich und somit  
83 kann auch der Glaubensgrundsatz ihrer Notwendigkeit nicht angegriffen werden.

84

85 Die mangelnde Transparenz, die mangelhaften Kontrollmöglichkeiten und die stetige  
86 Wiederholung des Glaubenssatzes ihrer Notwendigkeit ermöglichte es diesen Behörden ein  
87 Eigenleben zu entwickeln, das oft sogar zu einer Konkurrenz mit anderen Sicherheitsbehörden  
88 führte. Daher wäre es auch nicht ausreichend, lediglich einzelne Beamte oder die  
89 Führungsriege auszutauschen, während die grundlegenden Strukturen unangetastet blieben.  
90 Auch für die Annahme, dass unter Aufsicht eines sozialdemokratisch geführten  
91 Innenministeriums die Situation grundlegend anders darstellen würde, sind keine Belege zu  
92 finden. Ebenso wenig überzeugend sind Überlegungen der SPD-Bundestagsfraktion zu einem  
93 Umzug der Geheimdienste nach Berlin, einem „Mentalitätswechsel“ mit besserer  
94 Öffentlichkeitsarbeit und die Verpflichtung zu einem verbesserten Informationsaustausch. Diese  
95 Schlussfolgerungen zeigen drastisch, dass die bisherige Analysetiefe nicht ausreichend ist.  
96 Diese minimalen Reformen wären lediglich Augenwischerei zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

97

98 **„V-Leute“**

99

100 In den Untersuchungsausschüssen und den Medien, kommen immer wieder BeamtInnen der  
101 Inlandsgeheimdienste und konservative PolitikerInnen zu Wort, die, behaupten dass ein  
102 Verzicht auf V-Leute nicht möglich ist. Wirkliche Argumente für V-Leute bzw. Belege für den  
103 Wert ihrer Arbeit bleiben diese „Sicherheits-“politikerInnen und „VerfassungsschützerInnen“  
104 schuldig, denn es handelt sich auch hierbei um einen Glaubensgrundsatz, der weder belegbar  
105 noch angreifbar ist .

106

107 Die Hintergründe der zahlreichen bislang im Umfeld des NSU bekannt gewordenen V-Leute, die  
108 das „Trio“ und seine UnterstützerInnen quasi umzingelten, legen den Verdacht nahe, dass die  
109 Bezahlung aktiver Nazis als V-Leute in der rechten Szene dem Kampf gegen die extreme  
110 Rechte mehr schadet, als sie ihm nützt. Für Informationen zweifelhafter Qualität wurde erhaltenen  
111 V-Leute Finanzmittel, Ausrüstung und Informationen, die es ihnen ermöglichten die rechte  
112 Netzwerke und Organisationen mit staatlichen Mitteln auf- und auszubauen. In einigen Fällen  
113 besteht der begründete Verdacht, dass die V-Leute sogar vor Strafverfolgung geschützt wurden.  
114 Dies legt die Vermutung nahe, dass die V-Leute das Prinzip wohl teilweise besser durchschaut  
115 haben als so einige BeamtInnen in den Geheimdiensten.

116

117 Der Einsatz von V-Leuten ist also grundsätzlich in Frage zu stellen und ebenso ist zu  
118 überprüfen, ob die Notwendigkeit und Erfolgsaussicht dieser Methode in anderen  
119 Sicherheitsbereichen nicht ebenfalls anzuzweifeln ist. Während der Einsatz von  
120 Abhörmaßnahmen eine richterliche Genehmigung erfordert ist, ist dies beim Einsatz von V-  
121 Leuten nicht der Fall. Grundsätzlich wäre eine umfassende unabhängige wissenschaftliche  
122 Evaluation der Instrumente der verdeckten Ermittlung dringend erforderlich.

123

#### 124 **Extremismustheorie/Diffamierung und Diskreditierung**

125

126 Die sogenannte „Extremismustheorie“ ist das dogmatische Leitbild der Inlandsgeheimdienste.  
127 Sie wird über dem Verfassungsschutz nahestehende WissenschaftlerInnen und die eigene  
128 Öffentlichkeitsarbeit offensiv nach „außen“ getragen. Mit dieser Unterstützung hielt diese  
129 wissenschaftlich äußerst umstrittene Theorie Einzug in gesellschaftliche Debatten. Sie prägt die  
130 Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes, der seine fachlichen Kenntnisse primär von den  
131 Inlandsgeheimdiensten bezieht, bestimmt die Förderrichtlinien staatlicher und staatlich-  
132 geförderter Programme gegen „Extremismus“ und findet Verbreitung in der politischen Bildung  
133 und sogar in Schulen. Innerhalb der staatlichen Behörden findet bisher kein kritischer Diskurs  
134 über diese Theorie statt, obwohl bis heute keine juristische Definition von „Extremismus“  
135 vorliegt. Lediglich einige engagierte WissenschaftlerInnen und Teile der Zivilgesellschaft  
136 versuchen mittlerweile vermehrt die Extremismustheorie zu kritisieren und alternative  
137 theoretische Ansätze anzubieten. Gegen die staatliche Dominanz ist hier allerdings schwer  
138 anzukommen. Ein neueres Element des Kampfes um Deutungshoheit ist die sogenannte  
139 „Extremismus-Klausel“, oder auch euphemistisch „Demokratieerklärung“, die staatliche  
140 Förderung letztlich davon abhängig macht, ob die geförderten Organisationen/Institutionen die  
141 Extremismustheorie teilen. Zustimmung wird mit Förderung belohnt, Ablehnung führt zum  
142 Entzug von finanzieller Förderung und somit oftmals zum Ende des Projekts. Die Debatte um  
143 die Extremismus-Klausel führte allerdings erstmals seit langem wieder zu einer breit geführten  
144 gesellschaftlichen Debatte um die Extremismustheorie.

145

146 Der Kampf um Deutungshoheit wird so weit geführt, dass zivilgesellschaftliche und  
147 antifaschistische Initiativen als „linksextrem“ diffamiert werden und sich als Konsequenz im  
148 Verfassungsschutzbericht wieder finden. Der Inlandsgeheimdienst besitzt hierbei eine große  
149 Macht und nutzt sie auch entsprechend, um seine eigene Position zu verteidigen. Nimmt man  
150 diesen Kampf gegen eine derartige „hoheitliche Verurteilung“ (Jürgen Seifert) auf sich, so  
151 steht man vor einer langwierigen und aufwändigen juristischen Auseinandersetzung. Dies zeigte  
152 sich in den letzten Jahren z.B. im Fall von a.i.d.a., der VVN/BdA, dem Publizisten Rolf Gössner,  
153 den JungdemokratInnen oder sogar der Partei Die Linke.

154

155 Dabei muss gerade den zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen zugestanden  
156 werden, dass sie trotz erheblich geringerer Ressourcen oftmals bessere Informationen und  
157 analytische Tiefe bei der Betrachtung neonazistischer Entwicklungen haben, als der  
158 Inlandsgeheimdienst. Sie tragen auch oft erheblich mehr zur Verteidigung demokratischer  
159 Grundwerte bei als die Sicherheitsbehörden, mit erheblich weniger Ressourcen und ohne den  
160 Rückgriff auf V-Leute oder nachrichtendienstliche Mittel. Dadurch wird die Deutungshoheit der

161 Sicherheitsbehörden direkt angegriffen und somit kommt es zu den beschriebenen  
162 Verteidigungs- und Diffamierungskampagnen, die oft den politischen „Segen“ der jeweiligen  
163 Innenministerien haben.

164

## 165 **Geheimdienste auf Expansionskurs**

166

167 Gerade nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die Zuständigkeiten insbesondere des  
168 bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz erheblich ausgeweitet und es kam zu einer  
169 Umverteilung von Personal innerhalb der Behörden. Die eigene Existenzberechtigung wurde  
170 aber trotz des Wegfalls des „klassischen Feindbildes“ ebenso wenig in Frage gestellt, wie die  
171 angewandten Methoden und ob eine neue Offenheit möglich wäre. Trotz der zeitweisen  
172 Umverteilung der Personalstärke in den Verfassungsschutzämtern vom Arbeitsbereich  
173 „Linksextremismus“ hin zu „Rechtsextremismus“, hat sich an der ideologischen Ausrichtung nie  
174 etwas geändert. Dies zeigte sich auch in der Zusammenlegung der Abteilungen für „Links“- und  
175 „Rechtsextremismus“ durch den damaligen Innenminister Schäuble zu einer gemeinsamen  
176 „Extremismus-Abteilung“. Selbst in SPD-regierten Bundesländern kommt es aber leider nicht zu  
177 einer Infragestellung der Extremismustheorie, nur die Umsetzung in der Praxis weicht dort in  
178 Nuancen ab.

179

180 Bei der Umverteilung des Personals vom Beobachtungsgegenstand „Linksextremismus“ hin zu  
181 „Rechtsextremismus“ hielt man zum einen an der ideologischen Ausrichtung, der  
182 Extremismustheorie, fest. Folglich kam es, sichtbar in den Verfassungsschutzberichten, zu  
183 einem „Aufrechnen“ der Gefahrenpotentiale und Straftaten, sogar die Seitenzahl wurde –  
184 gewollt oder zufällig – möglichst gleich gehalten. Zum anderen wurde das Personal lediglich  
185 umgeschichtet. Wer als vorher für die Erfassung „linksextremistischer“ Entwicklungen zuständig  
186 war, sollte dies nun im Bereich „Rechtsextremismus“ tun. Im Sinne der Extremismustheorie ist  
187 das nur naheliegend und konsequent, schließlich geht man in der praktischen Umsetzung  
188 dieser Theorie von einer Gleichartigkeit dieser Phänomene aus. Ob dies allerdings in der Praxis  
189 wirklich hilfreich war ist kritisch zu hinterfragen. Vielleicht erklärt das aber immer den Verweis  
190 auf eine nicht vorhandene „Braune Armee Fraktion“, die sich in Struktur und Auftreten (z.B.  
191 Bekennerschreiben) klar an der RAF orientierte. Andere Arten des Terrorismus waren diesen  
192 MitarbeiterInnen wohl gar nicht vorstellbar und somit wurden auch Konzepte wie Blood&Honour,  
193 Combat 18 und der „führerlose Widerstand“ nie umfänglich verstanden und analysiert. Dieser  
194 blinde Fleck in der Gefahrenanalyse ist Teil der Erklärung für das Versagen der Dienste bei der  
195 Aufklärung der neonazistische Mordserie des NSU.

196

197 Auch andere Beobachtungsbereiche wurden generiert, um die eigene Arbeit neu zu  
198 legitimieren. Besonders frappant ist dies bei der Beobachtung der Organisierten Kriminalität, ein  
199 Bereich, der vorher allein der Kriminalpolizei zugeordnet war, oder bei der Beobachtung von  
200 Scientology und der Abwehr von Wirtschaftsspionage. Das stetige Suchen nach neuen  
201 Feindbildern drückt sich in der Bewertung des sogenannten „Ausländerextremismus“ aus.  
202 Hierbei handelt es sich ebenso wie beim Feld des „Islamismus“ um einen nur sehr schwach  
203 definierten Beobachtungsbereich, der aber zu einer erheblichen Ausweitung der Aktivitäten der  
204 Dienste geführt hat. Es ist zweifelhaft, ob der Inlandsgeheimdienst hier einen objektiven Blick  
205 hat, allerdings kam es zu einer erheblichen Ausweitung der Überwachungselemente und –  
206 methoden in Folge der Terroranschläge in New York, Madrid und London. Es liegt Verdacht  
207 nahe, dass hier einfach lange bereitliegende „Wunschkataloge“ der Geheimdienste unkritisch  
208 umgesetzt wurden.

209

210 Der bayerische Inlandsgeheimdienst war und ist hierbei Vorreiter und Vorbild für die aktuellen  
211 Debatten zur Neuausrichtung der Geheimdienste, denn er hat einige dieser sogenannten  
212 Reformen bereits hinter sich. Seine Öffentlichkeitsarbeit wird durch die sogenannte Bayerische  
213 Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) in Schulen und zivilgesellschaftliche Bündnisse  
214 getragen. Der Inlandsgeheimdienst übernimmt hier Bildungsaufgaben und versucht Einfluss auf  
215 die Zivilgesellschaft zu nehmen, obwohl er hierfür keinen gesetzlichen Auftrag besitzt.

216

## 217 **Trennungsgebot**

218

219 Auch wenn es immer wieder gerade von konservativer Seite und aus „Sicherheitskreisen“ gerne  
220 behauptet wird, besteht keine verfassungsrechtliche Verpflichtung zum Unterhalt von  
221 Geheimdiensten zum Schutz der Verfassung. Das Grundgesetz spricht dem Bund lediglich die

222 Zuständigkeit für den grundlegenden Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu,  
223 legt aber nicht die konkrete Form fest, in der dies zu erfolgen hat. Die rechtliche Grundlage für  
224 die Einrichtung und Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der 16 Landesämter  
225 bildet das Bundesverfassungsschutzgesetz, das mit einer entsprechenden Mehrheit durch den  
226 Gesetzgeber geändert werden könnte.

227

228 In ihrem „Polizeibrief“ legten die West-Alliierten 1949 grundlegende Regeln für die  
229 Sicherarchitektur der Bundesrepublik fest. Darin wurde der Bundesregierung zwar die  
230 Einrichtung eines Inlandsnachrichtendienstes gestattet, jedoch zugleich untersagt, diesen mit  
231 polizeilichen Befugnissen auszustatten, um die Entstehung einer neuen Gestapo/eines neuen  
232 Reichssicherheitshauptamtes zu verhindern. Von VerteidigerInnen des Verfassungsschutzes  
233 wird dieses „Trennungsgebot“ gerne angeführt, wenn die Existenzberechtigung der  
234 Geheimdienste angezweifelt wird. Dann wird vor der Gefahr der Entstehung einer „neuen  
235 Gestapo“ gewarnt, die mit der Abschaffung der Geheimdienste zwangsläufig verbunden wäre.  
236 In der Praxis ist allerdings festzustellen, dass das Trennungsgebot von Polizei und  
237 Geheimdiensten schon lange unterlaufen wird. Nicht zuletzt seit 2001 wurde die  
238 Unterwanderung des Trennungsgebotes durch „gemeinsame Abwehrzentren“ und  
239 „Verbunddateien“ auf nationaler wie europäischer Ebene regelrecht institutionalisiert.

240

241 Polizeilicher Staatsschutz und andere Polizeistellen verfügen seit Jahrzehnte über umfassende  
242 Befugnisse zu verdeckten Ermittlungen und Abhörmaßnahmen. Ein Wegfall der  
243 Inlandsgeheimdienste würde an diesem Sachverhalt erst einmal nichts ändern, aber auch nicht  
244 das Trennungsgebot zu Fall bringen. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss klar auf  
245 die Bereiche Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt sein. Natürlich ist es auch hier  
246 sinnvoll, eine genaue Kontrolle einzufordern und eine gesellschaftliche Debatte über die  
247 Notwendigkeit und demokratische und rechtstaatliche Kontrolle solcher Befugnisse zu führen.

248

#### 249 **Auch „die anderen“ haben versagt – Zeit für eine grundlegende Debatte**

250

251 Gerade im Fall des NSU muss festgestellt werden, dass nicht nur der Verfassungsschutz,  
252 sondern auch der Militärische Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des  
253 Verfassungsschutzes für den Bereich der Bundeswehr erfüllen soll, der polizeiliche  
254 Staatsschutz sowie die Staatsanwaltschaften versagt haben. Auch hier ist eine grundlegende  
255 Debatte über Aufgaben, Befugnisse, Zusammenarbeit erforderlich. An einer grundsätzlichen  
256 Debatte über die deutsche Sicherheitsarchitektur, auch im europäischen und internationalen  
257 Rahmen führt also eigentlich kein Weg vorbei. Dennoch ist bereits eines jetzt klar: Einem  
258 intransparenten und demokratisch nicht kontrollierbaren Geheimdienst darf der Schutz unserer  
259 Verfassung nicht länger anvertraut werden. Die Inlandsgeheimdienste und ihre politische  
260 Führung legen hier keinerlei Problembewusstsein an den Tag. Im Gegenzug für bestenfalls  
261 kosmetische Reformen wollen sie mit weitergehenden Zuständigkeiten, erweiterten  
262 Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen und mehr Kompetenzen belohnt werden. Es ist Zeit für  
263 eine klare Zäsur – die Inlandsgeheimdienste müssen abgeschafft werden.

264

#### 265 **Chance in der Katastrophe – Aufwertung der Zivilgesellschaft**

266

267 Obwohl es jetzt noch nicht möglich ist ein abschließendes Fazit über das Versagen und die  
268 Neuordnung der Sicherheitsarchitektur zu ziehen, obwohl sich dies derzeit zahlreiche  
269 PolitikerInnen und Beamte der betroffenen Behörden anmaßen, ist es doch von hoher  
270 Bedeutung einen entscheidenden Punkt herauszustellen. Obschon die Zukunft der  
271 Sicherheitsbehörden ungewiss ist und zu befürchten ist, dass sich aufgrund der aktuellen  
272 Möglichkeiten die Spirale von Überwachung, Repression und Ausweitung der Kompetenzen für  
273 nicht-kontrollierbare Institutionen fortsetzt, bleibt festzuhalten, dass die zivilgesellschaftlichen  
274 und antifaschistischen Initiativen und Vereine im Bereich der Beobachtung der neonazistischen  
275 Szene kompetenter sind als die Behörden, die diese Kompetenz für sich beanspruchen. Die  
276 Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis und allgemein mit  
277 antidemokratischen und antipluralistischen Einstellungen kann durch die Zivilgesellschaft viel  
278 besser geleistet werden als durch geheime Beobachtung und Repression.

279

280 Repression ist das Ende einer Eskalationskette von zur Verfügung stehenden Möglichkeiten  
281 und nicht deren Anfang. Der eigentliche Schutz der Demokratie geschieht also nicht in  
282 geheimen und nicht-kontrollierbaren Kellern, sondern jeden Tag auf der Straße, an den

283 Stammtischen und in der Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus und Faschismus. Die  
284 demokratische Praxis der aktiven Bürgerinnen und Bürger schützt den Kern der Demokratie und  
285 sollte daher besonders gefördert und auch wertgeschätzt werden. Aus der oftmals verwendeten  
286 Floskel „Zivilgesellschaft stärken“ sollte nun aus der Notwendigkeit heraus eine Tugend  
287 gemacht werden. Die Zivilgesellschaft und auch die Wissenschaft sollte stärker in den Schutz  
288 der Demokratie eingezogen werden, beispielsweise in Form eines „Demokratie-Instituts“. Dies  
289 wäre die passende Antwort einer modernen und freiheitlichen Demokratie und nicht der  
290 Rückgriff auf mehr geheime und undemokratische Methoden. Auch an dieser Stelle ist die Rolle  
291 der derzeitigen Geheimdienste mindestens kontraproduktiv, wenn nicht sogar schädlich.

292

## 293 **Forderungen**

294

- 295 1. Der Verfassungsschutz muss in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Dies bedeutet  
296 die Abwicklung der Inlandsgeheimdienste in Bund und Ländern.
- 297 2. Die Inlandsgeheimdienste stehen in einer Bringschuld: Sie müssen den  
298 Untersuchungsausschüssen und der Justiz umfassenden Zugang zu ihren Akten und  
299 Mitarbeitern einräumen, um eine Aufklärung des Staatsversagens im Fall NSU  
300 zuzulassen.
- 301 3. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss auf den Bereich der Strafverfolgung und  
302 Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Bei den jeweils zuständigen Parlamenten sollen  
303 unabhängige „Staatsschutzbeauftragte“ eingerichtet werden, die unabhängig von den  
304 internen Kontrollen der Polizei und Innenverwaltung die Arbeit des Staatsschutzes  
305 überwachen und Beschwerden von BürgerInnen untersuchen.
- 306 4. Eine von den Sicherheitsbehörden unabhängige und international besetzte Kommission  
307 soll von Bund und Ländern zusammen einberufen werden, um die Erfordernisse an eine  
308 moderne und demokratische Sicherheitsarchitektur zu diskutieren. An der Arbeit der  
309 Kommission sollen auch VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, aus der  
310 Wissenschaft, DatenschützerInnen und BürgerrechtlerInnen einbezogen werden. In  
311 diesem Rahmen muss auch eine grundlegende Evaluation des Einsatzes  
312 nachrichtendienstlicher Mittel durch deutsche Sicherheitsbehörden erfolgen.
- 313 5. Die Sicherheitsbehörden müssen sich aus dem Bereich politische Bildung und der  
314 wissenschaftlichen Forschung zurückziehen.
- 315 6. Zur wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen  
316 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft sowie der  
317 Entwicklung der extremen Rechten soll ein unabhängiges „Demokratie-Institut“  
318 eingerichtet werden. Dieses Institut soll einen Beirat erhalten, in dem antifaschistische und  
319 zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen vertreten sind.
- 320 7. Zur Sicherstellung einer langfristigen und projektungebundenen Förderung und Beratung  
321 von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die extreme Rechte soll die Einrichtung  
322 einer unabhängigen Stiftung erfolgen.
- 323 8. Wir anerkennen die – zum Teil schon länger abgeschlossene - Arbeit zahlreicher  
324 wissenschaftlicher Kommissionen zur Frühgeschichte der bundesdeutschen  
325 Sicherheitsbehörden und fordern, die gewonnenen Erkenntnisse in der Fort- und  
326 Weiterbildung der jeweiligen Institutionen zum verpflichtenden Bestandteil zu erheben.  
327 Insbesondere für die Landesämter für Verfassungsschutz sind solche Projekte noch  
328 anzustoßen und mit eigenen Budgets auszustatten, die nicht aus den jeweiligen  
329 Haushaltstiteln zu Finanzierung der Behörden stammen dürfen. Die Politik ist gefordert,  
330 eine Überführung der während der jeweiligen Projektlaufzeiten erhobenen Akten und  
331 Unterlagen in die zuständigen staatlichen Archive zu gewährleisten.

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

**Titel** Konsequenzen aus dem NSA-Skandal

**Antragsteller** Berlin

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Konsequenzen aus dem NSA-Skandal

1 Die Debatte rund um die Enthüllungen von Edward Snowden hat eine Diskussion in Gang  
2 gesetzt, die sich um drei tieferliegende Fragen dreht.

3

4 **Die erste Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger vor einem unbegrenzten**  
5 **Zugriff des Staates geschützt werden?**

6

7 Der Staat muss gesetzlich genau definieren, welche Daten Behörden an ausländische Dienste  
8 weitergeben dürfen. Dabei muss verhindert werden, dass der Grundrechtsschutz ausgehebelt  
9 wird. Das bedeutet, dass der Datenschutzstandard auch im Ausland konsequent gewahrt  
10 bleiben muss. Ist dies nicht möglich, so muss eine Datenweitergabe unterbleiben. Eine  
11 Dreiecksweitergabe zwischen inländischer Polizei, ausländischen Diensten und inländischen  
12 Geheimdiensten muss unterbunden werden. Dieser bricht zwei rechtsstaatliche Prinzipien:

13

- 14 • Die Tätigkeit von Polizei und Geheimdienst soll getrennt sein
- 15 • Um den inländischen Geheimdienst besser kontrollieren und regulieren zu können, ist  
16 dieser vom Auslandsgeheimdienst zu trennen.

17

18 Geheimdienste unterstehen Ministerinnen und Ministern, die durch Parlamente und  
19 schlussendlich von den Wählerinnen und Wählern (dem Souverän) demokratisch legitimiert  
20 wurden. Diese Kette der Legitimation kann aber nur funktionieren, wenn die Wählenden sich  
21 über die Vorgänge in der Regierung informieren können. Die Geheimdienste haben sich als für  
22 unseren demokratischen Anspruch nicht genügend kontrollierbar erwiesen.

23 Inlandsgeheimdienste sind in der Lage, diejenigen zu kontrollieren, die für die Kontrolle der  
24 Inlandsgeheimdienste zuständig sind. In diesem Verhältnis kann der Geheimdienst die Kontrolle  
25 gänzlich blockieren oder gar mit seiner Informationshoheit steuern. Somit sind sie nur durch  
26 höchste Gefährdungen für den Bestand der Verfassungsorgane oder dem Leib und Leben der  
27 Bevölkerung vorübergehend zu rechtfertigen. Deshalb streben wir eine gesellschaftspolitische  
28 Entwicklung an, in deren Folge Geheimdienste nicht länger notwendig sind und abgeschafft  
29 werden können. Solange Geheimdienste als notwendig erachtet werden, müssen sie besonders  
30 starken Kontrollmechanismen ausgesetzt werden, damit kein „tiefer Staat“ oder „Staat im Staat“  
31 abseits demokratischer Kontrolle entstehen kann. Deshalb sind die Kontrollbefugnisse des  
32 parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) durch folgende Maßnahmen auszuweiten:

33

34 1. Jede und jeder Angehörige des parlamentarischen Kontrollgremiums soll das Recht  
35 haben, alle bereits bestehenden oder neu hinzukommenden Kontrollbefugnisse des  
36 Gremiums zu nutzen. Dies schließt ausdrücklich Sachverhalte ein, die als geheim  
37 eingestuft sind. Nur eine 2/3-Mehrheit des Gremiums soll dies im Einzelfall unterbinden  
38 können. Dadurch würde die unzweckmäßige Situation enden, dass die Regierung die  
39 Aufklärung mit der Mehrheit im Ausschuss verhindern kann.

40 2. Aufgrund der zu großen Menge an Daten, die durch das Gremium untersucht werden

41 müssten, müssen Maßnahmen gefunden werden, um es effektiv und mit wichtigen  
42 Informationen zu versorgen. Dazu soll jede Nachricht, die von den Geheimdiensten an  
43 das Bundeskanzleramt gesendet wird, auch an das PKG als Institution und ständig  
44 verfügbare Datenbank gesendet werden, auf die die Mitglieder des PKG permanenten  
45 Zugriff haben. Dinge, die so wichtig sind, um sie an die oberste Aufsicht zu senden, sind  
46 auch so wichtig, dass das PKG sie wissen muss, um seiner Kontrollfunktion  
47 nachzukommen. Gleiches soll für Informationen gelten, die an das Ausland gesendet  
48 werden.

49 3. Die Personalmittel der PKG oder ihrer Mitglieder sind aufzustocken. Da Abgeordnete  
50 durch ihre Verschwiegenheitspflicht in der Regel keine öffentlichkeitswirksamen Vorteile  
51 aus ihrer Arbeit im PKG ziehen, sollen sie für diese Arbeit in Form von unterstützendem  
52 Personal entschädigt werden. Ein „Arbeitsstab“ der Bundestagsverwaltung muss  
53 eingesetzt werden. Er untersteht ausschließlich dem PKG und ist vorrangig für  
54 Prüfaufträge zuständig. Darüber hinaus werden den Mitgliedern des PKG zusätzliche  
55 Personalmittel für eine Vollzeitstelle (wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in) zur Verfügung  
56 gestellt.

57 4. Der PKG ist auf die Größe eines regulären Ausschusses des Deutschen Bundestages zu  
58 vergrößern. Auf die Kontrolle der Nachrichtendienste hat sich in der Vergangenheit auch  
59 die aktuelle Größe des PKG negativ ausgewirkt.

60 5. Die Rechte, die der Opposition laut der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestage  
61 zugestanden werden, werden auch im PKG angewandt. Die Vorladung von  
62 Sachverständigen und Zeugen darf nicht weiterhin durch die aktuell im PKG geltende  
63 Mehrheitsentscheidung verhindert werden.

64

65 Bei allen Überwachungsmaßnahmen muss spätestens unmittelbar nach Abschluss der  
66 Maßnahme eine Information aller Betroffenen erfolgen. Denn nur so lässt sich ein Bewusstsein  
67 für die Gefahren der Überwachung erzielen und es wird die Möglichkeit eröffnet, gegen  
68 mögliche Rechtsverstöße vorgehen zu können. Es sollen gesetzliche Fristen eingeführt werden,  
69 nach denen die Zielperson und andere Betroffene informiert werden. Alle  
70 Überwachungsmaßnahmen sowie die Datenweitergabe an andere Dienste ist unter einen  
71 Richtervorbehalt zu stellen. Alle Genehmigungen sind auf einen Zeitraum von maximal wenigen  
72 Monaten zu erteilen, jede Verlängerung einer Maßnahme muss gesondert beantragt und  
73 begründet werden. Entscheidungen über die Genehmigung oder Verlängerung einer  
74 Maßnahme sowie eine Datenweitergabe dürfen nicht von Einzelrichter\*innen getroffen werden.  
75 Der Richtervorbehalt muss dahingehend ausgestaltet werden, dass fachlich spezialisierte  
76 Richter\*innen eine fundierte Entscheidung treffen und der Richtervorbehalt nicht - wie bisher -  
77 meist leerläuft in dem Richter\*innen diese Entscheidung neneb ihren eientlichen Aufgaben  
78 treffen, fachlich in die Materie nicht eingearbeitet sind und somit meist die Anträge der  
79 Ermittlungsbehörden einfach "abgenickt" werden.

80

81 Der/die Bundesdatenschutzbeauftragte muss gestärkt werden. Auskünfte oder Akteneinsicht  
82 dürfen zukünftig nicht verweigert werden können. Zudem soll ein regelmäßiger Bericht erstellt  
83 werden, der die einzelnen Maßnahmenarten und deren Häufigkeit und Erfolgsquote listet.  
84 Geheime Akten sollen je nach Geheimhaltungsstufe ein Veröffentlichungsdatum bekommen,  
85 welches von der Geheimhaltungsstufe abhängt. Mehr als 30 Jahre darf hierbei keine Akte  
86 geheim bleiben. Wer Zugriff auf die Akten bekommen soll, richtet sich nach  
87 Datenschutzerwägungen und dem öffentlichen Interesse. Die Regeln hierfür müssen in einem  
88 gesellschaftlichen Diskussionsprozess erst gefunden werden.

89

90 Die rechtliche Lage von Whistleblowern muss verbessert werden.

91

92 **Die zweite Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger vor unbegrenzter**  
93 **Überwachung aus kommerziellen Interessen geschützt werden?**

94

95 In Zeiten von „Big Data“ werden alle zur Verfügung stehenden Daten ausgewertet: jeder Besuch  
96 einer Website, jede Erwähnung einer Marke, jeder Ort, der besucht wird. Durch statistische  
97 Analysen werden Zusammenhänge erstellt und Individuen identifiziert. Die Ergebnisse dieses  
98 Prozesses werden uns die nächsten Jahre prägen und die Verselbständigung der Daten führt  
99 dazu, dass dieser Prozess kaum noch umzukehren ist. Das erste Ziel ist deshalb die  
100 Etablierung von staatlichen und internationalen Regeln für die Datenverarbeitung. International  
101 muss vor allem das Marktortprinzip durchgesetzt werden, dass im Kern aussagt, dass die

102 Gesetze des Landes gelten, in dem der Kunde sitzt. Große Internetfirmen können sonst einen  
103 Deregulierungswettbewerb erzwingen, da sie von überall aus arbeiten können. Wir setzen uns  
104 für einen starken Datenschutz auf europäischer Ebene ein und nehmen das  
105 Bundesdatenschutzgesetz als Grundlage für die Datenschutzgrundverordnung.

106

107 Solch eine Regelung nützt aber nur dann etwas, wenn national Regeln geschaffen werden, die  
108 einen modernen Datenschutz wirksam durchsetzen können. Eine wichtige Erkenntnis der  
109 Debatte über den Datenschutz ist das Prinzip der Datensparsamkeit und Zweckbestimmtheit.  
110 Unternehmen ist nur erlaubt, die Daten zu speichern, die für ihren Dienst tatsächlich notwendig  
111 sind. Dazu müssen aber die Nutzerinnen und Nutzer über die gespeicherten Daten informiert  
112 werden. Die SPD soll sich deshalb dafür einsetzen, dass ein Datenbrief nach dem Modell des  
113 Chaos Computer Club eingeführt wird. Wenn eine Firma, Behörde oder Institution  
114 personenbezogene Daten über jemanden erhebt, speichert oder übermittelt, sollen Betroffene  
115 regelmäßig über die über ihn/sie gespeicherten Daten informiert werden. Die Ausgestaltung des  
116 Datenbriefes muss eine absolute Datensicherheit bieten. Das betrifft auch Daten, die über ihn  
117 beispielsweise durch „Anreicherung“ mit anderen Datenquellen erzeugt werden, also Profile,  
118 Scoring-Werte, Annahmen über Vorlieben, interne Kundenklassenzuordnungen und ähnliches.  
119 Wenn zur Übermittlung des Datenbriefes eine Aggregation weiterer Daten erforderlich ist, darf  
120 dieser nicht erstellt werden.

121

122 Eine weitere Diskussion, der sich in Zukunft zu stellen sein wird, ist die Ausweitung des  
123 Diskriminierungsverbotes sowie die Sicherstellung des rechtsstaatlichen Prinzips der  
124 Unschuldsvermutung. So ist es möglich, dass bereits verbotene Diskriminierung zum Beispiel  
125 anhand von Geschlecht oder „Hautfarbe“, durch die Hintertür wieder ermöglicht werden, indem  
126 zum Beispiel über die Wohnanschrift auf den sog. Migrationshintergrund geschlossen wird.  
127 Darüber hinaus kann es zu neuen Formen von Diskriminierung kommen. Durch automatische  
128 Systeme und Mustersuche können scheinbare Zusammenhänge in Daten gefunden werden,  
129 von denen die Kundinnen und Kunden nicht einmal wissen. Andere Verhaltensmuster, wie die  
130 Teilnahme an bestimmten Demonstrationen, könnten hingegen zu der Vorausberechnung einer  
131 hohen Wahrscheinlichkeit für „gesellschaftsgefährdendes Verhalten“ führen und damit  
132 Menschen unter Generalverdacht stellen. Das könnte zudem dazu führen, dass Menschen sich  
133 weniger engagieren und die freie Meinungsäußerung von sich aus einschränken. Dies gefährdet  
134 die Grundlage bürgerschaftlichen Engagements und unsere Demokratie. Dieser „statistische  
135 Diskriminierung“ und damit Umkehrung der Unschuldsvermutung kann nur entgegengetreten  
136 werden, wenn solche Scoring-Verfahren transparent sind, sodass gegen sachlich abseits der  
137 statistischen Korrelation nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung vorgegangen werden kann. In  
138 besonders wichtigen Bereichen wie der Kreditvergabe ist darüber hinaus die Regulierung und  
139 Überwachung auf diesen Bereich auszuweiten.

140

141 **Die dritte Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger selbst schützen und können**  
142 **sie dabei unterstützt werden?**

143

144 Die zynische Aussage von Hans-Peter Friedrich, dass jedeR sich selbst schützen und nicht auf  
145 den Staat hoffen solle bleibt falsch. Solange in- und ausländische staatliche Organe massenhaft  
146 überwachen und Angriffe auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität  
147 informationstechnischer Systeme (durch das BVerfG geschaffenes Grundrecht) und die  
148 Telekommunikationsfreiheit durchführen, ist der Staat der richtige Adressat.

149

150 Richtig ist aber, dass der Staat den Selbstschutz aller verbessern kann. Maßnahmen dazu sind  
151 folgende:

152

- 153 1. Die Förderung von freier Software muss verstärkt werden, da bei dieser Hintertüren durch  
154 staatliche Dienste besser festgestellt und beseitigt werden können. Dazu gehören  
155 Maßnahmen wie der Nutzung freier Software in öffentlichen Verwaltungen und gezielte  
156 Forschungsförderung.
- 157 2. Die zuständigen Behörden dürfen auch auf dem Schwarzmarkt Zero-Day-Lücken und  
158 zugehörige Ausspäherprogramme kaufen, um diese zu analysieren und den Markt sowie  
159 den kriminellen Umgang mit dieser Technik verstehen zu können. So sollen Bürgerinnen  
160 und Bürger effektiv geschützt werden. Der Einsatz dieser Technik gegen Bürgerinnen und  
161 Bürger durch den Staat ist ausgeschlossen.
- 162 3. Die Rechtssituation von Menschen, die Sicherheitslücken in Programmen der

163 Öffentlichkeit unentgeltlich zugänglich machen müssen unabhängig davon, ob mit dem  
164 Unternehmen zusammengearbeitet wurde oder nicht, verbessert werden.  
165 Unternehmensinteressen müssen hinter dem Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit  
166 zurückstehen.

167 4. Es muss sichergestellt werden, dass der sog. Hackerparagraf Forschung sowie  
168 Entwicklung und Anwendung von Software, die zur Sicherheit von Computersystemen  
169 beiträgt, nicht behindert.

170 5. Verschlüsselung soll gefördert werden, denn zu einem modernen Datenschutz gehört die  
171 Sicherung der eigenen Daten. Dies soll an geeigneter Stelle in Lehrpläne und  
172 Informationskampagnen aufgenommen werden. Gesetze, die Verschlüsselung verbieten  
173 oder die Herausgabe von Passwörtern erzwingen, sind abzulehnen.

174 6. Es bedarf einer unabhängigen Stelle, welche die Bevölkerung über Datenschutz- und  
175 Verschlüsselungsmaßnahmen informiert.

176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222

**Titel** Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten

**Antragsteller** Sachsen

**Zur Weiterleitung an** Bundesparteitag SPD

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten

- 1 Der Pfefferspray gegen Menschen ist eigentlich verboten. Die internationale  
2 Biowaffenkonvention aus dem Jahr 1972 untersagt den Einsatz in internationalen Konflikten.  
3 Auf nationaler Ebene sind sogenannte Reizsprühstoffgeräte in Deutschland Waffen im Sinne  
4 des Waffengesetzes. Die dafür erforderliche Zulassung des Wirkstoffs Oleoresin Capsicum ist in  
5 Deutschland bislang nicht erfolgt und nur als „Tierabwehrsprays“ gekennzeichnete Produkte  
6 dürfen im Moment in die Hand von Zivilisten gelangen.  
7  
8 Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden derzeit nur Vollzugsbeamte bei Behörden, die nicht  
9 dem Waffengesetz unterworfen sind, wie zum Beispiel Polizeivollzugsbeamte. Diese dürfen  
10 Pfefferspray auch zu dem Zweck führen, es als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt gegen  
11 Menschen einzusetzen.  
12  
13 Vielmehr: Pfefferspray birgt auch einige tiefgreifende Gefahren, die es zu einem äußerst  
14 gefährlich und im Ernstfall auch tödlichen Einsatzmittel machen.  
15  
16 Kerngesunde Menschen überstehen einen Pfeffersprayeinsatz zumindest langfristig ohne  
17 negative gesundheitliche Folgen. Kurzfristige und sehr schmerzvolle Verletzungen an den  
18 Augen und den Schleimhäuten sind zwar die Regel, allerdings verschwinden diese Symptome  
19 zumindest nach einer adäquaten und schnellen Behandlung auch wieder.  
20  
21  
22 Anders schaut es hingegen bei gesundheitlich vorbelasteten Menschen aus, die  
23 selbstverständlich auch zu den Teilnehmenden von Demonstrationen und Kundgebungen  
24 gehören: Wer unter einer Asthma-Krankheit leidet, bestimmte Allergien oder eine Herz-  
25 Kreislauf-Schwäche hat, Psychopharmaka nehmen muss, oder dauerhaft Kokain bzw.  
26 Amphetamine konsumiert, für den wird der Kontakt mit Pfefferspray zu einer ernsthaften  
27 gesundheitlichen Gefahr. Allergische Schockreaktionen können die Folge sein, die  
28 schlimmstenfalls auch zum Tode führen können. In Deutschland wurden schon mehrere  
29 derartige Todesfälle dokumentiert, im US-amerikanischen Bundestaat Kalifornien summiert sich  
30 die Zahl der Todesopfer seit 1993 auf 27.  
31  
32  
33 Nicht ohne Grund sagt auch die Bundesregierung „Bei bestimmungsgemäßer Exposition von  
34 gesunden Personen sind in der Regel keine bleibenden gesundheitlichen Schäden zu  
35 erwarten.“ Für Personen mit gesundheitlicher Vorbelastung fällt die Antwort unter Umständen  
36 anders aus. Dazu kommt noch die Tatsache, dass gerade auf Demonstrationen oft nicht die  
37 nach einem Pfeffersprayeinsatz eigentlich notwendige und angeratene medizinische Betreuung  
38 bereitgestellt werden kann. Der Pfeffersprayeinsatz birgt auch zusätzlich die Gefahr, auch die  
39 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten selbst gesundheitlich massiv zu beeinträchtigen, wie  
40 zahllose Vorkommnisse in der jüngeren Vergangenheit belegen.

41 Die Folge polizeilichen Handelns darf es nicht sein, durch derartige gefährliche Mittel willkürlich  
42 Menschenleben in Gefahr zu bringen, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist dringend zu  
43 beachten. Diese Gesundheitsgefährdung stellen einen eklatanten Widerspruch zur Bindung  
44 polizeilicher Einsatzmaßnahmen an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dar.

45

46 Daher fordern wir alle Landesregierungen auf, den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei in  
47 Zukunft grundsätzlich zu verbieten. Eine Alternative zu Pfefferspray, die weniger gefährlich ist,  
48 muss gefunden werden. Bis dahin darf der Einsatz von Pfefferspray nur in Ausnahmefällen  
49 erfolgen und ist nur zulässig, wenn kein milderes Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr  
50 für Leib und Leben ist anwendbar ist. Jeder einzelne Einsatz ist zu protokollieren und bedarf  
51 einer nachträglichen Prüfung.

52

53

54 Zugleich ist aber auch das Risiko (auch unverschuldet) in einen Pfeffersprayeinsatz zu  
55 gelangen, in den letzten Jahren insgesamt gestiegen. Seitdem Pfefferspray zum Einsatz-  
56 Repertoire der Polizei gehört (etwa seit der Jahrtausendwende) ist trotz des Fehlens einer  
57 offiziellen Statistik von einer zunehmenden Verwendung auszugehen. Allein beim Einsatz  
58 gegen die Castor-Transporte im November 2010 wurden 2200(!) Dosen Pfefferspray  
59 verbraucht. Von einem Einsatz in einzelnen Notsituationen kann an dieser Stelle nicht mehr  
60 gesprochen werden. Insbesondere bei Demonstrationen, ist zu beachten, dass der Einsatz von  
61 Pfefferspray neben dem Recht auf körperliche Unversehrtheit auch das Recht auf  
62 Versammlungsfreiheit berührt. Zur Abwehr einer Anwendung von Pfefferspray, muss der  
63 jeweilige Gruppen - und/oder Zugführer den Einsatz explizit, mit Angabe von Zeit, Ort und  
64 Begründung, freigeben. Dies muss er anschließend unverzüglich der Einsatzleitung mitteilen.  
65 Dementsprechend muss künftig der Einsatz von Pfefferspray in der Aufarbeitung der  
66 Demonstration nachträglich auf Rechtmäßigkeit geprüft werden.

67

68

69 Insbesondere mit Blick auf §5 UZwG Bln muss der erforderliche ärztliche Beistand gewährleistet  
70 sein. Veranstalter von Demonstrationen sind verpflichtet, zu Beginn ihrer Veranstaltung auf die  
71 gesundheitlichen Gefahren besonders für bestimmte Risikogruppen aufmerksam zu machen.  
72 Anlaufpunkte zur notärztlichen Versorgung sofern vorhanden sind vorher bekanntzugeben.

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

# S

## Sonstiges

S 7

Schleswig-Holstein

Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!

---

115

**Titel** Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!

**Antragsteller** Schleswig-Holstein

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!

- 1 Die Jusos fordern, um der Säkularisierung der Gesellschaft endlich Rechnung zu tragen, eine  
2 konsequente Trennung von Staat, Kirche und Religion.  
3  
4 Dazu gehören für uns:  
5  
6 • Das Anbringen von religiösen Symbolen an öffentlichen Gebäuden und Schulen zu  
7 verbieten.  
8  
9 • Die Mitgliedsbeiträge der Kirche werden nicht mehr durch den Staat erhoben  
10 (Kirchensteuer).  
11  
12 • Der konfessionsgebundene Religionsunterricht soll durch ein konfessionsübergreifendes  
13 Schulfach ersetzt werden. Das Fach soll Einblick in jede Religion geben und des Weiteren  
14 demokratische Werte eines humanistischen Menschenbildes vermitteln. Der Artikel 7 des  
15 Grundgesetzes muss dementsprechend geändert werden.  
16  
17 • Die Ewigkeitsklausel in Kirchenstaatsverträgen muss entfallen und Anpassungen an eine  
18 säkularisierte Gesellschaft vorgenommen werden.  
19  
20 • Subventionen, die der Besoldung von Pfarrer\*innen, Pastor\*innen, Rabbiner\*innen oder  
21 einem/einer Imam/ Mourchida etc. dienen, müssen sukzessive entfallen. Ziel dieser  
22 Maßnahmen ist es nicht, das religiöse Leben in Deutschland zum Ersterben zu bringen.  
23  
24 • Die so genannten „stillen Feiertage“ sind in allen Bundesländern nicht mehr als "still"  
25 durchzuführen.  
26  
27 • Mitarbeiter\*innen religiöser Einrichtungen sollen im Rahmen einer Angleichung des  
28 kirchlichen Arbeitsrechtes die Möglichkeit zu streiken bekommen.  
29  
30 • Die Kirchen haben sich nach demselben Arbeitsrecht zu richten, das für alle anderen  
31 Tendenzbetriebe in Deutschland gilt. Dafür sind die notwendigen Passagen im  
32 Betriebsverfassungsgesetz (§118) und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (§9)  
33 zu streichen. Ferner sind auch in kirchlichen Einrichtungen Mitarbeitervertretungen wie in  
34 anderen Organisationen einzurichten, dafür ist §112 des Personalvertretungsgesetzes zu  
35 streichen.  
36  
37 • Die Seelsorge soll von den Kirchen selbst organisiert wie finanziert werden. Bei  
38 Auslandseinsätzen der Bundeswehr kann bei Bedarf eine Ausnahme gemacht werden.

- 39 • Ein Kirchenaustritt muss – solange er noch durch das Amt erfolgt – gebührenfrei sein.  
40
- 41 • Langfristig ist es unser Ziel, die Trennung von Kirche und Staat gänzlich vollzogen zu  
42 haben. Dies beinhaltet das Ende der staatlichen Bezuschussung von kirchlichen  
43 Einrichtungen. Bis dahin müssen die Landes- und Bundesbezuschussungen deutlich  
44 gekürzt werden.  
45
- 46 • Der Rundfunkstaatsvertrag wird dahingehend überarbeitet, dass die Kostenerstattung  
47 öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sowie privilegierte Sendezeiten der christlichen  
48 sowie jüdischen Religionsgemeinschaften abgeschafft werden. Zudem sollen keine  
49 Kirchenvertreter\*innen in den Rundfunkräten eingebunden werden.  
50
- 51 • Die Anerkennung eines laizistischen Arbeitskreises innerhalb der SPD analog zu den  
52 organisierten Christ\*innen in der Sozialdemokratie.  
53
- 54 • Gleichberechtigung in Partei und Gesellschaft für Konfessionsfreie, Atheist\*innen und  
55 Agnostiker\*innen.  
56
- 57 • Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.  
58
- 59 • Änderung des sog. Gotteslästerungsparagraphen im StGB in einen Paragraphen gegen  
60 die Hetze gegen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen.  
61
- 62 • In staatlich bezuschussten, kirchlichen Einrichtungen darf es keine religiöse  
63 Diskriminierung geben.  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99

# W

## Wirtschaft, Finanzmärkte & Kapitalismuskritik

W 1	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand Europäische Steuerpolitik	118
W 3	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und vereinfachen	122

**Titel** Europäische Steuerpolitik

**Antragsteller** Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Jusos -  
Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Europäische Steuerpolitik

1 Nach den turbulenten Jahren 2010, 2011 und 2012 scheint es, als hätte die europäische Krise  
2 ihren Tiefpunkt überwunden und es macht den Anschein, als würden sich die Verhältnisse  
3 innerhalb der Euro-Zone und der Europäischen Union wieder etwas stabilisieren. Dass dieser  
4 Eindruck täuscht, ist uns als JungsozialistInnen offensichtlich. Während sich in der deutschen  
5 öffentlichen Krisen-Debatte die neoliberale Sichtweise durchsetzte, nach der die Euro-Krise vor  
6 allem eine Staatsschuldenkrise sei, haben wir als progressiver Verband vehement darauf  
7 verwiesen, dass wir bei der Krise in Europa vielmehr mit einer umfassenden Krise des  
8 kapitalistischen Systems konfrontiert sind. Die Fokussierung der Maßnahmen auf den  
9 Staatssektor geht an den Ursachen der Krise jedoch vorbei. Ursache für die Krise im Euroraum  
10 ist nicht undisziplinierte Haushaltspolitik einiger Südstaaten, sondern ein Wettbewerb um billige  
11 Produktionsbedingungen. Für eine nachhaltige Überwindung der Krise ist eine enge  
12 Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik notwendig. Ziel muss es sein  
13 Ungleichgewichte im Euroraum abzubauen und eine Konvergenz der Wettbewerbsbedingungen  
14 herzustellen. Wir Jusos setzen uns weiterhin für die Umsetzung unserer Forderungen zur  
15 Überwindung der Krise aus den letzten Jahren ein. Neben der Bekämpfung der Krisenursachen  
16 hat für uns auch die Finanzierung der Sozialstaaten zentrale Bedeutung. Wir haben deshalb als  
17 Jusos auf den letzten Bundeskongressen eine Reihe europapolitischer Forderungen formuliert,  
18 die aus unserer Sicht weiterhin Bestand haben und die eigentlichen Krisensymptome besser  
19 angehen würden, als dies die neoliberale, merkelische Austeritätspolitik tut.

20  
21 Der Ansatz, nach der die Krise in der übermäßigen Verschuldung der Staaten zu suchen ist,  
22 verlangt in der Folge eine Politik, die auf eine einseitige Haushaltskonsolidierung abzielt. Hierzu  
23 werden neben Schuldenbremsen vor allem die Ausgaben in den Blick genommen. Verkürzt  
24 gesagt, besteht die Austeritätspolitik darin durch Ausgabenkürzungen und harte soziale  
25 Einschnitte angeblich marode Staatsfinanzen zu sanieren. Wer die Leittragenden einer solchen  
26 Politik sind, wird in Griechenland, Spanien und den weiteren, am stärksten von der Krise  
27 betroffenen, Staaten umso ersichtlicher. Deshalb erscheint es uns als JungsozialistInnen umso  
28 wichtiger, den Blick verstärkt auch auf die Einnahmeseite der Staaten zu lenken. Hierbei lassen  
29 sich langfristige steuerpolitische Trends innerhalb der Europäischen Union erkennen, die  
30 deutlich machen, dass die Staaten Europas ein Einnahmenproblem haben.

31  
32 Die Europäische Union orientiert sich im Bereich der Steuerpolitik an einen  
33 wettbewerbsföderalen Grundgedanken, nachdem die nationalen Steuerpolitiken als  
34 untereinander in Konkurrenz stehender Standortfaktor den Wettbewerb um „die beste Lösung“  
35 begünstigen sollen. Diese Praxis hat dabei gezeigt, dass die bessere Lösung meist in einem  
36 Senken von Steuersätzen lag, um potentiellen Investoren anzulocken. Das extremste und  
37 bekannteste Beispiel für eine solche Politik ist Irland, das durch Senkung der  
38 Körperschaftssteuer von 40% im Jahre 1995 auf heute 12,5% eine Reihe Unternehmen, vor

39 allem aus der Finanzwirtschaft, anlockte. Die fatalen Folgen einer solchen Standortpolitik  
40 müssen seit der Finanzkrise nicht mehr weiter kommentiert werden. Dass Irland diesen Weg der  
41 Unternehmensansiedlungsstrategie aber nicht alleine bestritten hat, wird deutlich, wenn man  
42 sich die Entwicklung der Körperschaftssteuersätze für die gesamte Europäische Union vor  
43 Augen führt. So hat im gesamten EU-Durchschnitt (EU-27) der Steuerwettbewerb zu einer  
44 Reduzierung der Körperschaftssteuersätze von 1995 bis 2013 um 12,2 Prozentpunkte geführt.  
45 Für den Durchschnitt der alten EU-15 ergibt sich sogar eine Reduzierung um 19,8  
46 Prozentpunkte! Die Tendenz ist eindeutig. Der Anteil, den Unternehmen, in Form der  
47 Körperschaftsteuer, zur Finanzierung des Gemeinwesens beisteuern, ist unter der Prämisse  
48 des europäischen Wettbewerbsraumes immer weiter gesunken. Wir haben es hier mit einem  
49 Steuerdumpingwettbewerb und einem race-to-the-bottom zu tun, der sich zwar in den letzten  
50 Jahren etwas verlangsamt hat, der aber trotz Krise weiter voranschreitet (Im Vergleich zum  
51 Vorjahr haben 2013 Slowenien, Schweden und Großbritannien die Körperschaftsteuer weiter  
52 gesenkt).

53

54 Hinzu kommt der Trend, dass für die Finanzierung der Staatshaushalte der Faktor Arbeit im  
55 Gegensatz zum Faktor Kapital immer stärker herangezogen wird. So hält bspw. der Ökonom  
56 Jarass fest, dass 1980 die Summe der Steuern, die sich aus dem Faktor Arbeit ableiten lassen,  
57 das Dreifache der Summe aus Kapitalsteuern ausmachte. 2003 hingegen war es schon das  
58 Sechsfache! Verdeutlicht werden kann dies wiederum mit Zahlen von Eurostat, nach denen die  
59 Steuerbelastung eines/einer alleinstehenden Arbeitnehmers/Arbeitnehmerin mit 67% des  
60 Durchschnittseinkommens in den Jahren 2000 bis 2012 im Durchschnitt (EU-27) lediglich um  
61 1,9 Prozentpunkte gesunken ist. Im Vergleichszeitraum ist die Körperschaftsteuer hingegen  
62 um 8,7 Prozentpunkte im EU-27-Durchschnitt gesunken. Hinzu kommt, dass TopverdienerInnen  
63 durch den Steuerwettbewerb innerhalb Europas weitaus stärker profitieren als  
64 DurchschnittsverdienerInnen. So ist im gesamten EU-Durchschnitt der Spitzensteuersatz von  
65 2000 bis 2013 um 5,9 Prozentpunkte gesunken, im Zeitraum 1995 bis 2013 gar um 8,6  
66 Prozentpunkte.

67

68 Wir finden derzeit in der Europäischen Union ein Steuersystem vor, das im Bereich der direkten  
69 Steuern weiterhin in starker nationalstaatlicher Autonomie verhaftet ist und deshalb regional  
70 starke Unterschiede in der Besteuerung zur Folge hat. So stehen bspw. die Spitzensteuersätze  
71 Frankreichs, Belgiens, Dänemarks und Schwedens, die derzeit bei über 50% liegen, in  
72 Konkurrenz mit einem Spitzensteuersatz von lediglich 10% in Bulgarien. Und auch die Differenz  
73 im Bereich der Körperschaftsteuer bspw. zwischen Frankreich (36,1%) und wiederum  
74 Bulgarien und Zypern (jeweils 10%) ist groß. Dass solche eklatanten Unterschiede auf Dauer  
75 nicht tragfähig für die öffentlichen Finanzen innerhalb Europas sind, ist offensichtlich. Dass es,  
76 zumindest in Ansätzen, auch anders funktionieren kann, zeigt die Europäische Union im Bereich  
77 der indirekten Steuern (Umsatz-/Mehrwertsteuern). Hier konnten sich die Mitgliedstaaten der  
78 Europäischen Union auf Mindestsätze und zum Teil auch auf Höchstsätze einigen. So dürfen  
79 sich bspw. die nationalen Mehrwertsteuersätze lediglich im Rahmen von 15 bis 25% befinden.  
80 Andere Steuersätze sind europarechtlich ausgeschlossen. Wird im Bereich der indirekten  
81 Verbrauchssteuern damit argumentiert, dass ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt  
82 existiert, der eine Harmonisierung solcher Steuersätze erforderlich macht, gilt dies für die  
83 Besteuerung von Kapital und Arbeit bisher nicht, obwohl auch hier die verfassten europäischen  
84 Grundfreiheiten (Personenfreizügigkeit und Kapitalverkehrsfreiheit) eine verstärkte  
85 Zusammenarbeit und Harmonisierung rechtfertigen würden!

86

87 Anders als die EU-Kommission, sehen wir als JungsozialistInnen deshalb und aufgrund der  
88 langfristigen Entwicklungen einen dringenden Handlungsbedarf, um den entstandenen  
89 Schieflagen entschieden entgegen zu wirken! Der Steuerwettbewerb, der in den letzten Jahren  
90 zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt hat und der immer mehr dazu geführt, dass  
91 immobiles Kapital immer stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben herangezogen wird,  
92 muss ein Ende haben.

93

94 Wir brauchen eine stärkere Harmonisierung und vor allem Europäisierung der nationalen  
95 Steuerpolitiken wenigstens in der Euro-Zone, wünschenswert für die gesamte Europäische  
96 Union!

97

- 98 • Wir wollen die Steuersenkungsspirale nachhaltig schließen, damit wir die Einnahmeseite  
99 der Staatshaushalte stärken sowie "mobiles" Kapital wieder stärker in die Verantwortung

- 100 zur Finanzierung gesellschaftlicher Ausgaben heran gezogen wird.  
101
- 102 • Konkret gilt es deshalb In einem ersten Schritt sicher zu stellen, dass auf Ebene der  
103 Europäischen Union eine obligatorische einheitliche Bemessungsgrundlage für die  
104 Körperschaftssteuer geschaffen wird. Derzeit bestehen vielzählige Regelungen in den  
105 einzelnen Mitgliedstaaten, die zur Folge haben, dass eine Reihe von Steuerschlupflöchern  
106 existiert. Durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage werden die nationalstaatlichen  
107 Steuersysteme europäisch vergleichbarer.  
108
  - 109 • In einem zweiten Schritt gilt es zudem sicherzustellen, dass der Steuersenkungs-  
110 wettbewerb effektiv gestoppt wird. Hierzu schlagen wir vor, auf Grundlage einer ein-  
111 heitlichen Bemessungsgrundlage eine Mindestbesteuerung, wie bei den Verbrauchs-  
112 steuern, auch für die Körperschaftssteuer einzuführen. Ziel eines solchen Schrittes soll  
113 zudem die schrittweise Annäherung der unterschiedlichen Steuersätze auf ein  
114 einheitliches und in der Höhe angemessenes Niveau sein. Wir Jusos lehnen einen  
115 Standortwettkampf, der sich hauptsächlich anhand steuerpolitischer Rahmenbedingungen  
116 orientiert, ab.  
117
  - 118 • Ähnliches soll nach unserer Überzeugung auch für die Einkommensbesteuerung gelten.  
119 Wir sind uns dessen bewusst, dass aufgrund der sehr unterschiedlichen Konzeptionen  
120 von Einkommenssteuern und auch einkommensbezogenen Abgaben ein noch weiter aus-  
121 differenziertes System in Europa vorherrscht, als dies im Bereich der Unternehmens-  
122 besteuerung gilt. Wir fühlen uns als JungsozialistInnen aber auch dem Grundsatz  
123 verpflichtet, dass in den europäischen Gesellschaften die Solidarität zwischen hohen und  
124 niedrigen EinkommensbezieherInnen weiter Bestand haben muss. Deshalb gilt es auch  
125 im Bereich der Einkommensbesteuerung Mindestsätze festzuschreiben und einen  
126 Umverteilungsanspruch zwischen hohen und niedrigen Einkommen zu gewährleisten. Ziel  
127 muss es dabei sein, in allen Mitgliedsstaaten der EU einen progressiven  
128 Einkommenssteuertarif einzuführen, der einen echten Umverteilungseffekt aufweist.  
129
  - 130 • Nicht nur bei der Unternehmensbesteuerung sehen wir einen drastischen Wettbewerb  
131 zwischen den EU-Ländern, der meist zu einer Entlastung von mobilem Kapital führt,  
132 sondern auch bei der Vermögensbesteuerung. Immer mehr Vermögen konzentriert sich in  
133 der Europäischen Union in den Händen einiger Weniger. Insbesondere in Zeiten der Krise  
134 benötigen wir eine solidarische Beteiligung von starken Schultern an der Bewältigung der  
135 Krise. In einem ersten kurzfristigen Schritt schließen wir uns der Forderung der Gewerk-  
136 schaften nach einer einmaligen Vermögensabgabe an. Langfristig fordern wir jedoch eine  
137 Reform der Vermögenssteuern in der EU. Innerhalb der EU müssen klare Regeln bei der  
138 Besteuerung von Vermögen gelten. Aktuell sind die Besteuerungsmodelle in der EU sehr  
139 verschieden, so dass über eine Angleichung diskutiert werden muss. Darüber hinaus  
140 müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, die Bekämpfung von  
141 Steuerflucht und Korruption zu effektivieren. Im ersten Schritt gilt es die  
142 zwischenstaatlichen Kooperationen der Finanzverwaltung zu intensivieren. Dadurch wird  
143 die Steuerflucht in sog. Steueroasen von Seiten der EU erschwert und die effektive  
144 Besteuerung erhöht.  
145
  - 146 • Wir Jusos kämpfen darüber hinaus für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf  
147 Ebene der gesamten Europäischen Union, die nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis  
148 einzelner Staaten bleiben darf. Wir müssen in der derzeitigen Situation die Verursacher  
149 der Krise heranziehen und den Handel mit Finanzprodukten (wie Aktien, Anleihen,  
150 Derivaten, etc.) besteuern, so dass auch da mehr Geld für Bildung, Infrastruktur, etc. in  
151 die Kassen gespült wird. Die jetzigen Absichten zur Einführung einer  
152 Finanztransaktionssteuer nach dem Modell differenzierter Integration einzelner  
153 integrationswilliger Staaten kann daher nur den Einstieg in eine gerechtere Besteuerung  
154 des Finanzmarktes darstellen und muss zukünftig alle weiteren Mitglieder der  
155 Europäischen Union mit einschließen!  
156
  - 157 • Steuern sind auch eine Möglichkeit die Idee eines europäischen Staates weiter voran-  
158 zutreiben. Deshalb fordern wir, dass das europäische Parlament durch direkte Steuern  
159 aus den Mitgliedsländern gestärkt wird. Dies beinhaltet, dass die Finanztransaktionssteuer  
160 zu einer direkten Einnahmequelle für den europäischen Haushalt wird und von allen

161 Staaten der europäischen Union umgesetzt wird. In einem zweiten Schritt müssen weitere  
162 Steuern anteilig in den Haushalt der EU fließen, wie es bereits bei der Mehrwertsteuer in  
163 Bruchteilen der Fall ist.

164

165 • Mit den Steuereinnahmen sollen in gemeinsame soziale, ökologische und ökonomische  
166 Projekte fließen. Ein Projekt ist ein europäischer Währungsfond, der in wirtschaftlichen  
167 Krisenzeiten bedingungslos Geld bereitstellt, wenn sich die Staaten vorher an  
168 festzulegende Stabilitätskriterien gehalten haben.

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

**Titel** Genossenschaften stärken - Alternatives und  
gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und  
vereinfachen

**Antragsteller** Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso -  
Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften  
gezielt fördern und vereinfachen

1 Die Landschaft der Unternehmensformen stellt sich, vor allem in Deutschland, als sehr  
2 heterogen dar. Neben den im Allgemeinen bekannten Formen, wie Aktiengesellschaften  
3 (AG'en), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH's) oder der Gesellschaft des  
4 bürgerlichen Rechts (GbR) gibt es ein weiteres Modelle, welches jedoch in der Gesellschaft  
5 weniger bekannt ist. Die Rede ist hier vom Modell der Genossenschaften. Trotz ihrer hohen  
6 Mitgliederzahl von fast 21 Millionen Mitgliedern ist ihr Bekanntheitsgrad nur sehr gering, und das  
7 obwohl die Vereinten Nationen das Jahr 2012 als „Internationales Jahr der Genossenschaften“  
8 ausgerufen haben. Diese Tatsache ist Anlass genug sich mit den bestehenden  
9 Rahmenbedingungen der Genossenschaften in Deutschland noch einmal intensiver und  
10 tiefergehend auseinander zu setzen.

11  
12 Genossenschaften stellen aus mehreren Perspektiven eine Alternative zu den vorherrschenden  
13 traditionellen Wirtschaftsformen dar. Das Einsatzfeld von bereits existierenden  
14 Genossenschaften erstreckt sich von Produktivgenossenschaften, über Einkaufs- und  
15 Distributionsgenossenschaften bis hin zu Wohngenossenschaften. Alle haben jedoch eins  
16 gemeinsam:

17  
18 Sie sorgen dafür, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zwar nicht gänzlich  
19 aufgehoben, durch die Möglichkeit der Einbindung der Arbeiterinnen und Arbeiter in die  
20 Entscheidungsprozesse des Unternehmens aber die Abschöpfung des Mehrwertes durch den  
21 Kapitalisten nicht in einem Maß erfolgt, wie bei AG, GmbH usw. Durch die erhöhte Beteiligung  
22 der Arbeiterinnen und Arbeiter an dem erwirtschafteten Mehrwert (als Mitglieder der  
23 Genossenschaft), sowie der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen können  
24 Genossenschaften eine Abmilderung der kapitalistischen Effekt bewirken und damit eine  
25 Möglichkeit darstellen gerechteres Wirtschaften zu fördern.

26  
27 Natürlich ist das Modell der Genossenschaften aus jungsozialistischer Sicht kein vollständig  
28 perfektes. Vor allem die Tatsache, dass beispielsweise Kapitalgesellschaften als Mitglieder  
29 einer Genossenschaft fungieren können, sowie die Möglichkeit Arbeiterinnen und Arbeiter nicht  
30 an der Mitgliedschaft zu beteiligen zeigen die Schwächen dieser Unternehmensform. Diese  
31 Schwächen sind jedoch größtenteils auf die kapitalistische Produktionsweise selbst  
32 zurückzuführen. Denn solange der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Erzeugung  
33 des Mehrprodukts und seiner Aneignung durch die Eigentümer der Produktionsmittel gegeben  
34 ist, unterliegt die ökonomische Entwicklung infolge des Vorrangs der Profitinteressen dem Hang  
35 zur Profitmaximierung. Die Wesensart der Genossenschaften, in der Arbeiterinnen und Arbeiter  
36 sowohl Produzent\*innen als auch Eigentümer\*innen an Produktionsmitteln sein können, nutzt

37 den Widerspruch des Kapitalismus um seine Konsequenzen abzufangen und zu mildern. Aber  
38 auch Genossenschaften sind nur Teil dieses Systems und können, wie oben bereits erwähnt,  
39 die Widersprüche des Kapitalismus nicht beseitigen. Zumal sich die Art des Wirtschaftens und  
40 damit die Beteiligung der Mitglieder in den unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten der  
41 Genossenschaften durchaus unterscheidet.

42

43 Bei einer groben Eingruppierung der Genossenschaften in Produktions- und Distributions- und  
44 Finanzgenossenschaften zeigen sich schnell einige formspezifische Unterschiede. Die Form  
45 von Wirtschaften in Genossenschaften sollte in der Diskussion um wirtschaftspolitische  
46 Alternativen zum aktuellen System durchaus mitgedacht werden und mehr in den Fokus rücken.

47

#### 48 **Produktionsgenossenschaften**

49

50 Produktionsgenossenschaften stellen in diversen Wirtschaftsbereichen (z.B. Handwerk,  
51 Landwirtschaft,...) eine Möglichkeit der Be- und Verarbeitung von Rohstoffen dar. Durch die  
52 Beteiligung der Mitglieder an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und der daraus  
53 resultierenden Möglichkeit der eigenbedarfsgesteuerten Produktionsweise steht die geleistete  
54 Mehrarbeit den Arbeitnehmer\*innen in nahezu uneingeschränktem Zustand zur Verfügung. Dies  
55 hat zur Konsequenz, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, welcher in den  
56 Kapitalgesellschaften in vielen Bereichen vorkommt, zwar nicht aufgehoben, aber zumindest in  
57 nicht unerheblichem Maß abgeschwächt werden kann. Auch die Tatsache, dass die  
58 genossenschaftliche Produktionsweise, bei richtiger Anwendung, den Arbeiterinnen und  
59 Arbeitern einen nicht unerheblichen Anteil an Mitbestimmung ermöglicht und damit eine (Teil-  
60 )Herrschaft über die Produktionsmittel macht ist ein entscheidender Faktor.

61

#### 62 **Distributionsgenossenschaften**

63

64 Im Gegensatz zu Produktionsgenossenschaften leisten Distributionsgenossenschaften keine  
65 eigene Wertschöpfung im Sinne der Herstellung von Waren. Ihre Formen in denen sie auftreten  
66 können vielfältig sein. Vor allem die Wohngenossenschaften konnten, aufgrund steigender  
67 Mietpreise, in den vergangenen Wochen und Monaten erneut das öffentliche Interesse für sich  
68 gewinnen.

69

70 Mit Hilfe dieser speziellen Form der Distributionsgenossenschaften ist es möglich,  
71 gemeinsamen, kollektiven Wohnraum zu einem angemessenen Preis für die Mitglieder bereit zu  
72 stellen. Aber auch andere Formen von Distributionsgenossenschaften wie beispielsweise  
73 Einkaufsgenossenschaften, Futtermittelgenossenschaften, Dritte-Welt-Läden, Car-Sharing-  
74 Genossenschaften usw. bieten, bei richtiger Ausgestaltung die Möglichkeit der Beteiligung der  
75 Mitglieder am wirtschaftlichen Prozess des Unternehmens.

76

77 Gleichzeitig wird, gerade bei Distributionsgenossenschaften, auch der ökonomische Nutzen der  
78 Mitglieder schnell deutlich. So besteht beispielsweise durch die kollektive Beschaffung von  
79 Futtermittel in einer Futtermittelgenossenschaft die Möglichkeit Kosten zu sparen und damit  
80 einen höheren Mehrwert zu erzielen, als wenn jedes Mitglied einzeln Futtermittel einkaufen  
81 würde. Auch diese vorrangig ökonomisch sinnvolle Komponente einer Genossenschaft ist aus  
82 sozialistischer Sicht positiv zu bewerten. Die Ausschaltung kapitalistischer Konkurrenz führt  
83 hierbei direkt zu einer Wohlstandsmehrung denn so kann der größere Mehrwert in einer  
84 Genossenschaft entsprechend dem Grundgedanken auch zu größeren Teilen an die Mitglieder  
85 verteilt werden.

86

#### 87 **Finanzgenossenschaften**

88

89 Das Tätigkeitsfeld von Finanzgenossenschaften beschränkt sich weitestgehend auf die  
90 Finanzmärkte und die Verwaltung des investierten Kapitals der Mitglieder. Sie kann vor allem  
91 helfen der lohnabhängigen Bevölkerung, sowie Kleinstkapitalisten Zugang zu Kapital in Form  
92 von Krediten zu verschaffen. Finanzgenossenschaften haben sich vor allem in der Krise  
93 gegenüber großen international tätigen Banken als sehr resistent erwiesen, da ihre Anlagen-  
94 und Investitionspolitik nicht dem neoliberalen Trend gefolgt ist, sondern auch in die  
95 Realwirtschaft, insbesondere dem Klein- und Mittelstand, investiert und entsprechende Kredite  
96 vergeben wurden.

97

98 Alle hier benannten Formen von Genossenschaften haben aus sozialistischer Sicht sowohl  
99 gemeinsame Stärken, als auch gemeinsame Schwächen. Ihre Ambivalenz ergibt sich aus der  
100 Tatsache, dass sie als Unternehmensform im kapitalistischen System existieren und damit auch  
101 allen kapitalistischen Gesetzen und Effekten unterworfen sind, sowie aus der Tatsache, dass  
102 sie durch die verschiedenen, in ihnen enthaltenen, Instrumente die kapitalistischen Effekte  
103 abmildern. Diese Ambivalenz ist unabhängig von der jeweiligen Ausdifferenzierung und hat zur  
104 Folge, dass je nach Ausgestaltung der Genossenschaften die Milderung der kapitalistischen  
105 Effekte von überhaupt nicht bis hin zu größtmöglich variiert. Vor allem die Möglichkeit der  
106 juristischen Personen als Anteilseigner\*innen oder die Verkümmern des  
107 genossenschaftlichen Auftrags zur reinen Wahrung der Besitzstände zu nennen. Hier wären  
108 beispielsweise Wohngenossenschaften zu nennen, deren selbst gesetzter Auftrag bei einer  
109 Gründung die Schaffung von günstigem Wohnraum ist, welche aber nach wenigen Jahren nur  
110 noch Wohnungen zu Preisen anbieten, die lediglich gut situierte Menschen bezahlen können.  
111 Ab diesem Zeitpunkt wäre das ursprüngliche Ziel (Schaffung von günstigem Wohnraum) nicht  
112 mehr erkennbar. Dies würde dann zum Ausschluss von Menschen führen, welche auf  
113 günstigeren Wohnraum angewiesen sind und deren Situation verschlechtern. Diese, damit  
114 verbundene Ausgrenzung sozial schwächerer Menschen, steht im Widerspruch zum  
115 ursprünglichen Ziel.

116

117 Aus sozialistischer Sicht ist das Modell der Genossenschaften vor allem dann  
118 unterstützenswert, wenn eine größtmögliche Abmilderung des undemokratischen und  
119 kapitalistischen Profitstrebens erfolgt. Das bedeutet konkret, dass Mitglieder einer  
120 Genossenschaft natürliche Personen sind, die Mitbestimmung das höchstmögliche Maß  
121 erreicht, der Aufbau und die Vorgehensweise der Genossenschaften demokratisch erfolgt,  
122 sowie das Handeln einer Genossenschaft stets am Gemeinwohl orientiert ist.  
123 Genossenschaften, welche die oben genannten Merkmale ausweisen sind aus unserer Sicht zu  
124 fördern und entsprechen unserem Modell einer ideal ausgestalteten Genossenschaft.

125

126 Gerade die oben genannten Vorteile sind Grund genug, das Modell der Genossenschaften  
127 weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die oben benannten Schwächen, sowie die Hürden zur  
128 Gründung von Genossenschaften müssen, soweit möglich, sukzessiv abgebaut und das Modell  
129 der Genossenschaften gestärkt werden.

130

131 Unser Anspruch an eine moderne linke Unternehmenspolitik ist geprägt von einer Förderung  
132 alternativer Eigentums- wie Wirtschaftsformen, der Steigerung der Mitbestimmung, sowie einer  
133 Gemeinwohlorientierung der einzelnen Gesellschaftsformen. Die Genossenschaften können ein  
134 Baustein in einem großen Gesamtkonstrukt sein und müssen deshalb aus unserer Sicht weiter  
135 gefördert und ihre Attraktivität gesteigert werden. Wir sind uns dennoch bewusst, dass  
136 Genossenschaften kein Allheilmittel sind und ihr Einsatz auch nicht auf allen Gebieten Sinn  
137 ergibt, sondern durch kommunale, staatliche und private Eigentumsformen ergänzt werden  
138 sollte.

139

140 Trotz öffentlichkeitswirksamen Entwicklungen wie beispielsweise der Schritt der Vereinten  
141 Nationen das Jahr 2012 zum "Jahr der Genossenschaften" auszurufen, ist der  
142 Bekanntheitsgrad von Genossenschaften eher gering. Vor allem ihr Name führt in der  
143 Gesellschaft häufig zu einer ablehnenden Reaktion (Sozialismus ist zum Teil immer noch  
144 negativ behaftet). Wir möchten Genossenschaften stärken und Vorurteile abbauen, den  
145 Bekanntheitsgrad erhöhen und die Vorteile dieser Unternehmensform weiter in den Fokus  
146 rücken.

147

#### 148 **Deshalb fordern wir**

149

- 150 • öffentliche Informationsveranstaltungen durch Schulen, Hochschulen und die Bundes- wie  
151 Landeszentralen für politische Bildung zur Stärkung des Bewusstseins gegenüber  
152 Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsformen zu unterstützen  
153
- 154 • die Aufnahme von Genossenschaften als Unternehmensform in die Lehrpläne beruflicher  
155 Schulen  
156
- 157 • den Ausbau von Beratungsangeboten zu Genossenschaften insbesondere durch die  
158 Bundesagentur für Arbeit und die Kammern.

159 • den stärkeren Einbezug von Genossenschaften bei Unternehmensgründungsberatungen

160

161 • den Miteinbezug der Genossenschaften als Alternative zu Kapitalgesellschaften bei

162 Neugründungen von regionalen Unternehmen

163

164 Durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 wurden die

165 Genossenschaften zum Teil an die Kapitalgesellschaften angeglichen und außerdem die

166 Hürden zur Gründung von Genossenschaften zum Teil abgebaut. Dennoch gibt es noch einige

167 Hürden, welche bei Existenzgründungen durchaus als Hemmschwelle betrachtet werden

168 können. Aus unserer Sicht ist es deshalb zwingend notwendig, diese Hürden weiter abzubauen

169 und so die Attraktivität der Genossenschaften weiter auszubauen.

170

171 **Daher fordern wir**

172

173 • gezielte Reformen zur Erleichterung der Gründung von gemeinwohlorientierten

174 Genossenschaften, gerade in den bisher noch nicht so stark genossenschaftlich

175 organisierten Wirtschaftszweigen

176

177 • den Erhalt und die Stärkung der wichtigen Alleinstellungsmerkmale von

178 Genossenschaften in Richtung Allgemeinwohlorientierung, demokratische Mitbestimmung

179 und Partizipation der Mitglieder, Anteil an Produktionsmitteln u. Ä.

180

181 • die Einbindung von Genossenschaften in staatliche Förderungsprogramme und die

182 Gleichberechtigung an diesem Punkt mit allen anderen „traditionellen“, kapitalorientierten

183 Unternehmensformen

184

185 Auch im Bereich der Forschung zeigt sich noch ein erheblicher Nachholbedarf. Die größere

186 Bedeutung kommt vor allem Genossenschaften im regionalen Bereich zu. Im Nationalen und

187 Internationalen Bereich gibt es bis jetzt wenige Erfahrungen mit Genossenschaften. Dieser

188 Umstand stellt eine weitere Hemmschwelle für die Gründung vor allem von überregionalen

189 Genossenschaften dar.

190

191 Der Ausbau und die Förderung von Forschungsprojekten ist deshalb zwingend notwendig, wenn

192 Genossenschaften als Alternative auf Augenhöhe zu den „traditionellen“ Kapitalgesellschaften

193 wahrgenommen werden sollen.

194

195 **Wir fordern deshalb**

196

197 • den Ausbau und die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der

198 Genossenschaften und gemeinwohlorientierter alternativer Wirtschaftsformen, vor allem

199 im überregionalen Bereich

200

201 • die Evaluation bestehender genossenschaftlicher Projekte im regionalen und

202 überregionalen Bereich zur Bewertung ihrer Entwicklung

203

204 • die Durchführung von Studien und Schaffung von Modellprojekten im Bereich

205 genossenschaftlichen Wirtschaftens

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

# Bundeskongress, 6.-8.12.2013

## **INI**      **Initiativanträge**

<b>INI 2</b>	Sachsen,Bayern, Berlin, Bremen,NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hannover, Weser-Ems, Braunschweig , Thüringen Zukunft gestalten geht anders!	<b>127</b>
<b>INI 4</b>	Bundesvorstand Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014 - Heraus zum 8. März!	<b>132</b>

**Titel** Zukunft gestalten geht anders!

**Antragsteller** Sachsen, Bayern, Berlin, Bremen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hannover, Weser-Ems, Braunschweig, Thüringen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Zukunft gestalten geht anders!

- 1
- 2 Wir Jusos sind bei dieser Bundestagswahl angetreten um gemeinsam mit der SPD einen
- 3 Politikwechsel einzuläuten. Unser Ziel war und ist: wir wollen das Leben für vieler Menschen
- 4 nachhaltig verbessern. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, die Weichen für gute Arbeit
- 5 stellen, den Investitionsstau beseitigen und die gesellschaftliche Modernisierung voranbringen.
- 6
- 7 Die SPD hat das Wahlziel einer rot-grünen Mehrheit verfehlt, andere Optionen hatte die
- 8 Parteispitze vorher ausgeschlossen. Unter diesen Umständen haben wir Jusos uns ganz
- 9 bewusst den Koalitionsverhandlungen nicht prinzipiell verweigert. Sehr entschieden haben wir
- 10 gesagt, dass die Bedingung für einen Eintritt in jede Bundesregierung ein Politikwechsel sein
- 11 muss. Glaubwürdigkeit gerade bei jungen Menschen kann die SPD nur (zurück)erlangen, wenn
- 12 sie an ihren inhaltlichen Forderungen festhält.
- 13
- 14 Nach den Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU hat die Verhandlungsgruppe nun einen
- 15 Koalitionsvertrag erarbeitet, den der SPD-Parteivorstand den Mitgliedern zur Entscheidung
- 16 vorlegt und zur Annahme empfiehlt.
- 17
- 18 Mit dem Mitgliedervotum beschreiten wir als erste Partei einen historisch einmaligen Weg der
- 19 Demokratie und politischen Mitgestaltung. Dieser viel beachtete Prozess ist ein großer Schritt in
- 20 Richtung einer lebendigen, starken und zur Beteiligung einladenden Mitgliederpartei. Die
- 21 Letztentscheidung der Parteimitglieder ist mit Verantwortung verknüpft. Verantwortung, die wir
- 22 Jusos ernst nehmen. Wir setzten uns mit den inhaltlichen Ergebnissen ehrlich und konstruktiv
- 23 auseinander. Wir begrüßen und unterstützen die Debatten, die auf allen Ebenen der Partei
- 24 intensiv geführt werden.
- 25
- 26 Entscheidend für unsere Bewertung war für uns Jusos immer, welche inhaltlichen Punkte sich
- 27 mit der Union durchsetzen lassen. Für die Koalitionsverhandlungen hat sich die SPD auf dem
- 28 Parteikonvent mit dem Beschluss „Verantwortung für mehr soziale Gerechtigkeit“ einen klaren
- 29 Kompass gegeben. Viele von diesen Punkten konnten in den Verhandlungen durchgesetzt
- 30 werden. Unsere Verhandlungsgruppe hat an vielen Stellen gute Arbeit geleistet. Für ihre
- 31 couragierte Verhandlungsführung gilt den Verhandelnden unsere Anerkennung. Aus diesem
- 32 Grund ist ein Votum über den Vertrag kein Votum für oder gegen die Verhandelnden, sondern
- 33 für oder gegen den Eintritt in eine Bundesregierung mit einer historisch starken Union auf Basis
- 34 des vorliegenden Vertrags und der Erwartungen der Menschen an die SPD.
- 35
- 36 Bei dem wichtigen Thema Mieten konnten wir mit den veränderten Regelungen zur
- 37 Maklergebühr sowie der Mietpreisbremse wichtige Verhandlungserfolge erzielen. Auch die

38 Fortschritte im Bereich der Asylpolitik wie z.B. eine Arbeitserlaubnis nach drei Monaten, sowie  
39 die Abschaffung der Optionspflicht bei der Doppelten Staatsbürgerschaft begrüßen wir sehr.  
40 Allerdings enttäuscht, dass die Optionspflicht nur für bereits in Deutschland Geborene  
41 abgeschafft wird. Auch im Bereich der Arbeitsmarktreformen zeigt sich ein geteiltes Bild: Beim  
42 Mindestlohn konnten wir uns im Kern mit unserer Forderung von 8,50 Euro – flächendeckend  
43 und gesetzlich – durchsetzen. Trotz einiger Ausnahmen kann man dies als Erfolg verbuchen.  
44 Das Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 bis 2018 wird den  
45 Erfordernissen der Betroffenen allerdings nicht gerecht. Bei der Regulierung der Leiharbeit  
46 konnten nur kleine Fortschritte erzielt werden. Die Einführung des Grundsatzes von „equal pay“  
47 nach 9 Monaten geht in die richtige Richtung, reicht aber für einige Branchen insbesondere im  
48 Dienstleistungssektor nicht aus, weil eine große Zahl von Leiharbeitskräften diese Anzahl gar  
49 nicht erreicht. Im Bereich der Rente sind gerade die Erhöhung zur Zurechnungszeit bei der  
50 Erwerbsminderungsrente sowie die Möglichkeit nach 45 Beitragsjahren bereits ab 63 Jahren  
51 abschlagsfrei in Rente gehen zu können wichtige Bausteine im Kampf gegen Altersarmut.  
52 Gleichzeitig gibt es die Rente mit 63 aber nur für eine Übergangszeit und den Zugang zur  
53 ‚solidarischen Lebensleistungsrente‘ konnte die Union mit der Pflicht zur privaten Vorsorge für  
54 die meisten Betroffenen versperren.

55  
56 Uns ist klar, dass in einer Koalition das Wahlprogramm der SPD nicht zu 100% umgesetzt  
57 werden kann. Dennoch fehlen aus Sicht der Jusos weitere wesentliche Punkte.

58

59

60

## 61 **ZukunftsGerecht!**

62

63 Wir haben uns im Bundestagswahlkampf nachdrücklich dafür eingesetzt, insbesondere über die  
64 Steuerpolitik die zunehmend ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland  
65 zu korrigieren. Wir haben klar gesagt, dass wir die BezieherInnen hoher Einkommen und die  
66 BesitzerInnen großer Vermögen verstärkt zur Staatsfinanzierung heranziehen wollen. Damit  
67 wollten wir die notwendigen Einnahmen erzielen, um über staatliche Investitionen vor allem in  
68 Bildung, Infrastruktur und in den Kommunen auch mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen.

69

70 Im Koalitionsvertrag ist es nicht einmal im Ansatz gelungen, dieses Konzept umzusetzen. Zwar  
71 wurden einige Investitionen in Bildung und Kommunen versprochen. Zum Beispiel sollen die  
72 Länder zur Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen um sechs Milliarden Euro  
73 entlastet werden, fünf Milliarden Euro sollen für öffentliche Infrastrukturprojekte bereitgestellt  
74 werden. Das ist aber bei weitem nicht ausreichend, um die versäumten Investitionen der letzten  
75 Jahre wettzumachen und die notwendigen zusätzlichen Investitionen zu realisieren. Außerdem  
76 ist bei allen Projekten die Finanzierung ungeklärt. Sich, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf  
77 eine günstige Entwicklung der Staatseinnahmen zu verlassen, ist blauäugig mit Blick auf die  
78 Entwicklungen in der Weltwirtschaft, die eine gegenteilige Einnahmeentwicklung erwarten  
79 lassen.

80

81 Von Anfang an hat die Union beim Thema Steuererhöhungen dicht gemacht. Für uns ist die  
82 Maxime „viel versprechen, aber wegen ungeklärter Finanzierung nichts halten“ kein gangbarer  
83 Weg. Steuererhöhungen sind kein Selbstzweck, sondern sie garantieren präventive Sozialpolitik  
84 und Investitionen in die Zukunft. Gleichzeitig tragen sie zur Umverteilung bei und machen  
85 unsere Gesellschaft damit gerechter.

86

87 Das Ziel, die Schere zwischen Arm und Reich zu verkleinern wird durch das Unterlassen einer  
88 stärker umverteilenden Steuerpolitik nicht angegangen. Das Gegenteil wird Wirklichkeit: An  
89 einigen Stellen werden ArbeitnehmerInnen deutlich stärker belastet. Die steigenden Kosten im  
90 Gesundheitssystem etwa müssen einseitig von ArbeitnehmerInnenseite getragen werden. Auch  
91 steigende Energiepreise belasten vor allem Geringverdienende.

92

93

94

95

96

## 97 **Ein anderes Europa!**

98

99 Die bisherige Krisenpolitik hat nicht zur Überwindung der Krise beigetragen, ganz im Gegenteil,  
100 sie hat verheerende Auswirkungen für die betroffenen Länder und insbesondere für die dort  
101 lebenden Menschen. Die einseitige Sparpolitik hat die Handlungsspielräume vieler Staaten  
102 erheblich eingeschränkt. Es fehlen die Mittel um Wachstumsimpulse zu setzen und die  
103 Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Die Kosten der Krise  
104 werden auf die Schultern von ArbeitnehmerInnen, RenterInnen und Jugendlichen abgewälzt.

105

106 Den notwendigen Kurswechsel in Europa wird es mit diesem Koalitionsvertrag jedoch nicht  
107 geben. Maßgeblich bleiben „Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ und eine „strikte,  
108 nachhaltige Haushaltskonsolidierung“. Auch wenn Wachstumsimpulse und soziale  
109 Ausgewogenheit erwähnt werden, so zieht sich der Duktus der Austerität, des deutschen  
110 Spardiktats, durch den ganzen Text. Der Kurswechsel in Europa, auf den viele Menschen auf  
111 dem ganzen Kontinent hoffen, bleibt aus. Vielmehr könnte die bisherige Strategie durch einen  
112 Wettbewerbspakt („verbindliche Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene“) unter  
113 Duldung der SPD komplett unumkehrbar gemacht werden.

114

115 Insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit tun Deutschland und Europa  
116 bislang zu wenig. Dies wird sich auch mit einer schwarz-roten Bundesregierung nicht ändern.  
117 Deutlich mehr Mittel wären notwendig um spürbare Verbesserungen für Länder mit horrenden  
118 Jugendarbeitslosigkeitsquoten zu bringen. Ein Schuldentilgungsfonds oder ein ähnliches  
119 Instrument, das die von der Banken- und Finanzkrise besonders hart betroffenen Eurostaaten  
120 von ihren sehr hohen Zinslasten solidarisch entlasten könnte, ist nicht vorgesehen. Wir haben  
121 stets eine solidarische Lösung der Krise gefordert. Der Vertrag hingegen lehnt jede Form der  
122 Vergemeinschaftung von Staatsschulden ab. Nationale Budgetverantwortung und  
123 supranationale, gemeinsame Haftung seien unvereinbar. Hier hat sich die Union durchgesetzt.

124

125 Die Abschottungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen setzt der Koalitionsvertrag fort. Was  
126 „mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten“ konkret bedeuten soll ist unklar. Die  
127 Drittstaatenregelung (Dublin II) soll offenbar nicht verändert werden. Außerdem werden die  
128 Staaten des westlichen Balkans zu sicheren Drittstaaten erklärt, obwohl gerade Roma dort  
129 diskriminiert werden. Durch diese Änderung drohen viele Abschiebungen, die vor dem  
130 Hintergrund der dortigen innenpolitischen Situation nicht nur für Roma, sondern beispielsweise  
131 auch für Homosexuelle und Obdachlose im Ernstfall lebensbedrohlich sein kann. Wir sind  
132 überzeugt, dass politische Kompromissfindung spätestens dort an ihre Grenzen stößt, wo die  
133 Auswirkungen Leib und Leben der Betroffenen bedrohen. Insofern wurde hier eine rote Linie  
134 klar überschritten.

135

136

137

### 138 **Jugend braucht Zukunft!**

139

140 In unserem erfolgreichen Jugendwahlkampf haben wir uns für mehr Sicherheit und  
141 Perspektiven für junge Menschen eingesetzt. Davon findet sich im Koalitionsvertrag wenig  
142 wieder.

143

144 Insgesamt scheint der Koalitionsvertrag die zunehmend prekäre Situation gerade junger  
145 Menschen aus den Augen verloren zu haben. Hier wird der fehlende moderne  
146 Gesellschaftsentwurf besonders deutlich. Der Koalitionsvertrag gibt keine Antwort auf die  
147 Fragen, die für junge Menschen zentral sind: Wie gelingt es, gleiche Bildungschancen für alle zu  
148 realisieren? Wie gelingt jungen Menschen ein Start in das Erwerbsleben, der mit sicheren  
149 Arbeitsplätzen verbunden ist? Wie gelingt es, Engagement für die Gesellschaft und Familie trotz  
150 zunehmendem Leistungsdrucks und zunehmender Unsicherheit im Bildungssystem und der  
151 Erwerbsarbeit zu ermöglichen? Wie passt sich die Gesellschaft an die vielfältigeren und offenen  
152 Lebensentwürfe (nicht nur) junger Menschen an? Ohne Antworten auf diese Fragen und daraus  
153 abgeleitetes politisches Handeln – wie es das Regierungsprogramm formuliert hat – ist aber  
154 eine zunehmende Verschlechterung der Lebensverhältnisse (nicht nur) junger Menschen zu  
155 erwarten, ein weiterer Trend zur Prekarisierung und ein Rückzug auf die Sicherung des eigenen  
156 (Erwerbs-)Status zu Lasten gesellschaftlichen Engagements.

157

158

159 Die Maßnahmen im Bereich innere Sicherheit hat nichts mit einem modernen Staat und noch

160 weniger mit Bürgerrechten zu tun. Vielmehr werden Rechte durch den Ausbau von  
161 gemeinsamen Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten, die Nutzung von genetischen  
162 Untersuchungen Unverdächtiger oder etwa der Präzisierung der Quellen-  
163 Telekommunikationsüberwachung eingeschränkt. Die Vorschläge im Koalitionsvertrag zur  
164 Überwachung der Zivilgesellschaft untergraben das Vertrauen der Menschen diese Grundrechte  
165 und damit in den demokratischen Rechtsstaat. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht,  
166 insbesondere aus unserer gemeinsamen 150-jährigen Geschichte, dürfen diese Einschnitte in  
167 diverse Grundrechte nicht zugelassen werden.

168

169 Zentral waren für uns Verbesserungen in Ausbildung und Studium sowie die Situation junger  
170 Beschäftigter. Der Koalitionsvertrag bekennt sich zur Stärkung und Modernisierung der dualen  
171 Ausbildung. Da viele junge Menschen jedoch nach wie vor keinen passenden Ausbildungsplatz  
172 finden, reicht uns eine reine Zielformulierung zum Recht auf Ausbildung nicht aus. Auch die  
173 Mindestauszubildendenvergütung wird mit keinem Satz erwähnt. Dabei ist es für Jugendliche  
174 wichtig, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen.

175

176 Auch die finanzielle Situation von Studierenden wird durch den Koalitionsvertrag nicht  
177 verbessert. Die dringend notwendige Reform des BAföG bleibt aus. Damit bleibt es weiterhin  
178 gerade für junge Menschen aus finanziell schwierigen Verhältnissen besonders schwer an der  
179 Universität zu bestehen. Im Gegenzug sollen sowohl Exzellenzinitiative als auch das  
180 Deutschlandstipendium weiterfinanziert werden. Der Koalitionsvertrag setzt an dieser Stelle ein  
181 klares Zeichen für Elitenförderung und Wettbewerb. Chancengleichheit und Breitenförderung  
182 bleiben aber auf der Strecke. Auch zum Ausbau von Masterplätzen oder der sozialen  
183 Infrastruktur an Hochschulen konnte kein Kompromiss herbeigeführt werden.

184

185 Unisichere berufliche Perspektiven erschweren vielen jungen Menschen die eigene  
186 Lebensplanung. Dagegen haben wir uns im Wahlkampf stark gemacht. Die Abschaffung der  
187 sachgrundlosen Befristung ist dabei ein wichtiger Baustein um die Lebenssituation junger  
188 Menschen zu verbessern. Er wurde vom Parteikonvent zu Recht als „unverzichtbar“ für eine  
189 Koalition eingestuft. Leider konnte auch diese Forderung nicht durchgesetzt werden. Damit  
190 bleibt die berufliche Situation vieler junger Menschen weiterhin ungewiss.

191

192 Auch in gleichstellungspolitischen Fragen - sei es zwischen den Geschlechtern oder auch  
193 zwischen Ehen und Lebenspartnerschaften - bleibt der Vertrag im Ungefähren. Das  
194 Betreuungsgeld wird kaum noch ernsthaft diskutiert, unsere Vorstellung eines  
195 Entgeltgleichheitsgesetzes konnten wir nicht durchsetzen und auch bei gleichen Rechten für  
196 gleichgeschlechtliche Paare, so zum Beispiel bei Fragen des Adoptionsrechts, gibt es nur  
197 anerkennende Worte, die in der politischen Praxis jedoch weitgehend folgenlos bleiben. Für  
198 Frauen und nicht-heterosexuelle Partnerschaften bliebe auch zukünftig das  
199 Bundesverfassungsgericht die wichtigste Interessenvertretung. Für eine Partei, die proaktiv  
200 gesellschaftlichen Fortschritt organisieren will, ist das nicht akzeptabel.

201

202

203

204 Nicht zuletzt die in den Verhandlungen beendigte BAföG-Reform, das geplante  
205 Ganztagschulprogramm, der Fortbestand des Kooperationsverbotes, sowie die zögerlichen  
206 Schritte in der Gleichstellung stehen sinnbildlich für die Fantasielosigkeit, mit der eine Große  
207 Koalition den Lebensrealitäten junger Menschen begegnen will. Gleichzeitig liegt uns nichts  
208 ferner, als einem Generationenkonflikt das Wort zu reden.

209

## 210 **Fazit**

211

212 Fakt ist: die SPD hat in einigen Bereichen gute Verhandlungserfolge erzielt. Sie hat der Union  
213 Kompromisse abgerungen, hinter die die Konservativen nicht wieder zurückfallen können. Fakt  
214 ist aber auch: in vielen wichtigen Bereichen konnten wir gegen diese Union unsere Positionen  
215 nicht durchsetzen. Es fehlt ein tragfähiges Finanzierungskonzept für notwendige  
216 Zukunftsinvestitionen. Es fehlt die Vision eines anderen Europas. Es fehlen  
217 Zukunftsperspektiven für junge Menschen. Wichtige Reformprojekte wie die Einführung einer  
218 Bürgerversicherung werden nicht angegangen. Zukunft gestalten geht anders!

219

220 Der vorliegende Koalitionsvertrag zeigt, dass mit dieser Union kein Politikwechsel möglich ist.

221 Deshalb können wir ihm nicht zustimmen.

222

223 Für uns Jusos ist klar: egal wie der Mitgliederentscheid ausfällt, wir stehen der Entscheidung,  
224 die die SPD-Mitglieder treffen. Wenn die Koalition zustande kommt, muss sich die SPD  
225 Gedanken darüber machen, wie sie auf den verschiedenen Politikebenen ihren  
226 Gestaltungsanspruch über die große Koalition hinaus verwirklichen kann. Dies gilt insbesondere  
227 für die europäische Ebene. Wir Jusos werden, wenn diese Koalition zustande kommt, darum  
228 kämpfen, dass auch junge Menschen von sozialdemokratischer Politik profitieren. Sollte die  
229 Regierungsbildung scheitern, bleiben wir treibende Kraft in der Opposition. Kommt es zu  
230 Neuwahlen, werden wir wieder in der ersten Reihe stehen und um Stimmen werben. Mehr noch:  
231 Wir kämpfen um jedes Mitglied in unserer Partei und Bewegung.

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

**Titel** Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014  
- Heraus zum 8. März!

**Antragsteller** Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen     mit Änderungen angenommen     abgelehnt

---

## Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014 - Heraus zum 8. März!

1

2 Der Internationale Frauen\*kampftag steht für den Kampf für rechtliche, politische und wirtschaft-  
3 liche Gleichstellung, ein selbstbestimmtes Leben, für das Recht auf körperliche Unversehrtheit,  
4 sowie sexuelle Selbstbestimmung. Beim ersten Internationalen Frauentag 1911 wurden  
5 Forderungen nach sozialer und politischer Gleichberechtigung auf die Straße getragen. Auch  
6 über hundert Jahre später sind viele Forderungen immer noch aktuell. Wir stellen uns in eine  
7 Reihe mit den feministischen Initiativen und Bewegungen und wollen versuchen eine  
8 gemeinsame neue feministische Offensive zu organisieren!

9

10 Unser Ziel ist es, den 8. März zu (re)politisieren, Frauen untereinander zu solidarisieren  
11 und eine Öffentlichkeit für unsere Anliegen und Forderungen zu schaffen. Hierfür hat sich ein  
12 breites Bündnis gefunden. Denn wir wollen einen politischen und sichtbaren Frauen\*kampftag  
13 2014! Wir wollen einen Beitrag für eine neue feministische Handlungsfähigkeit leisten, von  
14 unseren verschiedenen Erfahrungen lernen und an möglichen Punkten gemeinsam kämpfen -  
15 Zusammen trotz aller Unterschiede und Differenzen und ohne diese Unterschiede zu  
16 verschweigen.

17 Weil alle Frauen\* von Diskriminierung betroffen sind. Weil wir gegen das alles nur ankommen,  
18 wenn wir gemeinsam kämpfen. Wir wollen Solidarität unter Frauen\* bestärken und die  
19 Notwendigkeit aufzeigen, gegen diese Verhältnisse zusammen vorzugehen.

20

21

22

23 Wir rufen zu einer bundesweiten, kämpferischen Demonstration am 8.März 2014 in Berlin auf.  
24 Frauen\* und Alle, die sich solidarisch zeigen, sind eingeladen, die Demo so groß und bunt wie  
25 möglich zu gestalten und in einem der diversen Blöcke mit unterschiedlichen Anliegen ihren  
26 Protest auf die Straße zu tragen. Mit kreativen Aktionen rund um die Demonstration und  
27 inhaltlichen Veranstaltungen im Vorfeld wollen wir unsere Kritik vielfältig und wahrnehmbar in  
28 eine breite Öffentlichkeit tragen.

29

30 Feminismus ist weder überholt, noch unnötig. Er ist als emanzipatorisches Projekt für alle  
31 unverzichtbar und aktuell. Deswegen:

32

33

34

35 **Heraus zum 8. März 2014!**

36

37 **Still lovin' feminism!**

38